

Der bundesstrafrechtliche Tierschutz

DISSERTATION

**DER RECHTS- UND
STAATSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT
der
UNIVERSITÄT ZÜRICH**

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Rechtswissenschaft

vorgelegt von
UELI VOGEL-ETIENNE
von Trüllikon ZH

genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Jörg Rehberg

Schulthess Polygraphischer Verlag AG, Zürich

Zürich 1980



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41507205_0029

Der bundesstrafrechtliche Tierschutz

DISSERTATION

**DER RECHTS- UND
STAATSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT
der
UNIVERSITÄT ZÜRICH**

**zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Rechtswissenschaft**

**vorgelegt von
UELI VOGEL-ETIENNE
von Trüllikon ZH**

**genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Jörg Rehberg**

Schulthess Polygraphischer Verlag AG, Zürich

Zürich 1980

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Zürich, den 9. Juli 1980

Der Dekan:

Prof. Dr. G. Hauser

Die gleiche Arbeit ist im Schulthess Polygraphischer Verlag AG, Zürich, erschienen als Heft 6 der Reihe

Zürcher Studien zum Strafrecht

Herausgegeben im Auftrag der Juristischen Abteilung der Universität Zürich von R. Hauser, P. Noll und J. Rehberg

© Schulthess Polygraphischer Verlag AG, Zürich, 1980

Druck: ADAG Administration & Druck AG, Zürich

ISBN 3 7255 2087 9



DANK

Herzlichen Dank allen, die zum Gelingen dieser
Arbeit beigetragen haben:

Herrn Prof. Dr. Jörg Rehberg

Christine

meinen Eltern

Rolf Germann

Béatrice Künzi



Denn das Geschick der Menschenkinder
ist gleich dem Geschick des Tieres;
ein Geschick haben sie beide.
Wie dieses stirbt, so sterben auch jene,
und einen Odem haben sie alle.
Der Mensch hat vor dem Tier keinen Vorzug.
Denn alle gehen an einen Ort;
alle sind sie aus Staub geworden,
und alle werden sie wieder zu Staub.

Prediger, 3,19.20

VORWORT

Im Jahre 1940 - vor Inkrafttreten des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 - erschien Amalie Jennys Dissertation "Der strafrechtliche Schutz der Tiere". Seither ist meines Wissens in der Schweiz keine grössere Arbeit mehr zu diesem Thema publiziert worden.

Rechtslehre und -praxis zur Frage der Stellung des Tieres im (Straf-)Recht entwickeln sich ständig weiter. In den letzten Jahren hat zudem auch der Tierschutzgedanke allgemein erheblich an Gewicht gewonnen. Dementsprechend hat der Gesetzgeber - rund 35 Jahre nach der Aufnahme des Deliktes der Tierquälerei ins Bundesstrafrecht - Art. 264 StGB für revisionsbedürftig befunden; er wird ihn demnächst durch die Strafbestimmungen des neuen Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 ersetzen.

Die Arbeit an der vorliegenden Dissertation wurde anfangs Dezember 1979 abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Bundesrat das vom Volk am 3. Dezember 1978 gutgeheissene Tierschutzgesetz noch nicht inkraft gesetzt; er wird dies voraussichtlich Mitte 1980 nach Erlass der Durchführungsverordnung zum Gesetz tun. In meiner Abhandlung bin ich daher nicht darum herumgekommen, verschiedentlich sowohl auf den noch geltenden Art. 264 StGB als auch auf die künftigen Strafbestimmungen des neuen Tierschutzgesetzes (Art. 27 ff.) Bezug zu nehmen.

Diese Dissertation verfolgt das Ziel, anlässlich der oben erwähnten Revision der bundesstrafrechtlichen Tierschutzgesetzgebung einigen grundlegenden Fragen nachzugehen, die sich nach heutiger Auffassung von den tatsächlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen Mensch und Tier stellen.

INHALT

Vorwort	I
Inhaltsverzeichnis	II
Literaturverzeichnis	XIV
Abkürzungsverzeichnis	XXV
1. Teil: Einleitung und Abgrenzung des Themas	1
1. KAPITEL: EINLEITUNG	1
2. KAPITEL: DAS TIER IM SCHWEIZERISCHEN STRAFRECHT IM ALLGEMEINEN	2
I. DER STRAFRECHTLICHE SCHUTZ VOR DEM TIER	2
A. Der eigentliche strafrechtliche Schutz des Menschen vor einem Angriff des Tieres	2
B. Das Notwehrrecht gegenüber einem Angriff eines Tieres	3
C. Die Verursachung einer Notstandssituation durch einen Angriff eines Tieres	4
D. Die erlaubte Abwehr	5
II. DER STRAFRECHTLICHE SCHUTZ DES TIERES ALS EINES VERMOEGENSWERTES	6
A. Das gehaltene Tier	6
B. Freilebende, herrenlose Tiere	6
III. DER STRAFRECHTLICHE SCHUTZ DES TIERES	7
A. Der unechte Tierschutz	7
1. Der Begriff	7
2. Der Tierartenschutz	8
3. Die Schonung von Tierbeständen	10
B. Der echte Tierschutz	12
IV. SONDERFALL SODOMIE	13
A. Das Fehlen eines Straftatbestandes	13
B. Ersatz-Straftatbestände	15
1. Ersatz-Straftatbestände des Strafgesetz- buches	15
2. Ersatz-Straftatbestände des Tierschutz- gesetzes vom 9. März 1978	15

2. Teil: Tierschutz wozu?	16
3. KAPITEL: WAS IST EIN TIER?	16
I. DAS TIER IM UNTERSCHIED ZUM MENSCHEN	16
II. DAS TIER IM UNTERSCHIED ZUR PFLANZE	19
III. DIE ZOOLOGISCHE SYSTEMATIK UND DIE TIERARTEN	20
A. Vorbemerkung	20
B. Aus der Geschichte der zoologischen Systematik	21
C. Die geltende zoologische Systematik	22
D. Die Wirbeltiere	23
4. KAPITEL: DIE AKTUELLE BEDROHUNG DER TIERE	25
I. TIERE ALS RENDITEOBJEKTE	25
A. Nutztierhaltung	25
1. Geflügelhaltung	28
2. Schweine- und Rindviehhaltung	30
B. Tiertransporte	34
C. Industrielle Schlachtung	34
1. Die Schlachtung von Schweinen	36
2. Die Schlachtung von Rindvieh	37
3. Die Schlachtung von Hühnern	38
D. Die Hysterektomie	39
E. Der Handel mit Kleintieren	40
II. DAS TIER ALS FORSCHUNGSOBJEKT	41
A. Das Versuchstier in der Medizin und in der Pharmaindustrie	45
1. Der Schluss vom Tier auf den Menschen	47
2. Alternativen	48
3. Zur strafrechtlichen Ahndung medizinischer und pharmazeutischer Tierversuche	50
B. Das Versuchstier in der Gebrauchsgüterindustrie	50
C. Das Versuchstier in der Rüstungsindustrie	52
III. DAS TIER IM SPORT	53
A. Der Jagdsport	53
B. Die Sportfischerei	54

IV. DAS TIER ALS UNTERHALTUNGS- UND FREIZEITOBJEKT	55
A. Private Tierhaltung	55
B. Das Aussetzen von Tieren	56
C. Private Tiertötungen	57
V. DAS RITUELLE SCHAECHTEN	58
VI. TIERQUAELEREI IM ENGEN SINNE	60
VII. ANHANG: STATISTIK	62
5. KAPITEL: GRUENDE FUER DEN ECHTEN TIERSCHUTZ	63
I. EIN NATURWISSENSCHAFTLICHER GRUND	63
A. Das physische Empfinden der Tiere	63
B. Das psychische Empfinden der Tiere	63
C. Folgerung	66
II. EIN ETHISCHER GRUND	66
III. EIN RELIGIOESER GRUND	68
A. Die kirchliche Lehre	68
B. Die biblische Lehre	69
3. Teil: Die Entwicklung des strafrechtlichen echten Tierschutzes	73
6. KAPITEL: DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DES STRAF- RECHTLICHEN ECHTEN TIERSCHUTZES	73
I. DIE AELTESTEN RECHTE	73
A. Der Codex Hammurapi	73
B. Biblische Stellen	74
II. ROEMISCHES RECHT	75
A. Das vorchristliche römische Recht	75
B. Das nachchristliche römische Recht	76
III. GERMANISCHES RECHT	77
A. Die Volksrechte	77
B. Die frühmittelalterlichen Rechtsbücher und Stadtrechte	77
IV. DIE MITTELALTERLICHEN TIERPROZESSE	78
A. Die weltlichen Tierprozesse	79
B. Die kirchlichen (kanonischen) Tierprozesse	80
C. Zur Frage der Rechtssubjektivität der Tiere in den mittelalterlichen Tierprozessen	81

V. DAS GEMEINE RECHT	81
VI. DIE ANFAENGE DES STRAFRECHTLICHEN ECHTEN TIERSCHUTZES IM 17./18. JAHRHUNDERT	82
VII. DIE GESETZLICHE VERANKERUNG DES STRAFRECHT- LICHEN ECHTEN TIERSCHUTZES IM 19. JAHRHUNDERT	83
7. KAPITEL: DIE ENTSTEHUNG DER STRAFBESTIMMUNGEN DES TIERSCHUTZGESETZES VOM 9. MAERZ 1978	85
I. ART. 264 STGB	85
II. DIE ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DES TIERSCHUTZGE- SETZES VOM 9. MAERZ 1978, INSBESONDERE SEINER STRAFBESTIMMUNGEN	86
A. Art. 25bis der Bundesverfassung	86
1. Die Zuständigkeit des Bundes zur Ge- setzgebung auf dem Gebiete des Tier- schutzes	86
2. Die Entwicklungsgeschichte des gelten- den Art. 25bis BV	87
3. Die Ersetzung des Schächtartikels durch einen Tierschutzartikel	89
4. Der geltende Tierschutzartikel 25bis BV	90
B. Der Vorentwurf zu einem Tierschutzgesetz vom 12. Juni 1975	91
1. Verbotene Handlungen	92
a. Verbotene Haltungsarten	93
aa. Die Missachtung der allgemeinen Bestimmungen über die Tierhaltung	93
bb. Die Missachtung von Bestimmungen über die Nutztierhaltung	93
b. Die vorschriftswidrige Beförderung von Tieren	95
c. Vorschriftswidrige Eingriffe am lebenden Tier	95
d. Vorschriftswidrige Tierversuche	96
e. Verbotene Schlachtmethoden	96
f. Weitere verbotene Handlungen	97
g. Uebertretungen im internationalen Handel	97

2. Die Vergehenstatbestände des VE	97
C. Die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens zum Vorentwurf vom 12. Juni 1975	98
1. Die Tierhaltungsverbote	98
2. Das Schächtverbot	99
3. Die weiteren verbotenen Handlungen	100
4. Die Strafbestimmungen	100
D. Der bereinigte Entwurf zu einem Tierschutz- gesetz vom 9. Februar 1977	100
1. Verbotene Handlungen	101
a. Das Verbot von Haltungsarten	101
b. Die vorschriftswidrige Beförderung von Tieren	101
c. Vorschriftswidrige Eingriffe am leben- den Tier	102
d. Vorschriftswidrige Tierversuche	102
e. Verbotene Schlachtmethoden	102
f. Weitere verbotene Handlungen	104
2. Die Strafbestimmungen	104
E. Die Beratungen im Parlament	105
1. Die Beratungen im Ständerat	105
a. Die Beratungen zu den verbotenen Handlungen	105
aa. Zu den verbotenen Haltungsarten	105
bb. Zur vorschriftswidrigen Beförde- rung	107
cc. Zu den Eingriffen am lebenden Tier und den Tierversuchen	107
dd. Zur vorschriftswidrigen Schlach- tung	107
ee. Zu den weiteren verbotenen Hand- lungen	109
b. Die Beratungen zu den Strafbestimmun- gen	110
c. Die Schlussabstimmung des Ständerates	110

2. Die Beratungen im Nationalrat	110
a. Die Beratungen zu den verbotenen Handlungen	112
aa. Zu den verbotenen Haltungsarten	112
bb. Zur vorschriftswidrigen Beförderung	113
cc. Zu den Eingriffen am lebenden Tier	113
dd. Zu den Tierversuchen	113
ee. Zur vorschriftswidrigen Schlachtung	116
ff. Zu den weiteren verbotenen Handlungen	117
b. Die Beratungen zu den Strafbestimmungen	117
c. Die Schlussabstimmung des Nationalrates	118
3. Die Differenzen zwischen den beiden Kammern	118
a. Zum Schächtverbot	118
b. Zum Verbot des Verwendens lebender Tiere als Köder oder zum Anlocken (Ankirren)	118
4. Die Schlussabstimmung im Parlament (9. März 1978)	119
F. Das Referendum gegen das Tierschutzgesetz	119
G. Die Volksabstimmung vom 3. Dezember 1978	120
4. Teil: Schutzobjekt, Tatobjekt, Tathandlung	121
8. KAPITEL: SCHUTZOBJEKT UND TATOBJEKT	121
I. SCHUTZOBJEKT UND TATOBJEKT IM ALLGEMEINEN	121
A. Das Schutzobjekt	121
1. Strafrecht ist Rechtsgüterschutz	121
2. Der Begriff des Rechtsgutes oder Schutzobjektes	122
3. Rechtsgut und Deliktstatbestand	123

B. Das Tatobjekt	124
1. Der Begriff des Tatobjektes	124
2. Das Tatobjekt "Tier"	125
II. SCHUTZOBJEKT UND TATOBJEKT IM STRAFRECHT- LICHEN ECHTEN TIERSCHUTZ	125
A. Die verschiedenen Theorien	125
1. Der indirekte strafrechtliche echte Tierschutz	125
a. Die Roheitstheorie	126
aa. Die Theorie	126
bb. Das Schutzobjekt	127
cc. Das Tatobjekt	127
dd. Vertreter der Roheitstheorie	128
ee. Würdigung der Roheitstheorie	130
b. Die Sittlichkeitstheorie	133
aa. Die Theorie	133
bb. Das Schutzobjekt	134
cc. Das Tatobjekt	134
dd. Vertreter der Sittlichkeits- theorie	134
ee. Würdigung der Sittlichkeits- theorie	136
c. Die Gefühlsschutztheorie	137
aa. Die Theorie	137
aaa. Die strenge Gefühlsschutz- theorie	137
bbb. Die milde Gefühlsschutz- theorie	138
bb. Das Schutzobjekt	138
cc. Das Tatobjekt	138
dd. Vertreter der Gefühlsschutz- theorie	138
aaa. Vertreter der strengen Ge- fühlsschutztheorie	139
bbb. Vertreter der milden Ge- fühlsschutztheorie	139

ee. Würdigung der Gefühlsschutz-	142
theorie	
aaa. Die Abgrenzung gegenüber der	142
Roheitstheorie	
bbb. Das geschützte Gefühl	143
ccc. Das Gefühl als Rechtsgut	143
ddd. Zur Frage einer Eingrenzung	145
des Tatobjektes	
eee. Kritik der Gefühlsschutz-	147
theorie	
2. Der direkte strafrechtliche Tierschutz	151
a. Die Interessensschutztheorie	152
aa. Die Theorie	152
bb. Das Schutzobjekt	153
cc. Das Tatobjekt	153
dd. Vertreter der Interessens-	153
schutztheorie	
ee. Würdigung der Interessens-	157
schutztheorie	
aaa. Ein Interesse des Tieres	157
als Schutzobjekt	
bbb. Das Interesse des Tieres	158
und sein Umfang	
ccc. Schutz des tierischen In-	160
teresses als Gebot des Mit-	
leides?	
ddd. Relativierung der Inte-	161
ressensschutztheorie	
b. Die Tierrechtstheorie	163
aa. Die Theorie	163
bb. Das Schutzobjekt und Tatobjekt	163
cc. Vertreter der Tierrechtstheorie	163
dd. Würdigung der Tierrechtstheorie	168
aaa. Anerkennung von Rechten der	168
Tiere	
bbb. "Unvernünftige" Tierrechts-	170
theorie	

ccc. Ein künftiges Recht der Tiere?	171
3. Abschliessende Würdigung der Theorien	172
a. Allgemeines	172
b. Indirekter und direkter Tierschutz	172
B. Die gesetzlichen Lösungen	173
1. Art. 264 StGB	173
a. Der Gesetzeswortlaut	173
b. Unbestimmbares Schutzobjekt	174
c. Das Tatobjekt	175
2. Die Strafbestimmungen des Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 (Art. 27-29)	178
a. Der Gesetzeswortlaut	178
b. Das Schutzobjekt	181
aa. Das Interesse des Tieres an seinem Wohlbefinden	181
bb. Das Wohlbefinden des Tieres	181
c. Das Tatobjekt	183
d. Kritik zur Einschränkung des Tatobjektes	185
9. KAPITEL: ZUR TATHANDLUNG	188
I. DIE TATHANDLUNG IM ALLGEMEINEN	188
II. TIER-"QUAELELEREI" (Zur Tatbestandsmässigkeit der Handlung)	188
A. Zur Misshandlung eines Tieres	189
1. Die physische Misshandlung	189
2. Die psychische Misshandlung	190
B. Zur argen oder starken Vernachlässigung eines Tieres	191
C. Zur (unnötigen) Ueberanstrengung eines Tieres	192
D. Zur qualvollen Tötung eines Tieres	193
E. Zur mutwilligen Tötung eines Tieres	193
F. Folgerungen	193

III. "UNGERECHTFERTIGTE" VERHALTENSWEISEN DES MENSCHEN GEGENUEBER DEM TIER (Zur Rechtswidrigkeit der Handlung)	194
A. Allgemeines	194
B. Die Rechtfertigungsgründe im allgemeinen	194
C. Die einzelnen Rechtfertigungsgründe	195
D. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen	196
1. Zum Begriff der Wahrnehmung berechtigter Interessen	196
2. Zu den berechtigten Interessen	197
E. Anhaltspunkte für die Abwägung zwischen menschlichen und tierischen Interessen	199
1. Der Grundsatz der Subsidiarität	199
2. Der Grundsatz der Proportionalität	200
5. TEIL UND 10. KAPITEL: DAS GELTENDE RECHT	201
I. HAUPTSTRAFRECHT	201
A. Art. 232 StGB	201
B. Art. 234 StGB	202
C. Art. 235 und 236 StGB	202
D. Art. 264 StGB	203
II. NEBENSTRAFRECHT	203
A. Verordnung über die Strassenverkehrsregeln vom 13. November 1962	203
B. Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung vom 8. Oktober 1971	206
C. Eidgenössische Fleischschauverordnung vom 11. Oktober 1975	208
D. Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966	210
E. Verordnung über die veterinärrechtliche Regelung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Waren vom 13. Juni 1977	216
F. Bundesgesetz über Jagd und Vogelschutz vom 10. Juni 1925	220
G. Bundesgesetz über die Fischerei vom 14. Dezember 1973	222

III. INTERNATIONALES RECHT	225
IV. SCHLUSSBEMERKUNG	226
6. Teil: Fragen zum geltenden Recht	228
11. KAPITEL: DIE GESETZGEBERISCHE SYSTEMATIK	228
I. HAUPT- UND NEBENSTRAFRECHT	228
A. Allgemeines	228
B. Kriterien für die Zuweisung eines Straftatbestandes an das Haupt- oder an das Nebenstrafrecht	229
1. Das Rechtsbewusstsein	229
2. Die Verknüpfung mit einer Sonderordnung	230
C. Wohin gehören die Grundtatbestände der Tierquälerei?	231
D. Schlussfolgerung	233
II. DIE STELLUNG DER TATBESTÄNDE DER TIERQUÄLEREI IM STRAFGESETZBUCH	233
A. Die Stellung der Tierquälerei im StGB de lege lata	234
B. Die Stellung der Tierquälerei im StGB de lege ferenda	234
12. KAPITEL: DIE WAHRNEHMUNG DER INTERESSEN DES VERLETZTEN TIERES IM STRAFVERFAHREN	236
I. DER VERLETZTE MENSCH	236
A. Der Begriff des Verletzten	236
B. Die Mitwirkung des Verletzten im Strafverfahren	238
1. Die Rolle des Verletzten	238
2. Für und Wider die Mitwirkung des Verletzten	239
3. Die Rechte des Verletzten	241
C. Die Vertretung des Verletzten	242
1. Das Recht zur Strafanzeige	242
2. Natürliche Personen als Vertreter	243

a. Natürliche Personen als Vertreter lebender Verletzter	243
b. Natürliche Personen als Vertreter Getöteter	243
3. Juristische Personen als Vertreter	244
II. DAS VERLETZTE TIER	245
A. Das Tier als Rechtsgutsträger	245
B. Möglichkeiten zur Wahrung der Interessen des verletzten Tieres im Strafverfahren	246
1. Allgemeines	246
a. Zum "Interesse des Tieres" im Strafverfahren	246
b. Die Wahrung der Interessen des verletzten Tieres gegenüber dem Täter	247
c. Die Sonderstellung der Tierschutzdelikte	248
2. Mitwirkungsrechte für Tierschutzverbände	248
3. Mitwirkungsrecht für mittelbar (ideell) Verletzte	249
4. Tierquälerei als Sachbeschädigung	250
C. Exkurs: Die Amtsklage	251
D. Schlussbemerkung	253
EPILOG	253

LITERATURVERZEICHNIS

JURISTISCHE LITERATUR

- Abegg Abegg Julius Friedrich Heinrich -
Ueber die Bestrafung der Misshand-
lung von Tieren - Neues Archiv des
Kriminalrechts, Band 12 (1830) und
Band 33 (1851)
- Aeppli Aeppli Heinz - Verstärkter Gewässer-
schutz mit Mitteln des Strafrechts -
SJZ 59 (1963), S. 145 ff.
- Allfeld Allfeld Philipp - Lehrbuch des
Deutschen Strafrechts - 8. Auflage
des von Hugo Meyer begründeten
Lehrbuches - Leipzig 1922
- Alternativ-Entwurf Alternativ-Entwurf zu einem Straf-
gesetzbuch - vorgelegt von Jürgen
Baumann - 2. Auflage - Tübingen 1969
- Altwegg Altwegg Edwin - Der rechtliche Schutz
der Tiere - Diss. Zofingen 1920
- Amira von Amira Karl - Tierstrafen und
Tierprozesse - Innsbruck 1891
- Baumann Baumann Claude - Die Stellung des
Geschädigten im schweizerischen
Strafprozess - Diss. Zürich 1958
- Baur Baur E. - Das Tier im Strafrecht -
Z 70 (1955), S. 134 ff.
- Beck Beck Marguerite - Die Tierquälerei -
Diss. Zürich 1918
- Berner Berner Albert Friedrich - Lehrbuch
des Deutschen Strafrechts - 14. Auf-
lage - Leipzig 1886 / 18. Auflage -
Leipzig 1898
- Binding, Lehrbuch Binding Karl - Lehrbuch des gemeinen
Deutschen Strafrechts - Besonderer
Teil - Band I - 2. Auflage - Leipzig
1902
- Binding, Normen Binding Karl - Die Normen und ihre
Uebertretung - Eine Untersuchung über
die rechtmässige Handlung und die
Arten des Deliktes - Band I: Normen

- und Strafgesetze - 3. Auflage - Leipzig 1916 / Band II/1: Schuld. Vorsatz. Irrtum. - 2. Auflage - Leipzig 1914
- Bregenzer Bregenzer Ignaz - Tier-Ethik - Darstellung der sittlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen Mensch und Tier - Bamberg 1894
- Brunner Brunner Peter - Die Stellung des Geschädigten im zürcherischen Offizial- und subsidiären Privatstrafklageverfahren - Diss. Zürich 1976
- Burckhardt Burckhardt Walther - Kommentar zur schweizerischen Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 - 3. Auflage - Bern 1931
- Clerc Clerc François - Cours élémentaire sur le code pénal suisse - Partie spéciale II - Lausanne 1945
- Clerc/Steck Clerc François/Steck Eduard - Grundzüge des Schweizerischen Strafrechts - Basel 1943
- Dubs Dubs Hans - Notwehr - Z 89 (1973), S. 337 ff.
- Ehrenstein von Ehrenstein H.W. - Schild und Waffen gegen die Tierquälerei; ein Beitrag zu allgemeiner Förderung der Menschlichkeit - Leipzig 1840
- Falb Falb Fritz - Die Berücksichtigung der Interessen des Verletzten im materiellen und formellen Strafrecht, insbesondere im bernischen Strafverfahren - Festgabe für Hans Schultz - Z 94 (1977), S. 327 ff.
- Felder Felder Armin - Der strafrechtliche Schutz der Sache vor Beschädigung - Diss. Basel 1954
- Feuerbach von Feuerbach Anselm - Lehrbuch des gemeinen in Deutschland gültigen peinlichen Rechts - Giessen 1840
- Fierz Fierz Albert - Geschichte und System der schweizerischen Jagdgesetzgebung - Diss. Zürich 1900

- Flachsmann Flachsmann Anton - Völkerrechtlicher Schutz gefährdeter Tiere und Pflanzen vor übermässiger Ausbeutung durch den internationalen Handel - Diss. Zürich 1977
- Fleiner/Giacometti Fleiner Fritz/Giacometti Zaccaria - Schweizerisches Bundesstaatsrecht - Zürich 1976
- Gierke von Gierke Otto - Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung - Berlin 1887
- Hafter, allgemeiner Teil Hafter Ernst - Lehrbuch des Schweizerischen Strafrechts - Allgemeiner Teil - 2. Auflage - Bern 1946
- Hafter, besonderer Teil Hafter Ernst - Lehrbuch des Schweizerischen Strafrechts - Besonderer Teil II - Berlin 1943
- Hartmann Hartmann A. - Die Stellung des Geschädigten sowie von Dritten im zürcherischen Strafprozess - Kriminalistik 1970, S. 457 ff.
- Hauser Hauser Robert - Kurzlehrbuch des schweizerischen Strafprozessrechts - Basel 1978
- Hauser/Rehberg Hauser Robert/Rehberg Jörg - Strafrecht I, Verbrechenslehre - Zürich 1976
- Hippel von Hippel Robert - Die Tierquälerei in der Strafgesetzgebung des In- und Auslandes, historisch, dogmatisch und kritisch dargestellt, nebst Vorschlägen zur Abänderung des Reichsrechts - Berlin 1891
- Hommel Hommel Ferdinand August - Rhapsodia quaestionum in foro quotidie obrentientum tamen legibus decisarum - Leipzig 1739
- Imholz Imholz Robert - Die Zuständigkeit des Bundes auf dem Gebiete des Natur- und Heimatschutzes - Diss. Zürich 1975
- Jenny Jenny Amalie - Der strafrechtliche Schutz der Tiere - Diss. Affoltern am Albis 1940

- Jescheck Jescheck Hans-Heinrich - Lehrbuch des Strafrechts - Allgemeiner Teil - 3. Auflage - Berlin 1978
- Jhering von Jhering Rudolph - Der Zweck im Recht - Band II - 3. Auflage - Leipzig 1898
- Kaegi Kaegi Max - Das Schweizerische Jagdrecht - Diss. Genf 1911
- Kaser Kaser Max - Römisches Privatrecht - 10. Auflage - München 1977
- Kohler Kohler Josef - Die Tiere im Recht - Gerichtssaal - Band 47 (1892)
- Koschaker Koschaker Paul - Rechtsvergleichende Studien zur Gesetzgebung Hamurapis - Leipzig 1917
- Kunz Kunz Roy - Die Verletzung des biologischen Lebensraumes als strafrechtliche Tatbestände - Diss. Zürich 1973
- Lehner Lehner Michael - Tierschutz und Gesetz - Diss. Erlangen 1929
- Liszt von Liszt Franz - Lehrbuch des Deutschen Strafrechts - 21./22. Auflage - Berlin und Leipzig 1919
- Logoz Logoz Paul - Commentaire du code pénal suisse - Partie spéciale II - Neuchâtel 1956
- Maurach Maurach Reinhart - Deutsches Strafrecht - Allgemeiner Teil - Ein Lehrbuch - 5. Auflage - Karlsruhe 1971
- Mendelssohn-Bartholdy von Mendelssohn-Bartholdy - Ueber Tierquälerei - Gerichtssaal - Band 66 (1913)
- Merki Merki Peter - Die strafrechtliche Behandlung der Unzucht mit Tieren - Diss. Schwyz 1948
- Merkel Merkel Adolf - Lehrbuch des Deutschen Strafrechts - Stuttgart 1889
- Misch Misch Ludwig - Der strafrechtliche Schutz der Gefühle - Diss. Heidelberg 1911

- | | |
|--|---|
| Noll, Nebenstraf-
gesetze | Noll Peter - Die neueren eidgenös-
sischen Nebenstrafgesetze unter
rechtsstaatlichen Gesichtspunkten
- Z 72 (1957), S. 361 ff. |
| Noll, Rechtferti-
gungsgründe | Noll Peter - Die Rechtfertigungs-
gründe im Gesetz und in der Recht-
sprechung - Z 80 (1964), S. 160 ff. |
| Noll, Tatbestands-
mässigkeit und
Rechtswidrigkeit | Noll Peter - Tatbestandsmässigkeit
und Rechtswidrigkeit: Die Wertab-
wägung als Prinzip der Rechtferti-
gung - ZStrW 77 (1965), S. 1 ff. |
| Noll, Strafrecht | Noll Peter - Strafrecht I - Allge-
meine Lehren - Vorlesungsskriptum -
Zürich 1974 |
| Noll, Strafprozess-
recht | Noll Peter - Strafprozessrecht -
Vorlesungsskriptum - Zürich 1977 |
| Oftinger | Oftinger Karl - Lärmbekämpfung als
Aufgabe des Rechts - Zürich 1956 |
| Otto | Otto Harro - Rechtsgutsbegriff und
Deliktstatbestand - Strafrechtsdog-
matik und Kriminalpolitik - heraus-
gegeben von Heinz Müller-Dietz -
Köln 1971 |
| Petrzilka | Petrzilka Werner - Zürcher Erläute-
rungen zum Schweizerischen Strafge-
setzbuch - Winterthur 1942 |
| Pfenninger, Popu-
larstrafklage | Pfenninger H.F. - Die Popularstraf-
klage - Z 29 (1916), S. 259 ff. |
| Pfenninger, Der
Verletzte | Pfenninger H.F. - Der Verletzte im
schweizerischen Strafverfahren -
SJZ 56 (1960), S. 181 ff. |
| Pitz | Pitz Norbert - Das Delikt der Tier-
quälerei: Tierschutz oder Gefühls-
schutz - Diss. Köln 1929 |
| Rehberg, Strafantrag | Rehberg Jörg - Der Strafantrag - Z
85 (1969), S. 247 ff. |
| Rehberg, Strafen
und Massnahmen | Rehberg Jörg - Strafrecht II: Stra-
fen und Massnahmen - Vorlesungsskrip-
tum - Zürich 1975 |
| Rein | Rein Wilhelm - Das Kriminalrecht der
Römer von Paulus bis auf Justinian -
Neudruck der Ausgabe Leipzig 1844 -
Aalen 1962 |

- Rothschild Rothschild Dani - Das Schächtverbot der Schweizerischen Bundesverfassung - Diss. Zürich 1955
- Salkowski Salkowski Georg - Der Tierschutz im geltenden und zukünftigen Strafrecht des In- und Auslandes - Diss. Heidelberg 1911
- San Nicolò San Nicolò Marian - Die Stellung der Keilschrifturkunden in der vorderasiatischen Rechtsentwicklung - Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte - Romanistische Abteilung - Band 48 (1928), S. 21 ff.
- Schick Schick Walter - Die Tierquälerei in der Strafgesetzgebung - Diss. Würzburg 1936
- Scholl Scholl C. - Das Aergernis im Deutschen Strafrecht überhaupt und in der Strafnorm gegen Tierquälerei insbesondere - ZStrW 13 (1893)
- Schrag Schrag Carl Herbert - Gefühlszustände als Rechtsgüter im Strafrecht - Diss. Bern 1936
- Schultz, Strafrecht Schultz Hans - Einführung in den allgemeinen Teil des Strafrechts - Band I - 3. Auflage - Bern 1977
- Schultz, 30 Jahre StGB Schultz Hans - Dreissig Jahre Schweizerisches Strafgesetzbuch - Z 88 (1972), S. 1 ff.
- Schwander Schwander Vital - Das Schweizerische Strafgesetzbuch - 2. Auflage - Zürich 1964
- Sina Sina Peter - Die Dogmengeschichte des strafrechtlichen Begriffes "Rechtsgut" - Basler Studien zur Rechtswissenschaft - Heft 62 - Basel 1962
- Stoss Stoss Carl - Schweizerisches Strafgesetzbuch - Vorentwurf mit Motiven - Basel 1894
- Stratenwerth Stratenwerth Günter - Schweizerisches Strafrecht - Besonderer Teil - Band I - Bern 1973 / Band II - Bern 1974

- Thormann/Overbeck Thormann Philipp/von Overbeck Alfred
- Kommentar zum Schweizerischen Straf-
gesetzbuch - Band I: Allgemeiner Teil
- Zürich 1940 / Band II: Besondere
Bestimmungen - Zürich 1941
- Waeckerling Waeckerling Roland - Die Jagdvergehen
nach eidgenössischem und kantonalem
Recht - Diss. Zürich 1947
- Wahlberg Wahlberg Wilhelm Emil - Kriminalisti-
sche und nationalökonomische Gesichts-
punkte mit Rücksicht auf das Reichs-
strafrecht - Wien 1872
- Weber Weber Leo - Der strafrechtliche
Schutz der Tiere - Vortrag an der
Delegiertenversammlung der deutsch-
schweizerischen Tierschutzvereine -
Bern, 12. Juni 1904
- Wegmann Wegmann Alice - Das Tier im schwei-
zerischen Recht - Zürich/Stuttgart
1966
- Wiegand Wiegand Klaus - Die Tierquälerei -
Kriminalwissenschaftliche Abhand-
lungen - Band 11 - herausgegeben von
Friedrich Geerds - Lübeck 1979
- Zeller-Werdmüller Zeller-Werdmüller H. - Die Zürcher
Stadtbücher des 14. und 15. Jahr-
hunderts - Band I - Leipzig 1899
- Zürcher Zürcher Emil - Erläuterungen zum Vor-
entwurf zu einem Schweizerischen
Strafgesetzbuch - Bern 1914

MATERIALIEN

- Protokoll 1. ExpK
StGB Verhandlungen der vom Eidgenössi-
schen Justiz- und Polizei-Departe-
ment einberufenen Expertenkommission
über den Vorentwurf zu einem Schwei-
zerischen Strafgesetzbuch - Band II -
Bern 1896
- Protokoll 2. ExpK
StGB Protokoll der 2. Expertenkommission
zum Schweizerischen Strafgesetzbuch
- Bände VII und VIII - Luzern 1912-
1916

Botschaft zum Tierschutzartikel	Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Ersetzung des Schächtartikels der Bundesverfassung durch einen Tierschutzartikel (Art. 25bis BV) vom 15. November 1972 - BBl. 1972 II 1478 ff.
Schlussbericht	Schlussbericht der Studienkommission des EVD zur Ausarbeitung eines Vorentwurfes zu einem Tierschutzgesetz vom 12. Juni 1975
VE TschG	Vorentwurf zu einem Tierschutzgesetz - Bern 1975
Botschaft zum Tierschutzgesetz	Botschaft des Bundesrates zum Entwurf zu einem Tierschutzgesetz vom 9. Februar 1977 - BBl. 1977 I 1075 ff.
E TschG	Entwurf zu einem Tierschutzgesetz - BBl. 1977 I 1099 ff.
StenBull NR	Amtliches stenographisches Bulletin des Nationalrates
StenBull StR	Amtliches stenographisches Bulletin des Ständerates

NICHT-JURISTISCHE LITERATUR

Aygün	Aygün S.T. - Der Gebrauch der ZGO-Methode an Stelle von Tierversuchen - Basel 1971
Baumann/Fink	Baumann Peter/Fink Ortwin - Zuviel Herz für Tiere - Hamburg 1976
Blüchel	Blüchel Kurt - Der Untergang der Tiere - Stuttgart 1976
Darwin, Entstehung der Arten	Darwin Charles - Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl - Stuttgart 1859
Darwin, Bewegungs- vermögen	Darwin Charles - Das Bewegungsvermögen der Pflanzen - Stuttgart 1899
Fascher	Fascher Erich - Jesus und die Tiere - Theologische Literaturzeitung - Band 90 (1965), S. 567 ff.

- Holl Adolf - Der letzte Christ: Franz von Assisi - Stuttgart 1979
- Kienle Gerhard - Arzneimittelsicherheit und Gesellschaft - Stuttgart/New York 1974
- Küng Hans - Christ sein - München 1974
- Linder Hermann - Biologie - 16. Auflage - Stuttgart 1967
- Lorenz Konrad - Haben Tiere ein subjektives Erleben? - München 1968
- Nussbaum Heinrich - Die verordnete Krankheit - Frankfurt 1977
- Portmann Adolf - Zoologie und das neue Bild des Menschen - 4. Auflage - Basel 1960
- Pratt Dallas - Painful Experiments on Animals - New York 1976
- Ruesch, Slaughter Hans - Slaughter of the Innocent - New York 1978
- Ruesch, Nackte Herrscherin Hans - Nackte Herrscherin - Entkleidung der medizinischen Wissenschaft - München 1978
- Ruesch, Fälscher Hans - Die Fälscher der Wissenschaft - München 1979
- Ryder Richard - Victims of Science - London 1975
- Schweitzer Albert - Kultur und Ethik - Gesammelte Werke in fünf Bänden - Band 2 - Zürich, o.J. - S. 99 ff.
- Schopenhauer Arthur - Preisschrift über die Grundlage der Moral - Sämtliche Werke in fünf Bänden - Band III: Kleinere Schriften - Leipzig, o.J.
- Stiller/Stiller Herbert/Stiller Margot - Tierversuch und Tierexperimentator - München 1977
- Stiller/Stiller/Weiss Herbert/Stiller Margot/Weiss Ilja - Tödliche Tests - Experimente mit Tieren und Menschen - München 1979

- Teilhard Teilhard de Chardin Pierre - Der Mensch im Kosmos - 4. Auflage - München 1959
- Tompkins/Bird Tompkins Peter/Bird Christopher - The Secret Life of Plants - New York 1973

UEBRIGE LITERATUR

- ABC der Nutztierhaltung Kleines ABC der Nutztierhaltung - Katalog zur 3. Fachmesse und Informationsschau zur Beziehung zwischen Mensch und Tier "Das Tier und wir" - Basel 1979
- Dokumentation zum VE Wir brauchen Mut! - Dokumentation des Schweizerischen Tierschutzverbandes zum VE zu einem Tierschutzgesetz - Basel 1976
- Dokumentation über Tierhaltung Missbraucht. Gequält. Krank. - Dokumentation des Schweizerischen Tierschutzverbandes über Tierhaltung - Basel 1979
- Jahresberichte SGT Jahresberichte der Schweizerischen Gesellschaft für Tierschutz (Zürich)
- Mitteilungsblätter SGT Mitteilungsblätter der Schweizerischen Gesellschaft für Tierschutz (Zürich)
- Schriftenreihe SGT Schriftenreihe der Schweizerischen Gesellschaft für Tierschutz (Zürich)
- Strafurteile Die Strafurteile in der Schweiz - Statistische Quellenwerke der Schweiz - herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt - Bern

ANMERKUNG ZUM LITERATURVERZEICHNIS

1. Das vorstehende Verzeichnis bietet keinen vollständigen Ueberblick über die Literatur auf dem Gebiete des strafrechtlichen Tierschutzes; es enthält vielmehr nur die in der vorliegenden Dissertation zitierten Werke.
2. Die im Literaturverzeichnis aufgeführten Arbeiten werden grundsätzlich nur mit Verfasseramen sowie Seitenzahl zitiert; liegen mehrere Arbeiten desselben Autors vor, so folgt dem Verfasseramen ein unterscheidendes Kennwort.

ABKUERZUNGSVERZEICHNIS

A.	Auflage
a.a.O.	am angeführten Ort
Abs.	Absatz
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
BBl.	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Bd.	Band
Bde.	Bände
BG	Bundesgesetz
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichtes, amtliche Sammlung, zitiert nach Band, Abteilung und Seitenzahl
BGVJ	Bundesgesetz über Jagd und Vogelschutz vom 10. Juni 1925
Botsch.	Botschaft
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874
bzw.	beziehungsweise
D.	Digesta
d.h.	das heisst
Diss.	Dissertation
d.V.	der Verfasser
E	Entwurf
etc.	et cetera
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschafts-Departement
f.	und folgende(r) (Seite, Artikel)
ff.	und folgende (Seiten, Artikel)
i.e.S.	im engen Sinne
i.w.S.	im weiten Sinne
Komm.	Kommentar
lit.	litera (Buchstabe)
LNN	Luzerner Neueste Nachrichten (Luzern)
m.E.	meines Erachtens
N	Note
NHG	Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1966

NR	Nationalrat
Nr.	Nummer
NZZ	Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
o.J.	ohne Jahresangabe
OR	Bundesgesetz über das Obligationenrecht vom 30. März 1911/18. Dezember 1936
PKG	Die Praxis des Kantonsgerichtes Graubünden
Pra	Die Praxis des Schweizerischen Bundesgerichtes (Basel)
Prot.	Protokoll
S.	Seite
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung (Zürich)
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
StenBull	Stenographisches Bulletin
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937
StPO	Strafprozessordnung
StR	Ständerat
SVG	Bundesgesetz über den Strassenverkehr vom 19. Dezember 1958
TschG	Tierschutzgesetz vom 9. März 1978
u.a.	und andere; unter anderem/anderen
Ulp.	Domitius Ulpianus
usw.	und so weiter
UWG	Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb vom 30. September 1943
V	Verordnung
VE	Vorentwurf
vgl.	vergleiche
VRV	Verordnung über die Strassenverkehrsregeln vom 13. November 1962
Z	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht (Bern)
z.B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins (Bern)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907

Ziff.	Ziffer
ZPO	Zivilprozessordnung
ZR	Blätter für Zürcherische Recht- sprechung (Zürich)
ZStrW	Zeitschrift für die gesamte Straf- rechtswissenschaft (Berlin)

1. Teil: Einleitung und Abgrenzung des Themas

1. KAPITEL: EINLEITUNG

"Verstädterung und fortschreitende Technisierung aller Lebensbereiche haben auch die Beziehungen des Menschen zum Tier wesentlich beeinflusst. Viele Menschen von heute haben den direkten Kontakt mit Tieren verloren. Andererseits ist in jüngster Zeit gerade in technisch hochentwickelten Ländern ein grösseres Interesse am Tier festzustellen, und das Halten verschiedenster Kleintiere und damit auch der Handel mit solchen Tieren nimmt ständig zu. Aus der Unkenntnis über das artgemässe Halten, durch Gedankenlosigkeit oder Gewinnstreben der Tierhalter oder der Händler erwachsen den Tieren Gefahren.

Die Technisierung und die Rationalisierung beeinflussen aber auch das Halten der landwirtschaftlichen Nutztiere. Es besteht die Gefahr, dass diese zum Gegenstand übermässiger Ausbeutung werden. Die damit verbundenen Missstände führen zu lebhaften Protesten aus Tierschutzkreisen. Schliesslich kommt dem Tier als Versuchsobjekt im Rahmen der medizinischen und pharmazeutischen Forschung eine ständig steigende Bedeutung zu. Auch in diesem Bereich läuft das Versuchstier Gefahr, als reines Objekt unnötig nicht zu verantwortende Qualen zu erdulden. Andererseits lässt sich bei vielen Menschen ein wachsendes Gefühl der Verantwortung für das Tier als Mitlebewesen feststellen. National und international hat der Tierschutzgedanke in den letzten Jahren erheblich an Gewicht gewonnen, und die Erkenntnis der Notwendigkeit, für ein "tierwürdiges" Dasein der dem Menschen anvertrauten Tiere einzutreten, ist heute weit verbreitet." 1)

1) Botschaft zum Tierschutzartikel; BBl. 1972 II 1479

2. KAPITEL: DAS TIER IM SCHWEIZERISCHEN STRAFRECHT IM ALLGEMEINEN

I. DER STRAFRECHTLICHE SCHUTZ VOR DEM TIER

Ein Tier kann an Menschen und Sachen Schaden anrichten und damit die menschlichen Rechtsgüter Leib, Leben oder Vermögen beeinträchtigen. Es kann dies tun als gehaltenes oder als freilebendes, herrenloses Tier, entweder aus eigenem Antrieb oder aufgehetzt durch einen Menschen.

A. Der eigentliche strafrechtliche Schutz des Menschen vor einem Angriff des Tieres

Das Strafrecht schützt Leib, Leben, Hab und Gut des Menschen insofern, als diese Rechtsgüter von einem als willenloses Werkzeug in der Hand eines anderen handelnden Tieres beeinträchtigt werden. Der Aufhetzer untersteht den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Tötung ¹⁾, Körperverletzung ²⁾, allenfalls Gefährdung des Lebens und der Gesundheit ³⁾ sowie Sachbeschädigung ⁴⁾.

In SJZ 8, S. 107 wird ein Fall geschildert, in dem ein Tierhalter sogar für ein nicht-aufgehetztes, aus eigenem Antrieb handelndes Tier strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurde: Der bösertige Hund des Angeklagten hatte einen zwei Jahre alten Knaben ins

1) Art. 111-117 StGB

2) Art. 122-126 StGB

3) Art. 127 und 129 StGB

4) Art. 145 StGB

Gesicht gebissen und ihm schwere Wunden beigebracht. Das Kantonsgericht St. Gallen verurteilte den Hundehalter wegen grob-fahrlässiger Körperverletzung, denn "der Angeklagte wusste, dass sein Hund bösartig und gefährlich war. Weil er diesen behielt und frei herumlaufen liess und nicht beseitigte, handelte er grob fahrlässig".

B. Das Notwehrrecht gegenüber einem Angriff
eines Tieres

Die herrschende Lehre ⁵⁾ anerkennt keine Notwehr gegenüber Tieren, sondern nur gegenüber einem menschlichen Verhalten; der die Notwehrlage schaffende Angriff muss stets von einer Person ausgehen. Ein solch menschlicher Angriff liegt nun aber auch dann vor, "wenn das Tier auf den Abwehrenden gehetzt und so von seinem Meister als Instrument zu einem rechtswidrigen Angriff benützt worden ist ⁶⁾. Dem Angegriffenen erwächst ein Notwehrrecht ⁷⁾, das sich sowohl gegen das Tier als Angriffsmittel als auch gegen den Angreifer bzw. Aufhetzer richten kann ⁸⁾. Unerheblich ist dabei, ob es sich um ein im Eigentum des Aufhetzers stehendes, einem Dritten gehörendes oder ein freilebendes, herrenloses Tier handelt. Der Angegriffene darf das Tier verletzen oder töten und den Aufhetzer verjagen oder allenfalls verletzen, sofern er "in einer den Umständen angemessenen Weise" ⁹⁾ handelt ¹⁰⁾.

5) Schultz, Strafrecht, S. 145;
Noll, Strafrecht, S. 42;
Hafer, allgemeiner Teil, S. 145;
BGE 97 IV 73

6) Dubs, S. 342

7) Art. 33 Abs. 1 StGB

8) Schwander, Nr. 170

9) Art. 33 Abs. 1 StGB

10) Schwander, Nr. 170

Ueberschreitet der Angegriffene die Grenzen der Notwehr, handelt er also im Notwehrexzess, so kann er sich gegenüber dem Tier der Sachbeschädigung und der Tierquälerei, gegenüber dem Aufhetzer z.B. der Körperverletzung schuldig machen ¹¹⁾.

In zivilrechtlicher Hinsicht braucht derjenige, der in berechtigter Notwehr einen Angriff abgewehrt hat, den Schaden, den er dabei dem Angreifer in seiner Person oder in seinem Vermögen zugefügt hat, grundsätzlich nicht zu ersetzen ¹²⁾.

C. Die Verursachung einer Notstandssituation durch einen Angriff eines Tieres

Der Angriff eines Tieres kann einen Notstand begründen ¹³⁾. Der Angegriffene darf sich des tierischen Angriffes erwehren, insbesondere darf er dabei das Tier verletzen oder allenfalls töten, sofern er sich in einer Notstandssituation befindet. Eine solche liegt dann vor, wenn der Angegriffene das Tier verletzt oder tötet, um dadurch Leib, Leben oder Vermögen "aus einer unmittelbaren, nicht anders abwendbaren Gefahr zu erretten" ¹⁴⁾. Die Gefahr, der Angriff des Tieres, darf vom Notstandstäter nicht verschuldet worden sein, und es darf ihm die Preisgabe des angegriffenen Rechtsgutes nicht zugemutet werden können. Sind diese Voraussetzungen der Notstandstat nicht oder nur teilweise gegeben, so kann sich der Abwehrende gegenüber einem gehaltenen Tier der Sachbeschädigung und der Tierquälerei, gegenüber einem freilebenden, herrenlosen Tier allenfalls der Tierquälerei schuldig machen ¹⁵⁾.

11) Art. 33 Abs. 2 StGB

12) Art. 52 Abs. 1 OR

13) Thormann/Overbeck, N 4 zu Art. 33 StGB

14) Art. 34 Abs. 1 StGB

15) Art. 34 Abs. 2 StGB

In zivilrechtlicher Hinsicht bleibt auch der zur Notstandstat Berechtigte dem Eigentümer des Tieres gegenüber für den durch Verletzung oder Tötung des Tieres verursachten Schaden gemäss Art. 52 Abs. 2 OR grundsätzlich zu Schadenersatz verpflichtet.

D. Die erlaubte Abwehr

Nach Art. 32 StGB ist die Tat, die das Gesetz für erlaubt erklärt, kein Verbrechen oder Vergehen.

In zivilrechtlicher Hinsicht ist gemäss Art. 57 Abs. 1 OR der Besitzer eines Grundstückes berechtigt, Dritten angehörige Tiere, die auf dem Grundstück Schaden anrichten, allenfalls zu töten, wenn die Umstände es rechtfertigen. Dieses Recht steht nicht nur dem Besitzer des Grundstückes persönlich zu, sondern auch seinen Hilfspersonen, wenn sie handeln, um den Besitzer vor Schaden zu bewahren. Das Recht, ein fremdes Tier zu töten, das auf einem Grundstück Schaden anrichtet, schliesst nach der Auffassung des Bundesgerichtes auch das weniger weit gehende Recht in sich, es unter den gleichen Voraussetzungen, nämlich "wenn die Umstände es rechtfertigen", zu verletzen¹⁶⁾. Der Grundstückbesitzer oder seine Hilfspersonen dürfen demnach den Angriff eines "Dritten angehörigen Tieres" auf dem Grundstück durch Verletzung oder Tötung des Tieres abwehren, ohne sich dabei einer Sachbeschädigung oder einer Tierquälerei schuldig zu machen, aber nur soweit "die Umstände es rechtfertigen"¹⁷⁾.

Analog angewendet schliesst Art. 57 Abs. 1 OR gegenüber einem freilebenden, herrenlosen Tier wohl den Tatbestand der Tierquälerei aus, sofern es sich bei der Ver-

16) BGE 77 IV 194

17) BGE 78 IV 83 sowie SJZ 34, S. 281

letzung oder Tötung des Tieres um eine angemessene Abwehr handelt.

II. DER STRAFRECHTLICHE SCHUTZ DES TIERES ALS EINES VERMOEGENSWERTES

A. Das gehaltene Tier

Im Wirtschaftsleben des Menschen kann dem Tier ein erheblicher Vermögenswert zukommen. Es liefert Arbeitskraft, Nahrungsmittel und andere Rohstoffe wie Wolle, Pelz, Leder usw. Als Vermögenswert des Menschen wird das Tier rechtlich wie eine Sache behandelt. Der strafrechtliche Schutz des Tieres als einer Sache erfolgt demnach insbesondere durch die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die strafbaren Handlungen gegen das Vermögen: Vorab begeht eine Sachbeschädigung im Sinne von Art. 145 StGB, wer ein Tier verletzt oder tötet. Weiter kann ein Tier gestohlen (Art. 137 StGB), entwendet (Art. 138 StGB), geraubt (Art. 139 StGB), veruntreut (Art. 140 StGB), unterschlagen (Art. 141 StGB), entzogen (Art. 143 StGB), gehehlt (Art. 144 StGB) werden.

B. Freilebende, herrenlose Tiere

Freilebende, herrenlose Tiere stehen in niemandes Eigentum und stellen allenfalls einen Vermögenswert der Allgemeinheit dar. Nach einhelliger Lehre und Rechtsprechung können freilebende Tiere nicht Gegenstand von Vermögensdelikten sein ¹⁸⁾: "Als Objekt für die Sachbeschä-

18) Stratenwerth I, S. 202
Felder, S. 42
SJZ 47 (1951), S. 350
SJZ 51 (1955), S. 244

digung eignen sich nur Tiere, die in fremdem Eigentum stehen. Demnach schützt das Strafgesetzbuch in Art. 145 nur Haustiere und gefangengehaltenes Wild. Die Verletzung oder Tötung herrenloser Haustiere und jagdbarer Tiere in Freiheit erscheint nicht als Sachbeschädigung. Obwohl der Jagdberechtigte ein Okkupationsrecht besitzt, ist das Wild doch *res nullius*; ein Vermögensdelikt lässt sich an ihm nicht begehen" 19).

III. DER STRAFRECHTLICHE SCHUTZ DES TIERES

A. Der unechte Tierschutz

1. Der Begriff

Zum sogenannten strafrechtlichen unechten oder materialistischen oder egoistischen 20) Tierschutz gehören alle Vorschriften, die nicht vorab dem Schutz des einzelnen Tieres vor Missbrauch oder Schadenszufügung dienen, sondern in erster Linie die Schonung und Erhaltung einer ganzen Tierart oder des Tierbestandes in einem bestimmten Gebiet bezwecken. Die Geschichte des Tierschutzes (im weiten Sinne) beginnt mit dem Erlass unechter Tierschutzbestimmungen über Jagd-Schonzeiten im 13. Jahrhundert 21). Natürlich liegen die Vorschriften des unechten Tierschutzes auch im Interesse des Tieres; in theoretischer Hinsicht kommt der Unterscheidung zwischen unechtem und echtem strafrechtlichem Tierschutz aber doch eine erhebliche Bedeutung zu.

19) Felder, S. 42

20) Vgl. dazu Jenny, S. 56

21) Vgl. dazu hinten, 6. Kapitel,
Die geschichtliche Entwicklung des
strafrechtlichen echten Tierschutzes

Das geltende Hauptstrafrecht, d.h. das Strafgesetzbuch, kennt keine unechten strafrechtlichen Tierschutzbestimmungen.

2. Der Tierartenschutz ²²⁾

Zum strafrechtlichen unechten Tierschutz gehört einmal der strafrechtliche Schutz des Tieres vor Ausrottung, der Tierartenschutz.

"Machet euch die Erde untertan, und herrscht über die Fische im Meer und die Vögel des Himmels, über das Vieh und alle Tiere, die auf Erden sich regen!" gebietet die biblische Schöpfungsgeschichte ²³⁾. Aus falschem Verständnis dieser Aufforderung hat der Mensch seine Herrschaft über die Tiere lange gnadenlos ausgeübt. Heute sind wir in der Folge aufgerufen, alle Tiere, die auf der Erde sich noch regen, zu erhalten. Wir stehen nämlich vor der denkwürdigen Tatsache, dass der Mensch allein seit Beginn des 18. Jahrhunderts rund 500 Tierarten endgültig ausgerottet hat; hunderte von weiteren Tierarten sind unmittelbar vom gleichen Schicksal bedroht. Jedes Jahr stirbt eine Wirbeltierart aus. Allein in Europa steht 20 Säugetieren der Untergang demnächst bevor ²⁴⁾.

Viele Menschen sind heute willens, dieser rücksichtslosen Vernichtung der Tierwelt entgegenzutreten. Ihnen geht es vorab um die Ehrfurcht vor der Schöpfung, die dem Menschen deren Zerstörung verbietet; es geht um die Achtung vor der Kreatur, "um das Lebensrecht des aussermenschlichen Lebens, das Recht der ganz anderen, die nicht reden, nicht fordern, sondern nur untergehen kön-

22) Vgl. zu diesem Thema Blüchel und Flachsmann

23) 1. Mose 1, 28

24) Vgl. dazu Blüchel

nen" ²⁵⁾; es geht aber auch um die Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen, die nicht einen faunistischen Trümmerhaufen sollen vorfinden müssen, soweit ihnen dies nicht schon bevorsteht. "Niemand kann sich die Verödung ausdenken, der unser geistiges Leben preisgegeben wäre, wenn die Gestaltungsfülle schwinden würde, die uns heute noch umgibt, wenn unsere Welt nur noch aus dem bestehen würde, was wir selber machen könnten ²⁶⁾.

Am 27. Mai 1962 hat das Schweizervolk der Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Art. 24 sexies zugestimmt ²⁷⁾, dessen Abs. 4 dem Bund die Befugnis gibt, "Bestimmungen zum Schutze der Tier- und Pflanzenwelt zu erlassen". Diese Kompetenz des Bundes wird ergänzt durch seine Zuständigkeit auf dem Gebiete des materiellen Strafrechtes (Art. 64 bis BV). In Ausgestaltung seiner verfassungsmässigen Befugnisse hat der Bund am 1. Juli 1966 das Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) erlassen ²⁸⁾. Dieses Gesetz enthält die wichtigsten Bestimmungen für den Tierartenschutz. Er erfasst allerdings nur die einheimische Tierwelt, d.h. nur diejenigen Tierarten, die auf dem Gebiete der Schweiz heimisch sind oder waren. Zudem schützt das NHG nur die in freier Wildbahn lebenden Tierarten. Haustiere, Nutztiere und von Privaten oder in zoologischen Gärten gefangengehaltene Tiere fallen nicht unter seine Bestimmungen. Bezüglich der in Betracht fallenden einheimischen wilden Tiere beschränkt sich dagegen das NHG nicht nur auf den Schutz der Arten als solchen, sondern umfasst gemäss Art. 1 lit. d deren ganzen Lebensraum: So schützen die Art. 24 Abs. 2 und 25 der Vollziehungsverordnung zum NHG ²⁹⁾ auch die tie-

25) Adolf Portmann, in der Zeitschrift Natur und Mensch, Nr. 5/6, November 1970, S. 201

26) Adolf Portmann, a.a.O., S. 203

27) AS 1962, 749

28) Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1966, SR 451

29) Vollziehungsverordnung zum BG über den Natur- und Heimatschutz vom 27. Dezember 1966, SR 451.1

rischen Nester, Brutstätten und Nahrungsquellen.

Dem strafrechtlichen Tierartenschutz dienen auf Bundesebene insbesondere die folgenden Bestimmungen:

- BG über den Natur- und Heimatschutz ³⁰⁾: Art. 24;
- Verordnung über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen ³¹⁾: Art. 21 und 22.

3. Die Schonung von Tierbeständen

Jagd und Fischerei können berechtigten Interessen der Menschen dienen, ja selbst den Schutz der Natur bezwecken, wenn sie für einen Ausgleich des Tierbestandes in bestimmten Gebieten sorgen.

Im Jahre 1978 wurden in der Schweiz insgesamt 124 315 Stück sog. Haarwild und 117 953 Stück Federwild erlegt. Die Jäger schossen 18 823 Rehböcke und 16 454 Rehgeissen sowie über 15 000 Füchse. An dritter Stelle der Statistikfolgen die Feldhasen, dann die Gamsen und Murmeltiere. In den Patentkantonen registrierten die Behörden 1978 22 048 Jäger, von denen 11 173 ein Patent für die Hochjagd und 12 271 eines für die Niederjagd besaßen. In den Revierkantonen wurden 11 517 jagdberechtigte Personen verzeichnet. Die zuständigen Behörden mussten 1978 1 856 Uebertretungsfälle ahnden ³²⁾.

Nichts mehr mit einer sinnvollen Jägerei, sondern vielmehr mit primitivster Lust am Töten hat es zu tun, wenn die Tessiner Jagdvereinigung Jahr für Jahr Hunderte von Hasen und Fasanen eigens zum Abschuss aus Oststaaten

30) Vgl. dazu vorne, 2. Kapitel, Anm. 28

31) Artenschutzverordnung vom 16. Juni 1975, SR 453

32) Amtliche Jagdstatistik 1978, abgedruckt u.a. in der NZZ vom 20. August 1979

importiert: Im Januar und Dezember 1975 fieberten etwa 4000 Tessiner Jäger danach, einen der rund 700 für fast 75'000 Franken in Ungarn erstandenen Hasen ins Visier nehmen und erlegen zu dürfen ³³⁾.

Gewisse Fangmethoden in Jagd und Fischerei stellen reine Tierquälereien dar. Auf sie ist hinten ³⁴⁾ einzutreten.

Der Schonung von Tierbeständen dient vorab Art. 25 BV, der den Bund ermächtigt, "gesetzliche Bestimmungen über die Ausübung der Fischerei und Jagd, namentlich zur Erhaltung des Hochwildes, sowie zum Schutze der für die Land- und Forstwirtschaft nützlichen Vögel zu treffen". Das Bundesgesetz über Jagd und Vogelschutz bestimmt, welche Tiere gejagt werden dürfen und welche geschützt sind. Das Bundesgesetz über die Fischerei regelt sodann die Schonzeiten der Fische.

Den strafrechtlichen unechten Schutz der Tiere bezwecken auf Bundesebene insbesondere die folgenden Bestimmungen:

- BG über Jagd und Vogelschutz ³⁵⁾: Die Art. 39-52 enthalten die einzelnen Jagdvergehen, von denen einige auch dem strafrechtlichen echten Tierschutz dienen;
- BG über die Fischerei ³⁶⁾: Auch dieses Gesetz enthält einen Strafteil (Art. 39-47) mit wichtigen echten Tierschutzbestimmungen.

33) Mitteilungsblatt SGT Nr. 4/1976, S. 9

34) Vgl. hinten, 4. Kapitel, Die aktuelle Bedrohung der Tiere, III.

35) BG über Jagd und Vogelschutz vom 10. Juni 1925, SR 922.0

36) BG über die Fischerei vom 14. Dezember 1973, SR 923.0

B. Der echte Tierschutz

Am 2. Dezember 1973 stimmte das Schweizer Volk der Ersetzung des Schächtartikels der Bundesverfassung durch einen allgemeinen Tierschutzartikel zu ³⁷⁾.

Das gestützt auf diesen neuen Verfassungsartikel erlassene Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 wurde in der Volksabstimmung vom 3. Dezember 1978 gutgeheissen ³⁸⁾. Zweck dieser Gesetzgebung ist der Schutz des Tieres "vor ungerechtfertigten Verhaltensweisen des Menschen, durch die dem Tier Schmerzen, Leiden und körperliche Schäden zugefügt werden oder durch die es Angstzuständen ausgesetzt wird" ³⁹⁾. Hier geht es also um Bestimmungen, "welche das Tier vor Uebel zu bewahren suchen, ohne dass die Triebfeder eine Nützlichkeitserwägung wäre", im Gegenteil, die Vorschriften des echten Tierschutzes können den wirtschaftlichen, materiellen Interessen des Menschen sehr wohl zuwiderlaufen ⁴⁰⁾. Diese Bestrebungen heissen echter Tierschutz.

Dem strafrechtlichen echten Tierschutz dient heute noch - bis zum Inkrafttreten des Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 - in erster Linie Art. 264 StGB über die Tierquälerei. Dazu kommen zahlreiche Bestimmungen in der Nebenstrafgesetzgebung, auf die hinten ⁴¹⁾ einzutreten ist.

Die vorliegende Arbeit befasst sich ausschliesslich mit dem strafrechtlichen echten Tierschutz, mit Straftatbeständen also, die dem Schutz und Wohlbefinden des

37) Art. 25bis BV; das Schächten bleibt weiterhin verboten, vgl. Art. 20 TschG

38) Vgl. hinten, 7. Kapitel, Die Entstehung der Strafbestimmungen des Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978, II. G.

39) Botschaft zum Tierschutzartikel, BBl. 1972 II 1478

40) Vgl. Jenny, S. 56

41) Vgl. dazu hinten, 10. Kapitel, Das geltende Recht, II.

Tieres als Individuum dienen. Es geht um diejenigen Bestimmungen, die den Menschen davor abhalten sollen, das Tier (immer noch) nur als "ein Sachgut" ⁴²⁾ ohne Eigeninteressen zu betrachten, als ein Objekt, über das er zu jedem Zweck rücksichtslos verfügen darf.

Währenddem sich das Strafgesetzbuch noch damit begnügt, nachgewiesene Tierquälerei unter Strafe zu stellen, streben die Strafbestimmungen des neuen Tierschutzgesetzes "gewissermassen einen vorbeugenden Tierschutz an" ⁴³⁾.

VI. SONDERFALL SODOMIE ⁴⁴⁾

A. Das Fehlen eines Straftatbestandes

Weder das Strafgesetzbuch noch der Strafteil des neuen Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 kennen einen Tatbestand der Unzucht mit einem Tier (Sodomie, Bestialität).

Carl Stoos sah in einem Art. 115 seines 1894 vorgelegten Entwurfes zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch die Bestrafung des Missbrauches eines Tieres zur Unzucht mit mindestens drei Monaten Gefängnis vor ⁴⁵⁾.

Vor den Beratungen der ersten Expertenkommission arbeitete jedoch Stoss den gesamten Abschnitt über die "Verbrechen gegen die geschlechtliche Sittlichkeit und Freiheit" nochmals vollständig um und liess dabei den ursprünglich vorgesehenen Tatbestand der Sodomie wieder fallen. Aber in der ersten Beratung der ersten Expertenkommission schon stellte Hürbin wieder den Antrag auf Bestrafung der Bestialität, denn die meisten Kantone ahndeten "diese abscheuliche geschlecht-

42) Merki, S. 175

43) Prof. Dr. A. Nabholz, Direktor des Eidgen. Veterinärantes, Jahresbericht SGT 1972, S. 11

44) Vgl. zu diesem Thema Merki

45) Stoos, S. 196

liche Verwirrung"; zudem sei "die Handlung oft mit arger Tierquälerei verbunden" ⁴⁶⁾. Der Antrag Hürbin wurde durch Stichentscheid knapp verworfen; der bereinigte Vorentwurf von 1896 kennt darum keinen entsprechenden Tatbestand ⁴⁷⁾. In den Verhandlungen der zweiten Expertenkommission wollte Müller die Unzucht mit Tieren unter Strafe stellen. Diesem Antrag trat Zürcher entgegen mit der Begründung, dass durch die Bestialität niemandem Schaden erwachse; zudem sei die Aufdeckung derartiger Vorkommnisse oft schädlicher als sie selber. Man würde nicht nur eine neue Quelle der Erpressung öffnen, sondern meist Leute bestrafen, die eine krankhafte Veranlagung besäßen. Ein Strafinteresse des Staates bestehe auch umsoweniger, als die gesellschaftliche Reaktion, Spott und Verachtung, scharf wirken dürfte, und subsidiär an die Bestimmungen über Tierquälerei gedacht werden könne ⁴⁸⁾. Die zweite Expertenkommission folgte der Auffassung Zürchers ⁴⁹⁾. Damit hatte aber die Diskussion um die Bestrafung der Unzucht mit Tieren noch kein Ende gefunden: Im Nationalrat stellte Eggspühler ⁵⁰⁾ und im Ständerat Baumann ⁵¹⁾ den Antrag auf strafrechtliche Erfassung der Sodomie. In der Folge nahm zwar der Ständerat, nicht aber der Nationalrat einen entsprechenden Tatbestand in die Gesetzesvorlage auf. Im darauffolgenden Differenzbereinigungsverfahren wurde 1935 mit Beschluss des Ständerates die Unzucht mit Tieren endgültig für straflos erklärt ⁵²⁾.

46) Protokoll 1. ExpK StGB, S. 206

47) Protokoll 1. ExpK StGB, S. 207

48) Protokoll 2. ExpK StGB, Band III, S. 177

49) Protokoll 2. ExpK StGB, Band III, S. 182 ff.

50) StenBull NR 1929, S. 388

51) StenBull StR 1931, S. 188

52) StenBull StR 1935, S. 326

Im Zusammenhang mit der Entstehung des neuen Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 sind zum Problem des Missbrauchs eines Tieres zur Unzucht keine weiteren Worte mehr verloren worden.

B. Ersatz-Strafttatbestände

1. Ersatz-Strafttatbestände des
Strafgesetzbuches

Soweit die Unzucht mit einem Tier diesem Leiden oder Schäden zufügt, kommen Art. 145 und vorallem Art. 264 StGB zur Anwendung.

2. Ersatz-Strafttatbestände des Tierschutz-
gesetzes vom 9. März 1978

Nach dem Inkrafttreten des Tierschutzgesetzes werden statt Art. 264 StGB die Tatbestände des Art. 27 TschG das Tier vor Uebelszufügung durch Unzucht mit ihm schützen: Abs. 1 lit. a der erwähnten Bestimmung bestraft die Misshandlung, lit. b die qualvolle Tötung und allenfalls lit. c die mutwillige Tötung des Tieres.

2. Teil: Tierschutz wozu?

3. KAPITEL: WAS IST EIN TIER?

Das vorliegende Kapitel will in aller Kürze auf die (naturwissenschaftlichen) Unterschiede zwischen Tier und Mensch einerseits, zwischen Tier und Pflanze andererseits sowie auf die verschiedenen Tierarten in der zoologischen Systematik hinweisen.

I. DAS TIER IM UNTERSCHIED ZUM MENSCHEN

Die Abgrenzung zwischen Tier und Mensch bietet dem Juristen für seine Belange keinerlei Schwierigkeiten. Auf den Gebieten der Religion, Philosophie und der Naturwissenschaften bildet demgegenüber die Frage, ob sich Mensch und Tier generell oder nur graduell unterscheiden, Gegenstand eines alten und andauernden Meinungsstreites.

Im zoologischen System gehört der Mensch zu den Säugetieren. Unter diesen zählt er zur Familie der Homiiden (Menschenartigen), einem Zweig der Primaten ¹⁾.

Nun fällt die Abgrenzung des Menschen vom Tier leichter als umgekehrt. Den Menschen unterscheiden nämlich in biologischer Hinsicht einige (wenige) Merkmale klar von seinem nächsten Verwandten, dem Schimpansen, und den anderen Tieren ²⁾:

- der aufrechte Gang auf den Hintergliedmassen kommt unter den Säugetieren nur dem homo sapiens zu;
- die Vordergliedmassen des Menschen haben sich zu Greifwerkzeugen herangebildet;

1) Vgl. dazu Linder, S. 297

2) Linder, S. 298 f.

- die Rückbildung der Körperbehaarung erscheint als weitere menschliche Besonderheit;
- im Gegensatz zu den Menschenaffen besitzt der Mensch lückenlose Zahnreihen ohne hervorstehende Eckzähne.

Gegenüber allen Tieren unterscheidet sich der Mensch vor allem durch das hochdifferenzierte Gehirn, das ihn befähigt, in Worten zu sprechen und zu denken. Diese Erkenntnis führte die naturalistischen Anthropologien des frühen 19. Jahrhunderts zur Definition des menschlichen Wesens mit dem Begriff des "homo sapiens": Der Mensch vermag mittels seiner Vernunft seine Welt zu gestalten, währenddem das Tier an eine artspezifische Umwelt gebunden bleibt.

Adolf Portmann spricht von einem "auffälligen Unterschied der Bedeutung der Instinktorganisation bei Mensch und Tier" ³⁾. Die gewaltige Steigerung der Masse der Hirnrinde und ihrer Bahnen stehe beim Menschen im Zusammenhang mit einer Schwächung der Instinktorganisation ⁴⁾. "Es entspricht der geringen Entwicklung vorgebildeter instinktiver Verhaltensweisen beim Menschen, dass uns als Lebensraum nicht eine bestimmte Umwelt, kein bestimmter Naturausschnitt zugeordnet erscheint. Es gibt keine Umwelt für den Menschen, wie man sie für ein Tier meist angeben kann: etwa die Steppe oder den Wald, Flüsse und Hochgebirge oder gar die noch enger umschriebenen Bezirke wie Baumkronen, Gebüsch oder Felsgrund" ⁵⁾. Portmann bezeichnet zusammenfassend das Verhalten des Tieres als "umweltgebunden und instinktgesichert", dasjenige des Menschen demgegenüber als "weltoffen und entscheidungsfrei" ⁶⁾.

3) Portmann, S. 61

4) Portmann, S. 63

5) Portmann, S. 64

6) Portmann, S. 67

Dass zumindest die Wirbeltiere "keine maschinenartig funktionierende Reflexautomaten", sondern - wie der Mensch - "beseelte Geschöpfe" ⁷⁾ sind, wird heute kaum mehr ernsthaft bestritten ⁸⁾. Auch Tiere verfügen über eine Psyche, über ein bewusstes Erleben, über ein "mehr oder weniger reiches tierartlich und individuell zwar verschiedenes, aus dem Verhalten und den wechselnden Stimmungen aber unverkennbar hervorgehendes Innenleben" ⁹⁾. Nach Prof. Eugen Seiferle lässt sich ohne weiteres "aus der mehr oder minder ausgeprägten Mimik sowie aus den oft sehr charakteristischen Lautäusserungen" erkennen, ob sich ein Tier in freudiger oder in depressiver, in ängstlicher oder in aggressiver Stimmung befinde, ob es sich wohl fühle oder ob es unter Schmerzen leide und ob es bestimmten Artgenossen oder Menschen zu- oder abgeneigt sei. Für das bewusste Erleben spreche auch bei allen Wirbeltieren, von den Fischen bis zu den Primaten, die "mehr oder minder ausgeprägte Lern- und Dressurfähigkeit" ¹⁰⁾.

Was unterscheidet also das Tier vom Menschen, den Menschen vom Tier? Sind es letztlich naturwissenschaftlich erfassbare Fakten? Sind es zehn, zwanzig Milliarden Neuronen, die dem Menschenaffen zum Superhirn des homo sapiens fehlen? Wir gelangen hier zu einem Punkt, an dem "die so verbreitete wissenschaftliche Arroganz des Alles-Wissens und Besser-Wissens nicht mehr akzeptiert werden kann" ¹¹⁾. Der letzte Sprung vom Instinkt zum Verstand, "der Zutritt zum Denken", stellt eine Schwelle dar, ein "Intervall,

7) Prof. Dr. Eugen Seiferle, Das Tier und die Angst, Vortrag, gehalten am 4. Oktober 1972, abgedruckt in der Schriftenreihe SGT Nr. 1

8) Vgl. zu diesem Thema Lorenz

9) Prof. Dr. Eugen Seiferle, Zur Botschaft des Bundesrates zum Tierschutzgesetz, Mitteilungsblatt SGT Nr. 3/1977, S. 8

10) Prof. Dr. Eugen Seiferle, a.a.O., S. 8

11) Prof. Dr. Walter Heitler, Ist Gott beweisbar? Vortrag gehalten im Rahmen des Engadiner Kollegiums 1976, abgedruckt in: ex libris, Nr. 1/1977, S. 13 ff.

über das wir wissenschaftlich nichts aussagen können, jenseits dessen wir uns aber auf eine biologisch völlig neue Stufe erhoben finden" ¹²⁾.

II. DAS TIER IM UNTERSCHIED ZUR PFLANZE

Nach einer allgemeinen Anschauung besitzen die Tiere gegenüber den Pflanzen das Vermögen, Schmerz zu empfinden und sich frei zu bewegen. Wie weit allerdings auch Pflanzen ein eigentliches Empfindungsleben eignet, ist höchst umstritten ¹³⁾. Bereits Charles Darwin untersuchte das Bewegungsvermögen der Pflanzen und kam zum Schluss, dass die Gewohnheit, zu bestimmten Tageszeiten gewisse Bewegungsabläufe zu vollziehen, ein gemeinsames Erbe von Pflanze und Tier sei. Zur Frage der Empfindungsfähigkeit der Pflanzen schrieb Darwin kurz vor seinem Tod: "Die Behauptung, dass die Enden der Würzelchen einer Pflanze wie das Gehirn eines niedrigen Tieres funktionieren, dürfte wohl kaum eine Uebertreibung sein; das Gehirn empfängt die Eindrücke der Sinnesorgane und steuert die zahlreichen Bewegungsabläufe" ¹⁴⁾.

Ein unbestrittener biologischer Unterschied zwischen Tier und Pflanze liegt in der Art und Weise ihrer Versorgung mit organischen Kohlenstoffverbindungen: Nur Pflanzen sind in der Lage, die energiereichen organischen Kohlenstoffverbindungen aus anorganischen Grundsubstanzen, nämlich aus Kohlendioxyd und Wasser, aufzubauen. Die meisten Pflanzen benutzen die Sonne als Energiequelle für diesen Umwandlungsprozess, der Photosynthese heisst. Tiere und blattgrünfreie Pflanzen

12) Teilhard, S. 159

13) Vgl. zu diesem Thema Tompkins/Bird

14) Darwin, Bewegungsvermögen,
letzter Satz des Buches

sind dagegen auf gebundene Energie in Form hochmolekularer organischer Verbindungen angewiesen, die letztlich alle von der grünen Pflanze stammen ¹⁵⁾.

Im Uebrigen lässt sich die Grenze zwischen Pflanzen- und Tierreich nicht eindeutig markieren. Verschiedene einzellige Lebewesen stellen Uebergangsformen zwischen Pflanze und Tier dar.

III. DIE ZOOLOGISCHE SYSTEMATIK UND DIE TIERARTEN

A. Vorbemerkung

Die zoologische Systematik spielt in der Tierschutzgesetzgebung eine gewisse Rolle. So ist zum Beispiel das neue Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 vorab nur auf die Wirbeltiere anwendbar ¹⁶⁾; Versuche dürfen so- dann an "höheren Tieren, beispielsweise an Säugetieren, nur ausgeführt werden, wenn der Zweck nicht mit niederiger stehenden Tierarten erreicht werden kann ¹⁷⁾. Im gleichen Sinne sprechen sich sowohl das Zürcher Gesetz über den Tierschutz vom 30. November 1969 ¹⁸⁾ in Verbindung mit der kantonalen Tierschutzverordnung vom 1. März 1971 ¹⁹⁾ als auch das deutsche Tierschutzgesetz vom 24. Juli 1972 aus. Letzteres trifft bezüglich Tierversuchen auch eine Unterscheidung zwischen warm- und kaltblütigen Tieren ²⁰⁾.

15) Linder, S. 158

16) Art. 1 Abs. 2 TschG

17) Art. 16 Abs. 3 TschG

18) § 16

19) § 22

20) Vgl. §§ 4 Ziff. 1, 5 Ziff. 1, 6 Ziff. 1 des deutschen TschG vom 24. Juli 1972

B. Aus der Geschichte der zoologischen Systematik

Die älteste bekannte Einteilung der Tiere in drei verschiedene Arten, nämlich in Wasser-, Luft- und Erdentiere, findet sich in der biblischen Schöpfungsgeschichte, im Ersten Buch Mose:

"21. Gott schuf die grossen Seetiere und alles, was da lebt und webt, wovon das Wasser wimmelt, und alle geflügelten Tiere, ein jegliches nach seiner Art.

...

25. Gott machte all die verschiedenen Arten des Wildes und des Viehes und all dessen, was auf dem Erdboden kriecht."

Zahllose Wissenschaftler versuchten seither, ein System der Tiere aufzustellen. Die neuzeitlichen Gliederungsversuche aber gehen alle zurück auf den schwedischen Forscher und Arzt Carl von Linné ²¹⁾. Er gilt als der grösste und bedeutendste Systematiker der Wissenschaftsgeschichte. Die von ihm entwickelten Ordnungssysteme in Zoologie und Botanik besitzen heute noch ihre Gültigkeit. Linné ist der Schöpfer der zoologischen und botanischen Doppelnamen (Gattungs- und Artname), der sogenannten binären Nomenklatur. In seiner Systematik unterschied er Säuger, Vögel, Amphibien, Fische, Insekten und Würmer, insgesamt sechs Klassen.

Nach Linné stellte der französische Forscher Jean Baptiste de Lamarck ²²⁾ den wirbellosen Würmern und Insekten die Wirbeltiere gegenüber. Später versuchte sein Landsmann Georges Cuvier ²³⁾, der als Urheber der wissenschaftlichen Paläontologie ²⁴⁾ bezeichnet wird,

21) 23.5.1707-10.1.1778

22) 1744-1829

23) 1769-1832

24) Wissenschaft von den Versteinerungen und von der Entwicklung des Tier- und Pflanzenreiches im Laufe der Erdgeschichte

mit Hilfe der vergleichenden Anatomie allgemeine Stilprinzipien im Bau der Tiere zu finden, ohne indessen die Baupläne voneinander abzuleiten. Bei seinen Untersuchungen stiess Cuvier auf vier unabhängige Ausbildungsrichtungen: Wirbeltiere, Weichtiere, Gliedertiere und Strahlentiere. Die Biologie des frühen 19. Jahrhunderts stand stark unter dem Einfluss Cuviers. Die zu seiner Zeit schon bekannte Tatsache, dass in der Abfolge der geologischen Epochen ganz verschiedene Formen von Tieren gelebt haben, versuchte er durch die Annahme zu erklären, dass Naturkatastrophen mehrmals über die Erde hereingebrochen seien. Er liess jedoch offen, ob die Lebewesen der neuen Epoche jedesmal neu geschaffen wurden oder aus Ueberleben hervorgingen. Ernst Haeckel²⁵⁾ schliesslich begründete die heute geltende Einteilung der Tiere in die beiden Unterreiche der Einzeller (Protozoen) und der Vielzeller (Metazoen). Haeckel verhalf vor allem in Deutschland der Abstammungslehre Darwins²⁶⁾ zum Durchbruch.

C. Die geltende zoologische Systematik

Die kleinste Einheit in der systematischen Ordnung des Tierreiches bildet die Art oder Spezies. Eine Tierart ist dadurch definiert, dass alle ihr angehörenden Individuen in allen wesentlichen Merkmalen untereinander und mit ihren Nachkommen übereinstimmen und dass sie eine natürliche, kontinuierliche Fortpflanzungsgemeinschaft bilden. Heute leben noch insgesamt zwischen 1 und 1,1 Millionen verschiedene Tierarten; den Zoologen sind gegenwärtig allein rund 750'000 Insektenarten bekannt. Die Grösse dieser Tiere reicht vom einige

25) 1834-1919

26) Darwin, Entstehung der Arten

Tausendstel Millimeter messenden Einzeller bis zum über 30 Meter lagen norwegischen Blauwal.

Die geltende Systematik unterteilt die Tiere, wie erwähnt, zuerst in die beiden Unterreiche der Einzeller und der Vielzeller. Darauf folgen im wesentlichen Abteilungen, Reihen, Stämme, Klassen, Ordnungen, Familien, Gattungen und Arten.

D. Die Wirbeltiere

Da verschiedene geltende Erlasse ²⁷⁾ den gesetzlichen Schutz der Tiere auf die Vertebraten beschränken, verdienen diese besonderer Erwähnung.

Zum Unterreich der Vielzeller gehört auch der Stamm der Chordaten; dieser unterteilt sich in die Unterstämme der Manteltiere, der Schädellosen und der Wirbeltiere. Die Vertebraten ihrerseits zerfallen in die Ueberklassen der Fische und der Vierfüsser. Zu den Vierfüssern gehört in der Klasse der Säuger auch der Mensch.

Als gemeinsames Merkmal weisen alle sieben Wirbeltier-Klassen eine zweiseitig symmetrische Entwicklung und in der Regel ein festes Skelett auf. Alle Wirbeltiere besitzen sodann, wie der Name sagt, eine Wirbelsäule und einen Schädel, in denen das Zentralnervensystem, nämlich das Rückenmark und das Gehirn, untergebracht sind. Mit diesen Zentralorganen stehen sehr viele empfindende und motorische, d.h. die Bewegung steuernde Nerven in Beziehung. Infolge ihrer Ausstattung mit einem Zentralnervensystem eignet allen Wirbeltieren eine ausgeprägte Schmerzempfindlichkeit. Nun darf natürlich diese Schmerzempfindungsfähigkeit beispielsweise der Fische (als niedererer Wirbeltiere) nicht einfach derjenigen des Menschen gleichgesetzt werden; an-

27) Vgl. vorne, III. A.

dererseits ist aber zu bedenken, dass gerade "der Fisch über eine grosse Zahl von nervlichen Einrichtungen verfügt, die dem Menschen fehlen". "Zu diesen Einrichtungen gehört zum Beispiel die Seitenlinie, die es dem Fisch ermöglicht, Wasserbewegungen wahrzunehmen, also gewissermassen als Ferntastsinn dient. Die Haut des Fisches ist ein ausserordentlich empfindliches, von Nerven reich durchsetztes Organ, das bei jedem Anfassen mit der menschlichen Hand schon mehr oder weniger stark beschädigt wird" 28).

28) Prof. Dr. Heini Hediger, Dokumentation zum VE

4. KAPITEL: DIE AKTUELLE BEDROHUNG DER TIERE

Auf den nachfolgenden Gebieten sind Tiere in der Schweiz ¹⁾ besonders häufig und in besonderem Masse den Eigeninteressen des Menschen preisgegeben und damit physischen und psychischen Schmerzen, Leiden oder Schäden ausgesetzt:

I. TIERE ALS RENDITEOBJEKTE

A. Nutztierhaltung

Nutztiere nehmen als Ware und als Produktionsmittel in der Schweizer Wirtschaft eine bedeutende Stellung ein. Denn die Nachfrage der Bevölkerung nach tierischen Produkten, insbesondere auf dem Ernährungssektor nach Fleisch und Eiern, steigt stetig an: Im Jahre 1977 verzehrte jeder Schweizer im statistischen Durchschnitt über 80 Kilogramm Fleisch und über 200 Stück Eier ²⁾. 1951 warteten in unserem Land rund 900'000 Schweine auf ihren Metzger, 1978 waren es schon über 2 Millionen; in der gleichen Zeitspanne stieg der Rindviehbestand von 1,6 auf 2 Millionen Tiere an ³⁾. Die Nutztiere sind also zu ausserordentlich interessanten Renditeobjekten geworden. In der Folge sind landwirtschaftliche und industrielle Tierbetriebe dazu übergegangen, die Haltung von Nutztieren ausschliesslich, ohne mehr auf deren natürlichen Bedürfnisse zu achten, nach Kriterien der Rentabilität zu gestalten.

-
- 1) Auf Tierschutzprobleme anderer Staaten (z.B. Stierkämpfe) soll hier nicht eingetreten werden. Nach Art. 3 StGB ist dem Schweizer Strafrecht grundsätzlich nur derjenige unterworfen, der "in der Schweiz ein Vergehen verübt".
 - 2) Quelle: Zürcher Staatskalender 1980, S. 15
 - 3) Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1978, Basel 1978, S. 108

Vor allem die letzten zehn Jahre haben zu einem grundlegenden Wandel in der Nutztierhaltung geführt: Neue, durchgehend automatisierte Stallungen und Käfige setzten sich durch. Natürlich erweist sich jede Tierhaltung umso rentabler, je mehr an Arbeit (d.h. an Unterhalt und Pflege der Tiere) sowie an Platz gespart werden kann. Ein eindrückliches Beispiel für diesen Grundsatz liefert die Entwicklung der Geflügelhaltung: 1951 sorgten rund 260'000 Bauern für 6,2 Millionen Hühner; 1977 waren nur 71'000 Tierbesitzer in der Lage, die gleiche Zahl von Federvieh zu unterhalten ⁴⁾. Diese Rationalisierung wurde ermöglicht durch das Aufkommen der sogenannten Legebatterien, in denen zehn, zwanzig, ja bis zu hundert Tausend Hennen in einem Raum weitgehend automatisch genutzt werden können.

In der nun heute nach rein betriebs- und arbeitswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichteten Produktion insbesondere von Fleisch und Eiern wird bisweilen übersehen, dass es sich bei den Renditeobjekten immerhin um lebende Geschöpfe handelt, denen gewisse Bedürfnisse eigen sind. Aus diesem Grunde sah sich das Institut für Sozialethik der Universität Zürich im Januar 1976 veranlasst, für die Haltung von Nutztieren die nachstehenden Grundforderungen zu veröffentlichen ⁵⁾:

- "1. Menschen, Tiere und Pflanzen haben teil an der gleichen einen Welt und Umwelt. Das bedeutet, dass sie zueinander in Beziehung stehen und aufeinander angewiesen sind.

4) Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1978, Basel 1978, S. 107

5) Abgedruckt u.a. in der NZZ Nr. 25 vom 31.1./1.2.1976, S. 32; die Veröffentlichung des Institutes für Sozialethik erfolgte im Zusammenhang mit dessen Stellungnahme zum Entwurf zu einem Tierschutzgesetz

2. Im Gegensatz zum Tier und zu den Pflanzen kann der Mensch aus dem ökologischen Gleichgewicht ausbrechen, worauf seine Fähigkeit beruht, Macht über Tiere und Pflanzen auszuüben. Für die Natur haben sich daraus verhängnisvolle Folgen ergeben.
3. Dieses Machtpotential des Menschen bedingt seine Verantwortlichkeit für die gesamte Umwelt, somit auch für das Tier.
4. Gegenüber der menschlichen Machtposition ist das Tier ohne gleiche Chancen, es muss unterliegen. Die menschliche Macht ist darum einzugrenzen. Als Kriterium für diese Eingrenzung sehen wir die Mitgeschöpflichkeit, welche in der Ehrfurcht des Menschen gegenüber dem Tier zum Ausdruck kommt.
5. Der Mensch darf die Reichhaltigkeit der lebenden Natur nicht noch weiter vermindern. Seine Tätigkeit sollte dahin wirken, dass eine Regulierung durch natürliche Kräfte gewährleistet ist.
6. Soweit der Mensch seine Macht über das Tier ausübt, ist er verantwortlich für eine den Bedürfnissen des Tieres möglichst entsprechende Existenz. Insbesondere darf das Tier nie nur zum Objekt menschlichen Handelns werden.
7. Der Mensch soll grundsätzlich das Recht haben, das Tier zu wirtschaftlichen Zwecken zu nutzen. Wo der Mensch aber von diesem Recht Gebrauch macht, soll er dafür sorgen, dass die Haltungsbedingungen den Bedürfnissen des Tieres entsprechen und seine physische und psychische Gesundheit garantieren.
8. Die Beeinflussung des Erbmaterials darf nur so weit gehen, als das Tier seine Kreatürlichkeit beibehalten kann, das heißt, dass seine selbständige Lebensfähigkeit jederzeit, auch in natürlicher Umgebung, gewährleistet bleibt."

1. Geflügelhaltung ⁶⁾

Die sogenannten Legebatterien ermöglichen die Versorgung von bis zu 100'000 Hennen auf kleinem Raum. Jedem Huhn steht im Durchschnitt ein Platz von 20 x 20 Zentimetern zur Verfügung. Drei bis vier Tiere teilen jeweils Drahtkäfige, die in mehreren Reihen übereinander angeordnet und mit einem nach vorne abschüssigen Boden (Abrollen der Eier) aus weitmaschigem Geflecht versehen sind. Futter- und Trinkwasserversorgung sowie der Abtransport von Eiern und Kot erfolgen vollautomatisch. Alle Legebatterien besitzen eine künstliche Beleuchtung; eine Verkürzung der "Tage" und "Nächte" regt die Henne zu einer erhöhten Eierproduktion an. Nach 12 - 14 Monaten erreichen die Tiere einen Zustand der physischen Erschöpfung und rentieren nicht mehr genügend. Immerhin wirft ihre Schlachtung als Suppenhühner nochmals Gewinn ab. Gegenüber allen anderen Produktionskosten für Eier lässt sich die Kostenlast bei den Legebatterien am tiefsten halten. Nun sind aber dem Huhn auch nach seiner Degradierung zur Eierlegemaschine artspezifische Verhaltensweisen eigen, die in erster Linie von angeborenen Trieben und Instinkten geregelt werden. Diesen Verhaltensweisen kann die Batteriehenne nicht nachkommen. Es fehlt ihr die Möglichkeit der Gefiederpflege, des Staubbadens, des Scharrens und der Ausstreckung sowie überhaupt jeder genügenden Bewegung und Betätigung. Diese Unterdrückung der artgemässen natürlichen Verhaltensweisen führt zu massiven Schäden: Die Henne leidet im günstigsten Falle an Gelenk-

6) Vgl. zu diesem Thema statt vieler:

- Wiegand, S. 75 ff;
- Prof. Dr. Eugen Seiferle, Legebatterie oder Bodenhaltung in der Eierfarm?, Jahresbericht SGT 1974, S. 21 ff;
- Prof. Dr. Bernhard Grzimek, Dokumentation zum VE

Muskel-, Sehnen- und Knochenerkrankungen. Oft tritt unter den Hühnern ein Kannibalisums auf, bei dem sich die Tiere gegenseitig die Augen aushacken, andere Körperverletzungen beibringen oder töten. Sodann führt der Medikamentenzusatz im Futter häufig zu teilweisem oder fast vollständigem Verlust des Federkleides.

Zugunsten der Batteriehaltung von Hühnern führen die Nutztierhalter als besonders schlagendes Argument etwa an, eine Verringerung der Belegungsdichte hätte zur Folge, "dass die eintretenden Verluste an Eigenwärme der Tiere durch Stallbeheizung ausgeglichen werden müsste, also durch nichts weniger als die Schaffung einer neuen Energieverbrauchsquelle" ⁷⁾.

Amerikanische Forscher versuchen derzeit, gefiederlose Hühner zu züchten, um noch mehr Tiere auf noch kleinerem Raum unterbringen zu können ⁸⁾.

Kein unabhängiger Veterinär bestreitet, dass die Batteriehaltung von Hennen eine besonders krasse Form der Tierquälerei darstellt. Davor verschliessen die schweizerischen Strafverfolgungsorgane die Augen; sie wären (bis anhin) gestützt auf Art. 264 StGB verpflichtet, die verantwortlichen Geflügelhalter zur Rechenschaft zu ziehen ⁹⁾. Aber bei der Frage der Zulassung der Legebatterien, einer tierquälerischen Haltungsform,

7) Vgl. dazu NZZ Nr. 270 vom 20. November 1979, S. 32

8) Vgl. dazu:

- Wiegand, S. 77

- Ruesch, Fälscher, S. 109

9) In Deutschland stellte das Oberlandesgericht Frankfurt ein Verfahren wegen Tierquälerei gegen den Besitzer einer Tierfarm mit 60'000 Hennen im Juli 1979 ein, mit der Begründung, dem verantwortlichen Tierhalter habe "das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit" gefehlt; vgl. dazu Meldung der Nachrichtenagentur ap in LNN Nr. 165 vom 19. Juli 1979

handelt es sich eben vorab um ein wirtschaftspolitisches Problem ¹⁰⁾. Und hier, "wo wirtschaftliche Ueberlegungen der Verwirklichung juristischer Ideale entgegenstehen, ist die Gefahr gross, dass die letzteren sofort geopfert werden" ¹¹⁾.

2. Schweine- und Rindviehhaltung ¹²⁾

Neben Geflügel bilden heute in der Landwirtschaft vor allem Schweine und Rindvieh den Mittelpunkt der Viehzucht. Diese Tiere rentieren dann am besten, wenn sie - bei grösstmöglicher Ersparnis an Platz und Arbeit - möglichst schnell wachsen, möglichst wenig Futter verbrauchen, möglichst viel Fleisch und möglichst wenig Fett ansetzen. Diese Ziele lassen sich vorab erreichen durch die Unterbindung des Bewegungsbedürfnisses der Tiere: Für Schweine empfehlen einschlägige Lehrbücher eine sogenannte "Bucht" von durchschnittlich nicht mehr als 0,5 Quadratmeter pro Tier ¹³⁾. Auch Rinder und Kälber gedeihen nach Wunsch des Halters, wenn sie ihrem Bewegungsdrang nicht nachkommen können.

In den sechziger Jahren kam in der Schweiz die dauernde Dunkelhaltung für Nutztiere auf. Ursprünglich nahmen die Besitzer an, der Lichtmangel führe bei Mastkälbern zu besonders weissem, optisch ansprechendem Fleisch, was nur indirekt zutrifft: "Licht beeinflusst den Stoff-

10) Vgl. dazu StenBull StR 1977, S. 397 ff. und StenBull NR 1977, S. 1401 ff.

11) Oftinger, S. 129

12) Vgl. zu diesem Thema statt vieler:

- Wiegand, S. 78

- Dr. Juliane Müller, Dokumentatin zum VE

- Dr. Juliane Müller, Mitteilungsblätter SGT

Nr. 1/1978, S. 9 ff. und Nr. 3/1978, S. 3 ff.

- Prof. Dr. Dr. H. Sambraus, Grenzen der intensiven Massentierhaltung, Mitteilungsblatt SGT Nr. 4/1978, S. 3 ff.

13) Vgl. dazu Prof. Dr. Dr. H. Sambraus, Mitteilungsblatt SGT Nr. 4/1978, S. 6

wechsel und das Nervensystem. Seine Ausschaltung führt zur Anämie, zur Störung des Wasserhaushaltes, des Hormonhaushaltes, des Kohlenstoffwechsels und allgemein zu verminderter Resistenz"¹⁴⁾. Heute stützt sich die Dunkelhaltung von Schweinen und Rindvieh allgemein auf folgende Gründe: Einmal kosten natürlich Ställe ohne Fenster weniger als solche mit Fenstern. Zudem hoffen die Massentierhalter, dass durch Lichtentzug vielfältigen Verhaltensstörungen begegnet werden könne; Schweine und Rindvieh sollen nicht nur in einen tatsächlichen, sondern auch in einen psychischen Dämmerzustand versetzt werden. Ohne Licht können sich diese Nutztiere nicht orientieren, und somit werden alle ihre Aktivitäten zumindest gehemmt.

Damit vorallem Schweine und Kälber trotz Bewegungsmangels nicht viel Fett ansetzen, werden in den Ställen künstlich relativ hohe Temperaturen erzeugt: Die Tiere schwitzen und müssen daher viel Flüssigkeit zu sich nehmen, während ihnen gleichzeitig jede natürliche feste Nahrung verwehrt bleibt ¹⁵⁾.

Damit schliesslich wenig Arbeit für die Stallreinigung aufgewendet werden muss, sind die Batterien oder Boxen mit Vollrost- oder Vollspaltenböden ohne Einstreu versehen: Kot braucht nicht entfernt zu werden, die Tiere treten ihn selber mit der Zeit durch den Boden.

Die vorstehend beschriebenen Haltungsarten von Schweinen und Rindvieh tragen den artgemässen Bedürfnissen dieser Tiere keinerlei Rechnung; die folgenden gesundheitlichen Schäden treten auf: Nach Lorenz sind Schweine ausgesprochene "Neugierwesen" ¹⁶⁾, d.h. sie besitzen in besonderem Masse das Bedürfnis, ihre Umwelt zu erkun-

14) Dr. Juliane Müller, Dokumentation zum VE

15) Vgl. dazu Wiegand, S. 80

16) Mitteilungsblatt SGT Nr. 3/1978, S. 6

den, zu wühlen und zu suhlen. Diese angeborenen Verhaltensweisen pervertieren bei der Intensivhaltung zu gegenseitigem Schwanz-, Ohren- und Flankenbeißen, also zum Kannibalismus. Die Rost- und Spaltböden führen praktisch bei 100% der Tiere zu Beinschäden, z.B. zu Lahmheiten oder Beinbrüchen ¹⁷⁾, vielfach auch zu Verletzungen der Gliedmassen, Klauen und Eutern ¹⁸⁾. Diese Böden bleiben auch häufig feucht und haben einen stetigen Luftzug zur Folge, was zusammen mit der künstlich hochgehaltenen Temperatur zu Fäulnis im Huftbereich sowie zu Lungen- und Nierenerkrankungen gereichen kann ¹⁹⁾. Besonders Schweine leiden und sterben relativ oft an Herz- und Kreislaufstörungen. Die Zahl der Ferkel, welche die erforderlichen 6 - 7 Monate bis zur Schlachthausreife nicht überleben, "liegt nur in Ausnahmefällen unter 12%", in Grossbetrieben steigt sie "oft über 20%" ²⁰⁾. Selbst trächtige Mutterschweine erfahren keine bevorzugte Behandlung: Wenn die Zeit des Werfens naht, wird die Sau in der sogenannten Abferkelbucht untergebracht. Hier muss sie auf einem Spalt- oder Rostboden ohne Stroh ihren ausgeprägten Nestbautrieb unterdrücken; Geburten werden dadurch in der Regel erschwert und verlängert ²¹⁾. Auch für die neugeborenen Saugferkel kommt eine Strohunterlage nicht in Frage. Die Folgen: "Eine neue Art von Zitzenschäden bereits bei den Ferkeln wird bei der einstreulosen Ferkelhaltung in den Abferkelbuchten beobachtet. Dabei kommt es vor, dass sich die kleinen Ferkel beim Saugakt und den damit verbundenen körperlichen Anstrengungen auf einem noch rauen Ze-

17) Vgl. dazu Dr. Juliane Müller, Mitteilungsblätter SGT Nr. 1/1978, S. 9 und Nr. 3/1978, S. 8

18) Vgl. dazu Wiegand, S. 80

19) Wiegand, S. 80

20) Dr. Juliane Müller, Mitteilungsblatt SGT Nr. 1/1978, S. 9

21) Vgl. dazu auch hinten, I. D.

mentboden die Zitzenkuppen verletzen. Dadurch kommt es zu erheblichen Entzündungen der kleinen Ferkelzitzen, die dann nekrotisieren und abfallen" ²²⁾. Bei Drahtrostböden treten neben den Zitzenentzündungen auch gerne Klauen- und Gelenkschäden auf, und der Verlust eines Ferkelchens pro Wurf zufolge der ungünstigen Umstände wird der Rentabilität zuliebe hingenommen ²³⁾.

Auch Kälber sind gewöhnlich bewegungsfreudige Wesen. Wenn eng angebundene Tiere, ihrem natürlichen Bewegungsdrange folgend, an ihrer Stahlkette ziehen, fügen sie sich immer wieder tiefe Haut- und Fleischwunden zu ²⁴⁾. Die arbeitssparenden Böden verursachen auch beim Rindvieh erhebliche Schäden. Da schliesslich nur kranke Tiere weisses Fleisch liefern, muss durch Fehlernährung vorallem ein künstlicher Eisenmangel im tierischen Körper erzeugt werden. Zudem erhalten die Kälber Maulkörbe, damit sie keinesfalls an ihren Stahlketten oder an sonstigen eisenhaltigen Teilen lecken können ²⁵⁾. Die beschriebenen Haltungsarten bei Schweinen und Rindvieh erfüllen natürlich ohne weiteres den Tatbestand der Tierquälerei im Sinne von Art. 264 StGB (bzw. Art. 27 TschG), fügen doch die verantwortlichen Halter ihren Tieren vorsätzlich gesundheitliche Schäden zu, in der Absicht, eine möglichst rentable Fleischproduktion zu erzielen. Diese Bereicherungsabsicht kann aber die tatbestandsmässige Handlung nicht rechtfertigen.

22) Prof. Dr. Dr. Fritsche, Zeitschrift Deutsche Geflügelwirtschaft und Schweineproduktion vom 12. August 1978

23) Dr. Juliane Müller, Mitteilungsblatt SGT Nr. 3/1978, S. 10

24) Wiegand, S. 79

25) Vgl. dazu Dokumentation über Tierhaltung

B. Tiertransporte ²⁶⁾

In der Schweiz werden jährlich Millionen von Tieren ²⁷⁾ zum Schlachthof geführt oder zu Handelszwecken befördert. Dabei wirkt sich das wirtschaftliche Bestreben, diese Transporte möglichst rentabel zu gestalten, in der Regel dahingehend aus, dass eine grösstmögliche Zahl von Tieren auf kleinstmöglichem Raum untergebracht wird. Im Zusammenhang mit Transporten sind Tiere ohnehin erheblichen Belastungen ausgesetzt: "Das Einfangen und die Herausnahme aus der gewohnten Umgebung, das Zusammentreffen mit fremden Menschen und Artgenossen sowie die transportbedingten Zwangsmassnahmen verursachen oft Erregungs- und Angstzustände, die die Tiere nicht immer zu kompensieren vermögen und die dann Schmerzen, Leiden oder Schäden auslösen können. Ob und wie sich diese Belastungen letzten Endes auswirken, ist tierspezifisch und individuell verschieden und hängt vom jeweiligen Adaptionsvermögen des Tieres ab"²⁸⁾.

Immerhin bestehen in der Schweiz schon seit einiger Zeit recht umfassende Bestimmungen zum Schutze von Tieren anlässlich von Transporten ²⁹⁾.

C. Industrielle Schlachtung ³⁰⁾

Nach Wiegand werden zur Fleischbedarfsdeckung weltweit etwa 1 Milliarde Tiere pro Jahr geschlachtet, wobei

26) Vgl. dazu Wiegand, S. 71 ff.

27) Vgl. dazu vorne, I.A.

28) Wiegand, S. 72

29) Vgl. dazu hinten, 10. Kapitel, Das geltende Recht, II. A. und E.

30) Vgl. zu diesem Thema statt vieler:

- Wiegand, S. 85 ff.

- Prof. Dr. Arnold Müller, Sorgen mit der Betäubung von Schlachttieren, Jahresbericht SGT 1976, S. 18 ff.

"nach Schätzungen rund 300 Millionen Tiere beim Schlachtvorgang nicht wirksam betäubt sind" ³¹⁾. Der überwiegende Teil dieser Schlachtungen findet in Grossschlachtenanlagen, in eigens eingerichteten Schlachthöfen, statt (industrielle Schlachtung). Die Tötungsarten haben insbesondere den folgenden zwei Anforderungen zu genügen: Erstens soll das Verfahren möglichst wenig Kosten verursachen und zweitens die Fleischqualität nicht nachteilig beeinflussen.

Das Problem der Betäubung der Schlachttiere konnte bis heute noch nicht befriedigend gelöst werden: "Wohl kennt man Möglichkeiten, um Tiere in eine Narkose zu bringen, doch lassen sich diese Verfahren nicht in der Schlachthofpraxis einsetzen. Die Injektion eines stark wirkenden Schmerz- oder Beruhigungsmittels darf der Rückstände im Fleisch wegen nicht verwendet werden. Kohlenmonoxyd, das zu einer guten, für Schlachtzwecke geeigneten Betäubung führt, darf nicht verwendet werden, weil es zu gefährlich für die Menschen ist, die in diesem Abschnitt der Schlachtanlage arbeiten" ³²⁾.

Gebräuchliche Verfahren sowohl in der Schweiz ³³⁾ als auch in der Bundesrepublik Deutschland ³⁴⁾ sind heute die mechanische Betäubung mit dem Bolzenschussapparat, die elektrische Betäubung, ausser bei Hühnern mit der Betäubungszange, sowie die chemische Betäubung mit Kohlendioxyd.

31) Wiegand, S. 85

32) Müller, a.a.O., S. 18

33) Vgl. dazu Art. 35bis der Eidgen. Fleischschauverordnung vom 11. Oktober 1957, SR 817.191

34) Vgl. dazu Wiegand, S. 86

1. Die Schlachtung von Schweinen

Schweine werden in der Regel mit der elektrischen Zange betäubt ³⁵⁾. Bei richtiger Handhabung dieses Apparates erleiden die Tiere eine Art epileptischen Anfall, bei dem sie das Bewusstsein verlieren ³⁶⁾. Darauf bringt der Schlachthofangestellte an einem Hinterfuss des betäubten Schweines eine Fessel an, an der das Tier am Förderband für den weiteren Schlachtvorgang hochgezogen wird.

Bei der elektrischen Betäubung mit der Betäubungszange können dem Schwein sowohl technisches als auch menschliches Versagen zum Verhängnis werden: Reicht die Stromspannung nicht aus oder wird sie überschritten, kann es "zu heftigen Kontraktionen der Stamm-Muskulatur und damit zu Wirbelbrüchen sowie zu einer Hemmung der Herztätigkeit" kommen ³⁷⁾. In der fremden Schlachthofumgebung befinden sich die Tiere sodann meist in einem Zustand starker Erregung. Dem Metzger bereitet es etwelche Schwierigkeiten, die Betäubungszange sorgfältig hinter den Ohren des Tieres anzusetzen; er behilft sich "oft einigermaßen damit, dass er das mühsame Fangen der Schweine und Platzieren der Betäubungszange am Kopf, den die Tiere unter den Leibern der Artgenossen in der Betäubungsbucht zu verstecken suchen, aufgibt und kurzerhand am Rücken ansetzt. Der Wechselstrom des Netzes, der eine Frequenz von 50 Schwingungen pro Minute aufweist und mit erheblicher Stärke fließt, löst einen Krampf der Rückenmuskulatur aus, der die Schweine zum Niederstürzen bringt und sie immobilisiert. Dieser Krampf ist äußerst schmerzhaft." ³⁸⁾

35) Vgl. dazu Müller, Sorgen mit der Betäubung von Schlachttieren, Jahresbericht SGT 1976, S. 20, sowie Wiegand, S. 86

36) Vgl. dazu Müller, a.a.O., S. 20

37) Wiegand, S. 86/87

38) Müller, a.a.O., S. 21

Die chemische Betäubung von Schweinen mittels Kohlendioxyd gelangt weniger häufig zur Anwendung. Nach Wiegand ist diese Betäubungsart "vermutlich die schonendste für die Tiere und dürfte kaum Tierquälereien hervorrufen" ³⁹⁾. Eine gegenteilige Auffassung vertritt hingegen Müller: Er hält die Kohlendioxydmethode für "brutal" und "ungenügend erforscht" ⁴⁰⁾. In der Tat kann jeder Laie feststellen, dass das Gas die Schweine erst narkotisiert, nachdem sie in grosse Aufregung, ja in Panik geraten sind, sich aufgebäumt und in Erstickungsanfällen am Boden gewälzt haben.

2. Die Schlachtung von Rindvieh ⁴¹⁾

Für die Schlachtung von Rindvieh, aber auch von Pferden, Schafen und Ziegen gelangt in der Regel der Bolzenschussapparat zur Anwendung ⁴²⁾. Dieser schiesst ein Projektil durch die Schädeldecke und löst im Gehirn eine Druckwelle aus, die eine starke Hirnerschütterung bewirkt ⁴³⁾; das Tier bricht dann im Augenblick der Schussabgabe bewusstlos, wie vom Blitz getroffen, zusammen.

Besonders bei unruhigen Tieren kann es aber vorkommen, dass der Schlachthofangestellte den Apparat nicht fest und senkrecht auf die Stirne setzen kann und dadurch nicht genau das Hirn trifft, wodurch schmerzhaftere Verletzungen entstehen; das Tier stirbt einen qualvollen Tod.

39) Wiegand, S. 87

40) Müller, a.a.O., S. 24

41) Vgl. zu diesem Thema statt vieler:

- Wiegand, S. 86

- Prof. Dr. Arnold Müller, Sorgen mit der Betäubung von Schlachttieren, Jahresbericht SGT 1976, S. 18 ff.

42) Wiegand, S. 86 sowie Müller, a.a.O., S. 18/19

43) Müller, a.a.O., S. 18

3. Die Schlachtung von Hühnern

Besonders scheussliche, "unglaubliche Zustände" ⁴⁴⁾ sind bei der elektrischen "Betäubung" des Huhnes anzutreffen. Die gängigen vollautomatischen Anlagen, die ein lebendes Huhn in ein abgepacktes Poulet verwandeln können, funktionieren nämlich wie folgt: Ein Schlachthofangestellter klemmt die Tiere an den Beinen in einen Metallbügel an einem Förderband. Nach kurzer Fahrt geraten deren Köpfe in ein elektrisch geladenes Wasserbad. "Die einen Hühner bekommen mehr, die anderen weniger Strom ab, je nachdem, ob ihre Beine nass oder trocken waren. Der Strom durchfließt die Muskeln und löst einen Muskelkrampf aus, so dass die Hühner steif, doch nicht betäubt, ins Messer geraten, das die nächste Station in der Schlachtkette darstellt." ⁴⁵⁾ "Das Gehirn, in welchem der elektrische Strom seine betäubende Wirkung ausüben sollte, wird nicht erreicht. Der Kopf ist ja in ein Wasserbad getaucht, wobei die Stromschleifen auf dem kürzesten Weg am Hals den Körper des Huhnes verlassen und selbstverständlich nicht den Umweg über das Gehirn nehmen. In unseren modernen Anlagen mit Ganzkörperdurchströmung mittels Wasserbad wird nur ab und zu und ganz zufälligerweise ein Huhn wirklich betäubt - alle übrigen gelangen mit einem schmerzhaften Muskelkrampf zum Messer." ⁴⁶⁾

Wiederum drängt sich die Feststellung auf, dass unsere Strafverfolgungsorgane ihren Pflichten nicht nachkommen; "den zuständigen Aemtern ist" nämlich "seit jeher bekannt, dass die Durchführung dieser Schlachtmethode

44) Müller, a.a.O., S. 21

45) Müller, a.a.O., S. 21

46) Müller, a.a.O., S. 22

den Tatbestand der Tierquälerei erfüllt" 47). Immerhin ist Müller der Ueberzeugung, dass "spätestens mit dem Inkrafttreten des Eidgenössischen Tierschutzgesetzes die bestehenden Geflügelbetäubungsanlagen ausser Betrieb gesetzt werden müssen" 48).

D. Die Hysterektomie 49)

Die operative Entfernung der Gebärmutter heisst in der Fachsprache "Hysterektomie". Dieser Eingriff dient der Gewinnung sogenannter SPF-Schweine, d.h. "spezifisch pathogenfreier Schweine". Bei der Hysterektomie wird die hochträchtige Muttersau wenige Tage vor der erwarteten Geburt in einen Operationsraum geführt. Dort fixiert ein Angestellter das Tier mit Ketten an den Hinterbeinen und zieht es daran in unbetäubtem Zustand in die Höhe. Nach einer gründlichen Reinigung, die etwa eine Minute dauert, wird die Sau durch Kopfschuss betäubt, worauf sich ein 20 - 40 sekündiger Muskelkrampf einstellt. In diesem Moment schlitzt der Tierarzt den Bauch des Tieres auf, entfernt die Gebärmutter und bringt diese sofort durch eine Schleuse in einen Nebenraum. Dort werden die Ferkelchen "geboren" und anschliessend in Isolierboxen untergebracht. Die Muttersau dient nach ihrer Schlachtung als Fleischlieferant.

Die Hysterektomie bezweckt angeblich die Unterbrechung von Infektionsketten, die von Schweinegeneration zu

47) Müller, a.a.O., S. 22

48) Müller, a.a.O., S. 23

49) Vgl. zu diesem Thema statt vieler:
Dr. Keller, Tierschutz und Hysterektomie beim Schwein, NZZ Nr. 145 vom 26. Juni 1979, S. 29;
Schweineerei mit Schweinen, Der schweizerische Beobachter Nr. 2/1979 vom 31. Januar 1979, S. 5 ff.

zu Schweinegeneration weitergehen. Nach Keller dient diese Methode gar dem "millionenfachen Wohl künftiger Tiergenerationen" ⁵⁰⁾. Keller hält die Hysterektomie für eine verhältnismässig kleine Belastung der Sau. Diese verhalte sich denn auch in der Hängephase vor dem Kopfschuss "auffallend ruhig" ⁵¹⁾. Der Laie fragt sich natürlich, wie eine hochträchtige, an den Hinterbeinen aufgehängte Muttersau sich anders als ruhig verhalten könnte.

Immerhin steht fest, dass Schweine gerade darum besonders anfällig für Infektionen sind, weil sie unter völlig artwidrigen Haltungsbedingungen leben müssen ⁵²⁾. Unabhängige Veterinäre fordern darum, dass die Hysterektomie unter keinen Umständen weiterhin zugelassen werden dürfe ⁵³⁾.

Die Hysterektomie kann nicht nur den Tatbestand der Tierquälerei erfüllen, sondern auch gegen Art. 35bis Abs. 2 der Eidgenössischen Fleischschauverordnung ⁵⁴⁾ verstossen, wonach für Schweine wie für andere Nutztiere "Einrichtungen zur Betäubung im Stehen zu schaffen sind".

E. Der Handel mit Kleintieren

Die Nachfrage privater Haushalte nach einheimischen, vorallem aber auch nach exotischen Kleintieren nimmt stetig zu. Dieser Nachfrage werden in der Schweiz derzeit rund 500 Zoogeschäfte gerecht, die jährlich ins-

50) Keller, a.a.O., S. 29

51) Keller, a.a.O.

52) Vgl. dazu vorne, I. A. 2.

53) Z.B. Dr. Ernst, Kantonsveterinär, Basel, Schweine-
rei mit Schweinen, a.a.O., S. 6, sowie
Dr. Peter Dolliger, wissenschaftlicher Adjunkt im
Eidgenössischen Veterinäramt, LNN Nr. 56 vom 8.3.1979

54) Vgl. dazu hinten, 10. Kapitel, Das geltende Recht,
II. C.

gesamt Millionen von Tieren importieren und als Warenhausartikel an den Mann bringen. So sandte zum Beispiel Singapore im Jahre 1970 1,3 Millionen (!) tropische Fische in unser Land. Während eines einzigen, zufällig ausgewählten Monats im Jahre 1974 importierten schweizerische Tierhandlungen 750 Streifenhörnchen, 8000 Vögel, 6500 Schildkröten sowie verschiedene andere Tierarten in geringerer Zahl ⁵⁵⁾.

Bedenklich erscheint dieser Handel darum, weil in der Regel weder Anbieter noch Interessenten genügende Kenntnisse über die artgemässen Bedürfnisse dieser Verkaufs- bzw. Kaufsobjekte besitzen. Den exotischen Vögeln, Fischen, Schildkröten etc. blüht daher häufig ein kümmerliches Dasein, sofern sie überhaupt lange überleben ⁵⁶⁾.

Inskünftig unterstellt Art. 8 des neuen Tierschutzgesetzes den gewerbsmässigen Handel mit Tieren der Bewilligungspflicht. Art. 9 TschG befugt zudem den Bundesrat, die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Tieren an Bedingungen zu knüpfen, einzuschränken oder zu untersagen.

II. DAS TIER ALS FORSCHUNGSOBJEKT ⁵⁷⁾

Wohl auf keinem anderen Gebiet im Zusammenhang mit Tierschutz prallen derart gegensätzliche Meinungen aufeinander

55) Angaben von Prof. Dr. Andreas Nabholz, Direktor des Eidgenössischen Veterinäramtes, Dokumentation zum VE

56) Vgl. dazu auch Wiegand, S. 81/82

57) Vgl. zu diesem Thema statt vieler:

- Wiegand, S. 94 ff;
- Stiller/Stiller/Weiss;
- Ruesch, Nackte Herrscherin;
- Sind Tierexperimentatoren Sadisten? NZZ Nr. 278 vom 29. November 1978, S. 65/66;
- Nussbaum;
- Stiller/Stiller;
- Pratt;
- Ryder;
- Kienle

der wie auf demjenigen der Tierversuche. Während für die einen der Zweck generell die Mittel heiligt, halten andere solche Experimente nicht nur für wissenschaftlich wertlos, sondern auch für gefährlich oder lehnen sie auch aus weltanschaulichen Gründen ab. Nach einem Grundsatzartikel in der Neuen Zürcher Zeitung ⁵⁸⁾ liegt "die häufigste Motivation in den fast immer stark emotionell gefärbten Attacken gegen Experimente am lebenden Tier in der rein gefühlsmässigen Bindung des Menschen an das Tier". Derart einfach liegen die Dinge natürlich nicht.

In der Geschichte erscheint die Vivisektion am Menschen als Vorläuferin der Tierversuche. Bereits Ende des 6. Jahrhunderts v.Chr. soll ein gewisser Alkmaion aus Kroton Experimente am lebenden Menschen durchgeführt haben. Im 1. Jahrhundert v.Chr. vivisezierte Rufus Sklaven, und 150 - 200 n.Chr. nahm sich der berühmte römische Arzt Galenus, der Leibarzt des Kaisers Marc Aurel, dieses Gebietes an. Galenus wird hin und wieder als Begründer der Vivisektion bezeichnet ⁵⁹⁾.

Der Ausdruck "Vivisektion" entstammt den lateinischen Worten vivum secare, d.h. Lebendes zerschneiden, bezeichnet aber heute (fälschlicherweise) jede Benutzung des lebendigen tierischen Organismus zu Forschungszwecken ⁶⁰⁾.

Der Forschung auf verschiedenen Gebieten, insbesondere denjenigen der Medizin und der Pharmaindustrie, der Gebrauchsgüter- sowie der Kriegsindustrie, fallen jährlich auf der ganzen Welt ungeheure Mengen von Versuchstieren zum Opfer. Allein in der Schweiz findet ein beispielloser Massenverschleiss von über 3 Millionen Tieren

58) NZZ, a.a.O., S. 65

59) Vgl. dazu Jenny, S. 118

60) Vgl. dazu Ruesch, S. 8

pro Jahr statt. Unser Land kann sich des höchsten Verbrauches im Verhältnis zur Bevölkerung rühmen ⁶¹⁾.

Nach einer Verlautbarung des Regierungsrates benötigten allein im Kanton Bern Laboratorien für verschiedenste Zwecke 1974 die folgenden Mengen von Versuchstieren ⁶²⁾:

- 150'000 Mäuse,
- 73'000 Ratten,
- 8'000 Meerschweinchen,
- 6'000 Kaninchen,
- 250 Katzen,
- 20 Schafe,
- 20 Hühner,
- 16 Hunde,
- 10 Affen,
- 1 Schwein,
- 1 Pferd.

1978 verbrauchten allein die beiden Basler Chemie-Unternehmen Ciba-Geigy und Sandoz zu Forschungszwecken

- 692'825 Mäuse
- 485'841 Ratten,
- 24'989 Meerschweinchen,
- 13'468 Kaninchen,
- 3'838 Katzen,
- 3'190 Hunde,
- 60 Affen,

sowie vereinzelt auch Schafe, Hühner, Schweine und Fische ⁶³⁾.

61) StenBull NR 1977, S. 1436 und 1439, Ruesch, S. 4, sowie Mitteilungsblatt SGT Nr. 2/76, S. 11
62) Vgl. dazu Mitteilungsblatt SGT Nr. 2/1976, S. 11
63) Meldung der Nachrichtenagentur DDP im Tages-Anzeiger vom 15. Oktober 1979

Was Tierschutzkreise beunruhigt ist die Tatsache, dass von den über 3 Millionen in der Schweiz jährlich verbrauchten Versuchstieren 70 - 90% nicht-medizinischen Forschungszwecken dienen⁶⁴⁾. Allein 10 - 15% der Tiere müssen für die Verträglichkeitsprüfung von Kosmetika, zum Beispiel Lippenstifte, Shampoos etc., ihr Leben lassen⁶⁵⁾.

Ein überwiegender Teil aller Experimente wird ohne Betäubung der Tiere durchgeführt. In England zum Beispiel beziffert sich dieser Anteil auf 85 - 88%⁶⁶⁾. Für die Schweiz fehlen entsprechende Angaben, doch dürfte die Zahl der Versuche ohne Betäubung kaum wesentlich tiefer liegen, da ja in beiden Ländern ähnliche Tests stattfinden.

Nun bestreitet kaum jemand, dass den Versuchstieren in vielen Fällen - nach menschlichem Empfinden - grauenvolle Schmerzen, Leiden und Schäden zugefügt werden. Im Zentrum der Diskussion über die Tierversuche steht daher die Frage nach der Rechtfertigung dieser Forschungsmethode. Nehmen die Tierexperimentatoren tatsächlich, selbst in der Kosmetikindustrie, ein legitimes, höheres Interesse wahr? Oder entlarven sie sich vielmehr als "pathologisch veranlagte, moralisch schwachsinnige Menschen" oder, bei normaler Veranlagung, "als vollendete Verbrecher"⁶⁷⁾, als "Falschmünzer der Wissenschaft, die nicht nur der Volkswirtschaft, sondern auch der Volksgesundheit unermesslichen Schaden zufügen"⁶⁸⁾?

64) StenBull NR 1977, S. 1436 und 1439

65) Sind Tierexperimentatoren Sadisten? NZZ Nr. 278 vom 29. November 1978, S. 66

66) Wiegand, S. 96, sowie Mitteilungsblatt SGT Nr. 2/1976, S. 11

67) Prof. Dr. Dr. J. Ude, angeführt bei Stiller/Stiller, S. 3

68) Ruesch, S. 5

A. Das Versuchstier in der Medizin und in der
Pharmaindustrie

Anfangs 1979 veröffentlichte die deutsche Vereinigung "Aerzte gegen Tierversuche", der immerhin namhafte Mediziner, Pharmakologen, Biologen und Chemiker angehören, die nachstehende Grundsatzerklärung:

- "1. Aus ethischen Gründen sind alle Tierversuche abzulehnen. Gerade in der Medizin darf der Zweck die Mittel nicht heiligen. Wer an Tieren beeinträchtigende Experimente vornimmt, wird das gleiche auch mit Menschen tun, gutheissen oder dulden.
2. Tierversuche in der Ausbildung der Aerzte zerstören die Achtung vor dem Leben und machen später die Einfühlung in das Leiden der Patienten unmöglich.
3. Tierversuche sind kein geeigneter Weg, die Krankheiten des Menschen zu erkennen, zu erforschen und zu heilen. Ergebnisse der Tierversuche haben für den Menschen keine Gültigkeit. Zwischen Mensch und Tier bestehen derart gravierende organische und psychische Unterschiede, dass Erkenntnisse aus Tierversuchen im Hinblick auf den Menschen, zumal den Kranken, nicht nur wertlos, sondern oft sogar irreführend und gefährlich sind. (Arzneimittelschäden, Therapiefehler usw.)
4. Tierversuche werden keineswegs zum Wohle des Menschen gemacht, sie haben nur eine Alibifunktion. Denn bis heute fehlt jeder wissenschaftliche statistische Beweis für die Uebertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen.
5. Tierversuche wiegen die Öffentlichkeit, insbesondere Aerzte und Patienten, in falscher Sicherheit, die davon abhält, Krankheiten in Selbstverantwortung zu verhüten und als ganzheitliches Phänomen zu begreifen.
6. Den Erfordernissen einer modernen Gesundheitsversorgung werden Tierversuche nicht gerecht, der grösste Teil der heutigen Erkrankungen ist nicht

organisch bedingt, sondern hat psychische, soziale, ernährungs- und umweltbedingte Ursachen. Alle diese Faktoren sind in ihrer Gesamtheit am Tier nicht zu reproduzieren. Daher hat die moderne naturwissenschaftliche Medizin für den grössten Teil der heutigen Krankheiten keine ursächliche Therapie anzubieten - sie kuriert nur am Symptom herum.

7. Allein in der Bundesrepublik werden für Tierversuche pro Jahr etwa 3 Milliarden DM verbraucht. Für die eigentliche humanmedizinische Forschung und die ärztlich praktizierenden Institutionen sowie für die Kranken fehlen dadurch die notwendigen finanziellen Mittel bzw. die Hilfe und die Fachkräfte.
8. Für den Menschen relevante Erkenntnisse sind nicht durch Tierversuche, sondern nur durch Ausbau und Integration der bislang weitgehend vernachlässigten Disziplinen (z.B. Psychosomatik, Psychotherapie, Psychohygiene, Sozial- und Vorsorgemedizin, klinische Forschung, Epidemiologie u.ä.m.) zu gewinnen.
9. Die Humanmedizin muss sich um den ganzen Menschen kümmern: Wir brauchen ursachen- und patientenbezogene Forschungs- und Behandlungsmethoden, aber keine Veterinärmedizin für Menschen, die akute Symptome durch chronische Krankheiten ersetzt.
10. Daher ist die vollständige Abschaffung aller Tierversuche anzustreben (gesetzliches Verbot). Zur Unterstützung entsprechender Bemühungen sind nicht nur Aerzte aufgerufen, sondern alle, die mit Tierversuchen zu tun haben oder von den schädlichen Folgen der Tierexperimente beruflich tangiert werden (Pharmakologen, Biologen, Chemiker, medizin.-technische Assistenten, Psychologen, Hochschullehrer, Pädagogen, Studenten, Krankenschwestern u. -pfleger, Sozialarbeiter, Wissenschaftsjournalisten usw.) "

1. Der Schluss vom Tier auf den Menschen

Jeder Tierhalter weiss, dass er ein krankes Tier niemals mit für den Menschen bestimmten Arzneimitteln behandeln darf; das Tier kann daran sterben, weil sein Organismus anders reagiert als derjenige des Menschen. Den erschütterndsten Beweis für diese Binsenwahrheit lieferte bisher das Medikament "Contergan", das nach Tausenden von Tierversuchen freigegeben wurde und darauf schwerste Missbildungen bei Kindern hervorrief. Unzählige Substanzen, zum Beispiel Atropin, Novalgin, Skopolamin, Strychnin, Schierling, Opium, Morphin und Methylalkohol, um nur die bekanntesten zu nennen ⁶⁹⁾, führen bei Mensch und Tier zu diametral entgegengesetzten Wirkungen. Zudem reagierten Versuchstiere in vielen Fällen nicht einmal gleich wie ihre nicht unter Laborbedingungen lebenden Artgenossen: Um für ihre Untersuchungen ein standardisiertes "Messinstrument" verwenden zu können, züchten die Experimentatoren sogenannte "spezifisch pathogenfreie" und "gnotobiotische" Versuchstiere ⁷⁰⁾. Diese werden mittels Kaiserschnitt entbunden und in keimfreien Isolationskäfigen aufgezogen. Solche denaturierten Geschöpfe zeigen eine erhebliche Veränderung einer ganzen Reihe von organischen Funktionen ⁷¹⁾.

Leider steht fest, dass trotz (oder wegen?) ⁷²⁾ aller Tierversuche in der Pharmaindustrie die Arzneimittelschäden bei Menschen ganz rapid zugenommen haben: Nach einer Untersuchung der amerikanischen Federal Drug Administration mussten 1978 1,5 Millionen Amerikaner wegen Beschwerden, die Medikamente verursacht hatten,

69) Vgl. dazu Beispiele bei Stiller/Stiller, S. 8/9, sowie StenBull NR 1977, S. 1439

70) Stiller/Stiller, S. 10

71) Stiller/Stiller, S. 9/10

72) Stiller/Stiller, S. 20

ein Spital aufsuchen; rund 30% der hospitalisierten Patienten sollen durch die ihnen verabreichten "Heilmittel" weiter geschädigt worden sein ⁷³⁾. In der Schweiz lagen 1977 immerhin rund 1000 Patienten ausschliesslich zufolge eines Arzneimittelschadens in einem Spitalbett ⁷⁴⁾.

Zur Zeit sind auf dem Weltmarkt über 200'000 und in der Schweiz rund 6'000 Arzneien erhältlich. Alle diese Präparate sind erst nach der Durchführung von Millionen von Tierversuchen für den Handel freigegeben worden. Nun hat aber die Weltgesundheitsorganisation WHO im Jahre 1978 eine Liste von 200 Medikamenten publiziert, die für den Weltbedarf vollauf genügen würden ⁷⁵⁾. Der Massenverschleiss von Tieren in medizinischen und vorallem pharmazeutischen Labors dient demnach mindestens teilweise der Produktion von im Grunde genommen überflüssigen Heilmitteln, "für die wir einfach nicht genügend Krankheiten haben" ⁷⁶⁾.

Aus all diesen Gründen vertritt denn auch eine steigende, schon nicht mehr zu übersehende Zahl von Sachverständigen entschieden die Auffassung, dass zumindest die Mehrzahl aller Tierversuche wissenschaftlich wertlos sei und zudem zu falschen und somit gefährlichen Schlussfolgerungen führen könne ⁷⁷⁾.

2. Alternativen

In den Beratungen des Nationalrates zum neuen Tierschutzgesetz nannte Fischer die Behauptung, dass es keine Alternativen zu Tierversuchen gebe, "verlogen" ⁷⁸⁾.

⁷³⁾ Ruesch, S. 8

⁷⁴⁾ Diagnosenstatistik 1977 des Verbandes Schweizerischer Krankenanstalten (VESKA)

⁷⁵⁾ Ruesch, S. 7/8

⁷⁶⁾ Dr. Walter Modell, Medizinische Fakultät der Universität Cornell/USA, angeführt bei Ruesch, S. 7

⁷⁷⁾ Vgl. dazu die Stellungnahmen bei Ruesch, S. 76 ff.

⁷⁸⁾ Fischer, StenBull NR 1977, S. 1440

In der Tat haben 300 deutsche Wissenschaftler eine über 500-seitige Dokumentation erarbeitet, in der allen in der Medizin und Pharmazie gängigen Tierversuchen Alternativmethoden ohne Tierverwendung entgegengehalten werden ⁷⁹⁾. Als besonders erfolgversprechend betrachten diese und andere Experten die sogenannte ZGO-Methode sowie die Anwendung von Simulationscomputern ⁸⁰⁾: Bei der Zell-, Gewebe- und Organkulturmethode verwenden die Forscher menschliches, artspezifisches Gewebe und können damit "endlich eine relevante Forschung für den Menschen betreiben" ⁸¹⁾. Neue Pharmaka lassen sich unter genau einstellbaren Bedingungen beliebig lange prüfen, ohne das Leben von Menschen und Tieren zu gefährden. Wertvolle Hilfe leisten dabei die sogenannten Analog- oder Simulationscomputer: Diese Geräte sind in der Lage, "alle gewünschten Vorgänge, Reaktionen und anderen physiologischen Prozesse der menschlichen Organismen zu reproduzieren" ⁸²⁾. Einen gewichtigen Beweis für die Wirksamkeit und Zuverlässigkeit der ZGO-Methode erbrachte schon 1956 Prof. S.T. Aygün an der Universität Ankara: Nachdem er das Medikament Contergan während eines einzigen Monats an Zellkulturen getestet hatte, erkannte er dessen Gefährlichkeit; er erwirkte bei der türkischen Regierung ein Importverbot und informierte den deutschen Hersteller Grünenthal. Dieser wies die Erkenntnisse Aygüns zurück, mit der Begründung, das Präparat Contergan sei drei Jahre lang an 3000 Versuchstieren getestet worden und müsse deshalb als völlig gefahrlos gelten ⁸³⁾.

-
- 79) StenBull NR 1977, S. 1440, sowie Wiegand, S. 98
80) Vgl. dazu Aygün; Stiller/Stiller, S. 21 ff. sowie StenBull NR 1977, S. 1440
81) Stiller/Stiller, S. 22
82) Fischer, StenBull NR 1977, S. 1440
83) Stiller/Stiller, S. 24 sowie Fischer, StenBull NR 1977, S. 1440

3. Zur strafrechtlichen Ahndung medizinischer
und pharmazeutischer Tierversuche

Nach Art. 27 Abs. 1 lit. e des neuen Tierschutzgesetzes wird derjenige mit Gefängnis oder mit Busse bestraft, der vorsätzlich "bei der Durchführung von Versuchen einem Tier Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügt, soweit dies nicht für den verfolgten Zweck unvermeidlich ist". Vermeidbare Experimente mit Tieren in der Medizin und in der Pharmaindustrie wie überhaupt auf allen Gebieten sind also strafbar. Nun wird natürlich kein Strafrichter darüber befinden wollen, ob ein (angeblich) wissenschaftlicher Tierversuch unvermeidlich sei oder nicht; er wird sich vielmehr auf das Urteil von Fachleuten verlassen, die sich über eben diese Frage selber nicht einigen können. Sicher ist nur, dass sich immer Wissenschaftler finden werden, die jeden Tierversuch, selbst die Transplantation von Affenköpfen, wie sie der Amerikaner Robert White 1977 an der Universität Cleveland/Ohio vorgenommen hatte ⁸⁴⁾, für "unvermeidlich" halten.

B. Das Versuchstier in der Gebrauchsgüterindustrie

Nicht nur ärztliche Kunstgriffe und Pharmaka, sondern auch Gebrauchsgüter werden im Tierversuch auf mögliche Gefahren für den Menschen hin getestet. Zu diesen Gütern gehören vorab alle in eine Giftklasse eingeteilten Produkte wie Insektizide, Pflanzendünger, Putzmittel usw. Denn zur Unterscheidung der verschiedenen Giftklassen dient gemäss Art. 13 der Vollziehungsverordnung ⁸⁵⁾ zum eidgenössischen Giftgesetz ⁸⁶⁾ der so-

84) Ruesch, S. 89

85) Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Verkehr mit Giften vom 23. Dezember 1971, SR 814.801

86) Bundesgesetz über den Verkehr mit Giften (Giftgesetz) vom 21. März 1979, SR 814.80

nannte "akute orale DL-50-Wert". Dieser Wert bezeichnet die im Tierversuch innerhalb von 24 Stunden verabreichte Dosis, die bei der Hälfte aller Tiere den Tod innert fünf Tagen verursacht. Aber nicht nur giftige Gebrauchsgüter, sondern auch harmlose Alltagsprodukte werden im Tierexperiment "klinisch getestet"⁸⁷⁾. Wie bereits erwähnt müssen in der Schweiz allein für Kosmetika wie Shampoos, Seifen, Lippenstifte, Sprays aller Art, Zahnpasten etc. 10 - 15% aller Versuchstiere, das sind 300'000 - 500'000 pro Jahr, ihr Leben lassen. So spritzen zum Beispiel Experimentatoren Kaninchen so lange unverdünntes Shampoo in die Augen, bis die Erblindung eintritt; Metallklammern halten dabei den Tieren die Augen offen, um sie am Blinzeln zu hindern⁸⁸⁾. Der französische Parfum-Hersteller Chanel sperrte lebende abessinische Zibetz-Katzen in Käfige mit Backofen-Temperaturen, um bestimmte Hautsekrete zu gewinnen⁸⁹⁾.

Tierschutzkreise dürfen nach Inkrafttreten des neuen Tierschutzgesetzes mit einiger Spannung auf den ersten Fall warten, in dem ein Strafrichter zu entscheiden haben wird, ob Tierversuche in der Gebrauchsgüterindustrie, wie zum Beispiel die vorerwähnten, "vermeidlich" im Sinne von Art. 27 Abs. 1 lit. e des Gesetzes sind und damit eine Freiheits- oder Geldstrafe nach sich ziehen.

87) Seit Anfang der siebziger Jahre tauchen in der Werbung Zusätze auf wie "klinisch getestet", "wissenschaftlich erprobt" etc. Daraus kann der Konsument schliessen, dass der Entwicklung des geworbenen Produktes besonders viele Versuchstiere zum Opfer fielen.

88) Bericht aus der Berliner Tageszeitung vom 19. August 1976, angeführt bei Stiller/Stiller/Weiss, S. 83

89) Bericht der Nachrichtenagentur dpa vom 16. März 1977

C. Das Versuchstier in der Rüstungsindustrie ⁹⁰⁾

Dass auch die Rüstungsindustrie, insbesondere zur Erprobung von ABC-Waffen ⁹¹⁾, Versuchstiere verwendet, liegt auf der Hand. Aus leicht einsehbaren Gründen dringen aber auf diesem Gebiet kaum Angaben über Art und Zahl der Experimente an die Öffentlichkeit. Aus der schweizerischen Rüstungsindustrie sind keine Tierversuche bekannt, was natürlich nicht heisst, dass auch keine solchen durchgeführt werden. Die nachfolgenden Fälle stammen zwar aus dem Ausland, sollen aber dem Leser - als Beispiele - nicht vorenthalten bleiben: Im Sommer 1977 nahm die Weltöffentlichkeit zur Kenntnis, dass das Zeitalter der Neutronenwaffen angebrochen war. Diese Waffen waren zwischen 1975 und 1977 eingehenden Experimenten mit Affen unterzogen worden ⁹²⁾. In der letzten Versuchsphase liessen Wissenschaftler Neutronenbomben auf einem Versuchsgelände detonieren: "Affen, die von der Explosionsstelle 700 Meter entfernt waren, starben binnen 48 Stunden nach grässlichem Todeskampf. Tiere, die sich in einem Umkreis von 900 Metern befanden, waren minutenlang zu keiner Bewegung mehr fähig und starben in wenigen Tagen. Affen, die die Explosion aus einer Entfernung von 1400 Metern erlebten, starben nach wenigen Wochen" ⁹³⁾.

Um zu testen, wie schnell Menschen unter Einwirkung von Laserstrahlen erblinden, bestrahlten Forscher der Wright-Patterson-Laboratories in Ohio/USA die Augen lebender Affen so lange, bis die Sehorgane regelrecht zu kochen und die Augenflüssigkeit zu verdampfen begann ⁹⁴⁾.

90) Vgl. dazu Stiller/Stiller/Weiss, S. 70 ff.

91) ABC-Waffen = atomare, biologische und chemische Waffen

92) Bericht der Nachrichtenagentur AP vom 18. Mai 1977

93) Bericht in der International Herald Tribune vom 7. November 1978, angeführt bei Stiller/Stiller/Weiss, S. 71

94) Bericht in der Zeitschrift "Science" Nr. 177/1972, angeführt bei Stiller/Stiller/Weiss, S. 73

Auch konventionelle Waffen können im Tierexperiment möglicherweise verbessert werden: 1978 schossen schwedische Militärärzte betäubten Schweinen in den Bauch, um die Wirkung neuartiger Maschinengewehr-Patronen zu prüfen. Anschliessend warteten die Forscher ab, ob die Tiere nach dem Erwachen aus der Narkose sterben oder überleben würden ⁹⁵⁾.

Tierversuche in der Rüstungsindustrie erscheinen als ebenso "unvermeidlich" wie die Aufrüstungsbemühungen aller Staaten dieser Erde.

III. DAS TIER IM SPORT

A. Der Jagdsport

Ueber 220'000 Wildtiere, vom Hirsch bis zur Krähe, starben in der Jagdsaison 1978 an den Kugeln Schweizer Jäger ⁹⁶⁾. Ein guter Teil dieser Abschüsse erfolgte im Interesse der Natur, die ihren Wildbestand nicht mehr selber im Gleichgewicht halten kann. Von den rund 33'000 legitimierten Jägern in unserem Land schossen jedoch etliche aus sportlichem Vergnügen auf Hirsche, Gamsen, Rehe, Füchse, Hasen, Marmeltiere, Dachse, Wildschweine, Iltisse sowie Wildenten, Wildtauben, Blässhühner, Fasane und Krähen ⁹⁷⁾. Denn im Jagdsport "liegt ein Moment der zur kräftigen Leidenschaft sich steigernden Erregung; die Zwischenfälle der Jagd, die Ueberraschungen, das Hangen und Bängen, alles das hat für den Menschen etwas Erfrischendes..." ⁹⁸⁾. Besondere Formen hat diese Tötung als

95) Stiller/Stiller/Weiss, S. 72

96) Amtliche Jagdstatistik 1978 des Eidgenössischen Oberforstinspektorates

97) Jagdstatistik 1978

98) Kohler, S. 48/49

Erfrischung im Kanton Tessin angenommen, wo jedermann für 120 Franken ein Jagdpatent kaufen kann: Hier importiert die Jagdvereinigung jährlich Hunderte von Wildtieren eigens zum Abschiessen aus den Oststaaten ⁹⁹⁾. Besonders unter den Tessiner Jägern befinden sich viele Möchtegern-Nimrode, die nicht in der Lage sind, Tiere waidmännisch zu erlegen und ihnen daher - vor allem durch schlecht gezielte Schüsse - völlig unnötige Qualen zufügen. Zwar stellt das Bundesgesetz über Jagd und Vogelschutz, dessen Bestimmungen 1978 insgesamt in 1'856 nachgewiesenen Fällen übertreten wurden ¹⁰⁰⁾, besonders tierquälerische Jagdpraktiken unter Strafe ¹⁰¹⁾. Dieser Erlass kann jedoch nicht verhindern, dass im Rahmen sportlichen Vergnügens angeschossene, nicht aufgefundene Wildtiere elendiglich verenden.

B. Die Sportfischerei

Die Schweiz zählt rund 150'000 Sportfischer ¹⁰²⁾. Diese verwenden teilweise, insbesondere zur Regulierung des Hechtbestandes ¹⁰³⁾, lebende Köderfische. Bei dieser Fischereimethode handelt es sich "um eine alte, sehr alte Bewirtschaftungsmethode, die seit Jahrhunderten gepflegt wird" ¹⁰⁴⁾.

Nun besteht aber heute "gewiss keine Notwendigkeit mehr, lebende Fische als Köder der Länge nach aufzuspiessen oder sie mit einem durch den Rücken gestossenen Doppelhacken oder an den Kiefern aufzuhängen und so einem langsamen, qualvollen Tod auszuliefern", denn "die von

99) Mitteilungsblatt SGT Nr. 4/1976, S. 9

100) Jagdstatistik 1978

101) Vgl. dazu hinten, 10. Kapitel, Das geltende Recht, II. F.

102) StenBull NR 1977, S. 1453

103) StenBull StR 1977, S. 417

104) Muff in StenBull NR 1977, S. 1453

einer hochspezialisierten Industrie hergestellten künstlichen Köderfische sind meistens wesentlich wirksamer als halbtote Lebendköder¹⁰⁵⁾.

Das im bundesrätlichen Entwurf zu einem Tierschutzgesetz vorgesehene Verbot des "Verwendens lebender Tiere als Köder oder zum Ankirren"¹⁰⁶⁾ wurde vom Parlament wieder gestrichen¹⁰⁷⁾.

IV. DAS TIER ALS UNTERHALTUNGS- UND FREIZEIT-OBJEKT

A. Private Tierhaltung¹⁰⁸⁾

"Millionen Menschen möchten in den vier Wänden um sich haben, was die vermauerte Umwelt draussen nicht mehr bietet"; "in trauten Heimen wächst die Sehnsucht nach dem verlorenen Paradies"¹⁰⁹⁾. Mit diesen Worten begründen Baumann und Fink die dauernde und konstante Zunahme der Kleintierhaltung. Nach dem Zürcher Zootierarzt Dr. Isenbügel geben in den meisten Familien die Kinder die Impulse, die zur Haltung von Heimtieren führen; bei einer Erhebung in der deutschen Schweiz im Jahre 1978 seien in 51% der Familien mit Kindern Heimtiere in irgend einer Form gehalten worden¹¹⁰⁾. Die Wohnungsverhältnisse in den Städten verunmöglichen aber immer mehr die Haltung der "klassischen" Heimtiere Hund und Katze. Hobbytierhalter weichen daher immer häufiger auf Fische, Vögel, Schildkröten, Meer-schweinchen, Streifenhörnchen, Hamster, Zwerghasen etc.

105) Prof. Dr. Heini Hediger, Dokumentation zum VE

106) Art. 24 lit. f des Entwurfes

107) Vgl. dazu hinten, 7. Kapitel, Die Entstehung der Strafbestimmungen des TschG vom 9. März 1978, II. E. 3. b.

108) Vgl. dazu Wiegand, S. 99/100

109) Baumann/Fink, Lizenzausgabe Zürich 1978, S. 53

110) Dr. Ewald Isenbügel, Zootierarzt, Zürich, ABC der Nutztierhaltung, S. 193

aus. Im Herbst 1979 bot das Warenhaus Nordmann in Luzern junge Riesenschlangen, darunter Phytons, die eine Länge von acht Metern und ein Gewicht von rund 150 Kilogrammen erreichen, zum Verkauf an. Das Interesse an diesen Tieren war gross, wie die Zeitungen zu berichten wussten ¹¹¹⁾.

Vor allem Stadtbewohnern fehlt häufig das elementarste und selbstverständlichste Wissen über die Lebensgewohnheiten, das arttypische Verhalten, die Pflege und die Nahrungsbedürfnisse ihres "in einer momentanen emotionalen Regung", "spontan zu Weihnachten, Ostern oder einem Geburtstag" ¹¹²⁾ gekauften Heimtieres. Diese Unkenntnis kann "bei der Haltung so vieler Heimtiere nicht selten zur unbewussten und ungewollten Tierquälerei ausarten" ¹¹³⁾.

Das neue Tierschutzgesetz ¹¹⁴⁾ wird in Zukunft denjenigen bestrafen, der ein Tier hält oder betreut und ihm dabei keine angemessene Ernährung, Pflege, und, soweit erforderlich, Unterkunft und Bewegungsfreiheit gewährt. Dabei kann Unwissenheit nicht einfach vor Strafe schützen, denn wer ein Tier halten will, der soll sich eben eingehend über dessen Bedürfnisse informieren müssen.

B. Das Aussetzen von Tieren ¹¹⁵⁾

Die Zivilisationskrankheit Wegwerfmentalität verschont auch die - häufig als Warenhausartikel erstandenen - Haustiere nicht. Vor allem bei Ferienbeginn fallen die

111) Vgl. dazu z.B. LNN Nr. 249 vom 26. Oktober 1979, S. 11

112) Wiegand, S. 99

113) Isenbügel, a.a.O., S. 193

114) Art. 3 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit Art. 29, Ziff. 1 lit. a TschG

115) Vgl. dazu Mitteilungsblatt SGT Nr. 2/1979, S. 12 ff.

anfänglich verhätschelten Hausgenossen dem Besitzer plötzlich zur Last. In der Bundesrepublik Deutschland sollen Jahr für Jahr rund 6'000 Hunde und 18'000 Katzen ausgesetzt werden ¹¹⁶⁾. Weitere zuverlässige Zahlen fehlen, doch dürfte die Dunkelziffer, insbesondere bei Kleintieren wie Meerschweinchen, Schildkröten, Vögeln, Fischen und anderen, riesengross sein. Nach Art. 22 Abs. 1 lit. f in Verbindung mit Art. 29 Ziff. 1 lit. e TschG muss derjenige mit Haft oder Busse rechnen, der ein im Hause oder im Betrieb gehaltenes Tier aussetzt oder zurücklässt, in der Absicht, sich seiner zu entledigen.

C. Private Tiertötungen

Kaum statistisch zu erfassen sind diejenigen Fälle, in denen Besitzer das Interesse an ihrem Tier verlieren und es in der Folge kurzerhand töten, wobei sie nicht immer den für das Tier quallosesten Weg zu wählen wissen.

Wiegand schildert einen Fall, in dem ein Hundebesitzer seinen drei Monate alten Schnauzer mehrfach mit voller Wucht auf den Steinboden schlug: "Als das Tier regungslos liegenblieb, goss er Rohöl über den Hund und zündete ihn an, um das vermeintlich tote Tier zu verbrennen. Der noch lebende Hund lief jedoch davon, wurde erneut eingefangen und wieder brutal auf den Boden geschlagen. Dann steckte der Täter den Hund in eine Plastiktüte und schlug mit einem Hammer auf ihn ein"¹¹⁷⁾.

Festzuhalten bleibt, dass das neue Tierschutzgesetz nicht nur die qualvolle, sondern jede mutwillige Tötung eines Tieres als Vergehen qualifiziert ¹¹⁸⁾.

116) Vgl. dazu NZZ vom 28. Juni 1979

117) Wiegand, S. 100

118) Art. 27 Abs. 1 lit. c TschG

V. DAS RITUELLE SCHÄECHTEN ¹¹⁹⁾

Währenddem sich das Parlament in den Beratungen zu einem Eidgenössischen Tierschutzgesetz nicht dazu entschliessen konnte, besonders eindeutig tierquälende Haltungsarten sowie wenigstens nicht-wissenschaftliche Tierversuche zu verbieten, hielt es gleichzeitig mit unglaublicher Akribie am Schächtverbot fest ¹²⁰⁾. Das rituelle Schächten aber erscheint, verglichen mit den vorstehend beschriebenen Verhaltensweisen des Menschen gegenüber dem Tier, eher als harmloser Akt.

Unter dem Schächten versteht man die insbesondere den Juden, aber auch anderen Religionsgemeinschaften vorgeschriebene rituelle Schlachtart, nach der dem Tier ohne vorherige Betäubung die Kehle durchgeschnitten wird. Dadurch soll alles Blut auslaufen, denn dieses "ist (der Tiere) Seele, und du sollst die Seele nicht mit dem Fleisch essen" ¹²¹⁾. Auf die Seele hat nämlich nach jüdischem Glauben nur Gott ein Anrecht.

Wiegand beschreibt ausführlich "den Schächtvorgang und die damit verbundenen Qualen für das Tier" ¹²²⁾: "Schon die Vorbereitung zur Schächtung ist oftmals mit grossen Qualen verbunden, weil die Tiere gewaltsam in eine Rückenlage gebracht werden müssen, so dass Hornfrakturen, Knochenbrüche und Quetschungen sowie

119) Vgl. zu diesem Thema statt vieler:

- Wiegand, S. 88/89;
- Jenny, S. 112 ff;
- Deutsche Tierärztliche Wochenschrift Nr. 85 S. 62 ff.

120) Vgl. dazu hinten, 7. Kapitel, Die Entstehung der Strafbestimmungen des TschG vom 9. März 1978, II. E. 1. - 3.

121) 5. Mose 12, 23.24

122) Wiegand, S. 88

Angstzustände die Folge sind" ¹²³⁾. Besondere Qualen würden dem Tier dann bereitet, wenn die Haut und die Muskulatur des Halses nicht richtig gespannt seien und dadurch das Schächtmesser nicht tief genug eindringen könne. In diesem Fall würden dem Tier nur Haut- und Muskelschnitte beigebracht und die grossen Halsgefässe blieben verschont, so dass ein erneuter Schächtschnitt erforderlich werde ¹²⁴⁾.

Vorab ist festzustellen, dass der sogenannte amerikanische ASPCA-Apparat es heute ermöglicht, die Tiere stehend zu entbluten, wodurch das - von Wiegand erwähnte - Umwerfen oder Umlegen entfällt ¹²⁵⁾. Während dem nun die einen Experten der Ansicht sind, dass auch nach der Durchtrennung der Halsschlagader eine gewisse Blutversorgung des Gehirns über die Kollateralgefässe und damit eine Aufrechterhaltung des Bewusstseins möglich sei, sind andere überzeugt, dass ein einwandfrei durchgeführter Schächtschnitt "den Blutdruck beim Tier innerhalb von ein bis zwei Sekunden so zusammenfallen lasse, dass infolge einer momentanen Schockwirkung ohne Schmerzempfinden das Tier das Bewusstsein verliere" ¹²⁶⁾. Diese zweite Auffassung bestätigt ein Gutachten der Professoren Schulze, Hazem und Gross vom Institut für Gerichtsmedizin und der Ambulatorischen Klinik der Tierärztlichen Hochschule Hannover: Diese Wissenschaftler pflanzten insgesamt 20 Tieren, Schafen und Kälbern, Dauerelektroden ins Stirnbein ein, um auf diese Weise die Impulse der Grosshirnrinde während des religiösen Schächtens messen zu können. "Nach dem Entblutungsschnitt trat bei den Kälbern die Bewusstlosigkeit, auf jeden Fall aber Reaktionslosigkeit mit

123) Wiegand, S. 88

124) Wiegand, S. 89

125) Botschaft zum Tierschutzgesetz, BBl. 1977 I 1093, sowie StenBull StR 1977, S. 415 f.

126) StenBull StR 1977, S. 412

grosser Wahrscheinlichkeit binnen zehn Sekunden ein ... Bei sieben Tieren wurde spätestens von der 23. Sekunde an auf dem Elektroenzephalogramm nichts mehr aufgezeichnet". "Die Schafe zeigten spätestens zehn Sekunden nach dem Entblutungsschnitt Reaktionslosigkeit (Bewusstlosigkeit). Eine Reaktion auf den Schnitt war bei keinem Tier eindeutig zu erkennen. Die Null-Linie im Elektroenzephalogramm wurde spätestens 14 Sekunden nach dem Schnitt aufgezeichnet" (127).

Sicher erscheint jedenfalls, dass das rituelle Schächten nicht den vordringlichsten Tierschutzproblemen zugerechnet werden kann. Trotzdem widmeten unsere Parlamentarier diesem Thema in den Beratungen zum Tierschutzgesetz ungefähr gleichviel Raum wie der ganzen, in der heute zulässigen Form jedem Tierschutzgedanken spottenden Nutztierhaltung (128).

Wie bereits erwähnt, hält das neue Tierschutzgesetz am Verbot des "Schlachtens von Säugetieren ohne Betäubung vor dem Blutentzug" (129) fest und stellt eine Missachtung der Vorschrift als Uebertretung unter Strafe (130).

VI. TIERQUÄLEREI IM ENGEN SINNE

Unter Tierquälerei im engen Sinne ist die Uebelszufügung an Tiere nicht aus wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, sportlichen oder anderen menschlich-egoistischen Interessen, sondern aus Hass und Zorn sowie rational unverständlichen Gründen zu verstehen.

127) Deutsche Tierärztliche Wochenschrift Nr. 85, S. 62 ff.

128) Vgl. dazu StenBull StR 1977 und StenBull NR 1977

129) Art. 20 in Verbindung mit Art. 29 Ziff. 1 lit. d

130) Vgl. dazu hinten, 7. Kapitel, Die Entstehung der Strafbestimmungen des TschG vom 9. März 1978, II. E. 3. a.

Nach Wiegand, der sich eingehend mit den Ursachen der Tierquälerei befasst ¹³¹⁾, hat die Tiermisshandlung aus Hass und Zorn oftmals für den Täter den Zweck, "seine psychischen Spannungen, in die er in der Arbeits- oder Privatwelt geraten ist, zu entladen" ¹³²⁾:

"Besonders im Fall aufgeregter Aggressionen bieten Tiere, häufig auch durch ihr eigenes Verhalten, für den Täter Anlass, sie quälerisch zu misshandeln; sie sind wegen ihrer besonderen Wehrlosigkeit und meist mangelnden Fluchtmöglichkeit ein einfach zu erlangendes Opfer für den Aggressionstrieb des Täters" ¹³³⁾.

1949 lag dem Bundesgericht ein Fall vor, in dem ein Jäger aus Zorn eine Schrotladung auf seinen Hund abgefeuert hatte, um diesen für seinen Ungehorsam zu bestrafen ¹³⁴⁾.

Tierquälerei aus rational unverständlichen Gründen wird nach Wiegand in der Regel von Tätern begangen, denen Hemmungen, die der Normaldenkende und -empfindende verspüre, fehlten und die hin und wieder an Triebanomalien litten ¹³⁵⁾.

Ob die Fälle von Tierquälereien im engen Sinne zahlenmäßig ins Gewicht fallen, ist schwierig zu beurteilen. Denn viele Tiermisshandlungen gelangen vermutlich gar nie an die Öffentlichkeit. Immerhin hatte das Bundesgericht in der Nachkriegszeit ausser der oben erwähnten keine solche Tat zu beurteilen ¹³⁶⁾.

131) Wiegand, S. 103 ff.

132) Wiegand, S. 101

133) Wiegand, S. 102

134) BGE 75 IV 169 ff.

135) Wiegand, S. 102

136) Vgl. dazu: Strafurteile 1946-1978

VII. ANHANG: STATISTIK 137)

Die nachfolgende Statistik vermittelt einen Ueberblick über die Zahl kantonaler Verurteilungen wegen Verstossens gegen Art. 264 StGB in den Jahren 1965-1977. Dabei fällt auf, dass die Widerhandlungen gegen den strafrechtlichen echten Tierschutz zahlenmässig abnehmen:

Jahr	Anzahl Verurteilungen in allen Kantonen		
	264 ¹ StGB (vorsätzliche Tierquälerei)	264 ² StGB (fahrlässige Tierquälerei)	total
1965	108	14	122
1966	99	22	121
1967	84	21	105
1968	68	24	92
1969	74	17	91
1970	64	31	95
1971	60	23	83
1972	50	27	77
1973	52	37	89
1974	63	9	72
1975	65	10	75
1976	52	8	60
1977	37	9	46

137) Vgl. dazu: Strafurteile 1965 - 1977

5. KAPITEL: GRÜNDE FÜR DEN ECHTEN TIERSCHUTZ

Warum ist vielen Menschen das Schicksal der Tiere nicht gleichgültig? Welche Gründe motivieren sie zu deren Schutz?

I. EIN NATURWISSENSCHAFTLICHER GRUND

Die meisten Menschen ignorieren heute nicht mehr, dass "mindestens die höheren Tiere keine maschinenartig funktionierenden Reflexautomaten, sondern be-seelte Geschöpfe sind" ¹⁾.

A. Das physische Empfinden der Tiere

Dass zumindest die höheren Tiere den physischen Schmerz genauso unlustvoll erleben wie wir Menschen, steht für die Naturwissenschaft ausser Frage. Denn sie besitzen - wie der Mensch - das "anatomisch-physiologische Substrat des Schmerzerlebnisses, d.h. die Schmerzrezeptoren, die Leitungsbahnen im peripheren und zentralen Nervensystem sowie die Zentren für die Schmerzwahrnehmung im Gehirn" ²⁾

B. Das psychische Empfinden der Tiere

Die höheren Tiere besitzen ein ausgeprägtes Seelenleben: Sie vermögen verschiedenen psychischen Stimmungen wie Freude oder Angst, Lust oder Unlust, Wohlbehagen oder Unbehagen ohne weiteres Ausdruck zu verleihen. Dies kann jeder Laie unschwer erkennen: "Wenn ich von einer

1) Prof. Dr. E. Seiferle, Das Tier und die Angst, Vortrag gehalten am 4. Oktober 1972 in Zürich, abgedruckt in der Schriftenreihe SGT Nr. 1

2) Prof. Dr. E. Seiferle, a.a.O.

Reise zurückkomme und meine Hunde ganz ausser Rand und Band sind, den Lack von der Wagentüre kratzen, noch ehe ich ausgestiegen bin, und mir dann schier die Kleider vom Leibe reißen, so weiss ich, dass sie sich über meine Ankunft freuen, gar nicht viel anders, als wenn ich mich über das Wiedersehen mit einem langentbehrten Freund freue" ³⁾.

Für ein bewusstes Empfinden und Erleben der höheren Tiere führt Prof. Eugen Seiferle vorab die Tatsache an, dass die an den Bewusstseinsvorgängen wesentlich beteiligten nervösen Strukturen des Hirnstammes bei den Wirbeltieren vorhanden sind: "Für ein bewusstes Leben unserer Tiere spricht ferner, dass alle in der Human- und Veterinärmedizin heute verwendeten Anästhetika und alle das Bewusstsein dämpfenden oder ausschaltenden Tranquillizer und Narkotika sowie alle Psychopharmaka ursprünglich an Tieren erprobt wurden. Was jedoch besonders eindrücklich auf ein bewusstes Empfinden und Erleben hinweist, das ist die allen höheren Tieren mehr oder minder eigene Assoziations- und Kombinationsbegabung und die damit zusammenhängende Lernfähigkeit. Denn lernen kann ein bewusstloses Tier ebensowenig wie ein bewusstloser Mensch. Jeder, der sich mit Tieren abgibt, kennt ihr oft ausgezeichnetes Gedächtnis für alles, was sie direkt betrifft, und er weiss, wie sehr sie lustvolle Erlebnisse anstreben und unlustvolle zu meiden trachten und wie leicht sich zum Beispiel unsere Haustiere, aber auch viele zahme Wildtiere, durch das zielbewusste Setzen feindosierter lust- und unlustvoller Reize zu diesen oder jenen Verhaltensweisen abrichten lassen, die in ihrem angeborenen Ver-

3) Prof. Dr. Konrad Lorenz, Wir verlernen, lebende Wesen zu verstehen, in Das Tier Nr. 11/1979, S. 5

haltensinventar keineswegs vorprogrammiert sind oder diesem sogar zuwiderlaufen. Dabei ist immer wieder erstaunlich, wie sehr die Tiere auf die menschliche Sprache ansprechen und wie gut sie bestimmte Lautäusserungen, Worte und Redewendungen verstehen, was ohne bewusstes Realisieren dieses differenziertesten Kommunikationsmittels nicht möglich wäre" ⁴⁾.

Als besonders bedrückend erleben höhere Tiere die Angst, die bei ihnen zu den gleichen Körperreaktionen führt wie beim Menschen: Ihre Stimmung ist offensichtlich gedrückt, sie sind in ihren Bewegungen gehemmt, "der arttypische Umweltkontakt ist reduziert und fast ausschliesslich auf das Bedrohliche der Situation konzentriert; die Verdauung liegt darnieder und es fehlt der Appetit sowie jegliche Aeusserung von Wohlbehagen, Entspannung oder Freude" ⁵⁾.

"Durch Aufreissen der Lidspalte und Erweiterung der Pupille, wozu gewöhnlich noch das Zurücklegen der Ohren kommt, erhält auch das Tiergesicht einen ausgesprochen ängstlichen Ausdruck. Durch die meist geduckte Körperhaltung und den eingeklemmten Schwanz wird die angstvolle Stimmungslage noch besonders betont. Dabei ist die Herzaktion immer, meist sogar stürmisch beschleunigt. Die Haare können sich sträuben. Schweissausbruch kann eintreten, die Muskulatur ist tonisiert, oft sogar verkrampft, Muskel- und Unterkieferzittern stellen sich ein und oft kommt es zu dünnbreiigen Kotentleerungen" ⁶⁾.

Experimente haben einwandfrei ergeben, dass anhaltende Angstzustände bei Tieren zu Magengeschwüren und auch

4) Prof. Dr. Eugen Seiferle, Der Tierarzt und das Eidgen. Tierschutzgesetz, Jahresbericht SGT 1975, S. 23

5) Seiferle, a.a.O.

6) Seiferle, a.a.O.

zum Tod führen können; psychischer Stress führt zu körperlichen Schäden bei Tieren so gut wie beim Menschen ⁷⁾.

C. Folgerung

Alle Lebewesen, Pflanzen, Tiere und Menschen kämpfen in der Regel nicht nur um ihr Leben, sondern streben ein Leben unter optimalen Bedingungen an. Wir wissen, dass die Empfindungen höherer Tiere, insbesondere der hochdifferenzierten Wirbeltiere, im physischen und psychischen Bereich durchaus mit den unsrigen vergleichbar sind. Gestützt auf dieses Wissen erscheint es nur als billig, diese Tiere - soweit eben möglich - vor Uebelszufügungen zu schützen und ihnen ein Leben zu ermöglichen, das den Ansprüchen ihrer Art genügt.

Diese naturwissenschaftliche Begründung legt der Bundesrat auch dem neuen Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 zugrunde, wenn er in seiner Botschaft zum Entwurf schreibt, die Vorlage bezwecke im Grundsatz den Schutz der Wirbeltiere, da diese "nach unserem Wissen ... mit Sicherheit Schmerzen oder Leiden bewusst empfinden und erleben" würden ⁸⁾.

II. EIN ETHISCHER GRUND

Die Ethik befasst sich zur Hauptsache mit der Frage der Wertung menschlichen Handelns. Bei der Beantwortung dieser Frage ist nach Albert Schweitzer auszugehen von der "unmittelbarsten und umfassendsten Tatsache" des menschlichen Bewusstseins. Diese lautet:

7) Zeitungsbericht in der "Weltwoche" Nr. 15/1977, S. 57/58

8) Botschaft zum Tierschutzgesetz, BBl. 1977 I 1085

"Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will" ⁹⁾. Diese Erkenntnis hält Schweitzer keineswegs für einen ausgeklügelten Satz, denn "Tag für Tag, Stunde für Stunde wandle ich in ihm. In jedem Augenblick der Besinnung steht er neu vor mir" ¹⁰⁾. Wie im menschlichen Leben sei auch im Leben um den Menschen herum die Sehnsucht nach dem Weiterleben vorhanden, gleichgültig ob sich dieses Leben äussern könne oder stumm bleibe. Die Ethik Albert Schweitzers besteht darin, dass der Mensch "die Nötigung erlebe, allem Willen zum Leben die gleiche Ehrfurcht vor dem Leben entgegenzubringen wie dem eigenen". Damit sei auch das denkwürdige Grundprinzip des Sittlichen gegeben: "Gut ist, Leben erhalten und Leben fördern; böse ist, Leben vernichten und Leben hemmen" ¹¹⁾. Wahrhaft ethisch handelt der Mensch nur dann, wenn er der Nötigung gehorcht, allem Leben, dem er beistehen kann, zu helfen, und sich scheut, irgend etwas Lebendigem Schaden zu tun. Dabei fragt er nicht, ob dieses oder jenes Leben als wertvoll Anteilnahme verdient, und auch nicht, ob und inwieweit es noch empfindungsfähig ist; "das Leben als solches ist ihm heilig" ¹²⁾. Der Mensch darf die Kreatur niemals schädigen, ohne "unter der Gewalt der Notwendigkeit zu stehen". In nichts darf er über das Unvermeidliche hinausgehen, auch nicht in scheinbar Unbedeutendem ¹³⁾. Die Tierexperimentatoren dürfen sich nie allgemein dabei beruhigen, "dass ihr grausames Tun einen wertvollen Zweck verfolge. In jedem einzelnen Falle müssen sie erwogen haben, ob wirklich Notwendigkeit vorliege, einem Tiere dieses Opfer für die Menschheit aufzuerlegen. Und ängstlich müssen sie darum besorgt sein,

-
- 9) Albert Schweitzer, S. 377
10) Albert Schweitzer, S. 377
11) Albert Schweitzer, S. 378
12) Albert Schweitzer, S. 379
13) Albert Schweitzer, S. 388

das Weh, soviel sie nur können, zu mildern" 14).

Aus dem Wissen heraus, wieviel Unrecht den Tieren geschieht, ergibt sich nun nach Albert Schweitzer für jeden Menschen der Zwang, "aller Kreatur alles irgend mögliche Gute anzutun". "Indem ich einem Insekt aus seiner Not helfe, tue ich nichts anderes, als dass ich versuche, etwas von der immer neuen Schuld der Menschen an die Kreatur abzutragen" 15). Gute Menschen sind demnach Tierschützer. Niemand darf sich vor dem Engagement für die Tiere drücken: "Keiner von uns darf ein Weh, für das die Verantwortung nicht zu tragen ist, geschehen lassen, soweit er es nur hindern kann. Keiner darf sich dabei beruhigen, dass er sich damit in Sachen mischen würde, die ihn nichts angehen. Keiner darf die Augen schliessen und das Leiden, dessen Anblick er sich erspart, als nicht geschehen ansehen. Keiner mache sich die Last seiner Verantwortung leicht"! 16)

III. EIN RELIGIOESER GRUND

Der überwiegende Teil aller Schweizer bekennt sich - ausdrücklich oder stillschweigend - zum Christentum. Die Frage drängt sich also auf, welches Verhalten des Menschen gegenüber dem Tier denn eigentlich der Glaube gebietet; dabei ist - leider - scharf zwischen der biblischen und der kirchlichen Lehre zu unterscheiden:

A. Die kirchliche Lehre

Der (west-)römischen Kirche ist der Vorwurf nicht zu ersparen, dass sie sich um das Verhältnis zwischen Mensch und Tier nie gekümmert hat. Mit der Gering-

14) Albert Schweitzer, S. 389

15) Albert Schweitzer, S. 389

16) Albert Schweitzer, S. 389

schätzung des Tieres hat sie einen wesentlichen Beitrag zur heutigen rücksichtslosen Ausbeutung der Kreatur für menschliche Interessen geleistet. Zwar sind im Laufe der Jahrhunderte einzelne wenige kirchliche Ethiker, allen voran Franz von Assisi, vehement für einen Schutz der Tiere eingetreten ¹⁷⁾. Trotzdem bringen auch heute noch Geistliche katholischer und protestantischer Konfession den Tierschutzbestrebungen im grossen Ganzen kein Interesse entgegen. Einer der prominentesten kirchlichen Theologen der Gegenwart zum Beispiel, Hans Küng, hat ein fast 700-seitiges Werk verfasst ¹⁸⁾, mit dem er - nach eigenen Worten - darüber informieren will, "um was es im Christentum eigentlich geht" ¹⁹⁾: Es geht mit keinem Wort um das Verhalten des Menschen gegenüber dem Tier! Das Tier ist offenbar aus dem christlichen Leben nach Küng einfach wegzudenken.

In einem gewissen Gegensatz zur tierverachtenden Haltung des westeuropäischen Klerus steht die oströmische Kirche, in deren Liturgie sich immerhin die folgenden Worte finden: "Und auch für sie, die still duldenden Tiere, die mit uns des Tages Last und Hitze tragen und ihr unschuldiges Leben hergeben müssen für des Menschen Wohlergehen, erflehen wir Deine grosse Güte, o Herr!" ²⁰⁾.

B. Die biblische Lehre

Die schlechte Stellung des Tieres in der kirchlichen Lehre entspricht nun aber in keiner Weise dem Geiste der Bibel. "In der ganzen Kulturgeschichte der Menschheit war wohl keine Gesetzgebung so um den Schutz der hilflosen Tiere besorgt wie das mosaische Gesetz des

17) Vgl. dazu den interessanten Beitrag von Holl

18) Hans Küng, Christ sein, München 1974

19) Küng, S. 13

20) Angeführt bei Jenny, S. 18

Alten Testamentes" 21).

In der Schöpfungsgeschichte schafft Gott den Menschen und die Tiere, erteilt beiden seinen Segen und fordert sie auf, sich durch Zeugung und Geburt fortzupflanzen²²⁾. "Der Mensch hat vor dem Tier" jedenfalls "keinen Vorzug"; "denn das Geschick der Menschenkinder ist gleich dem Geschick des Tieres; ein Geschick haben sie beide. Wie dieses stirbt, so sterben auch jene, und einen Odem haben sie alle. ... Denn alle gehen an einen Ort; alle sind sie aus Staub geworden, und alle werden sie wieder zu Staub" 23).

Dem Menschen kommt kein Vorrecht zu, wohl aber die Aufgabe, sich die Erde "untertan" zu machen und über alle Tiere "zu herrschen" 24). Das mosaische Gesetz errichtet im Bereich des Lebendigen eine Herrschaftsordnung und stellt Menschen und Tiere in eine gegenseitige Beziehung. Der Mensch soll "herrschen" (hebräisch: "rdh"), d.h. er soll nicht be-herrschen, sondern dienend an der Spitze stehen. Wie der königliche Herrscher an der Spitze des Staates für seine Untertanen soll der Mensch an der Spitze der Schöpfung für seine Mitgeschöpfe, die Tiere, sorgen. Gott fordert den Menschen auf, über alle Tiere zu herrschen und fügt sogleich an. "Siehe, ich gebe euch alles Kraut, das Samen trägt, auf der ganzen Erde, und alle Bäume, an denen samenhaltige Früchte sind; das soll eure Speise sein" 25). Daraus ergibt sich ohne weiteres, dass die Bibel mit der Aufforderung zur Herrschaft über die Tiere jedenfalls nicht deren Tötung und Ausbeutung zu Nahrungszwecken meinen kann.

21) Prof. Dr. Lang, Katholische Theologische Fakultät der Universität Tübingen, angeführt von Knüsel in StenBull 1977, S. 412

22) Vgl. dazu 1. Mose 1,21.22 und 1,27.28

23) Prediger 3,19.20

24) 1. Mose 1,28

25) 1. Mose 1,29

Der Träger der neutestamentlichen Verkündung, Jesus, erblickte immerhin in einem Stall das Licht der Welt; Ochse und Esel standen ihm bei seiner Geburt patenschaftlich zur Seite. Und alsbald trieb ihn der Geist in die Wüste hinaus. Dort "war er bei den Tieren" ²⁶⁾. Dieses "Sein mit den Tieren" ist, nach der Auffassung des Theologen Erich Fascher, "kein feindliches und auch kein farblos-neutrales": "Sein mit" weise hier, wie in anderen Stellen im Markus-Evangelium, vielmehr auf eine "enge, freundschaftliche Gemeinschaft hin" ²⁷⁾.

Jesus macht seine Anhänger darauf aufmerksam, dass alles Lebendige unter der Obhut seines himmlischen Vaters steht; dieser ernährt auch die Vögel, die nicht zu säen und zu ernten wissen ²⁸⁾. "Erst aus dem Wissen um Gottes umfassende Fürsorge gewinnt der Mensch die Gewissheit, dass Gott erst recht für ihn sorgt" ²⁹⁾. Die Jünger Jesu sollen hingehen und das Evangelium allen predigen, "die erschaffen sind" ³⁰⁾; die Heilsverkündung gilt der gesamten Kreatur ³¹⁾.

Die Bibel überträgt dem Christen die Herrschaft über alle Tiere und damit die Verantwortung und Sorge für alle Kreatur. Es wäre für den abendländischen Menschen an der Zeit, diese Verantwortung wahrzunehmen. "Denn wir wissen, dass alles Geschaffene insgesamt seufzt und sich schmerzlich ängstigt bis jetzt. Aber nicht nur das, sondern auch wir selbst, die wir die Erstlingsgabe des Geistes haben, auch wir seufzen in uns selbst und warten ... auf die Erlösung unseres Leibes" ³²⁾.

-
- 26) Markus 1,12.13
27) Fascher, S. 568
28) Matthäus 6,26 sowie Lukas 12,24
29) Fascher, S. 568
30) Markus 16,15
31) Fascher, S. 568
32) Römerbrief 8,22.23

Festzuhalten bleibt zum Schluss, dass "es ein sehr verengtes christliches Weltbild wäre", wenn unsere Theologie "bloss über das Gott-Menschverhältnis oder über das Verhältnis von Mensch zu Mitmensch diskutieren wollte und alle übrige Kreatur säkularen Organisationen wie dem Naturschutz oder dem Tierschutz überliesse" 33).

33) Fascher, S. 568

3. Teil: Die Entwicklung des strafrechtlichen echten
Tierschutzes

6. KAPITEL: DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DES STRAF-
RECHTLICHEN ECHTEN TIERSCHUTZES

I. DIE ÄLTESTEN RECHTE

A. Der Codex Hammurapi

Um 3200 - 2800 vor Christus siedelten sich im Süden Mesopotamiens, im Zweistromland, zwischen Euphrat und Tigris, die Sumerer an. Wir wissen, dass deren Könige bereits gesetzgeberisch tätig waren. Davon zeugt insbesondere aus der Mitte des dritten Jahrtausends vor Christus eine Inschrift des Königs Urukagina von Lagasch, einem Sozialreformer. In dieser Inschrift stellt Urukagina einige seiner Reformen dem bis dahin geltenden Recht gegenüber. Aus der nachfolgenden Zeit sind verschiedene Bruchstücke selbständiger Stadtrechte bekannt. Teilweise gestützt auf diese frühen geschriebenen Rechte schuf Hammurapi von Babylon (1728 - 1686 v.Chr.) seinen berühmten Codex. Dieses Werk umfasst 280 Paragraphen und wird als "Glanzstück unter den Rechtsdenkmälern dieser Periode" bezeichnet ¹⁾. Der Codex Hammurapi stellt "eine Kompilation dar, deren Bedeutung und Ansehen ähnlich wie beim Gesetzgebungswerk Justinians weniger in ihren eigenen Leistungen als in der Zusammenfassung der älteren Gesetzgebung begründet ist" ²⁾. Hammurapis Gesetzgebungswerk enthält eine Tierschutzvorschrift: Tierhalten ist es verboten, ihre Arbeitstiere zu überanstrengen ³⁾. Die Lehre nimmt allerdings einhellig an, dass diese Bestimmung

1) Marian San Nicolò, S. 28

2) Koschaker, S. 4

3) Wiegand, S. 25

nicht so sehr das Wohlbefinden der Nutztiere im Auge hatte, als vielmehr die Erhaltung deren Arbeitsfähigkeit; denn "die gesamte Daseinsversorgung der damaligen Zeit war abhängig von Tieren. Sie wurden, nachdem sie für die landwirtschaftliche Nutzung, die Jagd oder den Kampf nicht mehr brauchbar waren, geschlachtet. Neben dem anfallenden Fleisch wurden Häute, Felle, Därme und Hörner weiterverwendet" ⁴⁾.

B. Biblische Stellen

Um 1500 vor Christus begannen im Zusammenhang mit der aramäischen Wanderung israelitische Stämme nach Palästina einzudringen; um 1250 zogen unter Mose auch ägyptische Stämme in dieses Gebiet ⁵⁾. Koschacker weist nach ⁶⁾, dass "aus der territorialen Nähe" zwischen Babylon und Palästina "eine Verbindungslinie zwischen der einzigen Tierschutzvorschrift des Codex Hammurapi und den jeweiligen biblischen Stellen, die tierschützerischen oder doch zumindest tierfreundlichen Charakter haben", gezogen werden kann ⁷⁾. Ein Vergleich des Codex mit dem mosaischen Bundesbuch wäre nach San Nicolò wegen dessen theokratisch-religiösen Charakters jedoch formell unzutreffend: "Gerade das Ausarbeiten der Rechtsnormen aus den Vorschriften des Gesamtlebens", das Auseinanderhalten von Recht und Sitte, erhebt das Gesetzeswerk Hammurapis über die alttestamentarischen Bücher Mose auf "einen höheren Stand der Rechtskultur" ⁸⁾.

Wie schon bei der erwähnten Vorschrift des Codex Hammurapi handelt es sich bei den folgenden Bibelstellen kaum um echte Tierschutzbestimmungen, sondern um Vorschriften, welche die Tiere den menschlichen Verwen-

-
- 4) Wiegand, S. 26
 - 5) Vgl. dazu 2. Mose (Exodus)
 - 6) Koschacker, S. 4
 - 7) Wiegand, S. 25
 - 8) Marian San Nicolò, S. 33

dungszwecken besser erhalten sollten: Vorab fordert eines der zehn Gebote nicht nur den Menschen, sondern auch dessen Tiere auf, am siebenten Tage der Woche nicht zu arbeiten ⁹⁾. Das fünfte Buch Mose enthält "Gesetze vermischten Inhalts": "Wenn du unterwegs auf irgend einem Baume oder auf der Erde zufällig ein Vogelnest mit Jungen oder Eiern findest, und die Mutter sitzt auf den Jungen oder auf den Eiern, so sollst du nicht die Jungen samt der Mutter nehmen. Die Mutter sollst du fliegen lassen und nur die Jungen nehmen ..." ¹⁰⁾ und schliesslich: "Du sollst nicht Rind und Esel zusammen an den Pflug spannen" ¹¹⁾.

II. RÖMISCHES RECHT

A. Das vorchristliche römische Recht

Das vorchristliche römische Recht kannte kein Verbot der Tierquälerei. Gesetzlich geregelt war hingegen die Tierhalterhaftung: Bereits die 12 Tafeln statuieren eine "actio de pauperie", die auf der Pflicht des Tiereigentümers beruht, entweder das Haustier, das den Schaden angerichtet hat, dem Verletzten auszuliefern, oder den Schaden in Geld wiedergutzumachen ¹²⁾. Als Täter galt dabei nach Ulpian ¹³⁾ ursprünglich ein tierischer Dämon. Die Klage des Geschädigten setzte voraus, dass das Tier den Schaden entgegen seiner natürlichen Friedfertigkeit angerichtet hatte ¹⁴⁾.

In seiner 37-bändigen Naturgeschichte enzyklopädischer Art schildert Plinius der Ältere ¹⁵⁾ einen Fall, in

-
- 9) 2. Mose 20,10
 - 10) 5. Mose 22,6.7
 - 11) 5. Mose 22,10
 - 12) Kaser, S. 202
 - 13) Ulp. D. 9, 1, 1/11
 - 14) Kaser, S. 203
 - 15) Plinius der Ältere, 23 - 79

dem ein Mann mit der Verbannung bestraft wurde, weil er seinen Stier aus einem äusserst leichtfertigen Grund geschlachtet hatte ¹⁶⁾.

Darin ist jedoch nicht die Bestrafung einer mutwilligen Tiertötung aus Gründen des echten Tierschutzes zu erblicken, sondern das "Beispiel ist durch den Schutz, welchen man von Staats wegen dem Ackerbau angedeihen liess, wohl zu erklären" ¹⁷⁾.

B. Das nachchristliche römische Recht

Auch im nachchristlichen römischen Recht existierten keine echten Tierschutzbestimmungen.

Immer wieder erwähnt wird in der Literatur ¹⁸⁾ eine Digestenstelle, welche die Tiere als Subjekte des Naturrechts bezeichnet: "Ius naturale est, quod natura omnia animalia docuit. Nam ius istud non humani generis proprium est, sed omnium animalium quae in caelo, quae in terra, quae in mari nascuntur. Hinc descendit maris atque feminae conjugatio quam matrimonium appellamus, hinc liberorum procreatio et educatio. Videmus etenim cetera quoque animalia istius iuris perita censi" ¹⁹⁾. Wiegand will aus diesen Worten "zumindest eine tierfreundliche Tendenz" ²⁰⁾ herauslesen, währenddem Merki darin nur "eine Beachtung der Regeln tierischen Lebens" ²¹⁾ erkennen kann: "Es wird bloss festgestellt, dass der bei allen Geschöpfen beobachtete Lebenslauf - Zeugung, Geburt, Heranwachsen und Tod - einer naturgesetzlichen Ordnung entspricht" ²²⁾. Auch Jenny lehnt

16) Anggeführt bei Rein, S. 204

17) Rein, S. 204

18) Jenny, S. 21/22;
Merki, S. 172;
Wiegand, S. 26/27

19) D. 1, 1, 1, 3.

20) Wiegand, S. 26

21) Merki, S. 173, Anm. 3

22) Merki, S. 172

eine tierfreundliche Interpretation dieser Digestenstelle ab, denn es gebe wohl kaum ein Kulturvolk, das dem Tiere gleichgültiger und unbarmherziger gegenübergestanden sei als die Römer ²³⁾.

III. GERMANISCHES RECHT

A. Die Volksrechte

Die germanischen Volksrechte entstanden zwischen dem 6. und 9. Jahrhundert. Sie beinhalten vor allem ausgedehnte strafrechtliche Teile mit Bussandrohungen. Gewissen Tieren, nämlich dem Vieh, kommt in dieser Zeit eine überragende Bedeutung zu, wird es doch als Zahlungsmittel verwendet. Die Volksrechte kennen aber keinerlei echte Tierschutzbestimmungen.

B. Die frühmittelalterlichen Rechtsbücher und Stadtrechte

Weder die ab dem 13. Jahrhundert entstehenden Rechtsbücher, deren bedeutendstes und ältestes der Sachsenspiegel ist ²⁴⁾, noch die zahlreichen Stadtrechte enthalten echte Tierschutzvorschriften. Die Tiere erfuhren nur in denjenigen Fällen einen gewissen Schutz, "in denen zufällig das materielle Interesse des Menschen mit der Förderung und Sicherung des Tierlebens übereinstimmte" ²⁵⁾. Dies war vorab bei der Jagd der Fall; seit dem 13. Jahrhundert tritt denn auch im Interesse der Jäger das Institut der Schonzeiten auf ²⁶⁾.

²³⁾ Jenny, S. 21

²⁴⁾ Entstanden zwischen 1220 und 1235

²⁵⁾ Wiegand, S. 28/29

²⁶⁾ Vgl. dazu Kaegi, S. 18;
Jenny, S. 61

Im Jahre 1335 erliess der Rat von Zürich Vorschriften zum Schutze insektenfressender Vögel: "Der Rat ist einhelle und hant gesetzt umb alle die vogel, so mugen und ander gewürm tilggent und vertribend, si sin gros oder klein, das die nieman vachen sol ..." 27). 1404/1405 verbot eine zürcherische Verordnung das Fangen von Vögeln in den Rebbergen mittels Leim; mittels Garn war der Vogelfang bis nach der Weinlese untersagt: "Und ensol niemand enhein vogel mit lin vachen. Man sol ouch wissen, dz nieman enkein vogel mit garnen in dien reben sol vachen, all die wile, so der win dar an statt und die reben nicht gewinnet sint" 28).

1417 verbot der Kölner Rat das Fangen der Nachtigallen und Jagen der Kaninchen "in Hag und Hecken" bei Gefängnis in einem der Stadttürme und Busse von 40 kölnischen Mark 29).

IV. DIE MITTELALTERLICHEN TIERPROZESSE 30)

Ein interessantes Kapitel der Rechtsgeschichte sind die mittelalterlichen Tierprozesse, die vorallem zwischen dem 13. und 17. Jahrhundert vorkamen 31). Im Zusammenhang mit dem strafrechtlichen Tierschutz sind diese Prozesse darum von Interesse, weil sich hier die Frage stellt, ob das mittelalterliche Recht den Tieren eine gewisse Rechtssubjektivität zugebilligt hat 32); diese wurden nämlich wie menschliche Täter bestimmter Verbrechen bezichtigt, vor den Strafrichter gestellt, gegebenenfalls durch einen Anwalt verteidigt und schliess-

27) Zeller-Werdmüller, S. 146;
Vgl. dazu Fierz, S. 9

28) Zeller-Werdmüller, S. 349

29) Wiegand, S. 29; auch angeführt bei Jenny, S. 64/65

30) Vgl. zu diesem Thema Amira

31) Amira, S. 2

32) Vgl. dazu hinten, 8. Kapitel, Schutzobjekt und Tatobjekt, II. A. 2. b.

lich in einem ordentlichen Verfahren abgeurteilt.

A. Die weltlichen Tierprozesse

Der weltliche Tierprozess wurde nur gegenüber Haustieren durchgeführt. Anklage gegen das Tier wurde anfänglich nur wegen Tötung eines Menschen erhoben, später auch wegen Körperverletzung, immer aber nur unter der Voraussetzung, dass das Tier nicht als willenloses Werkzeug in der Hand eines Menschen den Schaden angerichtet hatte ³³⁾.

Erachtete das Gericht das Tier für schuldig, so lautete das Urteil üblicherweise auf dessen Tötung, in der Regel durch Hängen oder Erdrosseln, aber auch durch Lebendigbegraben, Steinigen, Verbrennen, Enthaupten ³⁴⁾. Die Verurteilung eines Tieres zu einer Körperstrafe erfolgte nur selten. Nachgewiesen ist immerhin ein sardinisches Gesetz, die "Carta de Logu" von 1395, das bestimmte, dass verurteilten Tieren in gewissen Straffällen die Ohren abgeschnitten werden sollten ³⁵⁾. Sodann erwähnt Amira einen Fall, der sich im Jahre 1386 im französischen Falaise ereignete: Einem Schwein, das ein Kind verletzt hatte, wurde vor dessen Hinrichtung der Rüssel und ein Bein abgeschnitten ³⁶⁾.

Der Vollzug der Tierstrafen geschah wie derjenige der Menschenstrafen öffentlich durch den sog. Nach- oder Scharfrichter. Lautete das Urteil auf Erhängen, was am häufigsten der Fall war, so erfolgte die Exekution an einem auch für menschliche Verbrecher bestimmten Galgen oder Baum. Amira beschreibt einen Hinrichtungsakt auf einem Wandbild in der Kirche Sainte-Trinité

33) Vgl. dazu Amira, S. 6

34) Amira, S. 8

35) Amira, S. 9

36) Amira, S. 9, Anm. 2

in Falaise, welches "das Thier sogar mit Menschenkleidern angethan" 37) zeige.

Erwähnenswert erscheint schliesslich "die zuweilen pos-senhaft und mit modernen Zuthaten wiedererzählte Ge-schichte von dem Hahn, der 1474 auf dem Kohlenberg zu Basel verbrannt wurde, weil er ein Ei gelegt haben soll-te" 38).

B. Die kirchlichen (kanonischen) Tierprozesse

Insbesondere im 12. Jahrhundert kämpfte das Papsttum mit Erfolg nicht nur um die höchste geistliche, sondern auch um die höchste weltliche Macht. In der Folge führ-te auch die Kirche Strafverfahren gegen Tiere durch.

Die kirchlichen Verfahren griffen jedoch nie gegenüber Haustieren oder bestimmten einzelnen Tieren Platz, son-derm vielmehr gegen ganze Tiergattungen, wie diejenige der Mäuse und Ratten, Maulwürfe, Insekten, Raupen, En-gerlinge, Schnecken, Blutegel, Schlangen, Kröten etc. 39). Das Verfahren bezweckte auch nicht die Vergeltung eines verursachten Schadens, sondern die Abwendung von befürch-tetem, bevorstehendem Unheil; es war "also kein vindica-tives oder repressives, sondern ein prohibitives oder präventives" 40).

Eigentliche Prozesse gegen Tiere führte die Kirche erst relativ spät, etwa seit dem 15. Jahrhundert, durch. Amira weist darauf hin, dass die kirchlichen Tierpro-zesse fast ausschliesslich in romanischen Ländern zu finden sind 41).

37) Amira, S. 10
38) Amira, S. 14
39) Amira, S. 16/17
40) Amira, S. 17
41) Amira, S. 26

Vor dem 15. Jahrhundert sah die Kirche geeignete Strafen für tierische Sünder in der Malediktion (Verwünschung) und Exkommunikation⁴²⁾. Schon 1121 sollen zum Beispiel in der Diözese Foigny lästige Mücken exkommuniziert worden sein⁴³⁾. Die Malediktion verfügte schriftlich der Ordinarius der Diözese, worauf sie der Pfarrer nach einem bestimmten Ritual mündlich aussprach: 1388 soll der Pfarrer von Kaltern "auf offener Kanzel und mit brennenden Lichtern" alle Heuschrecken des Landes verwiesen haben⁴⁴⁾.

C. Zur Frage der Rechtssubjektivität der
Tiere in den mittelalterlichen Tierpro-
zessen

Amira weist nach, dass die mittelalterliche Rechtsauffassung nicht von einer Strafmündigkeit der Tiere selber ausging: "Im Thierprocess sind nicht die Thiere, sondern Menschen- oder Dämonenseelen die Verklagten. Der Thierprozess ist Gespensterprozess"⁴⁵⁾. Ein illustratives Beispiel zu den Ergebnissen Amiras führt Jenny an⁴⁶⁾: Im Jahre 1685 soll in Ansbach ein Wolf gehenkt worden sein; es habe sich um den kurz zuvor verstorbenen Bürgermeister der Ortschaft gehandelt, der in dieser Gestalt von einem Dachfenster aus seiner eigenen Beerdigung zugesehen habe...

V. DAS GEMEINE RECHT

Weder die Ende 15./anfangs 16. Jahrhundert entstandenen Halsgerichtsordnungen noch die Peinliche Gerichtsordnung Karls V., die Constitutio Criminalis Carolina, von 1532

42) Amira, S. 17

43) Amira, S. 17, wo zahlreiche weitere Fälle angeführt sind

44) Fehr, angeführt bei Jenny, S. 63

45) Amira, S. 55

46) Jenny, S. 63

kannten echte Tierschutzbestimmungen. Dasselbe gilt für die zersplitterten Strafrechte auf dem Gebiete der Schweiz, wo die Carolina in einigen Landesteilen als subsidiäres Recht angewendet wurde.

VI. DIE ANFAENGE DES STRAFRECHTLICHEN ECHTEN
TIERSCHUTZES IM 17./18. JAHRHUNDERT

Erst aus dem 17./18. Jahrhundert sind uns erste Fälle bekannt, in denen Strafrichter zugunsten des Tieres einschritten: 1684 soll ein Preusse zu zweitägiger Ausstellung am Schandpfahl und zu 25 Talern Busse verurteilt worden sein, weil er sein Pferd durch Schläge und Stiche misshandelt hatte ⁴⁷⁾. Im Jahre 1765 bestrafte die juristische Fakultät der Universität Leipzig einen Mann mit sechs Wochen Gefängnis, weil er einer Kuh die Zunge zur Hälfte herausgeschnitten hatte ⁴⁸⁾. Ein Jahr später stand ein Postillion, der sein Pferd zu Tode gehetzt hatte, vor der gleichen Instanz, die in diesem Fall auf 12 Tage Gefängnis erkannte ⁴⁹⁾.

Einen gesetzlichen Schutz der Tiere forderte 1739 erstmals Ferdinand August Hommel in der Ueberzeugung, dass der Tierquäler ein potentieller Menschenquäler sei: "Wer an Pein und Marter des Viehs Vergnügen findet, von dem kannst du sicher glauben, dass er mit eben der Wollust auch Menschen zerfleischen würde, wenn ihn Gesetz, Gewohnheit und Strafe nicht hinderten" ⁵⁰⁾.

47) Bregenzer, S. 180;
Wiegand, S. 31

48) Hommel, S. 256;
Jenny, S. 65;
Wiegand, S. 31

49) Hommel, S. 256;
Jenny, S. 65;
Wiegand, S. 31

50) Hommel, angeführt bei Wiegand, S. 31

Solange keine gesetzlichen Tierschutzbestimmungen erlassen waren, ahndeten die Verwaltungsbehörden, namentlich die Polizei, die Misshandlung von Tieren. Die Polizei war in dieser vor-rechtsstaatlichen Zeit noch nicht an positive Gesetzesnormen gebunden, was ihr Vorgehen gegen Tierquäler durchwegs begünstigte ⁵¹⁾. Der Wunsch nach einer gesetzlichen Verankerung des Tierschutzes gewann aber rasch an Boden, nicht zuletzt unter dem Einfluss der im 18. Jahrhundert entstehenden Tierschutzvereine.

VII. DIE GESETZLICHE VERANKERUNG DES STRAF-
RECHTLICHEN ECHTEN TIERSCHUTZES IM
19. JAHRHUNDERT

Im 19. Jahrhundert wurde der strafrechtliche echte Tierschutz in ganz (West-)Europa kodifiziert:

- 1822: England erlässt das erste Tierschutzgesetz;
- 1838: als erstes deutsches Land stellt das Königreich Sachsen die Tierquälerei unter Strafe (Kriminalgesetzbuch vom 30. März 1838, Art. 310);
- 1842: als erster Schweizer Kanton stellt Schaffhausen die Tierquälerei unter Strafe (Zuchtpolizeigesetz von 1842, § 85); alle Kantone folgen, zuletzt 1885 Solothurn ⁵²⁾;
- 1854: Frankreich erlässt strafrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Tiere; es folgen
- 1855: Oesterreich;
- 1859: Italien;
- 1871: das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich

51) Vgl. dazu Jenny, S. 65;
Wiegand, S. 32

52) Vgl. dazu die Uebersicht bei Jenny, S. 66

erfasst die Tierquälerei (RStGB § 360,
Nr. 13, vom 15. Mai 1871);

- 1942: Art. 264 des Schweizerischen Strafgesetzbuches stellt die Tierquälerei auf eidgenössischer Ebene unter Strafe (StGB vom 21. Dezember 1937).

7. KAPITEL: DIE ENTSTEHUNG DER STRAFBESTIMMUNGEN DES
TIERSCHUTZGESETZES VOM 9. März 1978

I. ART. 264 STGB

Mit Inkrafttreten des Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 ist Art. 264 StGB aufgehoben ¹⁾. Der strafrechtliche Schutz der Tiere wird damit nicht mehr durch das Haupt-, sondern nur noch durch das Nebenstrafrecht des Bundes angestrebt. Auf Fragen in diesem Zusammenhang ist hinten einzutreten ²⁾.

Art. 206 des Ersten Vorentwurfes zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch von 1893 wollte die "rohe" Miss-handlung von Tieren nur als Uebertretung "mit Busse bis zu 1000 Franken oder mit Haft" bestrafen ³⁾. Die schliesslich ins Strafgesetzbuch aufgenommene Fassung des Tatbestandes - sie qualifiziert die Tierquälerei als Vergehen - wurde von National- und Ständerat in der Schlussabstimmung vom 21. Dezember 1937 gutgeheissen ⁴⁾. Das Schweizer Volk gab Art. 264 mit der Annahme des Strafgesetzbuches in der Abstimmung vom 3. Juli 1938 seine Zustimmung; das Gesetzeswerk wurde auf den 1. Dezember 1942 inkraft gesetzt.

Jenny ⁵⁾ hat die Entwicklungsgeschichte des Art. 264 StGB bereits ausführlich gewürdigt; diese braucht hier nicht wiederholt zu werden.

1) Art. 37 TschG

2) Vgl. hinten, 11. Kapitel, Die gesetzgeberische Systematik

3) Angeführt bei Jenny, S. 135

4) StenBull. NR 1937, S. 871 und StenBull. StR 1937, S. 497

5) Jenny, S. 134 ff; ferner auch Beck, S. 75 ff.

II. DIE ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DES TIERSCHUTZ-
GESETZES VOM 9. MÄRZ 1978, INSBESONDERE
SEINER STRAFBESTIMMUNGEN

A. Art. 25bis der Bundesverfassung

1. Die Zuständigkeit des Bundes zur Gesetzge-
bung auf dem Gebiete des Tierschutzes

Gemäss Art. 3 der Bundesverfassung sind die Kantone zur Gesetzgebung auf allen Gebieten zuständig, welche die Bundesverfassung nicht ausdrücklich dem Bund vorbehält. Daher mussten die Bestrebungen zur Schaffung eines eidgenössischen Tierschutzgesetzes vorerst darauf abzielen, dem Bund eine verfassungsmässige Kompetenz auf dem Gebiete des Tierschutzes zu erteilen. Ueber ihre Meinung zu einer diesbezüglichen Aenderung der Bundesverfassung befragt, erkannte bereits 1965 eine Mehrheit der Kantone die Notwendigkeit, den gesetzlichen Schutz der Tiere auf eidgenössischer Ebene auszubauen ⁶⁾. Immerhin acht Kantone, nämlich Luzern, Schwyz, Schaffhausen, beide Appenzell, St. Gallen, Thurgau und Waadt äusseren sich negativ zu einer entsprechenden Einschränkung ihres kantonalen Zuständigkeitsbereiches. Diese Stände hielten sich für "sehr wohl in der Lage, mit ihrem geltenden Recht oder mit ergänzenden Erlassen den Schutz der Tiere zu gewährleisten" ⁷⁾. Von diesen Kantonen, die eine Ermächtigung des Bundes zur Gesetzgebung auf dem Gebiete des Tierschutzes ablehnten, besass aber nur

6) Immerhin fanden sich auf eidgenössischer Ebene bereits Art. 264 StGB sowie eine stattliche Zahl von Tierschutzvorschriften in verschiedenen Bundeserlassen; vgl. dazu hinten, 10. Kapitel, Das geltende Recht

7) Botschaft zum Tierschutzartikel, BBl. 1972 II 1481

gerade ein einziger Kanton, Waadt, eine einigermaßen neuzeitliche, den veränderten Anforderungen angepasste Tierschutzgesetzgebung.

2. Die Entwicklungsgeschichte des geltenden Art. 25bis BV

Am 14. März 1963 setzte sich Nationalrat Degen zusammen mit 41 Mitunterzeichnern mit einer Motion erstmals dafür ein, den Schutz der Tiere allgemein zur Bundesaufgabe zu erklären:

"Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten den Text einer Partialrevision der Bundesverfassung zur Beratung und Abstimmung vorzulegen, wonach der Tierschutz allgemein zur Bundessache erklärt und Art. 25bis der Bundesverfassung entsprechend modifiziert wird".

Der Nationalrat nahm diese Motion am 18. Dezember 1963 als Postulat entgegen. Ein Jahr später, am 16. Dezember 1964, lud der Bundesrat alle Kantonsregierungen in einem Rundschreiben ein, zum Postulat Degen Stellung zu nehmen. 16 Kantone sprachen sich für, acht gegen eine Verfassungsänderung im Sinne des Postulates aus ⁸⁾. In der Folge beauftragte der Bundesrat die zuständigen Departemente mit der Prüfung der Frage, ob anstelle einer Verfassungsänderung die bestehenden Vorschriften über den Tierschutz in Bundeserlassen allenfalls den veränderten Anforderungen angepasst werden könnten. Am 18. Dezember 1969 erkundigte sich Nationalrat Tschumi in einer Interpellation nach dem Stand der Bearbeitung des vor nunmehr sechseinhalb Jahren eingereichten Postulates Degen. Nach erneuter Prüfung des ganzen Fragenkreises erklärte sich der Bundesrat am 17. Dezember 1970 in Beantwortung der Interpellation Tschumi bereit,

8) Vgl. vorne, II. A. 1.

dem Postulat Degen stattzugeben und eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Darauf bestellte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement am 15. März 1971 eine Studienkommission und erteilte ihr den Auftrag, bis zum Jahresende einen Vorentwurf vorzulegen für eine entsprechende Aenderung der Bundesverfassung. Die Studienkommission schloss ihre Arbeit am 16. Februar 1972 ab.

Das Vernehmlassungsverfahren zur Aufnahme eines Tierschutzartikels in die Bundesverfassung förderte keine grundsätzlich ablehnenden Stimmen zutage. Am 15. November 1972 veröffentlichte der Bundesrat seine Botschaft an die Bundesversammlung über die Ersetzung des Schächtartikels der Bundesverfassung durch einen Tierschutzartikel ⁹⁾. Einen entsprechenden Bundesbeschluss über einen Tierschutzartikel anstelle des bisherigen Artikels 25bis BV verabschiedeten die Eidgenössischen Räte am 27. Juni 1973 ¹⁰⁾. In der Abstimmung vom 2. Dezember 1973 hiessen Volk und Stände den neuen Verfassungsartikel 25bis über den Tierschutz gut ¹¹⁾. Damit ging die Kompetenz zur Gesetzgebung auf dem Gebiete des Tierschutzes, die bisher bei den Kantonen lag, an den Bund über. Verfassungsmässige Grundlage für strafrechtliche Tierschutzbestimmungen bildet der durch die Volksabstimmung vom 13. November 1898 angenommene Art. 64bis BV.

9) BB1. 1972 II 1478 ff.

10) BB1. 1973 I 1685

11) Stimmenverhältnis:

Volk: 1'041'504 ja gegen 199'090 nein

Stände: 24 ja gegen 0 nein

3. Die Ersetzung des Schächtartikels durch
einen Tierschutzartikel (Art. 25bis BV)

1892 lancierten die Schweizer Tierschutzorganisationen eine Volksinitiative mit der Forderung, das Schlachten von Tieren ohne vorherige Betäubung vor dem Blutentzug bei jeder Schlachtart und jeder Viehgattung zu verbieten. Das Volksbegehren wurde am 20. August 1893 angenommen. Dieses verfassungsmässige Schächtverbot ist seit jeher umstritten und steht nach der Auffassung seiner Gegner im Widerspruch zu der in Art. 49 und 50 der Bundesverfassung gewährleisteten Glaubens-, Gewissens- und Kultusfreiheit. Jedenfalls ist sich die Lehre heute weitgehend darüber einig, dass das Schächtverbot nicht in die Bundesverfassung gehört ¹²⁾; Prof. Fritz Fleiner soll einmal geäussert haben, der Schächtartikel passe eher in ein Schlachthausreglement denn in die Verfassung ¹³⁾. Aus diesen Gründen lag es nahe, im Zusammenhang mit der Schaffung einer verfassungsmässigen Grundlage für die Tierschutzgesetzgebung den Forderungen nach einer Eliminierung des Schächtartikels aus der Bundesverfassung stattzugeben. So ersetzt der Tierschutzartikel 25bis den Schächtartikel 25bis BV. Die Regelung der Schächtfrage wird dem neuen Tierschutzgesetz vorbehalten; bis zu dessen Inkrafttreten bleibt jedoch gemäss Art. 12 der Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung "das Schlachten der Tiere ohne Betäubung vor dem Blutentzug ... untersagt".

-
- 12) Vgl. dazu z.B. Fleiner-Giacometti, S. 27, Rothschild, S. 60 sowie Burckhardt, S. 215
13) Angeführt von Werner Kägi, Tierschutz und Schächtartikel, NZZ Nr. 556 vom 29. November 1973, S. 19

4. Der geltende Tierschutzartikel 25bis BV

Der Art. 25bis BV enthält eine Generalklausel mit positiver, nicht abschliessender Enumeration: Er erklärt die Gesetzgebung über den Tierschutz allgemein zur Aufgabe des Bundes und führt sodann einige Bereiche an, die dieser "insbesondere" zu ordnen hat. Nach der Botschaft des Bundesrates bewirkt diese Formulierung "eine bessere Durchsichtigkeit und Berechenbarkeit der neuen Bundesbefugnis". Gegenüber einer blossen Generalklausel habe die Bestimmung einen genau umrissenen Inhalt, und der Bürger könne sich über die Tragweite des Verfassungsartikels leichter ein Urteil bilden ¹⁴⁾. Zudem erlaube es die nicht abschliessende Aufzählung der in der Ausführungsgesetzgebung zu ordnenden Gegenstände, im Bedarfsfalle weitere Gebiete des Tierschutzes gesetzlich zu regeln ¹⁵⁾.

"Insbesondere" hat der Bundesgesetzgeber gemäss Art. 25bis BV Vorschriften zu erlassen über

- a. das Halten und die Pflege von Tieren;
- b. die Verwendung von und den Handel mit Tieren;
- c. die Tiertransporte;
- d. die Eingriffe und Versuche am lebenden Tier;
- e. das Schlachten und anderweitige Töten von Tieren;
- f. die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen.

Die Gebiete der Buchstaben a bis e beschlagen den echten Tierschutz. Buchstabe f entspricht den Forderungen einer Motion von Nationalrat Schmitt vom 24. Juni 1971.

14) BB1. 1972 II 1483

15) BB1. 1972 II 1484

Darin ersuchte der Parlamentarier den Bundesrat, "einen Entwurf für einen Verfassungsartikel auszuarbeiten, womit die Eidgenossenschaft die Befugnis erhält, Gesetzesbestimmungen zu erlassen über die Einfuhr von wildlebenden Tieren sowie von Fellen und Häuten von Tieren, deren Art in ihrer Existenz bedroht oder im Aussterben begriffen ist". Weiter lud Schmitt den Bundesrat ein, "jede denkbare Initiative auf internationaler Ebene zu ergreifen, um die Uebereinstimmung der nationalen Gesetzgebung oder den Abschluss eines internationalen Abkommens zu fördern, welche den Schutz von Arten wilder Tiere bezwecken, die in ihrer Existenz bedroht oder im Aussterben begriffen sind" ¹⁶⁾.

Gemäss Art. 25bis Abs. 3 BV obliegt der Vollzug der Bundesvorschriften grundsätzlich den Kantonen, soweit ihn das Gesetz nicht dem Bund vorbehält. Die Verfassung lässt damit offen, inwieweit der Vollzug der Ausführungsgesetzgebung dem Bund oder den Kantonen zustehen soll. Nach der Botschaft des Bundesrates "soll jedoch der Vollzug grundsätzlich nur dort dem Bund übertragen werden, wo er sich, nach der Natur der Sache, nicht für eine Uebertragung an die Kantone eignet" ¹⁷⁾.

B. Der Vorentwurf zu einem Tierschutzgesetz
vom 12. Juni 1975

Mit Verfügung vom 19. Februar 1974 bestellte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement eine ausserparlamentarische Studienkommission und erteilte dieser den Auftrag, bis zum 30. Juni 1975 einen Vorentwurf zu einem Tierschutzgesetz vorzulegen. In dieser Kommission waren nebst verschiedenen Dienstzweigen der Bundesverwaltung die veterinär-medizinischen Fakultäten der Uni-

16) BB1. 1972 II 1482

17) Botschaft zum Tierschutzartikel
BB1. 1972 II 1486

versitäten Zürich und Bern, der Schweizerische Bauernverband, die Gesellschaft Schweizerischer Tierärzte, verschiedene am Tier- und Naturschutz interessierte Kreise sowie die Kantonstierärzte vertreten¹⁸⁾. Den Vorsitz der Studienkommission führte der Direktor des Eidgenössischen Veterinärarnes, Andreas Nabholz.

Die Erarbeitung der Strafbestimmungen erfolgte durch eine Expertengruppe unter Mitwirkung der Schweizerischen Bundesanwaltschaft sowie der Sektion für Strafrecht der Eidgenössischen Justizabteilung. Diese Expertengruppe hatte sich vorab die Frage gestellt, ob Art. 264 StGB beizubehalten oder ob das neue Tierschutzgesetz mit eigenen Straftatbeständen auszustatten sei. Insbesondere auf Anraten des Vorsitzenden der Expertenkommission für die Revision des Strafgesetzbuches, Hans Schultz, setzte sich die zweite Lösung durch. Im Gegensatz zur Regelung des Art. 264 StGB werden Verstösse gegen die Bestimmungen des Tierschutzgesetzes nicht mehr einheitlich als Vergehen geahndet; vielmehr unterscheidet der Entwurf - je nach der Schwere der Widerhandlung - zwischen Vergehen und Uebertretungen.

1. Verbotene Handlungen

Der Vorentwurf vom 12. Juni 1975 enthält eine ganze Reihe von verbotenen menschlichen Verhaltensweisen gegenüber dem Tier, die nach der Auffassung der Studienkommission "den Tatbestand der Tierquälerei erfüllen oder aus ethischen Gründen abzulehnen sind"¹⁹⁾. Soweit diese Handlungen nicht den Tatbestand der Tierquälerei im Sinne von Art. 29 VE TschG erfüllen, sind sie gemäss Art. 31 VE TschG als Uebertretungen strafbar:

18) Vgl. dazu Schlussbericht, S. 2/3

19) Schlussbericht, S. 24

a. Verbotene Haltungsarten

Nach Ansicht der Studienkommission handelt es sich bei den Vorschriften über die Tierhaltung "um einen Kernpunkt des Gesetzes", müsse doch gerade hier der Aenderung der Grundeinstellung des Menschen dem Tier gegenüber, die in den letzten Jahren zu verzeichnen sei, Rechnung getragen werden. Doch nicht nur die Einstellung des Menschen dem Tier gegenüber habe sich geändert, sondern auch die Haltungsformen; Wissenschaft und Technik hätten eine Entwicklung genommen, bei der sich die Interessen des Menschen und die Belange des Tieres nicht selten voneinander entfernten: Bei der Intensivhaltung von Nutztieren in Grossbeständen sei bisher eindeutig der Technik, der Rationalisierung sowie betriebswirtschaftlichen Vorstellungen der Vorrang eingeräumt worden ²⁰⁾.

aa. Die Missachtung der allgemeinen Bestimmungen über die Tierhaltung

Art. 4 VE TschG gilt ganz allgemein für jede Art der Tierhaltung; der Halter oder Betreuer eines Haus-, Nutz- oder Wildtieres soll für dessen Wohlergehen verantwortlich sein ²¹⁾. Verstösst er gegen die in Art. 4 Abs. 1 und 2 VE niedergelegten Grundsätze, so kann er gemäss Art. 31 Ziff. 1 lit. a VE mit Haft oder Busse bestraft werden.

bb. Die Missachtung von Bestimmungen über die Nutztierhaltung

Art. 4 Abs. 3 VE TschG überträgt zwar dem Bundesrat die Befugnis, "Vorschriften über das Halten von Tieren, na-

20) Schlussbericht, S. 13

21) Schlussbericht, S. 14

mentlich über Mindestmasse, Beschaffenheit, Belichtung und Belüftung der Unterkünfte, Besatzdichte bei Gruppenhaltung sowie über Anbindevorrichtungen", zu erlassen. Trotzdem bejahte die Studienkommission einhellig die Aufnahme von verbotenen Nutztier-Haltungsarten in den Vorentwurf zum Tierschutzgesetz. Sie tat dies "in der Ueberlegung, dass einerseits die Tierhalter wissen wollen, was ihnen die Tierschutzgesetzgebung bringen wird, und sich andererseits die Tierschutzkreise mit einer allgemeinen Bestimmung nicht zufrieden geben, sondern klare Vorschriften fordern" ²²⁾.

Art. 5 VE TschG verbietet die folgenden Haltungsarten von Nutztieren und stellt eine Missachtung dieser Verbote in Art. 31 Ziff. 1 lit. a VE als Uebertretung unter Strafe:

- die Käfighaltung von Geflügel;
- das Halten von Ferkeln in Käfigbatterien;
- die dauernde Dunkelhaltung von Nutztieren;
- das Halten von Kälbern auf Spaltböden.

Unter den Mitgliedern der Studienkommission war einzig das Verbot der Käfighaltung von Geflügel umstritten: Eine starke Minderheit der Kommission lehnte ein solches Verbot mit der Begründung ab, es gehe zu weit und liege nicht unbedingt im Interesse des Wohlbefindens der Tiere (!). In wirtschaftlicher Hinsicht sei das Verbot unrealistisch und kaum durchsetzbar. Für den schweizerischen Produzenten sei es nicht tragbar, wenn ihm teurere Produktionsmethoden aufgezwungen würden, während seine Konkurrenten im Ausland die Hühner nach wie vor in Käfigen halten könnten ²³⁾. Demgegenüber vertrat aber die Kommissionsmehrheit die Ansicht, das Wohlbe-

22) Schlussbericht, S. 14

23) Schlussbericht, S. 15

finden des Geflügels sei bei der Käfighaltung in einem Masse gestört, dass von einer artgemässen und verhaltensgerechten Haltung nicht die Rede sein könne ²⁴⁾.

Um den Bedenken der Kommissionsminderheit in wirtschaftlicher Hinsicht Rechnung zu tragen, enthält Art. 5 VE bezüglich der Käfighaltung von Geflügel eine Uebergangsfrist von zehn Jahren, während denen bestehende Anlagen noch benützt werden dürfen.

Zusätzlich zu den oben aufgeführten verbotenen Haltungsarten zog die Studienkommission auch noch das Verbot der Boxenhaltung von Kälbern in Betracht, begnügte sich dann aber mit einem Verbot des Haltens von Kälbern auf Spaltböden ²⁵⁾.

b. Die vorschriftswidrige Beförderung von Tieren

Nach Art. 31 Ziff. 1 lit. b VE TschG kann die vorschriftswidrige Beförderung von Tieren als Uebertretungstatbestand mit Haft oder mit Busse bestraft werden; Tiere dürfen gemäss Art. 11 Abs. 1 VE TschG bei der Beförderung weder "leiden noch Schaden nehmen".

c. Vorschriftswidrige Eingriffe am lebenden Tier

Grundsätzlich dürfen gemäss Art. 12 VE TschG schmerzverursachende Eingriffe am lebenden Tier nur unter allgemeiner oder örtlicher Betäubung durch einen Tierarzt vorgenommen werden. Art. 13 VE TschG statuiert die Ausnahmen zu diesem Grundsatz. Ein Verstoss gegen diese Betäubungspflicht kann wiederum als Uebertretung geahndet werden (Art. 31 Ziff. 1 lit. c VE TschG).

24) Schlussbericht, S. 15

25) Schlussbericht, S. 15

d. Vorschriftswidrige Tierversuche

Der VE TschG enthält ausgedehnte Bestimmungen über Tierversuche: Diese unterstehen grundsätzlich der Bewilligungspflicht (Art. 15 VE) und sind überhaupt auf das unerlässliche Mass zu beschränken (Art. 16 Abs. 1 VE). Art. 16 Abs. 2 VE bestimmt, zu welchen Zwecken Tierversuche zulässig sind, und Art. 17 VE stellt Anforderungen an Institute und Laboratorien, welche solche Versuche durchführen. Schliesslich regelt Art. 18 VE die Einzelheiten über die Durchführung von Tierversuchen, während die Art. 19 - 21 Vorschriften über die Kontrolle und Aufsicht der Tierversuche enthalten.

Tierversuche, welche die oben angeführten Vorschriften missachten, stellen eine Uebertretung im Sinne von Art. 31 Ziff. 1 lit. c VE TschG dar.

e. Verbotene Schlachtmethoden

Art. 22 Abs. 1 VE TschG enthält das durch den Tierschutzartikel der Bundesverfassung ersetzte umstrittene Schächtverbot ²⁶⁾. Wer Säugetiere, d.h. "Pferde, Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine oder Kaninchen" ²⁷⁾ ohne Betäubung vor dem Blutentzug schlachtet, begeht eine Uebertretung im Sinne von Art. 31 Ziff. 1 lit. d VE TschG.

Da das Schächten von Geflügel nicht unter das allgemeine Schächtverbot fällt ²⁸⁾, kann der Bundesrat gemäss Art. 22 Abs. 2 VE TschG "auch das Schlachten von Geflügel der Betäubungspflicht unterstellen".

Mit Haft oder mit Busse bestraft wird auch, wer Tiere vor

26) Vgl. dazu vorne, 4. Kapitel, Die aktuelle Bedrohung der Tiere, V.

27) Schlussbericht, S. 24

28) Vgl. dazu BBl. 1972 II 1484/1485 sowie BGE 33 I 723

dem Schlachten unzulänglich betäubt (Art. 23 in Verbindung mit Art. 31 Ziff. 1 lit. d VE TschG).

f. Weitere verbotene Handlungen

Art. 24 lit. e - k VE TschG enthält weitere allgemeine Verbote, deren Missachtung den Uebertretungstatbestand des Art. 31 Ziff. 1 lit. e VE TschG erfüllt.

g. Uebertretungen im internationalen Handel

Gemäss Art. 10 VE ist der Bundesrat befugt, unter den Gesichtspunkten des Tierschutzes die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Tieren, einschliesslich wirbelloser Tiere, an Bedingungen zu knüpfen, einzuschränken oder gänzlich zu verbieten. Wer vorsätzlich gegen solche nach Art. 10 VE ergangene Vorschriften verstösst, wird mit Haft oder Busse bis zu 20'000 Franken bestraft (Art. 30 Ziff. 2 VE TschG).

b. Die Vergehenstatbestände des VE

Zu den Vergehen zählt Art. 29 Abs. 1 lit. a - d VE TschG vorab die bisher in Art. 264 StGB enthaltenen Straftatbestände und führt diese damit ins neue Tierschutzgesetz über. Neu hinzu kommt die Androhung von Gefängnis oder Busse für denjenigen, der einem Tier bei der Durchführung von Versuchen "nicht unvermeidliche" Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügt (Art. 29 Abs. 1 lit. e VE TschG).

Art. 30 Ziff. 1 VE enthält Vergehen gegen den unechten Tierschutz, die hier nicht interessieren.

C. Die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens
zum Vorentwurf vom 12. Juni 1975

Die vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement eingesetzte Studienkommission schloss ihre Arbeit am Vorentwurf zu einem Tierschutzgesetz mit dem Schlussbericht vom 12. Juni 1975 an das Auftrag gebende Departement ab. Im September 1975 wurde der Vorentwurf der Studienkommission zusammen mit ihrem Schlussbericht den Kantonen, den politischen Parteien sowie den Wirtschafts- und Fachorganisationen zur Stellungnahme unterbreitet.

1. Die Tierhaltungsverbote

Die erheblichsten Meinungsverschiedenheiten förderte das Vernehmlassungsverfahren in bezug auf die vom Vorentwurf verbotenen und im Widerhandlungsfalle unter Strafe gestellten Haltungsarten von Nutztieren (Art. 5 VE). Dabei gab das Verbot der Käfighaltung von Geflügel zu den schärfsten Kommentaren Anlass. Auf der einen Seite begrüßten vorallem die Vertreter der Tier-, Natur- und Umweltschutzorganisationen die im Vorentwurf aufgeführten Verbote und beantragten, weitere Haltungsarten zu untersagen ²⁹⁾, in der richtigen Meinung, das Ziel des Tierschutzgesetzes sei, das Tier zu schützen ³⁰⁾. Demgegenüber beantragten 22 Kantone und die Mehrheit der Wirtschafts- und Fachorganisationen sowie der politischen Parteien eine Streichung des Art. 5 des Vorentwurfes; sie waren weniger am Tierschutz, sondern vielmehr an einem Schutz der Wettbewerbsfähigkeit der Nutztierhalter interessiert: Vorallem in bezug auf die Geflügelhaltung wiesen diese Organisationen "auf die wirtschaftlichen Folgen eines solchen Verbotes hin, das ...

29) Botschaft zum Tierschutzgesetz, BBl. 1977 I 1081

30) BBl. 1977 I 1085

zu Wettbewerbsverzerrungen führen würde" ³¹⁾. Die Mehrheit der Kantone und die verschiedenen wirtschaftlich orientierten Organisationen schlugen in der Folge vor, es sei im Tierschutzgesetz eine Bestimmung vorzusehen, die es dem Bundesrat ermögliche, Haltungsarten, "die den Grundsätzen des Tierschutzes eindeutig widersprechen", zu verbieten ³²⁾. Dass aber gerade die in Art. 5 VE verbotenen Handlungen den Grundsätzen des Tierschutzes eindeutig widersprechen, ist in Veterinärkreisen unbestritten: An dieser Stelle seien nur die Nobelpreisträger Prof. Konrad Lorenz und Prof. Karl von Frisch angeführt, welche zum Beispiel die "Konzentrationslager-Haltung" ³³⁾ von Hühnern als "grobe Tierquälerei" ³⁴⁾ bezeichnen ³⁵⁾. Von diesen klaren Stellungnahmen von Fachleuten soll abgelenkt werden, wenn es in den Vernehmlassungsantworten der oben erwähnten Organisationen heisst, die in Art. 5 VE enthaltene Aufzählung verbotener Haltungsarten sei zu starr, berücksichtige nur die zur Zeit bestehenden Verhältnisse und verunmögliche oder erschwere zumindest eine Weiterentwicklung solcher Haltungsarten ³⁶⁾.

2. Das Schächtverbot

Wie erwähnt verbietet Art. 22 VE das Schächten von Vieh und stellt diese Handlung als Uebertretung unter Strafe (Art. 31 Ziff. 1 lit. d VE). Damit nicht einverstanden war in seiner Vernehmlassungsantwort einzig der Schweizerische Israelitische Gemeindebund ³⁷⁾.

31) BB1. 1977 I 1081

32) Botschaft zum Tierschutzgesetz, BB1. 1977 I 1081

33) Grzimek, Dokumentation zum VE, S. 5

34) Dokumentation zum VE, S. 5

35) Vgl. dazu vorne, 4. Kapitel, Die aktuelle Bedrohung der Tiere, I. A. 1.

36) Botschaft zum Tierschutzgesetz, BB1. 1977 I 1081

37) BB1. 1977 I 1082

3. Die weiteren verbotenen Handlungen

Von den weiteren im Vorentwurf verbotenen und als Uebertretungen unter Strafe gestellten Handlungen stiess vor allem das Verbot des Verwendens von Köderfischen beim Fischfang (Art. 24 lit. f in Verbindung mit Art. 31 Ziff. 1 lit. e VE) auf den Widerstand der Organisationen der Sportfischer sowie das Verbot des Coupierens von Hundehoren (Art. 24 lit. i in Verbindung mit Art. 31 Ziff. 1 lit. e VE) auf denjenigen der Schweizerischen Kynologischen Gesellschaft ³⁸⁾.

4. Die Strafbestimmungen

Der Vorentwurf zu einem Tierschutzgesetz sieht vor ³⁹⁾, Art. 264 StGB, der die Tierquälerei als Vergehen unter Strafe stellt, zu streichen und das Tierschutzgesetz mit eigenen Straftatbeständen auszustatten ⁴⁰⁾. Einzelne Kantone wünschten, Art. 264 StGB aufrechtzuerhalten und die im Vernehmlassungsentwurf als Vergehenstatbestände aufgezählten strafbaren Handlungen auf die Verordnungsstufe zu verweisen ⁴¹⁾.

D. Der bereinigte Entwurf zu einem Tierschutzgesetz vom 9. Februar 1977 ⁴²⁾

Nach abgeschlossenem Vernehmlassungsverfahren unterbreitete der Bundesrat dem Parlament am 9. Februar 1977 einen bereinigten Entwurf zu einem Tierschutzgesetz, der gegenüber dem Vorentwurf vom 12. Juni 1975 die folgenden Aenderungen enthält:

-
- 38) Botschaft zum Tierschutzgesetz, BBl. 1977 I 1082
39) Art. 41 Abs. 2 VE
40) Vgl. dazu vorne, II. B. 2.
41) Botschaft zum Tierschutzgesetz, BBl. 1977 I 1084
42) BBl. 1977 I 1099 ff.

1. Verbotene Handlungen

a. Das Verbot von Haltungsarten

Der Bundesrat strich die in Art. 5 VE verbotenen Haltungsarten von Nutztieren und nahm dafür eine Bestimmung ins Gesetz auf, die ihn verbindlich verpflichtet, "Haltungsarten, die den Grundsätzen des Tierschutzes eindeutig widersprechen, zu verbieten" oder "der Bewilligungspflicht zu unterstellen" (Art. 4 Abs. 1 des Entwurfes). Dabei wies der Bundesrat darauf hin, dass die mit der Ausarbeitung des Vorentwurfes zu einem Tierschutzgesetz beauftragte Studienkommission sich nochmals eingehend mit der Frage der Nutztierhaltung beschäftigt habe. Sie sei zwar nach wie vor der Ansicht, dass gewisse gegenwärtig praktizierte Haltungsarten dem Grundgedanken des Tierschutzes widersprächen. Eine Mehrheit der Kommission habe aber - unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens und um eine Verbesserung bestehender Haltungssysteme nicht zu verunmöglichen - die Aufnahme einer Bestimmung ins Gesetz befürwortet, die den Bundesrat verpflichtet, auf dem Verordnungswege verbotene Haltungsarten festzulegen ⁴³⁾.

Immerhin bleibt die Missachtung der vom Bundesrat zu erlassenden Verbote oder der von ihm zu statuierenden Bewilligungspflicht grundsätzlich nach Art. 29 Ziff. 1 lit. a E TschG als Uebertretung strafbar.

b. Die vorschriftswidrige Beförderung von Tieren

Die vorschriftswidrige Beförderung eines Tieres, die diesem Leiden oder Schäden zufügt, bleibt als Uebertretung strafbar (Art. 10 in Verbindung mit Art. 29 Ziff. 1

⁴³⁾ BB1. 1977 I 1081

lit b. E TschG).

c. Vorschriftswidrige Eingriffe am lebenden
Tier

Sie bleiben wie im Vorentwurf als Uebertretung strafbar (Art. 11 in Verbindung mit Art. 29 Ziff. 1 lit. c E TschG).

d. Vorschriftswidrige Tierversuche

In Abänderung des Vernehmlassungsentwurfes erklärt der Bundesrat als Tierversuche nur noch solche Eingriffe an lebenden Tieren als bewilligungspflichtig, die dem Versuchstier konkret "Schmerzen bereiten, es schweren Angstzuständen aussetzen oder sein Allgemeinbefinden erheblich beeinträchtigen" (Art. 13 E TschG).

Wer Vorschriften über Tierversuche missachtet (Art. 12 - 19 E TschG) kann sich, wie dies schon im Vorentwurf vorgesehen war, einer Uebertretung im Sinne von Art. 29 Ziff. 1 lit. e E TschG schuldig machen.

e. Verbotene Schlachtmethoden

An den Vorschriften über die Schlachtung von Tieren hat der Bundesrat gegenüber dem Vorentwurf keine Aenderungen vorgenommen. Die Missachtung des Schächtverbotes insbesondere wird als Uebertretungstatbestand aufrechterhalten (Art. 29 Ziff. 1 lit. d E TschG). Zwar verkennt der Bundesrat nicht, dass im Verbot des betäubungslosen Schlachtens von Säugetieren eine gewisse Einschränkung der Glaubens-, Gewissens- und Kultusfreiheit gegenüber einer religiösen Minderheit erblickt werden kann. Indessen, so schreibt der Bundesrat ⁴⁴⁾, unterliege jedes Freiheitsrecht den ihm von Verfassung und Gesetz ge-

44) BB1. 1977 I 1092

zogenen Grenzen. Er sei der Auffassung, dass dem Schächtverbot die von jüdischen Kreisen als diskriminierend empfundene Bedeutung dadurch genommen werde, dass es von der Verfassungsstufe auf die Gesetzesesebene verwiesen werde. Der Bundesrat zweifelt aber nicht daran, "dass zumindest die bisher angewandten Schächtmethoden ... einen klaren Verstoss gegen die Grundsätze des Tierschutzes darstellen und daher zu verbieten sind" ⁴⁵⁾. Nun befremdet allerdings der Umstand, dass der Bundesrat das Schächten, bei dem ein Tier möglicherweise einige Sekunden leidet, als "klaren Verstoss gegen die Grundsätze des Tierschutzes" betrachtet, hingegen die Käfighaltung von Geflügel und Ferkeln, die dauernde Dunkelhaltung von Nutztieren sowie das Halten von Kälbern auf Spaltböden, bei welchen Haltungsarten Tiere lebenslänglichen Qualen unterworfen sind, nicht im Tierschutzgesetz verbieten will ⁴⁶⁾. Warum soll das Schlachten von Tieren nicht ebenfalls auf Verordnungsebene geregelt werden? Es liessen sich trefflich die vom Bundesrat im Zusammenhang mit der Streichung des Art. 5 VE (verbotene Haltungsarten) geäusserten Gründe anführen, nämlich dass ein Verbot des betäubungslosen Schlachtens von Säugetieren im Tierschutzgesetz eine Weiterentwicklung der Schächtmethoden "verunmögliche oder zumindest erschwere" ⁴⁷⁾. Dass eine Weiterentwicklung der Schächtmethoden tatsächlich stattfindet, beschreibt der Bundesrat selber in seiner Botschaft, wo er einen entsprechenden, vom amerikanischen Tierschutzverband in Zusammenarbeit mit den Rabbinern entwickelten Apparat beschreibt ⁴⁸⁾. Damit soll hier nicht dem Schächten das Wort geredet, sondern auf eine Unstimmigkeit in dem vom Bundesrat bereinigten Entwurf

45) BBl. 1977 I 1092

46) Vgl. vorne, 4. Kapitel, Die aktuelle Bedrohung der Tiere, I. und V.

47) BBl. 1977 I 1081

48) BBl. 1977 I 1081

vom 9. Februar 1977 hingewiesen werden.

f. Weitere verbotene Handlungen

Die weiteren verbotenen und als Uebertretungen unter Strafe gestellten Handlungen sind vom Bundesrat unverändert vom Vorentwurf in den bereinigten Entwurf übernommen worden (Art. 22 Abs. 2 lit. d - i in Verbindung mit Art. 29 Ziff. 1 lit. e E TschG). Der Bundesrat gab damit den Forderungen der Organisationen der Sportfischer (Streichung des Verbotes des Verwendens von Köderfischen beim Fischfang) sowie der Schweizerischen Kynologischen Gesellschaft (Streichung des Verbotes des Coupierens von Hundehoren) nicht statt.

2. Die Strafbestimmungen

Der Bundesrat sprach sich im Sinne des Vorentwurfes dafür aus, Art. 264 StGB zu streichen und das Tierschutzgesetz mit eigenen Straftatbeständen auszustatten; er schloss sich damit den Ueberlegungen der Expertengruppe für die Strafbestimmungen des Tierschutzgesetzes an ⁴⁹⁾. Als Vorteil betrachtet der Bundesrat, dass der Entwurf je nach der Schwere der Widerhandlungen zwischen Vergehen und Uebertretungen unterscheidet. Diese Regelung erlaube es, bei leichteren Widerhandlungen, für die eine Busse nicht über 200 Franken ausgesprochen wird, von einem Eintrag ins Strafregister abzusehen, während für Vergehen verhängte Bussen, auch bei einem kleinen Betrag, eintragungspflichtig sind, was bedeutet, dass der Täter als vorbestraft gilt ⁵⁰⁾.

49) Vgl. vorne, II. B., vor 1.

50) Botschaft zum Tierschutzgesetz, BBl. 1977 I 1083

E. Die Beratungen im Parlament

1. Die Beratungen im Ständerat ⁵¹⁾

In der Eintretensdebatte des Ständerates wiesen verschiedene Redner auf die hohen Ziele, die die Gesetzesvorlage verfolge, hin: Für Knüsel, den Berichterstatter der parlamentarischen Kommissionsmehrheit, führt das Problem des Tierschutzes "in den Bereich der Ethik" ⁵²⁾. Das Tier habe "ein Recht auf eine würdige und insbesondere artgerechte Behandlung"; hier setzten "die sozialetischen und moralischen Pflichten des Menschen ein" ⁵³⁾.

Bächtold, Berichterstatter der Minderheit, zweifelt nicht daran, dass "der Bereich des Ethischen und Humanitären in den letzten Jahren allzuoft vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten zurücktreten musste" ⁵⁴⁾; dies sei eine fatale Entwicklung. Der Verdinglichung des Tieres zur Ware müsse Einhalt geboten werden, denn eine Gesellschaft, "die andauernd den materiellen Kräften und Werten den Vorrang gibt", könne keinen Bestand haben ⁵⁵⁾.

a. Die Beratungen zu den verbotenen Handlungen

aa. Zu den verbotenen Handlungsarten

Nach den Ausführungen Bächtolds in der Eintretensdebatte "bedarf es keiner langen Untersuchungen und Verhaltensforschung mehr, um zu wissen, dass gewisse Handlungsweisen eindeutig im Widerspruch stehen zum Verfassungs-

51) StenBull StR 1977, S. 397 ff.

52) StenBull StR 1977, S. 397

53) StenBull StR 1977, S. 397

54) StenBull StR 1977, S. 399

55) StenBull StR 1977, S. 400

artikel 25bis und zu Art. 2 des Gesetzesentwurfes: Es gibt nicht nur Steine des Anstosses, es gibt auch Schweine des Anstosses, und denen ist in den letzten Jahren auch noch das Grunzen vergangen. Das sind jene Schweine, die in Halsrahmen gekettet sind, damit sie ruhig bleiben und nur noch Speck ansetzen. Ob das Tierquälerei ist oder nicht, muss wahrhaftig nicht mehr bewiesen werden" ⁵⁶⁾. Bezüglich der Geflügelhaltung dürfe das Ziel einer möglichst billigen Eierproduktion niemals die Mittel heiligen; ein Tierschutzgesetz wäre kein Tierschutzgesetz, wenn es aus rein wirtschaftlichen Gründen offensichtliche Tierquälereien weiterhin dulden würde ⁵⁷⁾. Heimann stellt einleitend fest, dass Artikel 264 StGB nicht ausgereicht habe, um die Tiere vor Misshandlungen und Vernachlässigung zu schützen. Er, Heimann, habe für die industrielle Tierhaltung nie Sympathien gehabt ⁵⁸⁾; die Käfigbatterien widersprechen der natürlichen und artgemässen Haltung der darin untergebrachten Tiere, seien es nun Hühner oder Ferkel. Es frage sich, ob eigentlich mit dem Tierschutzgesetz die Tiere, die Tierhalter oder wirtschaftliche Interessen geschützt werden sollten ⁵⁹⁾.

Wie erwähnt, hatte der Bundesrat in seinen bereinigten Entwurf bezüglich der verbotenen Haltungsarten nur noch eine generelle Kompetenzdelegation aufgenommen: "Der Bundesrat verbietet Haltungsarten, die den Grundsätzen des Tierschutzes eindeutig widersprechen" ⁶⁰⁾. Diesen bundesrätlichen Antrag wollten aber sowohl die Kommissionmehrheit als auch -minderheit verschärfen. Die Kommissionmehrheit wollte den Bundesrat verpflichten, "namentlich bestimmte Arten der Käfighaltung und der

56) StenBull StR 1977, S. 400

57) StenBull StR 1977, S. 400

58) StenBull StR 1977, S. 401

59) StenBull StR 1977, S. 409

60) Art. 4 E TschG

Dunkelhaltung" zu untersagen; demgegenüber beabsichtigte die Minderheit, das Verbot der Batteriehaltung von Ferkeln und Geflügel sowie der dauernden Dunkelhaltung von Nutztieren wieder ausdrücklich im Tierschutzgesetz zu verankern ⁶¹⁾. Der Ständerat entschied sich schliesslich mit 25 zu 8 Stimmen für die, wie immer betont wurde, "flexiblere Lösung" der Kommissionsmehrheit ⁶²⁾. Denn nach deren Berichterstatte Knüsel lägen die Gefahren eines generellen, strikten Verbotes sämtlicher Käfighaltungen eindeutig darin, "dass man jede mögliche, jede denkbare weitere Entwicklungsform unterbinden oder sogar zementieren würde" ⁶³⁾.

bb. Zur vorschriftswidrigen Beförderung

Die Vorschriften über Tiertransporte ⁶⁴⁾ waren in den Beratungen des Ständerates nicht umstritten ⁶⁵⁾.

cc. Zu den Eingriffen am lebenden Tier und den Tierversuchen

Die Vorschriften über Eingriffe am lebenden Tier sowie über Tierversuche ⁶⁶⁾ waren in den Beratungen des Ständerates nicht umstritten ⁶⁷⁾.

dd. Zur vorschriftswidrigen Schlachtung

Einen erheblichen Streitpunkt bildete erwartungsgemäss das in Art. 20 des bundesrätlichen Entwurfes vorgesehene Schächtverbot, das für Bundesrat Brugger "eine hochpoli-

61) StenBull StR 1977, S. 407

62) StenBull StR 1977, S. 410

63) StenBull StR 1977, S. 407

64) Art. 10 in Verbindung mit Art. 29 Ziff. 1 lit. b E TschG

65) StenBull StR 1977, S. 411

66) Art. 11 ff. in Verbindung mit Art. 29 Ziff. 1 lit. c E TschG

67) StenBull StR 1977, S. 411

tische Frage" darstellt ⁶⁸⁾. Auch dem Ständerat fiel das Abwägen zwischen Religionsfreiheit und Tierschutz nicht leicht; die Kommissionsmehrheit stimmte im wesentlichen dem Antrag des Bundesrates zu, währenddem Ständerat Grosjean diesem die Kompetenz zubilligen wollte, "für die rituellen Bedürfnisse religiöser Minderheiten Ausnahmen vom Betäubungszwang zu bewilligen" ⁶⁹⁾. Nach ausgedehnter Diskussion über religiöse, politische, juristische und tierschützerische Aspekte des Schächtverbotes verteidigte Bundesrat Brugger den bundesrätlichen Entwurf: Seines Erachtens sei der von Ständerat Grosjean vorgeschlagene Schritt, nämlich das Schächtverbot von der Verfassung in eine bundesrätliche Verordnung zu verschieben, "doch ein allzu grosser Schritt"; er bedanke sich dafür, dass der Ständerat "eine derart politisch hochbrisante Frage dem Bundesrat gnädigst überweisen" wolle ⁷⁰⁾. Nach der Auffassung von Bundesrat Brugger steht ein im Tierschutzgesetz verankertes Schächtverbot der verfassungsmässigen Glaubens-, Gewissens- und Kultusfreiheit nicht entgegen: Einmal sei das Tierschutzgesetz verfassungsrechtlich abgestützt auf Art. 25bis BV, dessen Absatz 2 den Bundesgesetzgeber beauftrage, auf Gesetzesebene Vorschriften über das Schlachten und anderweitige Töten von Tieren aufzustellen. Zudem habe das Schächtverbot im Tierschutzgesetz die Bedeutung einer polizeilichen Beschränkung der Art. 49 und 50 BV, und dies sei nicht einmal der einzige Fall einer solchen Beschränkung dieser grundrechtlichen Freiheiten. Die Beschränkbarkeit der Kultusfreiheit ergebe sich zudem ja unmittelbar aus Art. 50 BV, welcher Artikel die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen "nur innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung" ge-

68) StenBull StR 1977, S. 405

69) StenBull StR 1977, S. 411

70) StenBull StR 1977, S. 416

währleiste ⁷¹⁾.

Zu der aus juristischer Sicht entscheidenden Frage, ob das Schächten eine Tierquälerei sei, hielt Bundesrat Brugger fest, "dass einfach noch nicht alle Fragen geklärt seien"; man könne nicht ausschliessen, dass in Zukunft Schächtmethoden entwickelt würden, die unter dem Gesichtspunkt des Tierschutzes annehmbar sind ⁷²⁾. Diese Argumente führen, wie schon vorne festzustellen war ⁷³⁾, eigentlich zur selben Konsequenz, welcher der Ständerat schon bezüglich der Haltungsverbote gefolgt war: Um eine Entwicklung der Schächtmethoden, die Bundesrat Brugger selber im Auge hält, nicht zu unterbinden, wäre es logisch gewesen, auch das Schächtverbot in eine bundesrätliche Verordnung aufzunehmen. Dazu entschloss sich der Ständerat jedoch nicht: Er stimmte der Aufrechterhaltung des Schächtverbotes im Tierschutzgesetz mit 24 zu 8 Stimmen zu ⁷⁴⁾.

ee. Zu den weiteren verbotenen Handlungen

Bezüglich des Uebertretungstatbestandes des Verwendens lebender Tiere als Köder oder zum Anlocken ⁷⁵⁾ folgte der Ständerat einem Antrag der Kommission, dieses Verbot des sog. Ankirrens aus dem Tierschutzgesetz zu streichen und in die Fischereigesetze der Kantone zu verweisen. Zur Begründung führte Knüsel als Kommissionsberichterstatte an, "dass in gewissen Gewässern eine Regulierung des Hechtbestandes vornehmlich mit lebenden Tieren vorgenommen werden müsse" ⁷⁶⁾.

-
- 71) StenBull StR 1977, S. 415/416
72) StenBull StR 1977, S. 416
73) Vgl. vorne, II. D. 1. e.
74) StenBull StR 1977, S. 417
75) Art. 22 Abs. 2 lit. e E TschG
76) StenBull StR 1977, S. 417

b. Die Beratungen zu den Strafbestimmungen

Die Strafbestimmungen, Art. 27 - 32, des bundesrätlichen Entwurfes wurden vom Ständerat ohne Aenderungen angenommen ⁷⁷⁾.

c. Die Schlussabstimmung des Ständerates

In der Gesamtabstimmung sprach sich der Ständerat einstimmig, mit 28 zu 0 Voten, für die Annahme des bundesrätlichen Entwurfes zu einem Tierschutzgesetz vom 9. Februar 1977 aus ⁷⁸⁾.

2. Die Beratungen im Nationalrat ⁷⁹⁾

Der Nationalrat hatte sich, im Gegensatz zum Ständerat, zu Beginn seiner Debatte mit einem Antrag auf Rückweisung der Gesetzesvorlage an den Bundesrat zur Neubearbeitung ⁸⁰⁾ zu befassen. Bevor sich schliesslich die grosse Kammer ohne Gegenantrag für Eintreten aussprach, äusserten verschiedene Redner ihre grundsätzlichen Gedanken zum Tierschutz: Der Berichterstatter der vorbereitenden Kommission, Rüttimann, wies auf die "ungeheure Verantwortung" hin, mit welcher der Mensch für "alles, was da fleucht und kreucht auf diesem Erdball, mithin für die gesamte Tier- und Pflanzenwelt, in die Schöpfung gestellt" sei ⁸¹⁾. Das vorliegende Tierschutzgesetz rufe "uns alle, jeden an seinem Platz, auf, seine persönliche Einstellung zu den ihm von der Schöpfung anvertrauten Tiere zu verbessern": "Wir wollen also mit dem neuen Gesetz in erster Linie diese Besinnung, diese Grundwelle auslösen, prophylaktisch wirken Die

77) StenBull StR 1977, S. 418 f.

78) StenBull StR 1977, S. 420

79) StenBull NR 1977, S. 1401 ff.

80) StenBull NR 1977, S. 1401

81) StenBull NR 1977, S. 1401

Strafnorm kommt erst in zweiter Priorität; denn sie kann dem Tier nicht mehr helfen" ⁸²⁾. Für Nationalrat Oehen, dem Urheber des Rückweisungsantrages, gilt es, "ein grosses Schuldkonto gegenüber unseren Mitgeschöpfen abzutragen. Unermesslich sind die Leiden, welche die Tiere bis heute in Krieg und Frieden als geduldige Diener und Begleiter, aber auch als Spielzeuge der Menschen, als Objekte der Ausbeutung oder schlicht als Beute des Homo sapiens ertragen haben" ⁸³⁾.

Auch der Nationalrat stand "selbstverständlich", wie Bundesrat Brugger formulierte, "in einem starken Spannungsfeld zwischen ethischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten" ⁸⁴⁾: Dabei müssten aber nach Nationalrat Risi die ethisch-moralischen, also die tierschützerischen Aspekte, sicher im Vordergrund stehen; "es wäre eine Heuchelei, ein Tierschutzgesetz vorzulegen, ohne unseren Tieren einen grösstmöglichen Schutz zukommen zu lassen" ⁸⁵⁾. Für Fischer geht es beim Tierschutz "vor allem auch um ethische Grundsätze in der Politik, die sich dann zeigen sollten, wenn sittliche Ueberlegungen über wirtschaftlichen Profit gestellt werden müssen" ⁸⁶⁾. Keller hält eine Tierschutzgesetzgebung für unabdingbar in einer Zeit, in der "wir gegenüber der Kreatur aus Gründen des Preises der Konkurrenz oder der Gewinnsucht alle Hemmungen verlieren" ⁸⁷⁾. Auch Ziegler wehrt sich gegen die Degradierung von "Natur und Geschöpf zu Ausbeutungsobjekten" ⁸⁸⁾, und Künzi schliesslich gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass das vorliegende Tierschutzgesetz "eine Jahrtausende alte Lücke in unserer christlichen Sittenordnung ausfüllen und mithelfen werde, die Stellung des Tieres zu verbes-

82) StenBull NR 1977, S. 1402

83) StenBull NR 1977, S. 1405

84) StenBull StR 1977, S. 405

85) StenBull NR 1977, S. 1408

86) StenBull NR 1977, S. 1410

87) StenBull NR 1977, S. 1415

88) StenBull NR 1977, S. 1417

sern" 89).

a. Die Beratungen zu den verbotenen Handlungen

aa. Zu den verbotenen Haltungsarten

Erwartungsgemäss handelte es sich bei der Frage der Tierhaltungsverbote "um den eigentlichen Zankapfel des Gesetzes" 90). Kunz als Sprecher der Minderheit der vorberatenden nationalrätlichen Kommission bezeichnete Art. 4 des bundesrätlichen Entwurfes "als wohl den wichtigsten Artikel für das Tier, denn es geht hier um das ganze Leben des Tieres, während beim Schächtverbot, beim Köderfischen, beim Abrichten von Hunden nur das mehr oder weniger qualvolle Sterben geregelt wird und nicht das Leben" 91). Die Kommissionsmehrheit beantragte dem Nationalrat die Zustimmung zum Beschluss des Ständerates, der den Bundesrat beauftragt hatte, "namentlich bestimmte Arten der Käfighaltung und der Dunkelhaltung" zu verbieten. Die Kommissionsminderheit dagegen wollte die ständerätliche Fassung nochmals verschärfen und Haltungsarten, "die den Grundsätzen des Tierschutzes eindeutig widersprechen, namentlich bestimmte Arten der Käfighaltung und der Dunkelhaltung" im Tierschutzgesetz verbieten. Nationalrat Oehen schliesslich sprach sich im wesentlichen für eine Wiederaufnahme der im Vorentwurf vom 12. Juni 1975 vorgesehenen Haltungsverbote 92) ins Tierschutzgesetz aus 93). Nach ausgedehnter Debatte entschied sich der Nationalrat in einer Eventualabstimmung mit 124 gegen 3 Stimmen vorab gegen den Antrag Oehen und zog darauf den Antrag der Kommissionsmehrheit demjenigen der Minderheit mit 104 gegen 52 Stimmen vor 94).

89) StenBull NR 1977, S. 1417

90) StenBull NR 1977, S. 1424

91) StenBull NR 1977, S. 1425/1426

92) Art. 5 VE TschG

93) StenBull NR 1977, S. 1424

94) StenBull NR 1977, S. 1432

Damit schloss sich der Nationalrat in der Frage der Tierhaltungsverbote der ständerätlichen Fassung des Art. 4 E TschG an.

bb. Zur vorschriftswidrigen Beförderung von Tieren

Auch im Nationalrat ⁹⁵⁾ waren die Vorschriften über Tiertransporte ⁹⁶⁾ unbestritten ⁹⁷⁾.

cc. Zu den Eingriffen am lebenden Tier

Die Statuierung einer grundsätzlichen Betäubungspflicht bei schmerzverursachenden Eingriffen am lebenden Tier ⁹⁸⁾ wurde auch vom Nationalrat ⁹⁹⁾ vorbehaltlos gutgeheissen ¹⁰⁰⁾.

dd. Zu den Tierversuchen

Anlass zu einer weiteren Kontroverse gaben im Nationalrat die Vorschriften über Tierversuche (Art. 12 - 19 des bundesrätlichen Entwurfes). Der Ständerat hatte diese Bestimmungen unverändert gelassen ¹⁰¹⁾. Die vorberatende nationalrätliche Kommission vertrat zwar die Auffassung, "dass Tierversuche keinesfalls für rein kommerzielle Zwecke herhalten sollten" ¹⁰²⁾, hielt aber nichtsdestoweniger die vorgeschlagenen Artikel 12 - 19 E für befriedigende Bestimmungen.

Nationalrat Oehen erkannte aber zusammen mit wenigen

95) Wie im Ständerat, vgl. vorne, II. E. 1. a. bb.

96) Art. 10 E TschG

97) StenBull NR 1977, S. 1435

98) Art. 11 E TschG

99) Wie im Ständerat, vgl. vorne, II. E. 1. a. cc.

100) StenBull 1977 NR, S. 1435

101) Vgl. vorne, II. E. 1. a. cc.

102) StenBull NR 1977, S. 1403

Mitstreitern, dass unter dem Begriff des Tierversuches, wie er in Art. 12 des bundesrätlichen Entwurfes formuliert wird, "ungefähr alles gemacht werden kann" ¹⁰³⁾. Oehen stellte daher den Antrag, Tierversuche nur zu medizinisch-wissenschaftlichen Zwecken, "um Krankheiten zu verhindern, zu diagnostizieren und zu heilen", zuzulassen. Wenn der Gesetzgeber, wie vorgesehen, Eingriffe erlauben wolle zu nichtmedizinischen Zwecken, einfach um Informationen zu erlangen, dann widerspreche dies vollständig den tierschützerischen Auffassungen. Tierversuche in der kosmetischen Industrie, in der Gebrauchsgüterindustrie, in der Kriegsindustrie und in der Genussmittelindustrie könne man mit dem Tierschutz nicht vereinbaren ¹⁰⁴⁾. Bundesrat Brugger hielt Oehen entgegen, dass solche Versuche zu den erwähnten Zwecken in der Schweiz nicht durchgeführt würden ¹⁰⁵⁾; im Uebrigen halte er eine Beschränkung der Tierversuche auf die medizinisch-wissenschaftliche Forschung "im jetzigen Moment" für einen "nicht adäquaten, zu weit gehenden Eingriff" ¹⁰⁶⁾. In der Folge lehnte der Nationalrat den Antrag Oehen mit 98 zu 20 Stimmen ab. Aber auch Nationalrat Fischer bezeichnete selbst die Tierversuche in der Krebsforschung als "meist von geradezu archaischer Primitivität"; Fischer

103) StenBull NR 1977, S. 1436; vgl. dazu insbes. auch vorne, 4. Kapitel, Die aktuelle Bedrohung der Tiere, II. A. - C.

104) StenBull NR 1977, S. 1436

105) Die Einteilung von Gebrauchsgütern, wie zum Beispiel Insektiziden, Putzmitteln, Farben etc., in verschiedene Giftklassen richtet sich nach den sog. akuten oralen DL₅₀-Werten an Tieren. Die DL₅₀ ist die im Tierversuch innerhalb von 24 Stunden verabreichte Dosis, die bei der Hälfte der Tiere den Tod innert fünf Tagen verursacht (vgl. dazu Art. 13 der Vollziehungsverordnung zum BG über den Verkehr mit Giften vom 23. Dezember 1971, SR 814.801). In diesem Sinne ist die Versicherung Bundesrat Bruggers, nicht-medizinisch-wissenschaftliche Tierversuche würden in der Schweiz nicht durchgeführt, wohl einzuschränken.

106) StenBull NR 1977, S. 1439

wollte deshalb erhöhte Anforderungen an Institute und Laboratorien, welche bewilligungspflichtige Tierversuche durchführen, stellen: Sein Antrag forderte, "dass die Anwendung der Zell-, Gewebe- und Organkulturmethode in der medizinischen und biologischen Forschung anstelle von Tierexperimenten mit der Primatenklasse zielstrebig gefördert" werden müsse ¹⁰⁷⁾. Die Behauptung der Tierexperimentatoren, es gebe keine Alternativen zu den Versuchen an den Primaten, treffe nämlich heute nicht mehr zu und sei ganz einfach verlogen ¹⁰⁸⁾. Rüttimann und Bundesrat Brugger hielten jedoch den Vorschlag Fischer für "zu kompliziert hier in diesem Gesetz", dessen "Lesbarkeit dadurch (durch den Antrag Fischer) nicht erhöht" würde ¹⁰⁹⁾. Da auch die meisten Parlamentarier im Nationalrat nicht über die Möglichkeiten der ZGO-Methode ¹¹⁰⁾ im Bilde waren, zogen sie es der Einfachheit halber vor, den diesbezüglichen Antrag Fischer mit 73 zu 22 Stimmen zu verwerfen ¹¹¹⁾. Auch ein zweiter Vorschlag Oehens, schmerzvolle oder schädliche Tierversuche im Sinne von Art. 16 Abs. 1 E TschG wenigstens nur zuzulassen, "soweit dies für den verfolgten Zweck unvermeidlich ist und vorher alle Möglichkeiten von Ersatzmethoden ausgeschöpft worden sind" ¹¹²⁾, stiess auf Ablehnung.

Weitere Aenderungsanträge zu den Vorschriften über Tierversuche fanden im Nationalrat ebenfalls keine Zustimmung, und so billigte die grosse Kammer diesen sechsten Abschnitt des Gesetzes im Sinne des bundesrätlichen, bereits vom Ständerat genehmigten Entwurfes ¹¹³⁾.

107) StenBull NR 1977, S. 1439

108) StenBull NR 1977, S. 1440

109) StenBull NR 1977, S. 1440

110) Vgl. dazu Fischer, StenBull NR 1977, S. 1440 sowie vorne, 4. Kapitel, Die aktuelle Bedrohung der Tiere

111) StenBull NR 1977, S. 1441

112) StenBull NR 1977, S. 1441

113) StenBull NR 1977, S. 1441 - 1445

ee. Zur vorschriftswidrigen Schlachtung

Natürlich bildete das in Art. 20 des bundesrätlichen Entwurfes vorgesehene Schächtverbot im Nationalrat wie schon im Ständerat Gegenstand eines ausgedehnten Meinungsstreites: Währenddem die Kommissionsmehrheit dem Nationalrat Zustimmung zum Gesetzesentwurf beantragte, wollte deren Minderheit wie schon Ständerat Grosjean¹¹⁴⁾ den Bundesrat ermächtigen, "für die rituellen Bedürfnisse religiöser Minderheiten Ausnahmen vom Betäubungszwang zu bewilligen". Als dritte Variante schlug Schatz vor, dem Bundesrat diese Kompetenz nur "in Zeiten gestörter Zufuhren aus dem Ausland" zu erteilen¹¹⁵⁾. In der Diskussion im Nationalrat wurde insbesondere noch einmal eingehend dazu Stellung genommen, ob das Schächten überhaupt als Tierquälerei betrachtet werden könne. Zusammenfassend stellte Bundesrat Brugger fest, dass diese Frage nicht einmal die Wissenschaft klar zu beantworten vermöge. Schliesslich sei auch nicht zu vergessen, dass für das Tier mit einem Schächtartikel im Gesamten nichts gewonnen sei, "weil wir auf der anderen Seite Koscherfleisch einführen und somit die Schlachtung dieser Tiere einfach in ausländischen Schlachthöfen vorgenommen wird". Wenn der Bundesrat im Uebrigen am Schächtverbot festhalte, so handle er lediglich nach Treu und Glauben, denn in der Abstimmung über einen Tierschutzartikel in der Bundesverfassung sei das Schächtverbot nur unter der Voraussetzung gestrichen worden, dass es auf Gesetzesstufe aufrecht erhalten bleibe¹¹⁶⁾. Für den Antrag von Nationalrat Schatz habe er, Bundesrat Brugger, Verständnis, wenn damit eine Geste gegenüber der jüdischen Minderheit gemacht werden könne¹¹⁷⁾. Zu dieser Geste ent-

114) Vgl. vorne, II. E. 1. a. dd.

115) StenBull NR 1977, S. 1445

116) StenBull NR 1977, S. 1451

117) StenBull NR 1977, S. 1452

schloss sich in der Tat der Nationalrat und hiess den Antrag Schatz mit 89 zu 70 Stimmen gut ¹¹⁸⁾.

ff. Zu den weiteren verbotenen Handlungen

Zu reden gab im Nationalrat einmal die Frage, ob das Abrichten von Hunden mit lebendem Wasserwild untersagt werden sollte (Art. 22 Abs. 2 lit. d E TschG). Die Kommissionsminderheit befürwortete ein solches Verbot im Sinne des bundesrätlichen Entwurfes, worauf dieses auch vom Nationalrat mit 66 zu 45 Stimmen gutgeheissen wurde ¹¹⁹⁾.

Ein zweiter Diskussionspunkt bildete das Ankirren beim Fischfang gemäss Art. 22 Abs. 2 lit. e E TschG. Die Lösung brachte hier ein Kompromissvorschlag von Nationalrat Rubi, dem Bundesrat die Aufgabe zu überbinden, "einschränkende Vorschriften im Zusammenhang mit der Verwendung von lebenden Köderfischen zum Fischfang zu erlassen" ¹²⁰⁾. Auf entsprechende Empfehlung von Bundesrat Brugger ¹²¹⁾ wurde der Antrag Rubi mit 109 zu 7 Stimmen klar angenommen ¹²²⁾.

b. Die Beratungen zu den Strafbestimmungen

Der Nationalrat war mit den Strafbestimmungen des Tierschutzgesetzes ¹²³⁾ im Sinne des bundesrätlichen, vom Ständerat gutgeheissenen ¹²⁴⁾ Entwurfes einverstanden ¹²⁵⁾.

118) StenBull NR 1977, S. 1452

119) StenBull NR 1977, S. 1456

120) StenBull NR 1977, S. 1452

121) StenBull NR 1977, S. 1456

122) StenBull NR 1977, S. 1457

123) Art. 27 - 32 E TschG

124) Vgl. vorne, II. E. l.b.

125) StenBull NR 1977, S. 1458

c. Die Schlussabstimmung des Nationalrates

In der Gesamtabstimmung sprach sich auch die grosse Kammer ¹²⁶⁾ einstimmig, mit 102 zu 0 Voten, für die Annahme des bundesrätlichen Entwurfes zu einem Tierschutzgesetz vom 9. Februar 1977 aus ¹²⁷⁾.

3. Die Differenzen zwischen den beiden Kammern ¹²⁸⁾

a. Zum Schächtverbot

Bezüglich des in Art. 20 E TschG enthaltenen Schächtverbotes verzichtete der Nationalrat auf den von ihm aufgenommenen Zusatz über die Einfuhr von Koscherfleisch in "Zeiten gestörter Zufuhren" ¹²⁹⁾: "Das Schlachten von Säugetieren ohne Betäubung vor dem Blutentzug ist" - und bleibt grundsätzlich und ausnahmslos - "verboten" ¹³⁰⁾. Die Missachtung dieses Verbotes stellt einen Uebertretungstatbestand im Sinne von Art. 29 Ziff. 1 lit. d TschG dar.

b. Zum Verbot des Verwendens lebender Tiere als Köder oder zum Anlocken (Ankirren)

Bezüglich des - "vielleicht doch nicht weltbewegenden", wie Bundesrat Brugger meinte ¹³¹⁾ - Problems des Köderfischens einigten sich National- und Ständerat auf die ersatzlose Streichung des Verwendungsverbotes lebender Tiere als Köder oder zum Anlocken gemäss Art. 22 Abs. 2 lit. e E TschG ¹³²⁾.

126) Wie schon der Ständerat, vgl. vorne II. E. 1. c.

127) StenBull NR 1977, S. 1459

128) Vgl. dazu StenBull StR 1978, S. 10 ff. und S. 63 sowie StenBull NR 1978, S. 78 ff.

129) StenBull NR 1978, S. 79

130) Art. 20 Abs. 1 TschG

131) StenBull StR 1978, S. 13

132) StenBull StR 1978, S. 13, sowie StenBull NR 1978, S. 80

4. Die Schlussabstimmung im Parlament
(9. März 1978)

In der Schlussabstimmung des Ständerates wurde die bundesrätliche Vorlage zu einem eidgenössischen Tierschutzgesetz vom 9. Februar 1977 einstimmig, mit 34 zu 0 Stimmen ¹³³⁾, und in derjenigen des Nationalrates mit 157 gegen eine Stimme angenommen ¹³⁴⁾.

F. Das Referendum gegen das Tierschutzgesetz

Am 14. Juli 1978 stellte das Eidgenössische Statistische Amt fest, dass das Referendum gegen das Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 mit 89'664 gültigen Unterschriften zustande gekommen sei ¹³⁵⁾. Das Referendum war ergriffen worden von der Genfer "ligue contre la vivisection et de défense des animaux" mit der Begründung, das neue Gesetz verletze "elementare Rechte des Tieres" und weise mehr Nachteile als Vorteile auf: So werde insbesondere die "Einzel-Tierquälerei" streng bestraft, die "Massen-Tierquälerei (zum Beispiel durch Vivisektion, Batterie- und Dunkelhaltung) jedoch toleriert" ¹³⁶⁾.

Die meisten Gegner des Gesetzes fanden sich erwartungsgemäss im Kanton Genf, dem Sitz der Liga gegen die Vivisektion, sowie in den Kantonen Waadt, Tessin, Bern und Zürich ¹³⁷⁾.

133) StenBull StR 1978, S. 145

134) StenBull NR 1978, S. 411

135) BBl. 1978 II S. 1674

136) Meldung der Nachrichtenagentur ddp im Luzerner Tagblatt Nr. 67 vom 21. März 1978, S. 3

137) Vgl. dazu BBl. 1978 II 1675

G. Die Volksabstimmung vom 3. Dezember 1978

Im Urnengang vom 3. Dezember 1978 nahmen das Volk mit 1'337'958 gegen 299'720 Stimmen sowie alle Stände das eidgenössische Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 an ¹³⁸⁾. Das Gesetz wird jedoch erst nach Erlass der dazugehörigen bundesrätlichen Verordnung in Kraft gesetzt werden. Bis dahin bleibt weiterhin Art. 264 StGB die wichtigste Tierschutzbestimmung auf Bundesebene.

138) Vgl. dazu BBl. 1978 II 1675

4. Teil: Schutzobjekt, Tatobjekt, Tathandlung

8. KAPITEL: SCHUTZOBJEKT UND TATOBJEKT

Das geltende Strafrecht ¹⁾ ahndet die Tierquälerei ²⁾. Welches Rechtsgut schützt es damit? Gegen welches Tatobjekt muss sich der Angriff auf das Schutzobjekt richten? Diese Fragen sind seit jeher umstritten ³⁾.

I. SCHUTZOBJEKT UND TATOBJEKT IM ALLGEMEINEN

A. Das Schutzobjekt

1. Strafrecht ist Rechtsgüterschutz

Nach der vorherrschenden Lehre fallen dem Strafrecht Aufgabe und Funktion zu, die von der Rechtsordnung anerkannten Rechtsgüter zu schützen ⁴⁾. Die Verfasser des deutschen Alternativ-Entwurfes zu einem Strafgesetzbuch

1) Vorläufig noch - bis zum Inkrafttreten des Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 - hauptsächlich Art. 264 StGB; dazu kommen aber zahlreiche Bestimmungen im Nebenstrafrecht; vgl. dazu hinten, 10. Kapitel, Das geltende Recht

2) Der Begriff der "Tier-Quälerei" ist im folgenden nicht nur im vorne umschriebenen (4. Kapitel, Die aktuelle Bedrohung der Tiere, VI.) engen Sinne zu verstehen; Art. 264 StGB z.B. unterstellt dem Tatbestand der "Tierquälerei" die Misshandlung, arge Vernachlässigung, unnötige Ueberanstrengung und mutwillige Tötung eines Tieres. Der Randtitel "Tierquälerei" ist hier nach der Auffassung des Bundesgerichtes "nur eine allgemeine Bezeichnung für die im Artikel selbst umschriebenen strafbaren Handlungen, vermag aber dessen Wortlaut ebensowenig einzuschränken wie eine Titelüberschrift" (BGE 85 IV 24 ff.); vgl. dazu auch hinten, 9. Kapitel, Zur Tathandlung, II.

3) Vgl. dazu zuletzt Stratenwerth II, S. 512

4) Vgl. dazu statt vieler Jescheck, S. 6

haben diesen Gedanken ausdrücklich in ihren Gesetzesentwurf aufgenommen: "Strafen und Massregeln dienen dem Schutz der Rechtsgüter ..." ⁵⁾. Die in einer Strafrechtsnorm angedrohte Sanktion soll generalpräventiv wirken, d.h. die Rechtsgenossen von einer Beeinträchtigung der Rechtsgüter abhalten ⁶⁾. Das durch einen bestimmten Tatbestand geschützte Rechtsgut heisst auch Schutzobjekt ⁷⁾.

2. Der Begriff des Rechtsgutes oder Schutzobjektes

Nach Feuerbach bildeten nur subjektive Rechte Objekte des strafrechtlichen Schutzes ⁸⁾. Liszt verlegte das Schwergewicht des Rechtsgutsbegriffes vom subjektiven Recht auf ein menschliches Lebensinteresse, ein Interesse des Einzelnen oder der Gemeinschaft (1919) ⁹⁾. In neuerer Zeit versteht Schwander unter dem Begriff des Rechtsgutes "Dinge, Zustände, Beziehungen oder sonstige Umstände, die für eine Person oder Menschengruppe materiellen oder ideellen Wert haben können; zu Rechtsgütern werden solche Güter aber erst, wenn sie die Rechtsordnung einer Person zuspricht und ihr damit über diese Güter eine ausschliessliche Machtbefugnis verleiht" (1964) ¹⁰⁾. Maurach spricht von einem "von der Gesamtheit oder den massgebenden Schichten der staatlichen Gemeinschaft anerkannten Interesse", "eben dem rechtlich anerkannten Interesse an einem Gut als solchem in seiner generellen Erscheinungsart" (1971) ¹¹⁾. Nach Noll lassen sich die verschiedenen geschützten Rechtsgüter auf keinen gemeinsamen Nenner bringen: Welches Gut im Einzel-

5) Alternativ-Entwurf, § 2 Abs. 1

6) Vgl. dazu Rehberg, S. 7

7) Vgl. dazu Schwander, Nr. 145

8) Feuerbach, §§ 21 ff.

9) Liszt, S. 4

10) Schwander, Nr. 145

11) Maurach, S. 213 und 215

nen als strafrechtlich zu schützendes Rechtsgut anerkannt werden könne, müsse auf dem Wege einer Güterabwägung zwischen der Freiheit des Einzelnen, den Interessen anderer und dem Gemeinwohl ermittelt werden (1974) ¹²⁾. Hauser und Rehberg greifen auf Liszt zurück und beschreiben die durch die strafrechtlichen Sanktionen geschützten Rechtsgüter als "Individual- oder Gemeinschaftsinteressen" (1976) ¹³⁾. Für Schultz sind Rechtsgüter "die von der Rechtsordnung als wertvoll anerkannten Zustände" (1977) ¹⁴⁾. Und schliesslich definiert Jescheck die Rechtsgüter als "Lebensinteressen der Gemeinschaft, denen das Strafrecht seinen Schutz gewährt" (1978) ¹⁵⁾.

Da sich die menschlichen Interessen stetig ändern, ändern sich auch die Rechtsgüter; "das Bedürfnis erzeugt den Schutz, und mit den wechselnden Interessen wechselt Zahl und Art der Rechtsgüter; nicht die Rechtsordnung erzeugt das Interesse, sondern das Leben" ¹⁶⁾. In unserer Rechtsordnung bestimmt der Gesetzgeber als Vollstrecker des Volkswillens bzw. der Individual- und Gemeinschaftsinteressen, welche Güter zu Rechtsgütern taugen; indem er bestimmten Gütern den Schutz der Strafrechtsordnung zukommen lässt, erhebt er diese zu Rechtsgütern.

3. Rechtsgut und Deliktstatbestand ¹⁷⁾

Jeder Tatbestand schützt ein Rechtsgut. Mehrere verschiedenartige Straftatbestände können den Schutz des selben Rechtsgutes bezwecken. Dieses bildet dann einen Kern, um den sich die einzelnen Deliktstatbestände gruppieren. So umfasst der Besondere Teil des Schweizerischen Strafgesetzbuches im Ersten Titel die Verbrechen und Vergehen

12) Noll, S. 11

13) Hauser/Rehberg, S. 20

14) Schultz, S. 24

15) Jescheck, S. 205

16) Liszt, S. 4

17) Eingehend zu diesem Thema Otto

gegen die Rechtsgüter "Leib und Leben", im Zweiten Titel diejenigen gegen das Rechtsgut "Vermögen"; im weiteren schützt das Strafgesetzbuch die Rechtsgüter Ehre, Geheim- und Privatbereich, Freiheit, Sittlichkeit, öffentliche Gesundheit, öffentlicher Friede, staatliche Unabhängigkeit, integrale Rechtsprechung und andere mehr.

Die Natur eines Deliktes bestimmt sich nach dem geschützten Rechtsgut; die Schwere der Tat bemisst sich nach der Bedeutung, welche die Rechtsordnung der Beeinträchtigung des betreffenden Rechtsgutes zumisst. Schliesslich muss sich auch die Auslegung eines Deliktstatbestandes an seinem Zweck, eben dem Schutz eines bestimmten Rechtsgutes, orientieren.

B. Das Tatobjekt

1. Der Begriff des Tatobjektes

Schutzobjekt und Tatobjekt sind in der Regel nicht identisch ¹⁸⁾: Der Angriff auf ein bestimmtes - abstraktes - Rechtsgut muss sich gegen ein Konkretum richten; der Angriff auf das Rechtsgut "Leben" zum Beispiel gegen die Person des XY, derjenige gegen das Rechtsgut "Vermögen" gegen die im Eigentum des XY stehende Sache. Das unmittelbar durch die einzelne Straftat beeinträchtigte Objekt heisst Tat- oder Handlungsobjekt. Wird dieses im gesetzlichen Tatbestand ausdrücklich genannt, so zum Beispiel als "Tier" in Art. 264 StGB, so können wir von einem Angriffsobjekt sprechen. Die Bestimmung des Angriffsobjektes ist eine Aufgabe der Auslegung ¹⁹⁾.

18) Vgl. dazu Maurach, S. 215

19) Vgl. dazu BGE 87 IV 115 f.

2. Das Tatobjekt "Tier"

Das Tatobjekt (Handlungsobjekt, Angriffsobjekt) in Delikten gegen den echten Tierschutz ²⁰⁾ ist stets das Tier. Nun fragt sich natürlich, ob das Strafrecht den Begriff des Tieres grundsätzlich ebensoweit fassen kann wie die Zoologie ²¹⁾.

Da sich, wie vorhin erwähnt, die Auslegung jedes Tatbestandes am geschützten Rechtsgut zu orientieren hat, bestimmt das Schutzobjekt auch das Tatobjekt; die Bestimmung des Tatobjektes "Tier" hängt also von der Bestimmung des Schutzobjektes ab, wie wir im folgenden sehen werden.

II. SCHUTZOBJEKT UND TATOBJEKT IM STRAFRECHTLICHEN ECHTEN TIERSCHUTZ

A. Die verschiedenen Theorien

1. Der indirekte strafrechtliche Tierschutz

Nach Beginn des 19. Jahrhunderts hatten die Gesetzgeber im mitteleuropäischen Rechtskreise zur Kenntnis zu nehmen, dass eine allgemeine Anschauung der Bevölkerung immer mehr auf Pönalisierung der Tierquälerei drängte; die Gesetzgeber mussten daher einen Rechtsgrund für den Erlass eines entsprechenden Straftatbestandes suchen. Nach der damaligen Rechtsauffassung konnten sie einen solchen aber nur in der Verletzung menschlicher Interessen finden.

Beweggrund für den indirekten strafrechtlichen Tierschutz bilden demnach Interessen der Menschen, Interes-

20) Vgl. vorne, 2. Kapitel, Das Tier im schweizerischen Strafrecht im allgemeinen, III. B.

21) Vgl. vorne, 3. Kapitel, Was ist ein Tier?

sen wie das Bedürfnis nach Sicherheit, Sittlichkeit, unversehrtem Gefühlsleben etc. Der Schutz des Tieres erfolgt indirekt über den Schutz der Menscheninteressen. Die Unterscheidung zwischen indirektem und direktem Tierschutz hat indessen "mit dem Masse des strafrechtlichen Schutzes nichts zu tun"; sie "bewegt sich einfach um dessen Modalität, um die Frage, zu wessen Gunsten das Strafrecht einschreiten" solle ²²⁾. Allerdings "ist die Controverse prinzipiell; denn die Grund- und Hauptfrage ist die Stellung des Tieres im Rechtssystem" ²³⁾.

Die Vertreter des indirekten Tierschutzes begründen ihre Auffassung generell damit, dass das Strafrecht eine vom Menschen für den Menschen geschaffene Ordnung sei und dem Schutz der Lebensbedingungen des Menschen diene. An dieser Aufgabe könne das Tier nicht teilhaben, und darum sei auch sein Schutz durch die Rechtsordnung ausgeschlossen. Fragen könne sich einzig, welches menschliche Interesse durch das Verbot der Tierquälerei geschützt werden solle ²⁴⁾.

Da der indirekte Tierschutz menschlichen Interessen dient, fallen hier Schutzobjekt und Tatobjekt stets auseinander.

a. Die Roheitstheorie

aa. Die Theorie

Die Tierquälerei ist eine rohe Tat. Sie offenbart eine rohe Gesinnung des Täters, eine Gefühlsroheit, die diesen später einmal zum Verbrecher gegen seine Mitmenschen werden lässt. Die einmal erwachte Lust am Quälen macht

22) Altwegg, S. 17

23) Kohler, S. 32

24) Altwegg, S. 18

vor dem Menschen nicht mehr halt, denn Grausamkeit gegenüber dem Tier gründet in den selben Wurzeln wie Grausamkeit gegenüber dem Menschen. Zudem können nicht nur der Täter selber, sondern auch allfällige Zuschauer verrohen; diese erfahren eine Abstumpfung ihres Mitleid-
gefühles und empfinden Lust zur Nachahmung. Die Tier-
quälerei tritt somit nur als Vorstufe zur Menschenquäle-
rei auf. Der Gesetzgeber muss sie wegen ihrer möglichen
verhängnisvollen Folgen unter Strafe stellen.

bb. Das Schutzobjekt

Die Gesinnung des Tierquälers gefährdet zumindest das
friedliche menschliche Zusammenleben, die öffentliche
Sicherheit. Schutzobjekt der Roheitstheorie ist dem-
nach die allgemeine oder öffentliche Sicherheit ²⁵⁾,
oder auch "das Interesse der Gesellschaft an der Un-
schädlichmachung gemeingefährlicher Elemente" ²⁶⁾.

cc. Das Tatobjekt

Das Tatobjekt Tier braucht bei der Roheitstheorie nicht
eingeschränkt zu werden, eine "Abgrenzung zwischen höhe-
ren und niederen Tieren ist nicht nötig" ²⁷⁾. Denn das
hervortretende Merkmal der Tierquälerei ist ja gemäss
dieser Theorie die durch die Tat zutage tretende Roheit
des Täters. Diese kann sich aber sowohl darin äussern,
dass einer sein Pferd schindet, als auch ebensogut darin,
dass einer böswillig Ameisen zertritt. Allenfalls hat
der Richter zu entscheiden, ob eine Tat eine strafwürdi-
ge Roheit bzw. Intensität aufweist.

25) Vgl. dazu Jenny, S. 72

26) Jenny, S. 3

27) Jenny, S. 72

dd.

Vertreter der Roheitstheorie

Als geistiger Vater der Roheitstheorie wird in der Literatur gerne Kant ²⁸⁾ zitiert ²⁹⁾, der die Tierquälerei als "der Pflicht des Menschen gegen sich selbst entgegengesetzt" bezeichnete, "weil dadurch das Mitgefühl an ihrem (der Tiere) Leiden im Menschen abgestumpft, und folglich eine der Moralität, im Verhältnis zu anderen Menschen, sehr diensame natürliche Anlage geschwächt und nach und nach ausgetilgt wird".

Als erster juristischer Autor vertrat Hommel die Roheitstheorie in seinem 1739 in Leipzig erschienenen Werk "Rhapsodia quaestionum" und bewirkte damit den Einzug des Tierschutzgedankens ins Recht: "Wer an Pein und Marter des Viehs Vergnügen findet, von dem kannst du sicher glauben, dass er mit eben der Wollust auch Menschen zerfleischen würde, wenn ihn Gesetz, Gewohnheit und Strafe nicht hinderten" ³⁰⁾. Unter dem Einfluss der Roheitstheorie wurden im Laufe des 19. Jahrhunderts in zahlreichen Schweizer Kantonen (u.a. Bern 1844, Glarus 1846, Luzern 1861) Gesetzesbestimmungen gegen die Tierquälerei erlassen, die eine "rohe" Tat verlangten. Die Vorentwürfe zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch enthielten noch bis 1931 die Formulierung: "Wer vorsätzlich ein Tier 'roh' misshandelt ...". Jhering stellt die Roheitstheorie neben die Sittlichkeitstheorie ³¹⁾: "Im jugendlichen Tierquäler fürchten und verabscheuen wir den künftigen Menschenquäler; er beginnt beim Tier und endet beim Menschen. Auch hier ist es meiner Ansicht nach wiederum ein abgeleiteter Schutz, der dem Tiere zuteil wird. Im Tier schützt der

28) Immanuel Kant, 1724 - 1804

29) Z.B. bei Jenny, S. 30 und 70

30) Hommel, S. 256

31) Siehe hinten, II. A. 1. b.

Mensch sich selber, das Verbot der Grausamkeit, das er seinetwegen aufstellt, erfordert, dass es auch dem Tiere gegenüber geachtet werde" ³²⁾. Grund der Bestrafung der Tierquälerei ist "der Abscheu gegen die Grausamkeit überhaupt, die sich am Tier nur äussert" ³³⁾. Reichel sticht als Mitglied der zweiten Expertenkommission zum Schweizerischen Strafgesetzbuch gegenüber den anderen Referenten hervor mit der Stellungnahme: "Im Schutze der Tiere, wie er heute gefordert wird, liegt ein guter Teil Hypersentimentalität. Man will ja eigentlich die Roheit des Quälenden treffen und nicht so sehr das Tier schützen" ³⁴⁾. Zürcher geht zwar in seinen Erläuterungen zum Vorentwurf zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch davon aus, "dass ganz allgemein das Herrschaftsverhältnis des Menschen gegenüber der mit Bewusstsein und Schmerzgefühl ausgestatteten Tierwelt ein anderes ist als gegenüber den leblosen Dingen und der, nach unserer Kenntnis, seelischer Eigenschaften entbehrenden Pflanzenwelt". Dazu trete aber, fährt Zürcher fort, die Betrachtung, dass Grausamkeit oder auch nur äusserste Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Tiere, insbesondere dem höherstehenden, dieselbe Wurzel habe, wie Grausamkeit und Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Menschen: "Daher wird die Warnung des Gesetzgebers und sein erzieherisches Eingreifen gegenüber dem Tierquäler auch Verbrechen gegen Leib und Leben des Menschen vorbeugen" ³⁵⁾. Wahlberg begründet die Bestrafung der Tierquälerei mit der "antisozialen Unmenschlichkeit der Tat" und der "Gefahr der Verwilderung des Volkscharakters" ³⁶⁾. Schick stellt sich hinter die Roheitstheorie in der Ueberzeugung, der Tierquäler sei ein Mensch "von undeutscher Wesens- und Gemütsart": "Tierquälerei zeigt den asozial und staats-

32) Jhering, S. 141/142

33) Jhering, S. 141

34) Protokoll 2. ExpK StGB, Band VII, S. 181 f.

35) Zürcher, S. 490/491

36) Wahlberg, zitiert bei Beck, S. 20

gefährlich veranlagten Menschen, den Verbrecher" 37). Selbst in den Beratungen zum neuen Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 vertritt Nationalrat Ziegler noch die Auffassung, "Gefühllosigkeit gegenüber dem Tier" führe "zu Gefühlsverrohung, die sich auf das mitmenschliche Verhalten überträgt" 38).

ee. Würdigung der Roheitstheorie

Mendelssohn-Bartholdy, der zu den Vertretern des direkten Tierschutzes gehört 39), weist darauf hin, dass die Roheitstheorie dem "romanischen Typus" der Auffassung von der Tierquälerei entstamme; Grundidee sei die Bestrafung der Tierquälerei lediglich als Sachbeschädigung. Dazu komme aber noch der Schutz der Tatzeugen und der Schutz der Gesellschaft vor der Ansteckungsgefahr, die dieses Roheitsdelikt mit sich bringe 40). Die Idee, dass Tierquälerei auf einen schlechten, "rohen" Charakter des Täters schliessen lasse, ist uns jedenfalls nicht fremd; wir treffen sie recht häufig in allen Gattungen der deutschen Literatur. Von Goethe 41) stammen zum Beispiel die folgenden Zeilen:

"Wer Tiere quält, ist unbeseelt,
Und Gottes guter Geist ihm fehlt;
Mag noch so vornehm drein er schauen,
Man sollte niemals ihm vertrauen."

Der Philosoph Schopenhauer 42) - allerdings kein Vertreter der Roheitstheorie 43) - schreibt in seiner Preisschrift über die Grundlage der Moral, Mitleid mit Tieren hänge mit der Güte des Charakters so genau zusammen, dass man zuversichtlich behaupten dürfe, wer gegen Tiere grausam sei, könne kein guter Mensch sein 44).

37) Schick, S. 21

38) Ziegler, StenBull NR 1977, S. 1417

39) Siehe hinten, II. A. 2.

40) Mendelssohn-Bartholdy, S. 428 f.

41) Johann Wolfgang von Goethe, 1749 - 1832

42) Arthur Schopenhauer, 1788 - 1860

43) Vgl. hinten, II. A. 2. b. cc.

44) Schopenhauer, S. 637

Friedrich Theodor Vischer ⁴⁵⁾ schreibt 1878 seiner Roman-
gestalt Albert Einhart die folgende Auffassung zu:

"Den Satz, dass frühe Tierquäler oft zu
Mördern und in politischen Stürmen zu
Blutmenschen werden, stellte er nicht
nur als einen allgemeinen, unbedingten
hin, sondern stürmte los, als wäre er
auch umzudrehen, so dass folgte, jeder
Verbrecher müsse notwendig zuerst ein
Tierquäler gewesen sein".

Wilhelm Busch ⁴⁶⁾, um ein letztes literarisches Bei-
spiel anzuführen, stellt Max und Moritz dem Leser vor,
indem er diese Witwe Boltens Hühnern im Ersten Streich
arg zusetzen lässt, bevor die beiden Bösewichter, die
in Meister Müllers Mühletrichter enden, in weiteren
Streichen ihre Mitmenschen terrorisieren.

Auch heute ist die Idee, dass die Misshandlung von Tie-
ren den Menschen verrohe, immer wieder anzutreffen: Lo-
renz glaubt, dass "Grausamkeiten gegen Tiere nicht nur
unmenschlich sind, sondern auf die Dauer auch entmen-
schend wirken". Zum speziellen Problem der industriellen
Tierhaltung meint Lorenz: "Aus der Batteriehaltung
der Hühner erwächst eine unleugbare Gefühlsabstumpfung,
ja Verrohung, von der die mit Intensivhaltung beschäf-
tigten Züchter und Eierfabrikanten befallen werden.
Schon die Tatsache, dass diese Menschen, die ja jeden
Tag mit den gequälten Tieren in Berührung sind, ihre
Tiere und vorallem deren Verhalten überhaupt nicht ken-
nen, besagt, dass sie das nicht kennen wollen. Sie be-
finden sich ohne Zweifel in einem Gewissenskonflikt,
der auch für ihre eigene seelische Gesundheit gefähr-
lich werden kann" ⁴⁷⁾.

So einfühlbar nun die "instinktive Abneigung, der Wi-

45) Friedrich Theodor Vischer, 1807 - 1887

46) Wilhelm Busch, 1832 - 1908

47) Konrad Lorenz, Dokumentation über Tierhaltung

derwille gegen jemanden, der etwas Wehrlosem Schmerz zufügt" ⁴⁸⁾ ist, so unvertretbar erscheint demgegenüber die Roheitstheorie in juristischer Hinsicht. Sie wird denn auch heute nur noch selten vertreten. Nicht zu folgen ist Stratenwerth, der die Auffassung, dass "erzieherisches Eingreifen des Gesetzgebers gegenüber dem Tierquäler auch Verbrechen gegen Leib und Leben des Menschen vorbeuge" zusammen mit der Interessenschutztheorie ⁴⁹⁾ als "neuerdings" anzutreffende Lehre bezeichnet ⁵⁰⁾.

Vom ethischen Tierschutzgedanken her kann uns die Roheitstheorie darum nicht befriedigen, weil sie den Tierschutz vollends zum Menschenschutz umfunktioniert; den Schutz der Tiere bedarf es nur zwecks Selbstschutz der Menschen.

Der juristische Mangel der Theorie liegt nun aber, wie Altwegg ⁵¹⁾ zutreffend feststellt, darin, dass diese an der Tatsache vorbeigeht, dass nach unserem Rechtsbewusstsein Strafbarkeit der Tat an sich vorliegen muss. Die Roheitstheorie will aber nicht die Tierquälerei als solche, sondern vielmehr die angeblich gemeingefährliche Gesinnung des Täters strafrechtlich verfolgt wissen. Unser Strafrecht kennt aber die gefährliche Gesinnung nicht als strafbegründendes Element, sondern nur allenfalls als subjektives Tatbestandsmerkmal, auf das bei der Wahl der Strafart und bei der Strafzumessung abzustellen ist; hier allerdings kann sie "von entscheidendem Einfluss" sein ⁵²⁾. So bestraft zum Beispiel Art. 111 StGB die vorsätzliche Tötung eines Menschen mit "Zuchthaus nicht unter fünf Jahren"; hat der Täter aber mit einer "Ueberlegung getötet, die seine

48) Jenny, S. 71

49) Siehe hinten, II. A. 2. a.

50) Stratenwerth II, S. 512

51) Altwegg, S. 14/15

52) Jenny, S. 73

besonders verwerfliche Gesinnung oder seine Gefährlichkeit" offenbart, so muss er dafür mit lebenslänglichem Zuchthaus büssen (Art. 112 StGB). Um einen qualifizierten Diebstahl im Sinne von Art. 137 Ziff. 2 Abs. 4 StGB handelt es sich, wenn "der Diebstahl ... die besondere Gefährlichkeit des Täters offenbart". Jenny bestätigt, dass es "gesetzliche Bestimmungen, die allein auf das Moment der Gefährlichkeit des Täters abstellen, nicht gibt" ⁵³⁾.

Im Uebrigen offenbart natürlich jedes Verbrechen oder Vergehen eine gewisse charakterliche Roheit des Täters, denn ohne eine solche würde sich dieser ja gar nicht zu einer Gesetzesverletzung hinreissen lassen.

Die heutige herrschende Lehre hat die Roheitstheorie überwunden; Bedeutung und Verdienst dieser Theorie liegen aber darin, dass sie "dem Tierschutzgedanken in seiner ersten Etappe zu Beginn des 19. Jahrhunderts zur rechtlichen Durchsetzung verholfen" ⁵⁴⁾ und damit den strafrechtlichen echten Tierschutz überhaupt begründet hat.

b. Die Sittlichkeitstheorie

aa. Die Theorie

Der Gesetzgeber soll nicht nur eigentliche Rechtsverletzungen, sondern auch unsittliche Handlungen unter Strafe stellen. Eine solche unsittliche Handlung ist die Tierquälerei; sie steht im Widerspruch zum sittlichen Empfinden der Allgemeinheit.

⁵³⁾ Jenny, S. 70

⁵⁴⁾ Jenny, S. 71

bb. Das Schutzobjekt

Die Tierquälerei verstösst gegen die allgemeine, öffentliche Sittlichkeit. Der Tatbestand schützt demnach diese allgemeine, öffentliche Sittlichkeit, die Sittenordnung, die Gesamtheit der geltenden objektiven Sittlichkeitsgebote, "die Anschauung des Volkes über die Sittlichkeit" 55).

cc. Das Tatobjekt

Wie schon bei der Roheitstheorie muss auch bei der Sittlichkeitstheorie das Tatobjekt Tier in naturwissenschaftlicher Hinsicht nicht grundsätzlich eingeschränkt werden. Wiederum tritt ein menschliches Gut als Schutzobjekt auf, und dieses, hier die Sittlichkeit, bestimmt das Tatobjekt. Als solches kommen alle Tiere in Frage, gegen die ein Angriff "in der Anschauung des Volkes" als unsittliche Handlung empfunden wird. Wann dies der Fall ist, hat der Richter zu entscheiden.

dd. Vertreter der Sittlichkeitstheorie

Vor 150 Jahren begründete Abegg die Ansicht, dass Tierquälerei als Verstoss gegen die allgemeine Sittlichkeit bestraft werden sollte, damit, dass der Staat keine blosser "Rechtsanstalt" sei, und "die Gesetzgebung nach ihrem historischen und nationalen Standpunkte und Bedürfnisse manches, was sittlich verwerflich ist, auch mit einer eigenen Ahndung bedrohen sollte, wenn überhaupt in dem Staate Religion und Sitte nicht gleichgültig betrachtet werden". Nach Abegg wird durch die Tierquälerei die Sitte selber angegriffen. Da dem Tier kein Recht zukomme, sei vom Menschen auszugehen: "Der Mensch

55) Altwegg, S. 14

hat Pflichten auch gegen das Tier, insbesondere die, dasselbe nicht zu quälen. Ja, man kann es zu den Pflichten des Menschen gegen sich selbst rechnen, in allen Verhältnissen sich sittlich, würdig zu benehmen". Inwieweit allerdings das Strafrecht diese Pflichten des Menschen gegen sich selbst erzwingen solle, könne nur auf geschichtlichem Wege unter Berücksichtigung der Verhältnisse und der Bildungsstufe eines bestimmten Volkes zu einer bestimmten Zeit entschieden werden ⁵⁶⁾. Günther geht davon aus, dass der Charakter eines Verbrechens "im allgemeinen, wo nicht einzig, doch hauptsächlich in der Verletzung eines Gutes" bestehe; zu den wichtigsten Gütern der zivilisierten Menschheit gehöre ein gewisser Grad von "öffentlicher Sittlichkeit", ohne die der Staat nie bestehen könne. Derjenige aber, der sich der Tierquälerei schuldig mache, verletze jenes Gemeingut der zivilisierten und insbesondere der christlichen Menschheit in einer Weise, "welche die Strafe der Gerechtigkeit" gegen ihn hervorrufe ⁵⁷⁾. Von Ehrenstein erachtet den Staat als dazu verpflichtet, unsittliche Handlungen zu bestrafen, denn dieser habe "den höchsten moralischen Anforderungen seinen Arm zu leihen". Nicht gegen die allgemeine Sittlichkeit verstosse die "vernünftige Benutzung" der Tiere, denn die Vernunft erhebe den Menschen über das Tier. "Will man aber insbesondere die einzelnen Merkmale zusammenstellen, die im wesentlichen eine Handlung zur Tierquälerei machen, so ist dies jede, entweder nicht zum Bedürfnisse oder nicht zum Nutzen des Menschen dienende Unterlassung oder positive Handlung, durch welche unter Verursachung unnötiger Schmerzen der organische Lebenszu-

56) Abegg, Band 12, S. 622/623; vgl. auch Abegg, Band 33, S. 102 ff.

57) Domherr Günther, Ordinarius der Juristischen Fakultät zu Leipzig und Urheber der Strafbestimmung gegen die Tierquälerei im Sächsischen Kriminalgesetzbuch von 1838, angeführt bei Hippel, S. 113, Altwegg, S. 13/14, Jenny, S. 74

stand eines Tieres gegen oder über dessen Natur und Kräfte gestört und verkümmert wird" ⁵⁸⁾. Jhering schliesslich stellt die Frage, ob das Tier als "Zwecksubjekt des Sittlichen" anzusehen sei und kommt zu folgendem Schluss: "Das Sittengesetz verbietet uns Tierquälerei, folglich kann man sagen, erkennt dasselbe auch gegen das Tier Pflichten an". Das Tier verdanke seinen Schutz "einer Reflexwirkung der ausschliesslich auf den Menschen als Zwecksubjekt bezogenen Idee des Sittlichen" ⁵⁹⁾.

ee. Würdigung der Sittlichkeitstheorie

Der Begriff der allgemeinen oder öffentlichen Sittlichkeit ist schwer zu fassen. Binding hält diese für ein viel zu unbestimmtes "Scheingut", als dass damit eine Strafe gerechtfertigt werden könnte ⁶⁰⁾. Altwegg gibt zu bedenken, dass die Sittlichkeit, "als Zustand gefasst, jedenfalls etwas rein formelles, äusserliches, im Verhältnis zur sittlichen Ueberzeugung der Gesellschaft" sei. Eine Verletzung der Sittlichkeit könne deshalb auch nur als etwas Formales, als ein Handeln wider die sittlichen Normen aufgefasst werden. Damit sei aber über das eigentliche Objekt des strafbaren Angriffes ebensowenig gesagt wie mit der Bezeichnung "unsittlich". "Gewiss war man sich darüber einig, dass die unnötige Schmerzerregung an dem Menschen verwandten Geschöpfen den unsittlichen Akt darstelle, der Strafe verdiene, und man hätte daraus leicht den Schluss ziehen können, dass ein tierisches Interesse durch die Strafandrohung geschützt werden solle. Aber man ging nicht soweit, weil der rechtliche Schutz eines tierischen Interesses der Rechtswissenschaft

58) Von Ehrenstein, angeführt bei Hippel, S. 113, Jenny, S. 74

59) Jhering, S. 139/140

60) Binding, Normen I, S. 338 ff.

zu fremdartig war" ⁶¹⁾. Jenny meint, die Sittlichkeit als abstrakter Begriff sei ebensowenig verletzlich wie die Rechtsordnung in ihrer Allgemeinheit ⁶²⁾. Der Mangel der Sittlichkeitstheorie liegt in der Tat daran, dass sie für den Tatbestand der Tierquälerei hervorstreicht, was das Wesen jedes Deliktes ausmacht: Immer hat das Strafrecht mit menschlichen Verhaltensweisen zu tun, die der allgemeinen Sittenordnung zuwiderlaufen, darum werden diese Verhaltensweisen ja gerade unter Strafe gestellt. Dem Schutzobjekt der Sittenordnung fehlt jede Bestimmtheit. Nur "in Ermangelung einer besseren Antwort" ⁶³⁾, ohne "die realen Subjekte und deren Einzelgüter, um deren Bedrohung es sich handelt, aufzusuchen" ⁶⁴⁾, kann die Strafbarkeit einer Handlung mit ihrer Unsittlichkeit begründet werden.

c. Die Gefühlsschutztheorie

aa. Die Theorie

aaa. Die strenge Gefühlsschutztheorie

Der strafrechtliche echte Tierschutz soll um der menschlichen Gefühle willen erfolgen: Die Tierquälerei verursacht ein Mitleidsgefühl und stumpft es ab, sie erregt Empörung oder Aergernis. Allerdings kann nur eine in der Öffentlichkeit erfolgte und damit nur eine positive, konkrete Gefühlsverletzung bestraft werden.

61) Altwegg, S. 14

62) Jenny, S. 75

63) Altwegg, S. 13

64) Bregenzer, S. 344

bbb. Die milde Gefühlsschutztheorie

Die milde Gefühlsschutztheorie verlangt nicht mehr eine tatsächliche Gefühlsverletzung, sondern behilft sich mit der "Präsumtion, dass die Handlung immer jemanden verletze" ⁶⁵⁾.

bb. Das Schutzobjekt

Strafrechtlich geahndet werden soll die Gefühlsverletzung; Schutzobjekt ist das menschliche Gefühl, und zwar das Mitleids-, Empörungs- oder Aergernisgefühl.

cc. Das Tatobjekt

Entsprechend dem Wesen des indirekten Tierschutzes steht auch bei der Gefühlsschutztheorie nicht der Angriff auf das Tier, sondern die Gefühlsverletzung im Vordergrund; als Tatobjekt kommt demnach jedes Tier in Frage, dessen Misshandlung durch einen Menschen auf andere Menschen gefühlsverletzend wirken kann.

dd. Vertreter der Gefühlsschutztheorie

Die Literatur widmet der Gefühlsschutztheorie unter den drei Theorien zum indirekten Tierschutz (Roheits-, Sittlichkeits- und Gefühlsschutztheorie) den breitesten Raum. Im Jahre 1920 bezeichnete Altwegg die Gefühlsschutztheorie als herrschende Lehre ⁶⁶⁾, heute wird sie nicht mehr vertreten ⁶⁷⁾. Verstehen die einen Autoren unter dem Begriff "Gefühl" im Zusammenhang mit dem strafrechtlichen Tierschutz ein menschliches Mitleids- oder Mitgefühl, so sprechen andere von einem öffentli-

65) Jenny, S. 76

66) Altwegg, S. 16; vgl. dazu auch Beck, S. 17

67) Vgl. dazu Hafter, S. 475, Anm. 1

chen Sittlichkeitsgefühl und setzen die Verletzung dieses öffentlichen Sittlichkeitsgefühles der Erregung allgemeiner Empörung oder der Erregung öffentlichen Aergernisses gleich. Binding hält die "Empörungsempfindung" für das "Resultat vollendeter Gefühlsverletzung, deren Erzeugung die Gesetzbücher als die Erregung von Aergernis bezeichnen" ⁶⁸⁾.

aaa. Vertreter der strengen Gefühlsschutztheorie

Nach von Mohl muss der Staat im sittenpolizeilichen Interesse gegen die Tierquälerei einschreiten, weil sie das Mitgefühl abstumpfe. Die Beschränkung auf die Aergernis gebenden Handlungen sei gerechtfertigt, wenn schon die Sitten- und Religionslehre noch weiter gehen müssten ⁶⁹⁾. Kohler verlangt, dass ein Aergernis während bzw. durch die tierquälerische Tat selber verursacht werden müsse; es genüge nicht, wenn jemand die Handlung erst später aufgrund von Spuren oder Zeugenaussagen zur Kenntnis nehme ⁷⁰⁾.

bbb. Vertreter der milden Gefühlsschutztheorie

Berner, anfänglich der Auffassung, dass es keine Verbrechen gegen die Gottheit und die Tiere gebe, denn wo keine Persönlichkeit verletzt werde, könne auch kein Recht verletzt werden, vertritt 1886 den direkten Tiererschutz ⁷¹⁾. In den nach 1886 erschienenen Auflagen seines Lehrbuches schreibt er, das sittliche Gefühl des Menschen empfinde bei Tiermisshandlungen ein Aergernis,

68) Binding, Lehrbuch, S. 176/177

69) Robert von Mohl, Das Polizeistrafgesetzbuch für das Königreich Württemberg, ohne Jahr, angeführt bei Jenny, S. 76/77

70) Kohler, angeführt bei Jenny, S. 79

71) Vgl. hinten, II. A. 2.

weil der sittliche Mensch das Bewusstsein habe, dass auch dem Tier ein Schutz gebühre. Die Tierquälerei sei demnach strafbar als eine Verletzung des sittlichen Gefühls des Menschen ⁷²⁾. Binding hält das menschliche Mitgefühl für das durch den Tatbestand der Tierquälerei geschützte Rechtsgut, erkennt aber die Unhaltbarkeit eines Nachweises einer positiven Gefühlsverletzung. Er wendet sich daher gegen die Auffassung, dass eine Tierquälerei öffentlich oder in ärgerniserregender Weise begangen werden müsse ⁷³⁾. Von Hippel vertritt die Ansicht, dass es in der Praxis einerlei sei, ob nun die Tierquälerei als eine Verletzung tierischer Rechte oder des menschlichen Sittlichkeitsgefühls betrachtet werde. Unser "menschliches Gefühl des Mitleides" berühre es unangenehm, "Wesen, deren Fähigkeit der Schmerzempfindung wir voraussetzen, Leiden unterworfen zu wissen. Hätten wir dieses Gefühl nicht, wir würden jenen Leiden völlig kalt und interesselos gegenüber stehen. Wir würden weder bestrebt sein, dieselben überhaupt zu vermeiden, noch könnten wir gar auf den Gedanken eines strafrechtlichen Einschreitens verfallen. Nur dadurch also kommt die Bestrafung der Tierquälerei zustande, dass wir ein vielleicht vorhandenes tierisches Interesse mit vollster Zweifellosgigkeit als unser eigenstes menschliches Interesse empfinden." Von Hippel gelangt zur Feststellung, der Grund für die Bestrafung der Tierquälerei bestehe im Angriff auf das menschliche Sittlichkeitsgefühl, in der "Verletzung der Empfindung des Mitleids" ⁷⁴⁾. Schliesslich nähert er sich mit seiner Auffassung stark der Roheitstheorie, indem er ausführt, es sei ein ganz elementarer Satz der Religion und der Sittlichkeit, dass der Mensch die Tiere zu seinen "vernünftigen Zwecken benutzen und abnutzen, gebrauchen und verbrauchen" dürfe. Wo aber "die durch den Gebrauch

72) Berner, 18. Auflage, S. 696

73) Binding, Lehrbuch, S. 192/193

74) Hippel, S. 125

der Tiere herbeigeführte Abstumpfung des Mitleides für die Gesellschaft gefährlicher ist, als die durch Unterlassung des Gebrauchs erzeugte Schädigung menschlicher Interessen, da ist ein solches Verbot, andernfalls die Gestattung angezeigt" ⁷⁵⁾. Misch reiht die Tierquälerei unter diejenigen Vergehen, "die nicht geeignet sind, einen anderen Schaden als den der Gefühlsverletzung oder der Gefühlsabstumpfung hervorzubringen". Nach Misch rufen zwar die Mehrheit aller Straftatbestände eine gefühlsverletzende Wirkung hervor, doch sei in zahlreichen anderen Fällen (als demjenigen der Tierquälerei) die Gefühlsverletzung durch die gleichzeitige Verletzung eines anderen Rechtsgutes als konsumiert anzusehen ⁷⁶⁾. Zürcher neigt in seinen Erläuterungen zum Vorentwurf zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch wie von Hippel zur Roheitstheorie, wenn er schreibt: "Die Verletzung von Gefühlen wird aus zwei Gesichtspunkten unter Strafe gestellt. Einmal, weil sie eine Zufügung seelischen Schmerzes bei denjenigen bedeutet, in welchen das Gefühl tiefer wurzelt. Sodann, weil durch die ungestrafte Verletzung das Gefühl sich abstumpfen kann und die Versuchung zu Handlungen verstärkt wird, welche der sittlichen Auffassung, mit welcher das Gefühl verwachsen ist, zuwider sind" ⁷⁷⁾. Beck vertritt im Einklang mit der damaligen herrschenden Lehre die Gefühlsschutztheorie unter Berufung auf Zürcher sowie auf von Hippel, dem sie darin zustimmt, dass es gleichgültig sei, "ob wir ein Recht der Tiere anerkennen oder als Schutzobjekt das menschliche Gefühl ansehen". Nur habe, schliesst Beck, "die zweite Auffassung den grossen Vorteil, dass sie ohne weiteres juristisch durchführbar ist. Durch die Tierquälereibestimmung soll dasjenige Gefühl geschützt werden, das uns

75) Hippel, S. 130

76) Misch, S. 45 f.

77) Zürcher, S. 248

sagt: es ist unsittlich, wenn der Mensch seine Gewalt über das Tier, das Schmerz empfinden kann, schrankenlos ausübt" ⁷⁸⁾. Liszt lehrt, dass nach der Deutschen Reichsgesetzgebung die Tierquälerei als "Verletzung des Sittlichkeitsgefühls der Bevölkerung" unter Strafe gestellt werden müsse ⁷⁹⁾. Allfeld hält den Tatbestand der Tierquälerei darum für strafwürdig, "weil durch das Quälen von Tieren in das Gefühlsleben der Menschen verletzend eingegriffen" werde ⁸⁰⁾. Wohl auch zu den Vertretern der Gefühlsschutztheorie gehört Petrzilka, nach dessen Zürcher Erläuterungen zum Schweizerischen Strafgesetzbuch Art. 264 StGB "das Empfinden anständiger Menschen für die Tierwelt" schütze ⁸¹⁾. Endlich bezeichnet Merki noch im Jahre 1948 das Tier als "schmerzempfindendes Sachgut", "dessen Beschädigung und Misshandlung Reaktionen hervorrufen, welche dem Menschen nicht gleichgültig sind. Er sieht und fühlt bei der Tierquälerei vielmehr die Leiden mit und wird dadurch in seinem Gefühlsleben verletzt. Rechtsgut ist daher das menschliche Mitgefühl mit dem gequälten Tier" ⁸²⁾.

ee. Würdigung der Gefühlsschutztheorie

aaa. Die Abgrenzung gegenüber der Roheitstheorie

Dem Leser wird aufgefallen sein, dass sich Roheitstheorie und Gefühlsschutztheorie teilweise zu überschneiden scheinen. In der Tat lassen sich einige der zitierten Meinungen ebensogut zur einen wie zur anderen Theorie anführen. Zur Unterscheidung der beiden Theorien müssen wir uns das Folgende vor Augen halten: Den Vertretern

78) Beck, S. 27/28

79) Liszt, S. 623

80) Allfeld, S. 593

81) Petrzilka, S. 365

82) Merki, S. 175

der Roheitstheorie geht es nicht darum, den Menschen in seinem Gefühlsleben zu schützen. Vielmehr fordert die Angst vor der Roheit des Täters, der Selbstschutzzgedanke der menschlichen Gesellschaft eine strafrechtliche Ahndung der Tierquälerei. Demgegenüber verpönt die Gefühlsschutztheorie in erster Linie die Verletzung des menschlichen Gefühls, die Verursachung einer emotionalen Reaktion, wenn sie auch die Abstumpfung des Gefühls und damit die Verrohung als eine zusätzliche schädliche Folge der Tierquälerei erachtet.

bbb. Das geschützte Gefühl

Der Begriff des "Gefühls" als Schutzobjekt bedarf einer Präzisierung: Einmal können wir unter dem Gefühl den seelischen Zustand verstehen, der vor der Tat vorhanden war ⁸³⁾, also das menschliche Empfindungsleben in einem Ruhezustand. Geschützt werden soll hier die menschliche Gefühlslage vor einer unerwünschten (vorübergehenden) Veränderung ⁸⁴⁾; Gefühlsverletzung bedeutet dann Aenderung der Gefühlslage. Im weiteren können wir unter dem Begriff des Gefühls aber auch eine Gefühlsbereitschaft verstehen, eine Bereitschaft mitzufühlen, mitzuempfinden, eine Bereitschaft, die nur durch wiederholte Beeinträchtigung mehr und mehr abgestumpft und abgeschwächt werden kann ⁸⁵⁾.

ccc. Das Gefühl als Rechtsgut

Wie weit Gefühle oder Gefühlszustände überhaupt zu Rechtsgütern taugen, ist nicht unbestritten ⁸⁶⁾. Nach der Auffassung von Schrag kann das Strafrecht Gefühle

83) Vgl. dazu Altwegg, S. 25

84) Vgl. dazu Schrag, S. 26

85) Vgl. dazu Schrag, S. 26

86) Vgl. dazu Misch und Schrag

unmittelbar nicht schützen, sondern nur "die Freiheit ihrer Betätigung"; diese sei aber in der Regel gegeben und bedürfe des strafrechtlichen Schutzes nicht⁸⁷⁾. Bedienen wir uns der Definition des Rechtsgutes als eines Individual- oder Gemeinschaftsinteresses⁸⁸⁾, so ist kein Grund ersichtlich, warum das Interesse, in seinem individuellen Gefühlsleben nicht verletzt zu werden, also das Interesse an der eigenen psychischen Integrität im weitesten Sinne, nicht zum Rechtsgut erhoben werden könnte. Gewiss besitzt der Mensch ein Interesse an Freiheit vor Unlustgefühlen und seelischem Schmerz. Jedenfalls bezeichnen Lehre und Rechtsprechung zum Schweizerischen Strafgesetzbuch verschiedentlich Gefühle, manchmal zusammen mit anderen Rechtsgütern, als Schutzobjekt eines Tatbestandes: Nach Stratenwerth geht es vorab in der Sache der Sittlichkeitsdelikte im Sinne von Art. 203 ff. StGB "im allgemeinen um die Verletzung des Scham- und Sittlichkeitsgefühles in sexuellen Belangen"⁸⁹⁾; Schwander spricht in diesem Zusammenhang von einer "Verletzung des sittlichen Anstandsgefühles"⁹⁰⁾. Gemäss einem nicht unwidersprochen gebliebenen Entscheid des Bundesgerichtes⁹¹⁾ richten sich die Ehrverletzungsdelikte gegen "das Gefühl des Betroffenen, ein ehrbarer Mensch zu sein"⁹²⁾. Art. 261 StGB will unter der Marginalie "Störung der Glaubens- und Kultusfreiheit" nach der Auffassung Stratenwerths "religiöse Ueberzeugungen und Gefühle gegen die krasse Verletzung durch andere schützen"⁹³⁾. Wer schliesslich den Totenfrieden missachtet, verstösst gegen Art. 262 StGB, welche Bestimmung "nach allgemeiner Auffassung das Gefühl der Pietät gegenüber dem To-

87) Schrag, S. 31

88) Hauser/Rehberg, S. 20

89) Stratenwerth II, S. 366

90) Schwander, Nr. 637

91) BGE 93 IV 21, ferner BGE 80 IV 164

92) Kritisch dazu Stratenwerth I, S. 106/107

93) Stratenwerth II, S. 507, sowie BGE 86 IV 23

ten und seiner Ruhestätte" schützt ⁹⁴⁾.

ddd. Zur Frage einer Eingrenzung des Tatobjek-
 tes

Einige Vertreter der Gefühlsschutztheorie erwähnen als Schutzobjekt nur das Mit- oder Mitleidsgefühl (in einem engen Sinne) und scheinen damit als Tatobjekte nur Tiere, "deren Fähigkeit der Schmerzempfindung wir voraussetzen" ⁹⁵⁾ in Betracht zu ziehen. So verlangen zum Beispiel von Hippel und Merki ausdrücklich "Leiden" der misshandelten Kreatur, Beck spricht vom "Tier, das Schmerz empfinden kann" ⁹⁶⁾. Eine solche Einschränkung des Tatobjektes auf schmerzempfindliche Tiere ist aber abzulehnen: Wie wir schon im Zusammenhang mit der Roheits- und der Sittlichkeitstheorie gesehen haben, muss beim indirekten Tierschutz das Tatobjekt aus der Sicht menschlicher Interessen abgegrenzt werden. Fragen müssen wir uns also, ob nur der Angriff auf ein schmerzempfindendes Tier ein Mitgefühl erwecken könne. Dem ist nicht so: Das Mitleidsempfinden kann nicht von Kenntnissen über die tatsächliche Leidensfähigkeit eines Tieres abhängig gemacht werden. Das Gefühl steht im Gegensatz zu Vernunft und Wissen und ist von diesen beiden geistigen Anlagen kaum beeinflussbar. Als Tatobjekte nur schmerzempfindende Tiere gelten zu lassen, würde heissen, seitens des möglichen "Geschädigten" naturwissenschaftliche Kenntnisse über das Schmerzempfinden der Tiere vorauszusetzen; derjenige, der mit einem "misshandelten" nicht-leidensfähigen Tier Mitleid empfindet, etwa mit dem Hummer, der lebend in kochendes Wasser geworfen wird, wäre in seinem verletzten Gefühle nicht zu schützen, auch wenn sein Mitleid einem Durchschnittsempfinden entsprechen würde. Wir hätten

94) Stratenwerth II, S. 511

95) Hippel, S. 125

96) Vgl. vorne, II. A. 1. c. dd.

zwischen irrtümlichen und berechtigten Gefühlen zu unterscheiden, je nach zoologischem Bau der Tiere. Strafgrund ist aber gerade die Gefühlsverletzung als solche und nicht eine allfällige Schmerzzufügung an ein Tier. Natürlich müssen wir, um nicht zu praktisch unhaltbaren Ergebnissen zu gelangen, verlangen, dass die Tathandlung objektiv geeignet ist, ein Mitleidsgefühl zu erregen. Dies hängt jedoch nicht vom Tier selber ab, sondern von der Einstellung der Menschen zum Tier, mithin vom ethischen Bewusstsein der Bevölkerung. Franz von Assisi empfindet in Federers "Das letzte Stündlein des Papstes" Mitleid mit einem Spinnlein, dem er in den Vatikanischen Gärten das Netz zerissen hat ⁹⁷⁾.

Auch Altwegg erkennt wohl, dass auf eine Leidensfähigkeit des Tieres nichts ankommen kann, wenn er schreibt, bei einem "richtigen Gefühlsschutz" müssten alle Menschen geschützt werden, und zwar in ihren eigenen Gefühlen, gleichgültig, ob diese nun dem durchschnittlichen Empfinden entsprechen oder aber besonders fein entwickelt sein würden. Ein besonders stark entwickeltes Gefühl müsste nach Altwegg sogar "erhöhten Anspruch auf den Schutz des Gesetzes machen können, weil es seiner am dringendsten bedürfte"; diese Forderung sei mit der Strafgerechtigkeit auf das engste verknüpft ⁹⁸⁾.

Noch viel weniger braucht bei den Gefühlen der Empörung und des Aergernisses auf eine Schmerzempfindlichkeit des Tieres abgestellt zu werden; diese Gefühle können ebensogut irgendein sittliches Bewusstsein zur Ursache haben. Die Gefühlsverletzung erfolgt dann nicht durch die Wahrnehmung eines echten oder vermeint-

97) Heinrich Federer (1866 - 1928), Umbrische Geschichten, Das letzte Stündlein des Papstes (1921)

98) Altwegg, S. 27

lichen tierischen Leidens, sondern durch die "durch die normwidrige Handlung verursachte Veränderung, die eine Verletzung der vom Normbewusstsein aufgestellten Pflicht bedeutet" ⁹⁹⁾.

eee.

Kritik der Gefühlsschutztheorie

Zu Recht kritisiert wird von den meisten Autoren die strenge Gefühlsschutztheorie, welche den Nachweis einer positiven Gefühlsverletzung verlangt. Schon von Mendelssohn-Bartholdy fühlt sich versucht, auf die dieser Theorie zugrunde liegende Anschauung und Motivation das Wort vom "Hausteufel und Gassenengel" ¹⁰⁰⁾ anzuwenden: "Die Sittlichkeit und Rechtlichkeit liegt nicht auf der Strasse und nicht auf dem Markt, sie liegt im Charakter der einzelnen Volksgenossen." Wenn ein Gesetzgeber die Tierquälerei bestrafe, "weil dem Nachbarn der Mittagsschlaf des ruhigen Bürgers durch den Anblick des Deliktsvorganges ... gestört worden ist", so sei dies ein Kennzeichen dafür, dass er den Materialismus im Erkenntnisvermögen noch nicht abgeworfen habe. Auch Jenny stellt zutreffend fest, die strenge Gefühlsschutztheorie fordere den Täter geradezu auf: "Begib dich in deine vier Wände oder sonst an einen einsamen Ort, wenn du das Quälen von schwächeren Geschöpfen nicht lassen kannst!" Wer straflos bleiben wolle, müsse einfach "seine tierquälerischen Gelüste im Stillen unter Ausschluss der Oeffentlichkeit" befriedigen ¹⁰¹⁾. Trotz dieses klaren Mangels ist die Theorie um die Mitte des 19. Jahrhunderts in einer stattlichen Zahl von kantonalen Gesetzen verwirklicht worden. So verlangten Schaffhausen ¹⁰²⁾,

99) Altwegg, S. 26

100) Mendelssohn-Bartholdy, S. 447

101) Jenny, S. 76

102) Schaffhausen, Zuchtpolizeigesetz, 1842, § 85

Bern ¹⁰³⁾, Glarus ¹⁰⁴⁾ und Graubünden ¹⁰⁵⁾ alle in einer entsprechenden Bestimmung die Verursachung von konkretem "Aergernis" durch die Tat der Tierquälerei. Analog dazu forderten in der gleichen Zeit Waadt ¹⁰⁶⁾, Freiburg ¹⁰⁷⁾, Neuenburg ¹⁰⁸⁾, Wallis ¹⁰⁹⁾, Genf ¹¹⁰⁾ und Tessin ¹¹¹⁾ eine "öffentliche" Tatbegehung. Die Praxis erkannte indessen schon bald, welche unhaltbaren Vorstellungen mit der strengen Gefühlsschutztheorie verbunden waren. In der Folge gelangte sie zur Fiktion, dass es unerheblich sei, ob die Verletzung in jemandes Empfinden gerade während der Tat geschehe oder erst später dadurch, dass irgend ein Umstand den Vorfall in der Vorstellung des Betroffenen reproduziere. Schliesslich behelfen sich mit der Zeit auch die Vertreter der strengen Gefühlsschutztheorie mit der "praesumptio iuris et de iure, dass die Handlung immer jemanden verletze" ¹¹²⁾. Schaffhausen sah 12 Jahre nach Inkrafttreten seines Zuchtpolizeigesetzes von 1842 und Bern nach 13-jähriger Geltungsdauer seines Dekretes von 1844 vom Erfordernis der Aergerniserregung durch die Tierquälerei ab. Der Kanton Tessin verzichtete 1874, der Kanton Waadt 1876 und der Kanton Genf 1878 auf die Voraussetzung der öffentlichen Tatbegehung.

Einige juristische Autoren haben sich aber stets grundsätzlich gegen irgendeine Form der Gefühlsschutzlehre bei der gesetzlichen Erfassung der Tierquälerei gewendet. Sie beriefen sich dabei gerne auf Schopenhauer, der sich vehement gegen die kant'sche Auffassung, der strafrechtliche Schutz der Tiere diene nur der Erhal-

-
- 103) Bern, Dekret wider die Tierquälerei, 1844, § 1
104) Glarus, Verordnung gegen Tierquälerei, 1846, § 1
105) Graubünden, Polizeistrafgesetz, 1873, § 22
106) Waadt, Code pénal, 1843, Art. 139
107) Freiburg, Strafgesetz, 1852, Art. 1
108) Neuenburg, Code pénal, 1855, Art. 260, Nr. 9
109) Wallis, Code pénal, 1858/1859, Art. 340
110) Genf, Code pénal, 1874, Art. 385, § 11
111) Tessin, Codice penale, 1873, Art. 426
112) Misch, S. 34

tung der Gefühlsfähigkeit gegenüber dem Menschen ¹¹³⁾,
verwarnte: "Also bloss zur Uebung soll man mit den
Tieren Mitleid haben, und sie sind gleichsam das patho-
logische Phantom zur Uebung des Mitleides mit den Men-
schen. Ich finde ... solche Sätze empörend und abscheu-
lich" ¹¹⁴⁾. Salkowski hält die Annahme der Verletzung
des Sittlichkeitsgefühles des Einzelnen oder der All-
gemeinheit für ein "Ersatzstück", da alle Vergehen Ge-
fühle verletzten ¹¹⁵⁾. Dieser Auffassung schliesst sich
Schräg an: "Jedes Verbrechen verletzt Gefühle ... und
die betreffenden Strafbestimmungen schützen sie folg-
lich auch. Deswegen aber hat der Strafgesetzgeber sie
nicht erlassen; die anderen Rechtsgüter scheinen ihm
so viel wichtiger, dass er die Gefühle gar nicht mehr
beachtet" ¹¹⁶⁾. Dem hält Misch entgegen, einen alleinigen
Schutz des Gefühles bezweckten diejenigen Normen
des Strafrechts, deren Tatbestandshandlungen nicht ge-
eignet seien, "dem Einzelnen einen anderen Schaden un-
mittelbar zuzufügen als den, dass durch die Begehung
des Deliktes sein Gefühl verletzt wird", und "der Ge-
samtheit ... einen anderen Schaden zuzufügen als den,
dass bei ihren Gliedern die Eigenschaft, auf gewisse
Reize in bestimmter Weise fühlend zu reagieren, abge-
stumpft wird" ¹¹⁷⁾. Altwegg hält die Gefühlsschutz-
theorie "für einen Schädling innerhalb der Rechtswissen-
schaft, mit dem kein Pakt zu schliessen ist" ¹¹⁸⁾ und
stellt zusammenfassend fest, dass diese Theorie den
psychischen Reflex der Handlung zum strafbaren Tatbe-
stand erhebe, während sie die Handlung selbst als irre-
levant betrachte ¹¹⁹⁾. Altwegg gibt darum auch zu be-

113) Vgl. vorne, II. A. 1. a. dd.

114) Schopenhauer, S. 553

115) Salkowski, S. 94

116) Schrag, S. 23; vgl. auch Binding, Lehrbuch S. 176

117) Misch, S. 45/46

118) Altwegg, S. 17

119) Altwegg, S. 30

denken, dass der Erfolg einer Gefühlsverletzung ebenso-
gut dadurch herbeigeführt werden könnte, dass es dem
Täter gelänge, dem "Geschädigten" die Qualen eines Tie-
res vorzutäuschen ¹²⁰⁾. Natürlich trifft zu, dass jede
Straftat, die im Volksbewusstsein als solche verwurzelt
ist, ein Empörungsgefühl auslöst oder in einer anderen
Weise das menschliche Gefühlsleben trifft. Aber daran,
dass gewisse Strafbestimmungen - zumindest vorwiegend -
den Schutz eines menschlichen Gefühls oder Gefühlszu-
standes bezwecken, ist kaum zu zweifeln ¹²¹⁾. Die Ge-
fühlsschutzlehre ist nicht darum abzulehnen, weil sie
"die Grundsätze des Strafrechts auf den Kopf stellen"
würde ¹²²⁾ und weil die Erhebung eines Gefühls zum
Rechtsgut "ein offenkundiger Unsinn" wäre ¹²³⁾. Es trifft
nicht zu, dass Gefühle darum nicht zu Rechtsgütern
taugten, weil es nicht Aufgabe der Rechtsordnung sei,
"die Erzeugung von Unlustgefühlen zu verhindern" ¹²⁴⁾.
Jeder Mensch besitzt ein "Individualinteresse" an Frei-
heit vor Unlustgefühlen, und in den Fällen, in denen
die Rechtsordnung dieses Interesse als gewichtig genug
erachtet, schützt sie es auch tatsächlich ¹²⁵⁾. Wir
lehnen die Gefühlsschutztheorie zur Begründung des
strafrechtlichen Tierschutzes darum ab, weil sie hier
als unlogisch und konstruiert erscheint. Sie erhebt näm-
lich, wie Altwegg richtig schreibt, den psychischen
Reflex der Handlung zum Straftatbestand, währenddem
sie die Tierquälerei selbst als irrelevant betrachtet.
Für die Gefühlsschutztheorie gilt dasselbe, was Altwegg
an der Roheitstheorie bemängelt: Sie übersieht die Tat-
sache, dass nach unserem Rechtsbewusstsein Strafbarkeit
der Tat an sich, ohne Rücksicht auf ihre schädlichen

120) Altwegg, S. 26

121) Vgl. vorne, II. A. 1. c. ee. ccc.

122) Altwegg, S. 30

123) Altwegg, S. 26

124) Altwegg, S. 28

125) Vgl. vorne, II. A. 1. c. ee. ccc.

Einflüsse vorliegen muss. Diese Voraussetzung erfüllt zum Beispiel der Tatbestand des Art. 261 StGB, nach dem derjenige bestraft wird, der die Ueberzeugung eines anderen in Glaubenssachen verspottet. Hier trifft die Tat direkt das menschliche Empfinden, währenddem dies bei der Tierquälerei nicht der Fall ist: Erst durch die Interpretation eines tierischen Interessens kommt die Gefühlsverletzung zustande. Mitleid zum Beispiel regt sich in der Ueberzeugung, dass das misshandelte Tier eine Schmerzzufügung als unangenehm empfinde, und dass ihm demnach ein Interesse an Freiheit vor Schmerzen eigen sei; Empörung oder Aergernis erfolgt über eine Tat, die nach der Anschauung des Verletzten ein tierisches Lebensrecht missachtet. Dass die Gefühlsschutztheorie nur einen indirekten Gefühlsschutz umfasst, kommt deutlich genug aus den Worten von Hippels zum Ausdruck: "Nur dadurch kommt die Bestrafung der Tierquälerei zustande, dass wir ein vielleicht vorhandenes tierisches Interesse mit vollster Zweifellosigkeit als unser eigenstes menschliches Interesse empfinden" 126). Dann liegt es aber wirklich näher, ein Interesse des Tieres zum geschützten Rechtsgut zu erheben; die Gefühlsschutztheorie dient geradezu zur Begründung eines direkten Tierschutzes 127).

2. Der direkte strafrechtliche Tierschutz

Rund ein Jahrhundert nach Aufnahme der ersten echten Tierschutzbestimmungen in Schweizerische Strafgesetzbücher, den Anfang machte der Kanton Schaffhausen mit seinem Zuchtpolizeigesetz von 1842, ein Jahrhundert nach Herrschaft der Roheitstheorie und später der Gefühlsschutztheorie, die Sittlichkeitstheorie hatte sich nie recht durchsetzen können, trat in der Rechtslehre

126) Hippel, S. 125

127) Vgl. dazu Schrag, S. 99

mehrheitlich die Auffassung auf, der in der Ahndung der Tierquälerei zum Ausdruck kommende Schutz der Rechtsordnung habe nicht menschlichen Interessen, sondern dem Tiere selbst zu gelten. Dieser Tierschutz um der Tiere willen heisst direkter Tierschutz. Von Mendelssohn-Bartholdy nennt ihn auch, im Gegensatz zum materialistischen, auf Nützlichkeitsbetrachtungen beruhenden, den spiritualistischen Tierschutz und rechnet ihn der anglo-amerikanischen Auffassung von Tierquälerei zu ¹²⁸⁾.

Jeder Nichtjurist, dem Tierschutz ein Anliegen ist, wird sich sofort den Forderungen des direkten Tierschutzes anschliessen, denn diese liegen auf der Hand. Schon die Bezeichnung des Deliktes weist den Laien darauf hin, dass bestraft werden soll, wer Tiere quält; vom Angriff auf menschliche Interessen ist nicht die Rede. Auch bei der Misshandlung eines Menschen schützt das Gesetz dasjenige Gut, das direkt beeinträchtigt wird, nämlich das Individualinteresse des Menschen an seiner körperlichen Integrität. Niemand kommt auf die Idee, die Tat wegen allfälliger Wirkung auf andere Menschen zu ahnden. Schon Pitz schreibt überzeugt, auch ein Tierquäler, der zur Rechenschaft gezogen werde, sehe die Strafe nicht als Vergeltung für die Verletzung menschlicher Interessen an "sondern als Vergeltung für die Verletzung des Tieres" ¹²⁹⁾.

a. Die Interessenschutztheorie

aa. Die Theorie

Tiere eignen sich zwar nicht zu Rechtssubjekten, besitzen aber doch schützenswerte Interessen. Diese sind nicht, wie ein subjektives Recht, an ein Rechtssubjekt als Trä-

¹²⁸⁾ Mendelssohn-Bartholdy, S. 436 f.

¹²⁹⁾ Pitz, S. 27

ger gebunden. Sie werden aber durch den Tatbestand der Tierquälerei rechtlich anerkannt und so zum Rechtsgut erhoben.

Ein grosser Teil der Vertreter der Interessensschutztheorie will nur ein Interesse des Tieres an Freiheit von Schmerzen gelten lassen; andere hingegen anerkennen ein umfassendes tierisches Lebensinteresse, ein Interesse an physischer und auch allenfalls psychischer Integrität ¹³⁰⁾.

bb. Das Schutzobjekt

Schutzobjekt ist ein Interesse des Tieres, zumindest ein solches an Freiheit von Schmerzen, allenfalls aber auch ein umfassendes Lebensinteresse.

cc. Das Tatobjekt

Je nach Umfang des anerkannten Interessens kommen als Tatobjekte nur die schmerzempfindenden Tiere, das sind nach den heutigen Kenntnissen die Wirbeltiere, oder dann aber grundsätzlich alle Tiere, unabhängig von ihrer Stellung in der zoologischen Systematik, in Frage.

dd. Vertreter der Interessensschutztheorie

Ein überwiegender Teil der Vertreter der Interessensschutztheorie bleibt mit einem Bein in der Gefühlsschutztheorie verhaftet und will das zu schützende tierische Interesse auf ein Interesse an Freiheit von Schmerzen reduzieren: Als einer der ersten juristischen Autoren wendet sich Merkel gegen die Gefühlsschutztheorie mit der Begründung, dass "grosse Teile der heutigen Gesellschaft einen Schutz für die Tiere (selbst) als für einen

130) Vgl. hinten, II. B. 2. b.

Gegenstand ihres Mitleides" forderten ¹³¹⁾. "Dass das Wohl der Tiere innerhalb bestimmter Grenzen ein Interesse bildet, welches von sich aus des Schutzes unserer Kulturwelt würdig ist", ergibt sich nach Kohler nicht bloss aus metaphysischen Betrachtungen; "es ergibt sich aus unseren unmittelbaren Gefühlen: Wir tragen es in uns, dass es unrecht ist, die Summe des Wehes des Fühlens ohne gerechtfertigten Grund zu vermehren; wir erkennen in dem Schmerz, in dem Leiden eine Unvollkommenheit, welche wir tunlichst heben sollen; wir fühlen mit den leidenden Tieren, wir tragen ihre Marter mit, und dies umsomehr, je näher die Tiere uns stehen, je mehr sie unsere Gefährten, Gehülfen oder gar Gespielen sind; wir erkennen endlich in den Tieren Wesen, die im Gefühlsleben mit uns Analogie haben, deren Weh unserem eigenen verwandt ist; endlich fühlen wir uns als die Herren und Meister und müssen es unwürdig finden, unsere Herrschaft in nutzlosen Grausamkeiten auszuüben. All dies besagt zur Genüge, dass ein vollkommener Rechtszustand, welcher auf möglichste Vervollkommnung unserer Zustände abzielt, auch ein Interesse der Tiere um ihrer selbst willen in sich aufnehmen und Bestimmungen zur Verhütung der Qual und Marter der Tiere festsetzen muss" ¹³²⁾. Für Altwegg verbietet uns "unsere sittliche Ueberzeugung, hauptsächlich beruhend auf dem sittlichen Motiv des Mitleides, den Tieren Schmerzen zuzufügen"; demnach habe die Bestrafung der Tierquälerei "also zum Inhalt den Schutz des tierischen Interesses am körperlichen Wohlergehen gegen ungerechtfertigte Angriffe. Damit ist zugleich gesagt, dass der Wert, um dessetwillen Tierquälerei bestraft wird, kein anderes als jenes tierische Lebensinteresse sein kann" ¹³³⁾. "Die Ver-

131) Merkel, S. 418

132) Kohler, S. 33/34

133) Altwegg, S. 22/23

wandtschaft des Deliktes der Tierquälerei mit den Vergehen gegen die individuellen Interessen des Menschen, hauptsächlich gegen seine Körperintegrität", liegt für Altwegg auf der Hand: "Hier wie dort besteht das Motiv der Pönalisierung im ethischen Empfinden". Der Unterschied zwischen Menschen- und Tierschutz bestehe darin, "dass das sittliche Motiv gegenüber den Tieren zur Hauptsache auf das Mitleid beschränkt ist, während dieses in den menschlichen Beziehungen gerade vor demjenigen des Mitgefühls zurücktritt"; das Mitgefühl zielle auf "die Gleichstellung des fremden Individuums mit der eigenen Subjektivität hin", das Mitleid dagegen verlange "nur die eine negative Freiheit des physischen Wohlergehens vor ungerechtfertigten Angriffen" ¹³⁴⁾. Lehner nimmt "als Wesen mit Schmerzgefühl" an, "dass auch andere Lebewesen mit dem gleichen Gefühl ebenso ein Interesse haben, von Schmerzen verschont zu bleiben, und aus dem Abwägen des menschlichen und des tierischen Interesses entsteht der gesunde Tierschutz, der, ein normales Mitgefühl des Menschen vorausgesetzt, auch allen Anforderungen der Tierfreunde genügen muss" ¹³⁵⁾. Auch nach der Auffassung von Schrag besteht der Strafsatz der Tierquälerei um des Tieres willen, "sein Interesse auf Lebensgenuss, der nicht durch unnötige Schmerzen getrübt sein soll" werde durch ihn verfochten. Geschütztes Rechtsgut ist nur "das Freisein des Tieres von Schmerz" ¹³⁶⁾. So werde also Tierquälerei da nicht vorliegen, wo das Tier keine Schmerzen empfinde, sie werde grösser sein, je schmerzempfindlicher das Tier sei ¹³⁷⁾. Jenny erkennt in der Interessensschutztheorie "alle zur Begründung des echten Tierschutzes notwendigen Gedankengänge". Sie weist darauf hin, dass das durch

134) Altwegg, S. 23/24

135) Lehner, S. 56

136) Schrag, S. 103

137) Schrag, S. 107

das Strafrecht geschützte tierische Interesse auch hier mittelbar ein menschliches Interesse sei: "Das tierische Interesse wird erst geschützt, wenn es der Mensch zu seinem eigenen macht, sich sozusagen mit der Kraft seiner Rechtssubjektivität verstärkend hinter das Tier stellt" ¹³⁸⁾. Inwieweit er dies tue, hänge primär von seinen ethischen Anschauungen ab, und zweitens von der Art und Weise, wie er sich diesen unterwerfe. Aber auch Jenny hält "als die mächtigste Triebfeder des echten Tierschutzes" "das gefühlsmässige Mitleid", wenn auch "ergänzt durch die mehr verstandesmässig zu erfassende Ehrfurcht und Achtung vor dem fremden tierischen Leben" ¹³⁹⁾. Hafter will die Annahme, "dass dem Tier ein Anspruch auf Wahrung seiner körperlichen Unversehrtheit zukommt, nicht leugnen", denn das Tier fühle Schmerz und Leiden ¹⁴⁰⁾. Auch Logoz fordert einen "direkten" Tierschutz darum, weil das Tier leidensfähig sei ¹⁴¹⁾. Nur wenige juristische Autoren berufen sich zur Begründung der Interessenschutztheorie nicht mehr vorab auf das Mitleidsgefühl und fordern konsequent die Anerkennung eines tierischen Lebensinteresses als solchem: Salkowski verlangt, dass wir, "wenn wir einmal den Tieren rechtlich geschützte Interessen zuerkannt haben", genau wie bei der Körperverletzung gegenüber einem Menschen, "die Tat an sich, die unnötige Verletzung der körperlichen Integrität eines Tieres" bestrafen ¹⁴²⁾. Pitz genügt es, dass es "um tatsächlich bestehende Lebensinteressen eines Geschöpfes geht, die infolge der engen Lebensbeziehungen" zum Rechtssubjekt Mensch schutzbedürftig und schutzwürdig erscheinen. "Die Lebensbeziehungen und Interessen selbst finden ... ihre

138) Jenny, S. 103

139) Jenny, S. 103/104

140) Hafter, S. 474/475

141) Logoz, S. 579

142) Salkowski, S. 96

Grundlage in der kulturellen Anschauungswelt". Niemand versuche zu bestreiten, dass der Mensch in seinem Verhältnis zu den Tieren durch sittliche Verpflichtungen gebunden sei, und dass er sein Machtgebiet überschreite, wenn er ohne eigenes Bedürfnis "in den Lebenskreis der Tiere" eingreife: "Unnötige Tierquälerei ist der umfassende Begriff für die unerlaubte Machtüberschreitung" ¹⁴³⁾. Stratenwerth schliesslich ist sicher, "dass der Mensch sich mit anderen Lebewesen, besonders den höher organisierten, in gewissem Umfang identifiziert. Deshalb erscheint das Tier grundsätzlich als schutzwürdig" ¹⁴⁴⁾.

ee. Würdigung der Interessensschutztheorie

aaa. Ein Interesse des Tieres als Schutzobjekt

Das Strafrecht bezweckt den Schutz von Gütern, die es (erst) durch diesen Schutz zu Rechtsgütern erhebt ¹⁴⁵⁾. Die Anerkennung eines tierischen Interesses als Schutzobjekt bedarf deshalb keiner komplizierten juristischen Begründung: Der Strafgesetzgeber hat, unter Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung, zu bestimmen, welches Gut den Schutz des Strafrechtes erfahren solle und damit zum Rechtsgut taue. Dieses zu schützende Gut braucht dabei nicht schon zum voraus einen bestimmten rechtlichen Charakter zu besitzen. Bezüglich der Interessenschutztheorie können wir uns daher "mit der Feststellung begnügen, dass ein tierisches Lebensinteresse die rechtliche Anerkennung gefunden hat, einer Feststellung, die von der rechtlichen Qualität des Tieres durchaus unabhängig ist" ¹⁴⁶⁾.

143) Pitz, S. 37

144) Stratenwerth II, S. 512

145) Vgl. vorne, I. A. 1.

146) Altwegg, S. 32

Schon Kohler erkannte, dass ein Interesse nicht an ein Rechtssubjekt geknüpft zu sein braucht; "es kann die verschiedensten Rechtssubjekte oder auch Nicht-Rechtssubjekte beteiligen und kann ein Interesse der Menschheit im allgemeinen, ein Kulturinteresse nachfolgender Generationen oder eben ein Interesse der Tiere sein" ¹⁴⁷⁾. Die Auffassung Becks ist abzulehnen, wonach ein tierisches Interesse nur dann zum Schutzobjekt erhoben werden könne, "wenn man das Tier als Rechtssubjekt anerkennt" ¹⁴⁸⁾. Auch die Konstruktion einer "teilweisen Rechtssubjektivität" ¹⁴⁹⁾ ist unnötig. Jenny stimmt dem Satz, dass Strafrecht "Schutz der wichtigsten Interessen" sei, "deren Träger nicht unbedingt die Qualität eines Rechtssubjektes haben" müssten, vorbehaltlos zu, sofern man unter "Träger" den unmittelbaren Träger der betreffenden Interessen verstehe, und dieser sei bei der Tierquälerei sicher das Tier selbst ¹⁵⁰⁾.

bbb. Das Interesse des Tieres und sein Umfang

Wie oben dargestellt, will eine beeindruckende Zahl von Vertretern der Interessenschutztheorie als Schutzobjekt nur ein Interesse des Tieres an "Freisein von Schmerz" ¹⁵¹⁾ und demnach als Tatobjekt nur das schmerzempfindliche Tier gelten lassen. Diese Auffassung führt zum Ergebnis, dass nur jene Taten strafrechtlich zu ahnden wären, die dem Tier auch tatsächlich Leiden zufügten. Tierquälerei (im weiten Sinne ¹⁵²⁾) würde, wie Schrag deutlich festhält, da nicht vorliegen, wo das Tier keine Schmerzen empfindet ¹⁵³⁾. Die mutwillige (schmerzlose) Tötung eines Tieres wäre in jedem Falle rechtlich erlaubt; damit wird

147) Kohler, S. 33/34

148) Beck, S. 17

149) Altwegg, S. 34 ff.

150) Jenny, S. 100

151) Schrag, S. 103

152) Vgl. vorne, Anm. 2

153) Schrag, S. 107

dem Tier im Grunde genommen das Lebensinteresse abgesprochen. Nun mutet es allerdings eigenartig an, dem schmerzempfindlichen Tier zwar ein Interesse an einem nicht durch unnötige Schmerzen beeinträchtigten Zustand zuzugestehen, diesem Interesse an Freisein von Schmerz aber nicht einmal ein Interesse am Leben überhaupt zugrunde zu legen. Wenn wir schon das Tier direkt um seiner selbst willen und nicht zugunsten menschlicher Eigeninteressen schützen wollen, so müssen wir wohl zuerst einmal sein Lebensinteresse, seine Daseinsberechtigung anerkennen. Für jedes andere Interesse ist vom wichtigsten Interesse, dem Lebensinteresse, dem Willen zum Leben, auszugehen. Denn "alles Lebendige, seien es Pflanzen, Tiere oder der Mensch, kämpft um sein Leben" ¹⁵⁴⁾. Jedes Geschöpf besitzt einen Lebenswillen, ein Lebensinteresse, ein Interesse an der Wahrung seiner Integrität. Da erscheint es aber als inkonsequent und willkürlich, nur die schmerzempfindlichen Tiere schützen zu wollen. Oder soll etwa den "niederen" Tieren gegenüber jede Misshandlung erlaubt sein? Warum soll die Fliege kein Interesse daran haben, dass ihr nicht die Flügel ausgerissen werden, der Wurm, dass er nicht zertreten wird? Gewiss kann ein Strafgericht nicht wegen Fliegen und Würmern tätig werden, dies aber nicht deshalb nicht, weil diese Tiere grundsätzlich nicht schutzwürdig wären und ihnen kein Lebensinteresse eignete ¹⁵⁵⁾. Dem Grundsatz nach jedem Tier, auch dem niedrigsten, eine Daseinsberechtigung und damit ein Lebensinteresse zuzugestehen, ist ein Gebot minimalsten ethischen Empfindens.

154) Prof. Dr. Eugen Seiferle, Schriftenreihe SGT Nr. 1, S. 4

155) Vgl. dazu hinten, II. B. 1. c. und 2. d.

ccc. Schutz des tierischen Interesses als Gebot
des Mitleids?

Diejenigen juristischen Autoren, die eine Beschränkung des tierischen Interesses auf ein Interesse an Freisein von Schmerz vertreten, fühlen sich von menschlichen Gefühlen zum Tierschutz veranlasst: Merkel stützt sich auf das "Mitleid", Kohler beruft sich darauf, dass die Tiere "im Gefühlsleben mit uns Analogie" hätten; Altwegg bezieht sich auf das "sittliche Motiv des Mitleides", Lehner auf "unser Schmerzgefühl", das wir auch anderen Lebewesen zubilligten; Jenny hält das "gefühlsmässige Mitleid" für die "mächtigste Triebfeder des echten Tierschutzes" ¹⁵⁶⁾. Diese Autoren bewegen sich mit ihren Meinungen im Grunde genommen zwischen Gefühlschutz- und Interessensschutztheorie; sie wollen nur einfach die menschliche Angst vor Schmerzen auch dem Tiere zubilligen und bedauern mitleidig, wenn es solche ertragen müsste. Hier liessen sich trefflich die Worte von Hippels anführen, mit welchen dieser die Gefühlsschutztheorie begründet: "Unser menschliches Gefühl des Mitleides berührt es unangenehm, Wesen, deren Fähigkeit der Schmerzempfindung wir voraussetzen, Leiden unterworfen zu wissen. Hätten wir dieses Gefühl nicht, wir würden jenen Leiden völlig kalt und interesselos gegenüber stehen. Wir würden weder bestrebt sein, dieselben überhaupt zu vermeiden, noch könnten wir gar auf den Gedanken eines strafrechtlichen Einschreitens verfallen" ¹⁵⁷⁾. Wollen wir tatsächlich tierische Interessen um ihrer selbst willen schützen, so lässt sich dies nicht mit menschlichen Gefühlen, vorab dem Mitleidsgefühl, begründen. Denn die Funktion des Mitleides ist, wie Altwegg zugibt ¹⁵⁸⁾, nur eine nega-

156) Siehe vorne, II. A. 2. a. dd.

157) Hippel, S. 125

158) Altwegg, S. 34

tive, die darin besteht, "das Leben, da es einmal ist, erträglicher zu machen" und "Störungen des Lebensgenusses womöglich zu verhindern". Das Mitleid zielt nicht auf die Anerkennung der grundlegenden Interessen des Tieres, zu denen sicher vorab das Lebensinteresse selbst gehört. Es motiviert nicht zur "Anerkennung des Lebens und der Lebensbedürfnisse" des Tieres, es bejaht nicht "die Geltung des Individuums". Aber dies wollen wir doch gerade tun, wenn wir schon das Tier um seiner selbst willen zu schützen gedenken. Diese Forderung lässt sich aber nicht mit dem Mitleidsgefühl begründen, vielmehr ist auf "die mehr verstandesmäßig zu erfassende Ehrfurcht und Achtung vor dem fremden tierischen Leben" ¹⁵⁹⁾ abzustellen. Diese Achtung vor dem tierischen Leben, die Anerkennung der Daseinsberechtigung jedes Tieres, beinhaltet etwas Grundsätzliches, Absolutes: "sie ist da oder sie ist nicht da" ¹⁶⁰⁾, sie ist nicht teilbar und jedenfalls nicht auf die schmerzempfindlichen Tiere beschränkbar. Die Achtung vor dem fremden tierischen Leben "ist nichts Relatives", sondern hängt von einer "inneren Haltung" des Einzelnen ab, "die den Menschen nur in den notwendigen Fällen sein Herrschaftsrecht gegenüber dem Tier ausüben lässt" ¹⁶¹⁾.

ddd. Relativierung der Interessenschutztheorie

Ein konsequenter Schutz des Tieres als Nicht-Rechtssubjekt um seiner selbst willen muss aus Achtung vor der Daseinsberechtigung jedes Tieres erfolgen; daran ist festzuhalten.

Das Interesse des Tieres ist nun aber doch im folgenden Sinne zu relativieren: Wie bereits ausgeführt, ist es

159) Jenny, S. 104; vgl. dazu auch Zürcher, S. 490

160) Jenny, S. 102

161) Jenny, S. 104

Aufgabe des Gesetzgebers, gewissen Gütern den Schutz der Strafrechtsordnung zu gewähren und sie damit zu Rechtsgütern zu erheben. Dies soll der Gesetzgeber tun, indem er dem Volkswillen, d.h. einem Gesamtinteresse Ausdruck gibt. Werden also bei der Tierquälerei tatsächlich die Interessen der Tiere geschützt, "so doch immer nur soweit, als es die Mehrheit einer Menschengesamtheit will", indem sich ja gerade in der betreffenden Gesetzesnorm ihr Wille offenbart ¹⁶²⁾. Wenn wir also auf die eingangs dieses Kapitels angeführte Definition des Rechtsgutes als eines "Individual- oder Gemeinschaftsinteresses" ¹⁶³⁾ zurückgreifen, so stellen wir uns damit nicht in einen unlösbaren Widerspruch zur Interessenschutztheorie und zum direkten Tierschutz überhaupt, sofern wir nur nicht verlangen, dass diese menschlichen Individual- oder Gemeinschaftsinteressen direkt durch das Strafrecht geschützt werden müssten. Denn indirekt oder mittelbar ist das durch den direkten strafrechtlichen Tierschutz geschützte Interesse des Tieres eben doch ein menschliches Interesse. Das tierische Interesse wird erst dann geschützt, "wenn es der Mensch zu seinem eigenen macht, sich sozusagen mit der Kraft seiner Rechtssubjektivität verstärkend hinter das Tier stellt" ¹⁶⁴⁾. Voraussetzung des Schutzes von tierischen Interessen ist ein menschliches Interesse am tierischen Interesse, ein menschliches Interesse, das in der Achtung vor dem tierischen Lebensinteresse gründet. Direkt schützen wir ein tierisches Lebensinteresse, indirekt ein menschliches Gemeinschaftsinteresse an der Achtung vor dem tierischen Leben.

162) Jenny, S. 100

163) Hauser/Rehberg, S. 20; vgl. dazu auch vorne, I. A. 2.

164) Jenny, S. 103

b. Die Tierrechtstheorie

aa. Die Theorie

Da sich die Tiere vom Menschen nur in gradueller Hinsicht unterscheiden, besitzen sie selber auch Rechte. Es ist nur eine Frage der Entwicklung, bis die Tiere - wie zum Beispiel schon die anfänglich rechtlosen römischen Sklaven - von der Rechtsordnung als rechtsfähige Rechtssubjekte anerkannt werden.

bb. Das Schutzobjekt und Tatobjekt

Schutzobjekt und Tatobjekt fallen bei der Tierrechtstheorie zusammen: Es ist das Tier selbst als Rechtssubjekt.

cc. Vertreter der Tierrechtstheorie

Das philosophische Fundament der Tierrechtstheorie bildet der Monismus, d.h. die auf dem Entwicklungsgedanken gründende Weltanschauung, wonach zwischen Mensch und Tier nur ein gradueller Unterschied bestehe. Der Monismus bildet den Kern der indischen Religionen, die den Glauben an die metaphysische Einheit aller Lebewesen lehren. Die mit diesen Religionen verbundene Philosophie verbreitete sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Europa. Sie beeinflusste insbesondere Schopenhauer, auf den sich die Vertreter der Tierrechtstheorie hauptsächlich berufen. Zuvor hatten allerdings schon Hamann (1730 - 1788), Herder (1744 - 1803), einer der frühesten Vertreter des Entwicklungsgedankens, sowie Goethe (1749 - 1832) die Tiere der Menschen Brüder genannt, ohne indessen ein eigentliches Tierrecht zu fordern ¹⁶⁵⁾.

165) Anggeführt bei Bregenzner, S. 200 und 203

Nach Schopenhauer sind Tier- und Menschenwelt durch Wesensgleichheit verbunden. Ein Unterschied sekundärer Art liegt nur im Grade der Erkenntniskraft. Das Tier hat nur Verstand; es ist auf das Anschauliche und Konkrete beschränkt. Der Mensch hat dazu noch Vernunft, d.h. das Vermögen abstrakter Begriffsbildung: "Auf die Erkenntnis der Identität des Wesentlichen in der Erscheinung des Tieres und der des Menschen leitet nichts entscheidender hin, als die Beschäftigung mit Zoologie und Anatomie". "Man muss wahrlich an allen Sinnen blind, oder vom foetor Judaicus total chloroformiert sein, um nicht zu erkennen, dass das Wesentliche und Hauptsächliche im Tiere und im Menschen das Selbe ist und dass was Beide unterscheidet, nicht im Primären, im Prinzip, im Archäus, im inneren Wesen, im Kern beider Erscheinungen liegt, als welcher in der einen wie in der anderen der Wille des Individuums ist, sondern allein im Sekundären, im Intellekt, im Grade der Erkenntniskraft, welcher beim Menschen durch das hinzugekommene Vermögen abstrakter Erkenntnis, genannt Vernunft, ein ungleich höherer ist, jedoch erweislich nur vermöge einer grösseren cerebralen Entwicklung, also der somatischen Verschiedenheit eines einzigen Teils, des Gehirns, und namentlich seiner Quantität nach. Hingegen ist das Gleichartige zwischen Tier und Mensch, sowohl psychisch als somatisch, ohne allen Vergleich mehr." Sobald diese Wahrheit einmal ins Volk gedrungen sei, würde das Tier auch nicht mehr als rechtloses Wesen dastehen, "der bösen Laune und Grausamkeit jedes rohen Buben preisgegeben" 166).

Noch 1871 vertrat Berner die Auffassung, dass es keine Verbrechen gegen die Gottheit und die Tiere gebe, denn wo keine Persönlichkeit verletzt werde, könne auch kein Recht verletzt werden; Persönlichkeit hätten die

166) Schopenhauer, S. 636

Tiere nicht ¹⁶⁷⁾. In der 14. Auflage seines Lehrbuches will Berner dann aber plötzlich zumindest den höheren Tieren "aufgrund deren Regungen der Intelligenz und des Gemütes" ein Analogon der Persönlichkeit" zusprechen: "Die Gleichstellung von Tieren mit leblosen Sachen ist eine Roheit, welche allmählich ebenso überwunden werden wird, wie die frühere Gleichstellung von Sklaven mit Sachen einer edleren Bildung hat weichen müssen" ¹⁶⁸⁾. Berner schreibt, jedesmal, wenn er das Wort "Rechtlosigkeit der Tiere" ausspreche, mahne ihn eine innere Stimme, nicht falsches Zeugnis abzulegen. In allen späteren Auflagen seines Lehrbuches hat Berner dann aber die Tierrechtstheorie nicht mehr vertreten, "wohl auf Grund der eindringlichen Vorstellungen und Vorwürfe, dass solche Sätze unjuristisch seien", wie Jenny meint ¹⁶⁹⁾. Nach Wetzlich beruht alles Recht auf ethischen Ideen; solche kenne auch die Tierwelt, allerdings in geringerem Ausmass als der Mensch. Den Tieren sei eine Mittelstellung zwischen Person und Sache einzuräumen. Wetzlich will den Tieren sodann mindestens "Zustandsrechte" gewähren, nach welchen die Menschen - vorbehältlich lebensnotwendiger Eigeninteressen - Leben, Freiheit und Integrität der Tiere zu respektieren hätten. Das Verbot der Tiermisshandlungen gehe auf das "ureigenste Recht der Tiere auf Anerkennung ihres Zustandes, also gewissermassen ihrer Persönlichkeit als Tier" zurück. Wetzlich fordert als Konsequenz dieses Rechts der Tiere, dass die Strafen für Tierquälerei "dem Grade der Verschuldung gegen das Tier anzumessen" seien und "eben darum in den meisten Fällen härtere und gerechtere als bisher" sein müssten ¹⁷⁰⁾. Sturm

167) Berner, angeführt bei Beck, S. 17/18

168) Berner, 14. Auflage, S. 628

169) Jenny, S. 86

170) Wetzlich, Das Recht der Tiere oder Beleuchtung des richtigen Verhältnisses, 1890, angeführt bei Jenny, S. 85

möchte die Tierquälerei im Strafgesetzbuch gleich der Körperverletzung des Menschen anfügen, "damit die Anschauung immer mehr Raum gewinnt, dass das Tier nicht als Sache, sondern als beseelter Körper um seiner selbst willen geschützt werden muss" ¹⁷¹⁾. Hervorzuheben ist Bregenzer mit seinem umfangreichen Werk über Tier-Ethik. Er fordert die Anerkennung von Tierrechten vorab gestützt auf eine naturwissenschaftliche Begründung der monistischen Weltanschauung. Er will nicht immer die entfernten, sondern auch einmal die seines Erachtens nahen Glieder in der Hierarchie der Lebewesen miteinander verglichen haben, zum Beispiel Affen mit schwachsinnigen Menschen ¹⁷²⁾; die Urmenschen, die "sprachlosen Barbaren" hätten sich nicht besser verstanden als Tiere sich verstehen ¹⁷³⁾. Bregenzer hält deshalb "alle endlichen Wesen" für gleichberechtigt, "aber nicht zu gleichem, sondern jedes nur zu dem, was Bedingnis der Erreichung seiner Bestimmung ist" ¹⁷⁴⁾. Er vergleicht sodann die Entwicklung des Tierrechtes mit der Entwicklung des Sklaven- und des Vormundschaftsrechtes sowie des Rechts des Familienhauptes und stellt den Arbeitstieren die Sklaven gegenüber, den "befreunden Tieren" die Freigelassenen ¹⁷⁵⁾. Bregenzer behauptet, die Entwicklung des Tierrechts gehe denselben Weg wie die Entwicklung des Menschenrechts. So wie das Völkerrecht erst werdendes Recht sei, so stehe das Tierrecht in der Entwicklungsreihe Rache-Selbsthilfe-Frieden-Recht heute beim Frieden ¹⁷⁶⁾. "Der Staat muss also, wenn er gerecht sein will, das Tier emanzipieren, wie

171) August Sturm, Beiträge zum römischen Recht: Das Recht der Tiere, 1891, angeführt bei Jenny, S. 85

172) Bregenzer, S. 229

173) Bregenzer, S. 300/301

174) Bregenzer, S. 211

175) Bregenzer, S. 322 f.

176) Bregenzer, S. 331

er die Frau, das Kind, den Fremden und den Unfreien emanzipiert hat" ¹⁷⁷⁾. Bregenzer wendet sich auch gegen die mutwillige Tötung von Tieren, weil "dem Grundsatz, dass das Leben als solches, nicht bloss das Leben der Menschen und etwa das unserer Haustiere, sondern auch das der niedrigsten Wesen zu achten ist", möglichst allgemeine Geltung verschafft werden müsse: "Man sage nicht, die Menschheit habe kein Interesse an einem mutwillig zertretenen Kriechtler. Wenn nicht Grausamkeit liegt sicher Gleichgültigkeit gegen fremdes Leben, eine rohe Laune, gedankenloser Sport oder dergleichen zugrunde". Nur im Falle eines lebensnotwendigen menschlichen Interesses, im Falle eines "sozialen Notstandes" entsteht für den Menschen gegenüber dem Tier ein Tötungsrecht ¹⁷⁸⁾. Engelhardt nimmt zwischen Menschen und höheren Tieren Wesensgleichheit an; deshalb hätten die Tiere Anspruch auf Rechtssubjektivität und ein subjektives Recht auf Unversehrtheit und Schutz gegen Verletzungen, soweit dem lebenswichtige menschliche Interessen nicht entgegenstünden ¹⁷⁹⁾. Weber schliesslich freut sich darüber, dass "die Erkenntnis nach und nach durchdringt, die Tierquälerei sei nicht eine blosser Polizeiübertretung, sondern ein Delikt, ein Verbrechen; er will von "Postulaten, die in unserer Zeit keine Aussicht auf Verwirklichung haben, absehen", würde es aber für vollkommen zulässig halten, "dass der Staat, die rechtlich geordnete menschliche Gesellschaft, auch einen Anspruch solcher beseelter Geschöpfe auf gebührende Behandlung anerkennt", Geschöpfe, die dem Menschen "in höherem oder geringerem Grade ähnlich sind", und dass der

177) Bregenzer, S. 329

178) Bregenzer, S. 366/367

179) Edouard Engelhardt, *De l'animalité et de son droit*, 1900, angeführt bei Jenny, S. 86

Staat "durch seine Organe im Namen der beseelten, aber der menschlichen Sprache entbehrenden Kreatur, Klage führte gegen den, der sich an ihr vergreift, Klage um des Geschöpfes selbst willen und nicht bloss, weil das menschliche Interesse es fordert" ¹⁸⁰⁾.

dd. Würdigung der Tierrechtstheorie

aaa. Die Anerkennung von Rechten der Tiere

Der Anerkennung von Rechten der Tiere steht aus rechtstheoretischer Sicht grundsätzlich kein Hindernis entgegen. Das Recht ist eine von der menschlichen Gemeinschaft geschaffene Ordnung; diese menschliche Gemeinschaft hat demnach auch festzulegen, wen sie auf welche Weise an ihrer Ordnung beteiligen will. Schon Gierke geht davon aus, dass es allein dem Recht zukomme zu bestimmen, ob etwas Rechtssubjekt sei oder nicht. Wenn es unter den ihm gegebenen Existenzen auswähle, sei es an keine äussere Schranke gebunden. Um aber mit seiner Idee im Einklang zu bleiben, dürfe es dabei nicht willkürlich verfahren: "Nach unserer heutigen Rechtsanschauung sind ausschliesslich die Träger menschlicher Willensmacht zu Rechtssubjekten geeignet. Mithin kann das Recht vernünftigerweise und mit Aussicht auf Erfolg nur menschliche Individuen und menschliche Verbände als Personen anerkennen. Auf anderen Kulturstufen mögen auch Gottheiten und selbst Tiere personifiziert werden" ¹⁸¹⁾.

Beck will nur "auf der einen Seite den Menschen als Person als Rechtssubjekt, auf der anderen Seite das Tier als Nichtrechtssubjekt, als Rechtsobjekt" anerkennen ¹⁸²⁾. Das Recht sei ein Gebiet, das die Tiere nicht kennen:

180) Weber, S. 9

181) Gierke, S. 21 f.

182) Beck, S. 16

"Sie leben nach ihren Instinkten. Sie haben sich kein Recht gegeben. Sollen wir ihnen nun etwas ganz Fremdes, das sie gar nicht erfassen können, zusprechen?" 183)
Nach der Auffassung von Altwegg setzt das subjektive Recht Willen und Fähigkeit, den Inhalt des Rechts geltend zu machen, voraus 184).

Darauf, dass die Tiere die Rechtsordnung nicht erfassen und dass sie den Inhalt eines subjektiven Rechtes nicht geltend machen können, kann nun aber nichts ankommen. Sonst müssten dem urteilsunfähigen und allenfalls auch dem handlungsunfähigen Menschen subjektive Rechte abgesprochen werden. Dies tut unsere Rechtsordnung aber nicht. Sie billigt sogar dem Nasciturus, dem ungeborenen Kind, unter dem Vorbehalt seiner Lebendgeburt, die Rechtsfähigkeit zu 185). Dem hält Beck gegenüber, in diesen Personen "sei die Persönlichkeit naturgemäss vorhanden, nur noch unterentwickelt oder durch Krankheit zeitweilig zerstört" 186). Aber auch im römischen Sklaven war die Persönlichkeit im Sinne Becks "naturgemäss vorhanden", weder unterentwickelt noch zerstört, und dennoch war er während langer Zeit vom Kreise des Rechts vollständig ausgeschlossen, ganz einfach darum, weil ihn der damalige Gesetzgeber nicht als Rechtssubjekt anerkennen wollte. Schon Binding, allerdings kein Vertreter der Tierrechtstheorie, bestätigt, die Handlungsfähigkeit sei dem Rechtssubjekt nicht wesentlich; es stehe also prinzipiell nichts im Wege, handlungsunfähige Menschen und sogar "Nicht-Menschen" als Rechts- und Pflichtssubjekte anzuerkennen 187). Dies verkennt Jenny, wenn sie schreibt, die Erhebung des Tieres zum Rechtssubjekt sei (aus rechtlichen Gründen) unmöglich, obwohl sie zuvor ausführt, dass letztlich immer der

183) Beck, S. 25

184) Altwegg, S. 35

185) Art. 31 Abs. 2 ZGB

186) Beck, S. 25

187) Binding, Normen II/1, S. 123

Mensch über die Anerkennung oder Abweisung von tierischen Rechten und Interessen aus gefühlsmässigen, philosophischen oder religiösen Gesichtspunkten heraus entscheide¹⁸⁸⁾. Jenny sieht, dass "vom philosophischen Standpunkt weder Dualismus noch Monismus bewiesen werden können", hält aber demgegenüber den Nachweis für möglich, "dass das Recht eine ausschliesslich menschliche Ordnung sei, die, weil sie nur auf den Menschen passt, auch nur diesem Rechtssubjektivität zuerkennen darf"¹⁸⁹⁾.

bbb. "Unvernünftige" Tierrechtstheorie

Ob die Rechtsordnung das Tier als Rechtssubjekt und demnach Tierrechte anerkennen will, hängt einzig vom Willen des Gesetzgebers und von den Anschauungen seiner Zeit ab.

In naturwissenschaftlicher Hinsicht ist heute der Feststellung, dass zwischen Mensch und Tier kaum eine klare Grenze gezogen werden kann, nicht auszuweichen. Im Gegenteil, "wir sind betroffen, wenn wir feststellen, wie wenig sich Anthropos - bei allen unbestreitbaren geistigen Vorzügen - in anatomischer Hinsicht von den anderen Anthropoiden unterscheidet; so betroffen, dass wir, zumindest nach dem Ursprung blickend, fast darauf verzichten, sie auseinanderzuhalten"¹⁹⁰⁾. Demgegenüber erscheint die Forderung der Tierrechtstheorie nach der Begründung einer Rechtsgemeinschaft zwischen Mensch und Tier, nach der Erhebung des Tieres zum Rechtssubjekt, heute, - wie schon zur Zeit Gierkes¹⁹¹⁾ - als ein "unvernünftiges" Postulat, ohne "Aussicht auf Erfolg", weil es ganz einfach dem vorherrschenden weltanschau-

188) Jenny, S. 94

189) Jenny, S. 92

190) Teilhard, S. 154

191) Vgl. vorne, II. A. 2. b. dd. aaa.

lichen Empfinden der Bevölkerung zuwiderlaufen würde. Dieses Empfinden ist wesentlich geprägt von der christlichen Lehre, die anfänglich unter dem Einfluss römisch-rechtlicher Prinzipien auf das Kirchenrecht, sich heute noch um das Verhältnis zwischen Mensch und Tier kaum kümmert. Noch heute gilt uneingeschränkt, was Jenny bereits vor vierzig Jahren feststellte, nämlich dass die kirchlichen Lehren in unserem Rechtskreis allen Tierschutzbestrebungen gleichgültig gegenüberstehen¹⁹²⁾. Festzuhalten ist, dass die Tierrechtstheorie nicht rechtlich unmögliche Forderungen enthält, wie dies verschiedene juristische Autoren zu beweisen suchen, sondern dass sie vielmehr unserer Zeit nicht mehr oder noch nicht entspricht.

ccc. Ein künftiges Recht der Tiere?

Der Vollständigkeit halber ist die Tierrechtstheorie nicht zu verlassen, ohne zu erwähnen, dass die UNESCO im Rahmen eines internationalen Tages des Tieres im Oktober 1978 in Paris die "Universelle Deklaration der Rechte des Tieres" proklamiert hat¹⁹³⁾. Nach dieser werden "alle Tiere gleich geboren und haben das gleiche Recht auf Leben". Der Text fordert in 14 Artikeln den Respekt des Lebens des Tieres und unterstreicht sein Recht auf Freiheit.

Die von rund zwei Millionen Unterschriften getragene Deklaration soll "vor Ende dieses Jahrtausends" in Kraft treten.

192) Jenny, S. 17

193) Zeitungsbericht aus dem "Tages-Anzeiger" Nr. 242 vom 18. Oktober 1978, S. 14

3. Abschliessende Würdigung der Theorien

a. Allgemeines

Die Bedeutung des Unterschiedes zwischen den vorstehend angeführten Theorien darf für die Praxis nicht überwertet werden, solange eine positive Strafrechtsnorm das Tier gegen Misshandlungen schützt. "Man soll sich vor gekünstelten Konstruktionen hüten", wie Hafter zu bedenken gibt ¹⁹⁴⁾.

Das Verhältnis zwischen Mensch und Tier ist seit jeher dem Wandel der Anschauungen unterworfen gewesen, und dieser Wandel hat sich in der Rechtslehre niedergeschlagen. Es ist unangebracht, die "richtige" Theorie für den strafrechtlichen Tierschutz bestimmen zu wollen; die Forderung genügt, dass das gemäss Lehre geschützte Rechtsgut mit der tatsächlichen Anschauung und den Bedürfnissen der Bevölkerung korrespondieren soll. Der heutigen Zeit scheint die Interessensschutztheorie zu entsprechen.

b. Indirekter und direkter Tierschutz

Die traditionelle Unterscheidung zwischen indirektem und direktem strafrechtlichen Tierschutz ist im Grunde genommen fragwürdig: Die Rechtsordnung ist unbestreitbar eine Schöpfung der Menschen, und deren Ausgestaltung demnach einzig vom Willen der Menschen abhängig. Jede Rechtsordnung widerspiegelt die Weltanschauung ihrer Zeit; Jurisprudenz ist nach Walther Burckhardt nichts anderes als "methodisch angewandte Ethik". Jedem Rechtsgut liegt daher letztlich ein menschliches Interesse zugrunde, die Rechtsordnung ist nichts anderes als die Ordnung menschlicher Interessen, und zwar ideeller und materieller Interessen. Wenn nun die Strafrechts-

194) Hafter, S. 474

ordnung tierische Interessen oder Rechte anerkennt, so gibt sie damit nur einem bestimmten menschlichen Ideal, einem bestimmten menschlichen ideellen Interesse Ausdruck. Und wenn wir auch das Tier um seiner selbst willen, direkt, schützen, so tun wir dies nur insofern, als die betreffende Stellung des Tieres im Rechtssystem unseren ideellen Interessen entspricht. So gelangen wir zu keinem anderen Resultat als dem, dass es sich beim indirekten Tierschutz um einen direkten, unmittelbaren Schutz menschlicher Interessen, beim direkten Tierschutz hingegen lediglich um einen indirekten, mittelbaren Schutz menschlicher Interessen handelt. Wir können also das Tier nur insofern direkt strafrechtlich schützen, als wir ihm einen unseren Interessen, unseren Idealen und unserer Ethik entsprechenden Platz in der menschlichen Rechtsordnung zuweisen.

B. Die gesetzlichen Lösungen

1. Art. 264 StGB

a. Der Gesetzeswortlaut

1. Wer vorsätzlich ein Tier misshandelt, arg vernachlässigt oder unnötig überanstrengt, wer Schaustellungen veranstaltet, bei denen Tiere gequält oder getötet werden, insbesondere wer derartige Tierkämpfe oder Kämpfe mit Tieren oder Schiessen auf zahme oder gefangengehaltene Tiere abhält, wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.
2. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 wird Art. 264 StGB aufgehoben werden ¹⁹⁵⁾.

195) Art. 37 TschG

b. Unbestimmbares Schutzobjekt

Art. 264 StGB gehört zum Zwölften Titel des Gesetzes, zu den "Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Frieden". Zu diesen gehören nebst der Tierquälerei die Schreckung der Bevölkerung, die öffentliche Aufforderung zu Verbrechen, der Landfriedensbruch, die Störung der Glaubens- und Kultusfreiheit, die Störung des Totenfriedens sowie die Verübung einer Tat in selbstverschuldeter Unzurechnungsfähigkeit. Die Einordnung der Tierquälerei im Strafgesetzbuch führt zum naheliegenden Schluss, Schutzobjekt sei der öffentliche Friede. Dies wird jedoch in der Literatur gerade einhellig abgelehnt: Jenny ¹⁹⁶, Hafter ¹⁹⁷, Clerc ¹⁹⁸) und Merki ¹⁹⁹) sprechen sich alle gegen den öffentlichen Frieden als Rechtsgut aus, im wesentlichen mit der Begründung, die Tierquälerei störe diesen Frieden nicht mehr als zahlreiche andere Delikte; "so wie die Tierquälerei verletzt jedes Delikt die öffentliche Ordnung" ²⁰⁰). Für Thormann/Overbeck kann "die Aufnahme des Art. 264 StGB in diesen Titel nur daraus erklärt werden, dass man ihn sonst nirgendsunterzubringen wusste" ²⁰¹). Auch Stratenwerth hält die gesetzliche Ordnung für einen "Ausdruck der Verlegenheit in der Bestimmung des durch Art. 264 StGB geschützten Rechtsgutes" ²⁰²). Aus der Einordnung des Tatbestandes im Strafgesetz lassen sich demnach keine Anhaltspunkte für ein bestimmtes Schutzobjekt erkennen. Der Gesetzeswortlaut selber gibt über das geschützte Rechtsgut keinen Aufschluss; das Bundesgericht hat sich meines Wissens noch nie zu dieser Frage äussern müssen, spricht aber allerdings in BGE 85 IV 25 ff. einmal von

196) Jenny, S. 132

197) Hafter, S. 474

198) Clerc, S. 321

199) Merki, S. 175

200) Jenny, S. 132

201) Thormann/Overbeck,

Vorbemerkungen zu Art. 258 - 264 StGB

202) Stratenwerth II, S. 512

einem "Interesse der Allgemeinheit an der Unversehrtheit des Tieres". So bleibt der Rückgriff auf die Gesetzesmaterialien ²⁰³⁾: Darin aber werden von den Mitgliedern der Expertenkommissionen sowohl die Roheits-, die Gefühlsschutz- als auch die Interessenschutztheorie vertreten ²⁰⁴⁾. Für den Tatbestand des Art. 264 StGB kommen somit alle Schutzobjekte dieser Theorien in Frage. Die Sittlichkeitstheorie und die Tierrechtstheorie standen bei Erlass der Tierquälereibestimmung des Strafgesetzes nicht zur Diskussion.

c. Das Tatobjekt

Der Wortlaut des Art. 264 StGB nennt als Tatobjekt generell das "Tier" und schränkt diesen Begriff in keiner Weise ein; dies tat auch keiner der Entwürfe zum StGB ²⁰⁵⁾.

In den Beratungen der zweiten Expertenkommission zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch warf allerdings Thormann die Frage auf, was unter einem Tier im Sinne der zur Diskussion stehenden Gesetzesnorm denn zu verstehen sei: "Wir können nicht das Gleiche meinen, was der Zoologe unter diesem Begriff versteht. Es kann sich doch nur um jene Wesen handeln, deren Schmerz wir mitfühlen: also um Säugetiere, Vögel; ob auch Amphibien ist zweifelhaft. Bern schützt zum Beispiel die Frösche. Wie steht es mit den Fischen? Nur Luzern spricht von ihnen, insofern es die Zerstörung der Brut mit Strafe bedroht. Wollen wir die Insekten schützen, zum Beispiel Maikäfer? Ganz sicher werden wir die Infusorien und anderen niederen Tiere nicht mit einbegreifen wollen" ²⁰⁶⁾. Weder die Kollegen Thormanns noch die eidgen-

203) Vgl. dazu insbes. Protokolle 1. und 2. ExpK StGB

204) Vgl. dazu Jenny, S. 133 ff.

205) Vgl. dazu Beck, S. 80

206) Thormann, Protokoll 2. ExpK StGB, Bd. VII, S. 187

nössischen Räte haben aber in der Folge einer solchen Einschränkung des Tierbegriffes ausdrücklich zugestimmt. Vielmehr erkannte Seiler, dass die Praxis zur Frage, was ein Tier sei, "die Abgrenzung werde suchen müssen" ²⁰⁷⁾. In der Literatur wird der Vorschlag Thormanns abgelehnt: Denn "einen sicheren Massstab hätten wir hier (beim Mitgefühl) nicht. Wir wären ganz auf das allgemeine Volksempfinden angewiesen und bekämen so keinen fest umgrenzten Begriff. Aber auch abgesehen von dieser Gefahr ist jede Einschränkung verfehlt. Wenn jemand Fröschen, Fliegen oder Maikäfern Schmerzen zugefügt hat und freigesprochen wird, so kann das unmöglich mit der Begründung geschehen, das seien keine Tiere" ²⁰⁸⁾. Beck folgert, dass bezüglich des vorgesehenen, damals noch nicht in seiner endgültigen Fassung vorliegenden Artikels über die Tierquälerei im StGB dem Tatobjekt "der naturwissenschaftliche Begriff des Tieres zu Grunde gelegt" werden könne ²⁰⁹⁾. Ebenfalls gegen eine Einschränkung des Tatobjektes spricht sich Jenny aus, die zutreffend festhält, dass bezüglich des Art. 264 StGB "eine ausdrückliche Abgrenzung der geschützten Tierarten ausserordentlich schwer und dazu gar nicht wünschenswert wäre, könnte doch sonst leicht der Eindruck erweckt werden, den anderen Tierarten gegenüber sei alles erlaubt, was dem Tierschutzgedanken gerade zuwiderlaufen würde" ²¹⁰⁾. Uebereinstimmend mit den vorher erwähnten Meinungen erläutert Petrzilka Art. 264 StGB dahingehend, dass diese Bestimmung "grundsätzlich jedes Tier" schütze, andererseits aber durch die Verwendung von Ausdrücken wie "arg" und "unnötig" dem richterlichen Ermessen einen bedeutenden Spielraum lasse ²¹¹⁾.
Zu verneinen ist jedenfalls die immer wieder auftau-

207) StenBull NR 1929, S. 472

208) Beck, S. 81

209) Beck, S. 81

210) Jenny, S. 126/127

211) Petrzilka, S. 365/366

chende Frage, ob als Tatobjekte grundsätzlich "die niedersten Tiere, die nicht fähig sind, irgendeine Behandlung als schmerzhaft zu empfinden", ausgeschieden werden könnten ²¹²⁾. Eine solche Einschränkung würde Art. 264 StGB jedoch eindeutig widersprechen. Zwar scheint die Marginalie "Tierquälerei" Leiden oder Schmerzen des Tieres vorauszusetzen; diese Ueberschrift ist aber irreführend. Schon der französische Text spricht generell von "Mauvais traitements envers les animaux" und der italienische von "Maltrattamento di animali". Das Quälen von Tieren, d.h. die Schmerzzufügung, ist nur eine der gegen den strafrechtlichen Tierschutz im Sinne von Art. 264 StGB vorstossenden Handlungen ²¹³⁾. Daneben erfasst aber diese Bestimmung auch die Vernachlässigung und Ueberanstrengung von Tieren, die nicht zwingend mit Qualen verbunden sein müssen, sowie die mutwillige schmerzvolle oder schmerzlose Tötung von Tieren anlässlich von Schaustellungen ²¹⁴⁾. Erscheint die Schmerzzufügung bei Art. 264 StGB nicht als Tatbestandsmerkmal, so ist nicht einzusehen, warum als Tatobjekte nur schmerzempfindliche Tiere in Betracht fallen sollten. Art. 264 StGB erfasst vielmehr grundsätzlich alle Tiere, unabhängig von ihrer Stellung in der zoologischen Systematik ²¹⁵⁾.

2. Die Strafbestimmungen des Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 (Art. 27 - 29)

a. Der Gesetzeswortlaut

Art. 1: Zweck und Geltungsbereich

¹ Dieses Gesetz ordnet das Verhalten gegenüber dem Tier, es dient dessen Schutz und Wohlbefinden.

212) Beck, S. 80

213) Vgl. dazu vorne, Anm. 2

214) Vgl. dazu Stratenwerth II, S. 514

215) Vgl. dazu Beck. S. 80/81

finden.

²Es ist nur auf die Wirbeltiere anwendbar. Der Bundesrat kann in seinen Vorschriften über Transporte und internationalen Handel die wirbellosen Tiere einschliessen.

³Vorbehalten bleiben das Bundesgesetz vom 10. Juni 1925 über Jagd und Vogelschutz, das Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz, das Bundesgesetz vom 14. Dezember 1973 über die Fischerei sowie das Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966.

Art. 2 Grundsätze

¹Tiere sind so zu behandeln, dass ihren Bedürfnissen in bestmöglicher Weise Rechnung getragen wird.

²Wer mit Tieren umgeht, hat soweit es der Verwendungszweck zulässt, für deren Wohlbefinden zu sorgen.

³Niemand darf ungerechtfertigt einem Tier Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen oder es in Angst versetzen.

Art. 27 Tierquälerei (Vergehen)

¹Wer vorsätzlich

a. ein Tier misshandelt, stark vernachlässigt oder unnötig überanstrengt (Art. 22 Abs. 1);

b. Tiere auf qualvolle Art tötet (Art. 22 Abs. 2 Bst.a);

c. Tiere aus Mutwillen tötet, insbesondere durch Abhalten von Schiessen auf zahme oder gefangengehaltene Tiere (Art. 22 Abs. 2 Bst.b);

d. Kämpfe zwischen oder mit Tieren veranstaltet, bei denen Tiere gequält oder getötet werden (Art. 22 Abs. 2 Bst.c);

e. bei der Durchführung von Versuchen einem Tier Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügt, soweit dies nicht für den verfolgten Zweck unvermeidlich ist (Art. 16 Abs. 1)

wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

²Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Haft oder Busse bis zu 20 000 Franken.

Art. 28 Widerhandlungen im internationalen Handel
(Vergehen)

1. Wer Tiere oder tierische Erzeugnisse nach den Anhängen I-III des Uebereinkommens vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen entgegen dem Abkommen vorsätzlich ein- oder ausführt, durch das Land befördert oder in Besitz nimmt, wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Haft oder Busse bis zu 20 000 Franken.
2. Wer die auf Artikel 9 Absatz 1 des Gesetzes beruhenden Vorschriften über den internationalen Handel vorsätzlich verletzt, wird mit Haft oder mit Busse bis zu 20 000 Franken bestraft. Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse.

Art. 29 Uebrigte Widerhandlungen (Uebertretungen)

1. Wer vorsätzlich
 - a. die Vorschriften über die Tierhaltung missachtet (Art. 3 und 4);
 - b. Tiere vorschriftswidrig befördert (Art. 10);
 - c. vorschriftswidrig Eingriffe am lebenden Tier oder Tierversuche vornimmt (Art. 11, 13, 14, 15, 16 Abs. 2 - 5);
 - d. Tiere vorschriftswidrig schlachtet (Art. 20 und 21);
 - e. verbotene Handlungen nach Artikel 22 Absatz 2 Buchstaben d-h vornimmt, wird, wenn nicht Artikel 27 dieses Gesetzes anwendbar ist, mit Haft oder mit Busse bis zu 20 000 Franken bestraft. Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse.
2. Wer in anderer Weise dem Gesetz, den darauf beruhenden Vorschriften oder einer unter Hinweis auf die Strafandrohung dieses Artikels an ihn gerichteten Einzelverfügung vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

b. Das Schutzobjekt

aa. Das Interesse des Tieres an seinem Wohlbefinden

Das Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 lässt an dem durch seine Strafbestimmungen geschützten Rechtsgut keine Zweifel offen; dieses ist unzweideutig aus den allgemeinen Artikeln des Gesetzes ersichtlich, von denen insbesondere Art. 2 vom Gesetzgeber als "Mini-Charta des Tierschutzes" ²¹⁶⁾ überhaupt verstanden werden will: Schutzobjekt ist das rechtlich anerkannte Interesse des Tieres an seinem Wohlbefinden, bzw. sein Anspruch darauf, und zwar

- an seinem allgemeinen Wohlbefinden; denn Tiere sind nach Art. 2 Abs. 1 TschG so zu behandeln, dass ihren (artgemässen) Bedürfnissen in bestmöglicher Weise Rechnung getragen wird;
- an seinem physischen Wohlbefinden; denn niemand darf gemäss Art. 2 Abs. 3 TschG ungerechtfertigt einem Tier Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen;
- an seinem psychischen Wohlbefinden; denn niemand darf gemäss Art. 2 Abs. 3 TschG ungerechtfertigt ein Tier in Angst versetzen.

Schutzobjekt ist das mit diesen Bestimmungen rechtlich anerkannte Interesse des Tieres an seinem Wohlbefinden in einem weiten Sinne, das nicht "ungerechtfertigt" beeinträchtigt werden darf.

bb. Das Wohlbefinden des Tieres

Das Tierschutzgesetz will gemäss Art. 1 dem Wohlbefinden des Tieres dienen. Ein Tier befindet sich dann wohl,

216) Vgl. dazu Schlussbericht, S. 12

"wenn es sich hinsichtlich seiner entwicklungsgeschichtlich bedingten, angeborenen Lebensbedürfnissen mit der Umwelt in Einklang befindet, und wenn seine Anpassung an vom Menschen geschaffene Haltungsbedingungen ohne Leiden und Schäden an Gesundheit und Verhalten ermöglicht wird" ²¹⁷⁾. Zu den wesentlichsten Lebensbedürfnissen jedes Tieres gehören

- die artgemässe Bewegung, "wobei darunter nicht nur die freie Bewegung im Sinne der Fortbewegung zu verstehen ist, sondern vor allem auch die den einzelnen Funktionskreisen zugeordneten Bewegungsweisen";
- die artgemässe Nahrung; "dazu gehört nicht nur eine von den ernährungsphysiologischen Erfordernissen her ausgewogene Zusammensetzung des Futters. Von Bedeutung ist auch dessen Struktur und Zusammensetzung und die Art der Futteraufnahme";
- die artgemässe Pflege; neben dem Putzen, der Haut- und Haarpflege durch das Tier selber gehören dazu bei nicht-freilebenden Tieren "namentlich die regelmässige Kontrolle des Gesundheitszustandes und die Pflege kranker und verletzter Tiere";
- die artgemässe Unterbringung nicht-freilebender Tiere.

"Die Unterbringung muss unter Berücksichtigung der Art, des Alters, der Entwicklungs-, Anpassungs- oder Domestikationsstufe des Tieres seinen Bedürfnissen in physiologischer und hygienischer Hinsicht entsprechen und darf seine natürlichen Verhaltensweisen nicht so einschränken, dass dadurch Schmerzen, Leiden oder Schäden entstehen, Angstzustände hervorgerufen werden oder Verhaltensstörungen auftreten; von Bedeutung sind namentlich: Raumgrösse und Bodenfläche je Tier, Raumeinteilung, Bodenbeschaffenheit, Klima, Belichtung und Umwelt" ²¹⁸⁾.

217) Definition von Dr. K. Zeeb, Tierhygienisches Institut Freiburg im Breisgau/BRD, ABC der Nutztierhaltung, S. 173

218) Dokumentation über Tierhaltung

Zusammenfassend weist Lorenz ganz richtig darauf hin, dass es im Grunde genommen wenig brauche, um den artgemässen Bedürfnissen des Tieres und damit seinem Wohlbefinden Rechnung zu tragen, nämlich nur "den Verzicht auf die Degradierung des Tieres zur Industrieware" ²¹⁹⁾.

c. Das Tatobjekt

Wie schon vorne anlässlich der Würdigung der Interessenschutztheorie erwähnt ²²⁰⁾, erscheint es als konsequent, der Anerkennung von tierischen Interessen als Schutzobjekt ein generelles Lebensinteresse jeder Kreatur zugrunde zu legen, und als Tatobjekte demnach grundsätzlich alle Tiere in Betracht zu ziehen. Dies tut das Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 jedoch nicht. Zwar fasst es das Interesse des Tieres erfreulich weit, indem es ein solches sowohl am allgemeinen, am physischen und auch am psychischen Wohlbefinden ausdrücklich erwähnt. Um so unverständlicher ist es, dass das Gesetz als Tatobjekte nur die schmerzempfindlichen Tiere erfasst: "Es ist nur auf die Wirbeltiere anwendbar" ²²¹⁾. Bereits in seiner Botschaft an die Bundesversammlung über die Ersetzung des Schächtartikels der Bundesverfassung durch einen Tierschutzartikel ²²²⁾ führte der Bundesrat aus, dass "unser Wissen über das Schmerzempfinden der niederen Tiere beschränkt" sei, und darum "im Hinblick auf eine sinnvolle spätere Gesetzgebung im Rahmen des vorliegenden Entwurfes zu einem neuen Verfassungsartikel unter "Tieren" nur die Wirbeltiere verstanden werden sollten" ²²³⁾. Die Frage sei erlaubt, ob sich der Gesetzgeber im Zweifelsfalle nicht ebensogut für einen Schutz derjenigen Tiere hätte aussprechen können, bezüglich denen "unser Wissen beschränkt" ist.

219) Dokumentation zum VE

220) Vgl. vorne, II. A. 2. a. ee.

221) Art. 1 Abs. 2 TschG

222) Art. 25 bis BV

223) Botschaft zum Tierschutzartikel, BBl. 1972 II 1479

Entsprechend der Auffassung des Bundesrates hält der Schlussbericht der Studienkommission des EVD zur Ausarbeitung eines Vorentwurfes zu einem Tierschutzgesetz klar fest: "Die Anwendbarkeit des Gesetzes wird im Grundsatz auf Wirbeltiere beschränkt, da nach unserem Wissen nur diese mit Sicherheit Schmerzen oder Leiden auf ihre Weise bewusst empfinden und erleben. Zu diesen gehören die Tierklassen der Säugetiere, Vögel, Kriechtiere, Lurche und Fische. Eine Ausdehnung des Geltungsbereiches auf andere Tiergruppen, wie Insekten, Würmer und dergleichen, wäre beim fehlenden oder doch fraglichen Schmerzempfinden dieser Tiere wenig sinnvoll und würde bei der Anwendung verschiedener der vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen zu widersinnigen Konsequenzen führen" ²²⁴⁾.

Wie schon vorne ausgeführt ²²⁵⁾, sind allen Wirbeltieren gemeinsam die Grundzüge des Körperbaues sowie die Struktur und die Funktionsweise des Nervensystems, vorab des Gehirns, der Sinnesorgane und der endokrinen Drüsen. Wie der Name "Wirbeltiere" sagt, sind diese Lebewesen mit einer Wirbelsäule und einem Schädel ausgestattet, in denen das Zentralnervensystem, d.h. das Rückenmark und das Gehirn untergebracht sind. Mit diesen Zentralorganen stehen sehr viele empfindende und motorische, d.h. die Bewegung steuernde Nerven in Beziehung. Massgeblich für den Grad der vom Gesetz geforderten Empfindungsfähigkeit des Tieres ist letztlich der Cerebralisationsgrad, d.h. die sogenannte Hirndifferenzierung ²²⁶⁾.

Innerhalb der schmerzempfindlichen Wirbeltiere als Tatobjekte unterscheidet das Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 immerhin noch deren "höhere" und "niedere": "Versuche dürfen an höheren Tieren, beispielsweise an Säugetieren"

224) Schlussbericht, S. 12, sowie Botschaft zum Tierschutzgesetz, BBl. 1977 I 1085

225) Vgl. dazu vorne, 3. Kapitel, Was ist ein Tier? III.D

226) Vgl. dazu Hediger und Ziswiler, Dokumentation zum VE

tieren, nur ausgeführt werden, wenn der Zweck nicht mit niedriger stehenden Tieren erreicht werden kann" 227). Weiter "kann der Bundesrat in seinen Vorschriften über Transporte und internationalen Handel" doch auch "die wirbellosen Tiere einschliessen" 228). Zudem erstreckt sich das Uebereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen auch auf wirbellose Tiere; Art. 9 Abs. 1 TschG, wonach "der Bundesrat aus Gründen des Tierschutzes die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen an Bedingungen knüpfen, einschränken oder verbieten kann", schliesst diese demnach mit ein.

d. Kritik zur Einschränkung des Tatobjektes

Das Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 erfasst als Tatobjekte grundsätzlich und ausdrücklich nur die - "nach unserem Wissen" - schmerzempfindlichen Wirbeltiere; damit bleibt es hinter dem zu ersetzenden Art. 264 StGB zurück. Warum eine solche Einschränkung des Tatobjektes abzulehnen ist, insbesondere dann, wenn als Schutzobjekt ein Interesse des Tieres auftritt, ist bereits dargestellt worden 229). Es wäre dem neuen Gesetz, das einem "ethisch begründeten" Tierschutz genügen will 230), gut angestanden, hätte es die Verpönung jeder "ungerechtfertigten" Beeinträchtigung des tierischen Wohlbefindens zum Grundsatz erhoben. Damit hätte es die Tat als solche, die Störung des Wohlbefindens des Tieres, dem es dienen will 231), die unnötige Verletzung der physischen und psychischen Integrität des Tieres, die Ueberschreitung des Herrschaftsrechtes des Menschen gegenüber dem Tier 232), unabhängig von der Wirkung einer

227) Art. 16 Abs. 3 TschG

228) Art. 1 Abs. 2 TschG

229) Vgl. vorne, II. A. 2. a. ee.

230) Botschaft zum Tierschutzgesetz, BBl. 1977 I 1048

231) Art. 1 Abs. 1 TschG

232) Jenny, S. 104

Schmerzverursachung, bestraft. Dies bedeutet keineswegs, dass die Strafjustiz die Misshandlung von Fliegen und Würmern ahnden soll ²³³⁾. Zur Erfüllung jedes Straftatbestandes ist neben dem qualitativen ein quantitatives Moment zu erfüllen ²³⁴⁾. Entsprechend dem zum Schutzbjekt erhobenen, ausserordentlich weit gefassten tierischen Interesse, muss bei jeder ungerechtfertigten Beeinträchtigung des Lebens eines Tieres qualitative Tiermisshandlung vorliegen. Dabei kann aber ein quantitatives Erfordernis fehlen. Wann dies der Fall ist, hat die Praxis zu entscheiden ²³⁵⁾. Niemandem kommt es in den Sinn, beim Tatbestand des Diebstahles als Tatobjekte die Fünfrappenstücke grundsätzlich auszunehmen, mit der Begründung, der Verlust eines so geringen Betrages könne das Opfer nicht wirklich schädigen. Im Uebrigen ist auch die Begründung zur Einschränkung des Tatobjektes Tier im Schlussbericht der Studienkommission nicht gerade überzeugend, wenn es heisst, nur die Wirbeltiere würden "mit Sicherheit Schmerzen oder Leiden auf ihre Weise bewusst empfinden und erleben" ²³⁶⁾. Der menschliche Säugling im frühesten Alter empfindet und erlebt Schmerzen oder Leiden auf seine Weise nicht bewusst, aber deswegen ist er natürlich als Opfer von Verbrechen und Vergehen gegen Leib und Leben nicht ausgeschlossen.

Eine weitere Inkonsequenz des Tierschutzgesetzes liegt darin, dass es seinen Schutz zwar grundsätzlich nur den schmerzempfindlichen Tieren zubilligt, dann aber doch

233) Immerhin soll in England ein 20-jähriger Mann aus Nottingham zu einer Geldstrafe verurteilt worden sein, weil er eine Tarantel, eine wirbellose Spinne also, habe verhungern lassen. Das erkennende Gericht habe die Tarantel als Haustier eingestuft (Bericht in der Zeitschrift "Das Tier" Nr. 7/1979, S. 32).

234) Vgl. dazu Jenny, S. 126

235) Vgl. dazu bezügl. Art. 264 StGB Seiler, StenBull NR 1929, S. 472

236) Schlussbericht, S. 12

die folgenden Tathandlungen bestraft:

- die schmerzlose mutwillige Tötung (Art. 27 Abs. 1 lit. c TschG);
- die schmerzlose Tötung bei Tierkämpfen (Art. 27 Abs. 1 lit. d TschG);
- das Zufügen von Schmerzen, Leiden oder Schäden bei Tierversuchen (Art. 27 Abs. 1 lit. e TschG).

Die Beschränkung des Tatobjektes auf die schmerzempfindlichen Wirbeltiere ist zu bedauern; sie entspricht nicht dem Schutzobjekt, dem erfreulich weit gefassten rechtlich anerkannten Interesse des Tieres an seinem Wohlbefinden. Sie entspricht auch nicht den zahlreichen Beteuerungen in den Beratungen des Parlamentes zum Tierschutzgesetz, in denen immer wieder von der Ethik als der Triebfeder des Tierschutzes die Rede war ²³⁷⁾. Läge dem neuen Gesetz vom 9. März 1978 generell die Achtung vor jedem tierischen Leben zugrunde und nicht vorab das "Wissen über die Schmerzempfindlichkeit der Tiere" ²³⁸⁾, so hätte die Anwendbarkeit des Gesetzes im Grundsatz wohl kaum auf die Wirbeltiere beschränkt werden können.

237) Vgl. dazu StenBull StR 1977, S. 397 ff. sowie StenBull NR 1977, S. 1401 ff.

238) Vgl. dazu Botschaft zum Tierschutzartikel, BBl. 1972 II 1479 sowie Schlussbericht, S. 12

9. KAPITEL: ZUR TATHANDLUNG

I. DIE TATHANDLUNG IM ALLGEMEINEN

Der objektive Tatbestand legt neben dem Tatobjekt auch eine bestimmte Tathandlung fest. Der Tatbestand der Sachbeschädigung im Sinne von Art. 145 StGB zum Beispiel erfordert als Angriff auf das Tatobjekt "Sache" die Tathandlung des "Beschädigens, Zerstörens oder Unbrauchbar-machens".

In den Bestimmungen über den strafrechtlichen echten Schutz der Tiere - vorab in Art. 264 StGB und im künftigen Art. 27 TschG - sowie auch in der Literatur werden die verpönten Handlungen gegen das Tatobjekt Tier häufig gemeinhin als "Tierquälerei" bezeichnet. Dieser Begriff der "Tierquälerei" ist jedoch zu eng, denn als Tathandlungen kommen nicht nur Quälereien, d.h. Schmerzzufügungen an Tiere, in Frage. Wollte der Gesetzgeber einst durch den Erlass eines Straftatbestandes der Tierquälerei den Rohling, "der etwas Wehrlosem Schmerz zufügt" ¹⁾ zur Rechenschaft ziehen, geht es heute generell "um den Schutz des Tieres vor ungerechtfertigten Verhaltensweisen des Menschen" ²⁾.

II. TIER-"QUAELEREI" (Zur Tatbestandsmässigkeit der Handlung)

Die bisher wichtigste Bestimmung für den strafrechtlichen Schutz der Tiere auf Bundesebene, Art. 264 StGB, und der künftige Art. 27 TschG, unterstellen der Marginalie bzw. dem Titel "Tierquälerei" die folgenden Tathandlungen:

1) Jenny, S. 71

2) Botschaft zum Tierschutzartikel, BBl. 1972 II 1479

- die Misshandlung (Quälen) eines Tieres ³⁾;
- die arge/starke Vernachlässigung ⁴⁾;
- die (unnötige) Ueberanstrengung ⁵⁾;
- die qualvolle Tötung ⁶⁾;
- die mutwillige Tötung ⁷⁾.

A. Zur Misshandlung eines Tieres

1. Die physische Misshandlung

Art. 264 Ziff. 1 Abs. 1 StGB erfasst offenbar nur die physische Misshandlung eines Tieres ⁸⁾. Diese wird in Lehre und Rechtsprechung zu dieser Gesetzesbestimmung einhellig definiert als "unnötige Verursachung von Schmerzen oder Leiden, wobei nicht nur das ausgesprochen rohe, sondern jedes derartige Verhalten erfasst werden soll" ⁹⁾: Unter Misshandlung ist "nicht nur die fortdauernde oder sich wiederholende unnötige Verursachung erheblicher Schmerzen zu verstehen. Dass im deutschen Gesetzestext als Randtitel die Bezeichnung "Tierquälerei" verwendet wird, besagt nichts anderes. 'Quälen' weist wie 'Misshandeln' allgemein auf die unnötige Verursachung von Schmerzen oder Leiden (Qualen) hin, bedeutet aber nicht notwendigerweise eine fortdauernde oder sich wiederholende Leidenszufügung" ¹⁰⁾.

-
- 3) Art. 264 Ziff. 1 Abs. 1 und 2 StGB, Art. 27 Abs. 1 lit. a und d TschG
 - 4) Art. 264 Ziff. 1 Abs. 1 StGB, Art. 27 Abs. 1 lit. a TschG
 - 5) Art. 264 Ziff. 1 Abs. 1 StGB, Art. 27 Abs. 1 lit. a TschG
 - 6) Art. 264 Ziff. 1 Abs. 2 StGB, Art. 27 Abs. 1 lit. b TschG
 - 7) Art. 264 Ziff. 1 Abs. 2 StGB, Art. 27 Abs. 1 lit. c und d TschG
 - 8) Immerhin hielt das Obergericht des Kantons Bern in einem Urteil vom 24. Mai 1949 in Sachen Moser (Strafschuss auf einen Jagdhund) ausdrücklich fest, "auch die Zufügung psychischer Qualen stelle unter Umständen Tierquälerei dar".
 - 9) Vgl. dazu Stratenwerth II, S. 512/513 sowie dort angeführte Literatur
 - 10) BGE 85 IV 24 ff.

Der Begriff der "Misshandlung im Sinne von Art. 264 Ziff. 1 Abs. 1 StGB ist demnach identisch mit dem Begriff der "Tierquälerei" im engen Sinne ¹¹⁾.

2. Die psychische Misshandlung

Auch der künftige Art. 27 Abs. 1 lit. a TschG bestraft die "Misshandlung" eines Tieres. Damit nun Art. 2 Abs. 3 TschG, nach welchem niemand ein Tier in Angst versetzen darf, nicht toter Buchstabe bleibt, muss die oben erwähnte Bestimmung auch die psychische Misshandlung eines Tieres erfassen.

Die Tierpsychologen wissen schon lange, dass bei den höheren Tieren die angstbedingten Viszeral- oder Eingeweidereaktionen mit denjenigen des Menschen genau übereinstimmen: "Die Stimmung eines verängstigten Tieres ist offensichtlich gedrückt, es ist in seinen Bewegungen gehemmt, der arttypische Umweltkontakt ist reduziert und fast ausschliesslich auf das Bedrohliche der Situation konzentriert, die Verdauung liegt darnieder und es fehlt der Appetit sowie jegliche Aeusserung von Wohlbehagen, Entspannung oder Freude" ¹²⁾. "Durch Aufreissen der Lidspalte und Erweiterung der Pupille, wozu gewöhnlich noch das Zurücklegen der Ohren kommt, erhält auch das Tiergesicht einen ausgesprochen ängstlichen Ausdruck. Durch die meist geduckte Körperhaltung und den eingeklemmten Schwanz wird die angstvolle Stimmungslage noch besonders betont. Dabei ist die Herzaktion immer, meist sogar stürmisch, beschleunigt. Die Haare können sich sträuben. Schweissausbruch kann eintreten, die Muskulatur ist tonisiert, oft sogar verkrampft, Muskel- und

11) Vgl. dazu vorne, 4. Kapitel, Die aktuelle Bedrohung der Tiere, VI.

12) Prof. Dr. Eugen Seiferle, Schriftenreihe SGT Nr. 1; vgl. dazu auch Lorenz

Unterkieferzittern stellen sich ein und oft kommt es zu dünnbreiigen Kotentleerungen" ¹³⁾. Experimente haben einwandfrei ergeben, dass anhaltende Angstzustände bei Tieren zu Magengeschwüren und auch zum Tod führen können; psychischer Stress führt zu körperlichen Schäden bei Tieren so gut wie beim Menschen ¹⁴⁾. Nach Wiegand vermögen "Angst- und Schreckerlebnisse oder ganz allgemein Konfliktsituationen bei Tieren psychische Beeinträchtigungen wie Hysterien, Neurosen, Psychopathien, Psychosen oder Triebhemmungen" zu verursachen ¹⁵⁾.

Die psychische Misshandlung eines Tieres ist also ebenso strafwürdig wie die physische, und der Begriff der Tierquälerei im engen Sinne wird nicht mehr nur als Zufügung körperlicher Leiden verstanden werden können. Was bezweckte sonst Art. 2 Abs. 3 TschG?

B. Zur argen oder starken Vernachlässigung
eines Tieres

Die "arge", nach neuem Tierschutzgesetz "starke" Vernachlässigung eines Tieres ist nach Lehre und Rechtsprechung dann gegeben, wenn ein Tier der zu seinem Wohlbefinden erforderlichen Wartung und Pflege entbehrt ¹⁶⁾. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn der Täter "das Tier unnötig hungern oder im Schmutz verkommen lässt oder wenn er es erheblichen Schmerzen und Leiden schutzlos ausgesetzt sein lässt und ihm bei Krankheit oder Verletzungen die nötige Pflege und Heilbehandlung vor-enthält" ¹⁷⁾. Diese Umschreibung des Bundesgerichtes zu Art. 264 Ziff. 1 Abs. 1 StGB macht deutlich, dass die Vernachlässigung eines Tieres nicht notwendigerweise

13) Seiferle, a.a.O.

14) Zeitungsbericht in der "Weltwoche" Nr. 15/1977, S. 57/58

15) Wiegand, S. 70

16) Vgl. dazu Stratenwerth II, S. 513 sowie dort angeführte Literatur

17) BGE 86 IV 25 ff.

mit körperlichen Schmerzen verbunden sein muss. Zwar bedarf die Tat einer gewissen Intensität, die ungenügende Wartung und Pflege muss ein "argen" (Art. 264 StGB) oder ein "starkes" (Art. 27 TschG) Ausmass erreichen, doch geht die Anforderung des Kantonsgerichtes Graubünden, dass das Tier durch die Vernachlässigung "erheblichen Schmerzen und Leiden" unterworfen sein müsse, zu weit ¹⁸⁾. Das neue Tierschutzgesetz enthält denn auch neben der "starken Vernachlässigung" im Sinne von Art. 27 Abs. 1 lit. a einen zusätzlichen Uebertretungstatbestand, nach dem derjenige Halter oder Betreuer bestraft wird, der seinem Tier nicht die angemessene Ernährung, Pflege und Unterkunft zukommen lässt ¹⁹⁾. Von der Zufügung von körperlichen Schmerzen oder Leiden ist hier nicht die Rede.

C. Zur (unnötigen) Ueberanstrengung eines Tieres

Beim Verbot der Ueberanstrengung eines Tieres geht es um die Zumutung von Leistungen, welche dessen Kräfte übersteigen ²⁰⁾. "Eine besondere Rolle spielt hier die Benutzung von Hunden als Zugtiere"; weitere Beispiele sind "das Ueberladen der Fuhrwerke, die Verwendung alter und kranker Tiere zum Zugdienst, der Gebrauch verwundeter Tiere" sowie "der übermässige Gebrauch von Tieren durch anhaltend zu hohe Geschwindigkeiten" ²¹⁾. Auch ein Erschöpfungszustand als Folge einer Ueberanstrengung eines Tieres braucht nicht zwingend mit erheblichen oder überhaupt mit körperlichen Schmerzen in Verbindung zu stehen.

17) BGE 86 IV 25 ff.

18) PKG 1962, Nr. 71

19) Art. 3 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 29 Ziff. 1 lit. a TschG

20) Vgl. dazu Stratenwerth II, S. 513 sowie dort angeführte Literatur

21) Baur, S. 136

D. Zur qualvollen Tötung eines Tieres

Die qualvolle Tötung eines Tieres kann einen Anwendungsfall der Misshandlung bzw. Tierquälerei, und zwar einen besonders gravierenden, darstellen ²²⁾; sie bildet aber einen eigenen Tatbestand des Art. 27 Abs. 1 TschG.

E. Zur mutwilligen Tötung eines Tieres

Die mutwillige Tötung eines Tieres wird von Art. 264 Ziff. 1 Abs. 2 StGB nur im Zusammenhang mit Schaustellungen erfasst; Art. 27 Abs. 1 lit. c TschG stellt sie generell unter Strafe. Die mutwillige Tötung kann im Gegensatz zur qualvollen Tötung ohne Zufügung von Schmerzen oder Leiden erfolgen; kennzeichnend ist das Fehlen jedes vernünftigen Grundes für die Tat.

F. Folgerungen

Der vorstehende Ueberblick über die verschiedenen strafbaren Handlungen macht deutlich, dass der Begriff der "Tierquälerei" als Oberbegriff - als solchen verwendet ihn auch wieder das neue Tierschutzgesetz ²³⁾ - für Verstösse gegen den strafrechtlichen echten Schutz der Tiere ungeeignet ist. Es geht ja heute längst nicht mehr darum, die Tiere einzig vor Quälereien zu schützen, schon Art. 264 StGB bezweckte mehr, und das neue Tierschutzgesetz mit seinen Strafbestimmungen will generell das Wohlbefinden des Tieres gewährleisten ²⁴⁾. Tatbestandsmässig (aber nicht unbedingt rechtswidrig) ist daher in der Regel jede Beeinträchtigung der physischen und/oder psychischen Integrität eines Tieres, die natürlich eine gewisse Intensität erreichen muss.

22) Vgl. dazu Stratenwerth II, S. 514

23) Art. 27 TschG

24) Art. 1 Abs. 1 TschG

III. "UNGERECHTFERTIGTE" VERHALTENSWEISEN DES
MENSCHEN GEGENUEBER DEM TIER (Zur Rechts-
widrigkeit der Handlung)

A. Allgemeines

Ist eine Beeinträchtigung der physischen und/oder psychischen Integrität des Tieres, die eine gewisse Intensität erreicht, in der Regel eine tatbestandsmässige Handlung, so ist nicht jede solche Beeinträchtigung rechtswidrig. Das Tier soll ja generell nur vor "ungerechtfertigten" Verhaltensweisen des Menschen geschützt werden²⁵⁾. So spricht zum Beispiel der Grundsatzartikel 2 Abs. 3 TschG davon, dass niemand "ungerechtfertigt" einem Tier Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen oder es in Angst versetzen dürfe; Art. 264 Ziff. 1 Abs. 1 StGB sowie Art. 27 Abs. 1 lit. a TschG verpönnen die "unnötige" Ueberanstrengung eines Tieres, Art. 27 Abs. 1 lit. c TschG stellt die "mutwillige" (d.h. ungerechtfertigte) Tötung und lit. e dieser Bestimmung die "vermeidbare" Uebelszufügung unter Strafe etc.

B. Die Rechtfertigungsgründe im allgemeinen

"Ungerechtfertigt", d.h. rechtswidrig, ist eine tatbestandsmässige Beeinträchtigung der Integrität des Tieres im vorstehenden Sinne²⁶⁾ dann, wenn kein Rechtfertigungsgrund vorliegt. Ein Rechtfertigungsgrund ist "ein Erlaubnissatz, durch welchen die Verletzung eines Gebotes oder Verbotes unter bestimmten Voraussetzungen ausnahmsweise als zulässig erklärt wird"²⁷⁾. Die Rechtfertigungsgründe beruhen auf der Ueberlegung, dass die

25) Vgl. dazu Botschaft zum Tierschutzartikel, BB1. 1972 II 1479, sowie Knüsel, StenBull StR 1977, S. 398

26) Vgl. vorne, II. F.

27) Hauser/Rehberg, S. 65

Verletzung oder Gefährdung eines Rechtsgutes - hier des Interesses des Tieres an der Wahrung seiner physischen und psychischen Integrität - um eines höheren Wertes willen hingenommen werden muss. Die Rechtfertigungsgründe erfordern ein Vergleichen und Gegeneinanderabwägen verschiedener Werte, denn "materiell gesehen ist das Verhältnis zwischen Verbot und Rechtfertigungsgrund ein solches von Güter- oder Wertkollisionen". "Allen Rechtfertigungsgründen liegen Wertkollisionen zugrunde"²⁸⁾.

C. Die einzelnen Rechtfertigungsgründe

Zur Rechtfertigung einer tatbestandsmässigen menschlichen Verhaltensweise gegenüber dem Tier können - nach allgemeiner Doktrin ²⁹⁾ - die folgenden Gründe vorliegen:

- strafgesetzliche Rechtfertigungsgründe, insbesondere Notwehr, Art. 33 StGB, und Notstand, Art. 34 StGB ³⁰⁾;
- ausserstrafgesetzliche Rechtfertigungsgründe, insbesondere Art. 57 OR in Verbindung mit Art. 32 StGB ³¹⁾;
- übergesetzliche Rechtfertigungsgründe, insbesondere die Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Bregenzer versuchte, zur Rechtfertigung menschlicher Verhaltensweisen gegenüber dem Tier erweiterte Notwehr- und Notstandsbegriffe zu schaffen: Er behalf sich mit der Annahme eines "sozialen Notwehrrechtes" gegenüber schädlichen Tieren, eines "sozialen Notstandsrechtes" der Tieraneignung sowie eines "sozialen Notstandsrechtes" des Verbrauchs von Tieren und tierischen Produkten.

28) Noll, Rechtfertigungsgründe, S. 162/163

29) Vgl. dazu Hauser/Rehberg, S. 64 ff. sowie dort angeführte Literatur

30) Vgl. vorne, 2. Kapitel, Das Tier im schweizerischen Strafrecht im allgemeinen, I. B. und C.

31) Vgl. vorne a.a.O., I. D.

Einmal würden unsere Existenzbedingungen fortwährend gefährdet durch gewisse Tiere, die sich vermöge ihres Wesens und ihrer Art nur aggressiv und zerstörend betätigen könnten; diese grundsätzlichen Feinde unseres Lebens und unserer Güter zwingen uns Waffen in die Hände. Die Aneignung freilebender Nutztiere bilde sodann regelmässig das notwendige Mittel zu materiellen oder ideellen Gebrauchszwecken. Schliesslich sei die Verwendung der Hauptnutztiere zu Nahrung, Kleidung etc. eine Notwendigkeit, der selbst die tierischen Grundinteressen nachstehen müssten ³²⁾. Diese Konstruktion befriedigt natürlich nicht. Wie schon Altwegg feststellte, ist es trotz aller Dehnung des gewöhnlichen Notstandsbegriffes unmöglich, alle erlaubten tatbestandsmässigen Handlungen darunter zu subsumieren ³³⁾. Ein Blick auf die aktuellen umstrittenen Tierschutzprobleme, vorallem die Tierhaltung und -schlachtung sowie die Tierversuche, zeigt vielmehr sofort, dass die damit verbundenen menschlichen Verhaltensweisen gegenüber dem Tier nur auf den übergesetzlichen Rechtfertigungsgrund der Wahrnehmung berechtigter Interessen abgestützt werden können ³⁴⁾.

D. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen

1. Zum Begriff der Wahrnehmung berechtigter Interessen

Die Wahrnehmung berechtigter Interessen bedeutet, "dass ein (menschliches) Verhalten dann rechtmässig ist, wenn es notwendiges und angemessenes Mittel zu einem berechtigten Zweck ist" ³⁵⁾. "Auf jeden Fall ist" nach Auffassung des Bundesgerichtes "Voraussetzung, dass das

32) Bregenzer, S. 377 ff. zusammengefasst bei Jenny, S. 105

33) Altwegg, S. 48

34) Vgl. dazu Noll, Strafrecht, S. 46, sowie Noll, Tatbestandsmässigkeit und Rechtswidrigkeit, S. 32

35) Noll, Rechtfertigungsgründe, S. 185

verwendete Mittel dem verfolgten Ziele angemessen ist. Das trifft dann nicht zu, wenn dem Täter zur Erreichung des Zieles andere, gesetzliche Mittel zur Verfügung stehen und ihm zugemutet werden kann, davon Gebrauch zu machen" ³⁶⁾. Bei der Wahrnehmung berechtigter Interessen muss sich der Täter demnach in einer gewissen Zwangslage befinden.

2. Zu den berechtigten Interessen

Dass der Mensch zur Wahrung berechtigter Interessen die Integrität des Tieres verletzen darf, ist an und für sich unbestritten. Wann aber sind die Interessen des Menschen berechtigt? Diese Wertung, dieses Abwägen zwischen dem Rechtsgut des tierischen und demjenigen des menschlichen Interesses ist Aufgabe der Moral, der Ethik, der Religion. Die Frage der Berechtigung menschlicher Interessen, die Frage der Rechtfertigung menschlicher Verhaltensweisen gegenüber dem Tier ist daher auch gar nicht in allgemeingültiger Weise zu lösen.

Nach Schopenhauers Moralsystem zum Beispiel darf der Mensch das Leben und die Kräfte des Tieres für seine Zwecke beanspruchen, weil "in der Natur die Fähigkeit zum Leiden gleichen Schritt hält mit der Intelligenz"; der Mensch würde zum Beispiel "durch Entbehrung der tierischen Nahrung, zumal im Norden, mehr leiden als das Tier durch einen schnellen und stets unvorhergesehenen Tod". Der Mensch darf daher nach Schopenhauer in Bejahung seines Daseins bis zur Verneinung des tierischen Daseins gehen, soweit der Wille zum Leben dadurch weniger Leiden trägt als im umgekehrten Falle ³⁷⁾. Der Mensch nimmt also gegenüber dem Tier solange berechnete Interessen wahr, als er durch die Verletzung der tie-

³⁶⁾ BGE 94 IV 70

³⁷⁾ Schopenhauer, S. 641

rischen Integrität grössere eigene Leiden verhindern kann.

Nach der Auffassung Jherings ist das Tier "den menschlichen Zwecken schlechthin preisgegeben" 38). "Die Qualen, die (damals noch - d.V.) einigen wenigen zu Versuchsubjekten verwandten Tieren zugefügt werden, können durch die Ergebnisse, welche sie der praktischen Medizin abwerfen, Millionen von Menschen zugute kommen - um sie jenen zu ersparen, sollen sie geopfert werden! ... Wenn der Mensch um des Vaterlandes willen den Tod und die furchtbarsten Qualen erleiden muss, braucht er dann zurückzuschrecken, um der Wissenschaft, d.i. des Wohles der Menschheit, willen dem Tier ein Los zu bereiten, das ihm selber nicht erspart werden kann? Für das Tier wird die Stunde seiner Sicherstellung gegen das Experiment des Mediziners und Naturforschers erst dann schlagen, wenn die Glocken den vollen Frieden auf Erden einläuten: keine Kriege nach aussen, keine Verbrechen im Innern und darum auch keine Strafen im Innern, keine animalische Ernährung und keine Krankheiten für den Menschen" 39).

Radikalste Anforderungen an die Güterabwägung stellt Albert Schweitzer, der Ethik gleichsetzt mit "der ins Grenzenlose erweiterten Verantwortung gegen alles, was lebt". Sein "Grundprinzip des Sittlichen" heisst: "Gut ist, Leben erhalten und Leben fördern; böse ist, Leben vernichten und Leben hemmen ... Wahrhaft ethisch ist der Mensch nur, wenn er der Nötigung gehorcht, allem Leben, dem er beistehen kann, zu helfen". Er nimmt niemals berechnete Interessen wahr, wenn er "irgend etwas Lebendigem Schaden tut. Er fragt nicht, inwiefern dieses oder jenes Leben als wertvoll Anteilnahme verdient, und auch nicht, ob und inwieweit es noch empfindungs-

38) Jhering, S. 142

39) Jhering, S. 143 f.

fähig ist" ⁴⁰⁾.

Als eine der neuesten juristischen Autoren versucht Jenny für die Belange des strafrechtlichen Schutzes der Tiere die Fälle der Wahrnehmung berechtigter Interessen wie folgt zusammenzufassen: "Nur die lebensnotwendigen und die durch Ideale bedingten Interessen sind vorbehaltlos als berechtigt anzuerkennen, sofern zu ihrer Verwirklichung in der Weise vorgegangen wird, die dem Tier die geringste Qual bereitet" ⁴¹⁾. Jenny stellt aber selber fest, dass "man über eine gewisse Allgemeinheit in der Formulierung nicht hinwegkommt" ⁴²⁾.

E. Anhaltspunkte für die Abwägung zwischen
 menschlichen und tierischen Interessen

Trotz der Unmöglichkeit, Wertungsfragen in allgemeingültiger Weise zu beantworten, lassen sich doch aus allgemeinen rechtlichen Grundsätzen Anhaltspunkte für die Frage, wann der Mensch gegenüber dem Tier berechnigte Interessen wahre, herleiten. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen unterliegt nämlich - wie die gesetzlichen Rechtfertigungsgründe - insbesondere dem Grundsatz der Subsidiarität und demjenigen der Proportionalität ⁴³⁾.

1. Der Grundsatz der Subsidiarität

Der Grundsatz der Subsidiarität besagt, dass die tatbestandsmässige Beeinträchtigung der tierischen Integrität nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie das letzte Mittel zur Wahrung menschlicher Interessen darstellt; weniger weit gehende Eingriffe haben den Vorrang. Das heisst zum Beispiel, dass tatbestandsmässige Tierver-

41) Jenny, S. 108

42) Jenny, S. 106

43) Vgl. dazu Hauser/Rehberg, S. 65 sowie BGE 94 IV 70

suche nur dann rechtmässig sein können, wenn das verfolgte Forschungsergebnis keinesfalles mit anderen Methoden, insbesondere der Zell-, Gewebe- und Organkulturmethode ⁴⁴⁾, erzielt werden kann.

2. Der Grundsatz der Proportionalität

Der Grundsatz der Proportionalität besagt, dass die tatbestandsmässige Beeinträchtigung der tierischen Integrität in einem vernünftigen Verhältnis zum wahrgenommenen berechtigten menschlichen Interesse stehen muss. Das heisst zum Beispiel, dass das menschliche Interesse an einem billigen Ei niemals eine für das Huhn lebenslänglich tierquälerische Halungsweise rechtfertigen kann ⁴⁵⁾.

44) Vgl. dazu vorne, 4. Kapitel, Die aktuelle Bedrohung der Tiere, II. A. 2.

45) Vgl. dazu vorne, 4. Kapitel, Die aktuelle Bedrohung der Tiere, I. A. 1.

5. Teil und 10. KAPITEL: DAS GELTENDE RECHT ¹⁾

Das vorliegende Kapitel soll einen Ueberblick über die neben Art. 264 StGB bzw. später Art. 27 ff. TschG geltenden strafrechtlichen echten Tierschutzbestimmungen des Bundes vermitteln, die sich stark verstreut in verschiedenen Bundeserlassen finden. Dabei sind diejenigen Vorschriften miterfasst, die zwar nicht ausschliesslich, aber doch zumindest auch dem strafrechtlichen echten Schutz der Tiere auf Bundesebene dienen.

I. HAUPTSTRAFRECHT

A. Art. 232 StGB

1. Wer vorsätzlich eine Seuche unter Haustieren verbreitet, wird mit Gefängnis bestraft.

...

Art. 232 Ziff. 1 Abs. 1 StGB gehört zu den "Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Gesundheit", schützt aber sicher auch das Interesse der Haustiere an ihrer Gesundheit. Nicht geschützt durch diesen Tatbestand sind die wildlebenden Tiere.

Bei der "Seuche" im Sinne dieser Gesetzesbestimmung braucht es sich nicht um eine der im Tierseuchengesetz erwähnten Krankheiten zu handeln ²⁾.

1) Stand am 1. Dezember 1979, in der Reihenfolge der SR

2) Vgl. dazu Thormann/Overbeck, Band II, N 2 zu Art. 232 StGB, sowie Petrzilka, S. 314

B. Art. 234 StGB

Wer vorsätzlich das Trinkwasser für Menschen oder Haustiere mit gesundheitsschädlichen Stoffen verunreinigt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Gefängnis oder Busse.

Nach Thormann/Overbeck kann die Verunreinigung von Trinkwasser zugleich das Mittel einer strafbaren Handlung gegen Leib und Leben des Menschen bilden ⁴⁾. Vom Leib und Leben des Tieres sprechen die Autoren nicht, aber aus dem Gesetzeswortlaut ergibt sich nicht, dass eine Gesundheitsverletzung beim Tier derjenigen beim Menschen nachstehen soll. Art. 234 StGB schützt demnach wiederum auch das Interesse der Haustiere, nicht aber der freilebenden Tiere, an ihrer Gesundheit, an ihrem Leib und Leben.

C. Art. 235 und 236 StGB

Art. 235

1. Wer vorsätzlich Futter oder Futtermittel für Haustiere so behandelt oder herstellt, dass sie die Gesundheit der Tiere gefährden, wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

...

2. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse.

...

Art. 236

Wer vorsätzlich gesundheitsschädliches Futter oder gesundheitsschädliche Futtermittel einführt, lagert, feilhält oder in Verkehr bringt, wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft. Das Strafurteil wird veröffentlicht.

Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse.

...

4) Thormann/Overbeck, N 5 zu Art. 234 StGB

Die gesundheitsschädliche Herstellung oder Behandlung von menschlichen Lebensmitteln stellt Art. 38 des Lebensmittelgesetzes ⁷⁾ unter Strafe. Die Art. 235 und 236 StGB schützen demgegenüber die tierische Nahrung, indem sie das Herstellen und Inverkehrbringen von gesundheitsschädlichem Futter verbieten ⁸⁾.

D. Art. 264 StGB

Art. 264 StGB, die bisher wichtigste Tierschutzbestimmung des Hauptstrafrechts, wird mit dem Inkrafttreten des neuen Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 aufgehoben werden ⁹⁾.

II. NEBENSTRAFRECHT ¹⁰⁾

A. Verordnung über die Strassenverkehrsregeln vom 13. November 1962; SR 741.11

Art. 74

¹ Bei Tiertransporten mit Motorfahrzeugen muss verhindert werden, dass Ausscheidungen auf die Strasse abfliessen, z.B. durch Bestreuen der Ladefläche mit genügend Sägemehl oder Torfmull.

² Motorfahrzeuge und Anhänger dürfen zu regelmässigen Transporten von Klauentieren, namentlich durch Viehhändler, Metzger und gewerbsmässige Transportunternehmer, nur verwendet werden, wenn sie gemäss Eintrag im Ausweis dafür geprüft sind. Die Höhe der Wände muss für Grossvieh mindestens 1,50 m und für Kleinvieh mindestens 60 cm betragen; die Wände bis zur vorgeschriebenen Höhe und der

7) Bundesgesetz betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 8. Dezember 1905, SR 817.0

8) Vgl. dazu Thormann/Overbeck, N 1 zu Art. 235 StGB

9) Art. 37 TschG

10) Reihenfolge gemäss SR

Boden müssen so dicht sein, dass weder Speichel noch andere Ausscheidungen nach aussen gelangen. Anbindevorrichtungen, Netze und Ueberdachungen müssen verhindern, dass die Tiere mit dem Kopf die Wagenwand überragen.

3 Für die einzelnen Tiere muss genügend Raum vorhanden sein. Tiere verschiedener Art sind durch Abschränkungen voneinander zu trennen.

4 Die Tiere müssen so verladen werden, dass sie sich weder verletzen, noch die Köpfe seitlich hinausstrecken, noch das Fahrzeug verlassen können. Sie sind vor Kälte, übermässiger Sonnenbestrahlung, Nässe und Wind zu schützen, und es muss für genügende Lüftung gesorgt sein. Auf schlechten Strassen und in Kurven ist langsam zu fahren.

5 Die Motorfahrzeuge und Anhänger sind nach Tiertransporten gründlich zu reinigen und möglichst oft, stets aber nach der Beförderung kranker oder verdächtiger Tiere, zu desinfizieren.

6 Der Transport von Tieren in Kofferräumen ist untersagt. Auf Motorrädern und Fahrrädern dürfen Tiere nur in Käfigen oder Körben befördert werden.

Art. 96

Wer Vorschriften dieser Verordnung verletzt, wird, wenn keine andere Strafbestimmung anwendbar ist, mit Haft oder mit Busse bestraft.

Art. 74 in Verbindung mit Art. 96 VRV dient in recht umfassendem Masse dem Schutz der Tiere bei Transporten mit Motorfahrzeugen. Dies ist auch nötig, denn bei Transporten sind Tiere besonderen Belastungen ausgesetzt: "Das Einfangen und die Herausnahme aus der gewohnten Umgebung, das Zusammentreffen mit fremden Menschen und Artgenossen sowie die transportbedingten Zwangsmassnahmen verursachen oft Erregungs- und Angstzustände, die die Tiere nicht immer zu kompensieren vermögen und die dann Schmerzen, Leiden oder Schäden

auslösen können" 11).

Besonders tierquälerisch kann sich das wirtschaftliche Bestreben, Transporte möglichst rentabel durchzuführen, auswirken, wenn zu diesem Zweck eine grösstmögliche Zahl von Tieren auf kleinstmöglichem Raum untergebracht werden soll 12). Darum stellt ein Anhang zu Art. 74 Abs. 3 VRV Richtlinien für die Beladung von Motorfahrzeugen mit lebenden Tieren auf:

Tiergattung	Durchschnittlicher Platzbedarf je Tier in m ²	Anzahl Tiere je m ²
-------------	--	--------------------------------

GROSSVIEH:

schwere Tiere (500 kg und mehr)	1,50-2,00	
leichte Tiere (400 bis 500 kg)	1,30-1,50	
Jungvieh (Rinder) je nach Alter (200 bis 400 kg)	0,90-1,30	
Kälber je nach Alter	0,30-0,50	2-3

SCHAFE:

je nach Rasse, Alter und ob geschoren oder ungeschoren	0,20-0,30	3-5
--	-----------	-----

SCHWEINE:

Mutterschweine (etwa 150 kg)	0,65-0,75	
Schlachtschweine (etwa 100 bis 125 kg)	0,50-0,60	2-3
Halbjäger und Jäger (30 bis 75 kg)	0,20-0,40	3-5

Anmerkung: Diese Zahlen stellen lediglich Richtlinien dar. Bei langer Fahrstrecke und hoher Aussentemperatur ist der Platzbedarf grösser, ebenso bei der Verwendung kleinerer Fahrzeuge

11) Wiegand, S. 72

12) Vgl. dazu vorne, 4. Kapitel, Die aktuelle Bedrohung der Tiere, I. B.

B. Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung vom 8. Oktober 1971; SR 814.20

Art. 2

Dieses Gesetz bezweckt den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung sowie die Behebung bestehender Gewässerverunreinigungen im Interesse

- der Gesundheit von Mensch und Tier;
- ...

Art. 37

¹ Wer widerrechtlich feste, flüssige oder gasförmige Stoffe jeder Art, die geeignet sind, das Wasser zu verunreinigen, mittelbar oder unmittelbar in die Gewässer einbringt oder ablagert (Art. 14 Abs. 1),

wer widerrechtlich solche Stoffe ausserhalb der Gewässer ablagert oder versickern lässt und dadurch die Gefahr einer Verunreinigung des Wassers schafft (Art. 14 Abs. 1 und 2),

wer ohne Bewilligung der zuständigen Behörde oder entgegen den Bedingungen einer erteilten Bewilligung in Grundwasservorkommen Grabungen zur Ausbeutung von Kies, Sand und anderem Material vornimmt (Art. 32),

wird, wenn er vorsätzlich handelt, mit Gefängnis oder Busse bestraft.

² Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Busse bis zu 20 000 Franken.

Art. 38

¹ Wer vorsätzlich als Eigentümer oder als Inhaber von Einrichtungen zur Herstellung, zur Verarbeitung, zum Umschlag, zur Beförderung oder zur Lagerung wassergefährdender Stoffe die nach dem Gesetz und seinen Ausführungsbestimmungen notwendigen baulichen oder technischen Vorrichtungen nicht erstellt oder nicht funktionsfähig erhält (Art. 24) und dadurch das Wasser verunreinigt oder die Gefahr einer Verunreinigung schafft, wird mit Gefängnis oder Busse bestraft.

² Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Busse bis zu 20 000 Franken.

Art. 39

Hat der Täter vorsätzlich oder durch gröbliche Verletzung elementarer Sorgfaltspflichten einen grossen Schaden verursacht, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter drei Monaten.

Art. 40

¹ Wer in anderer Weise vorsätzlich diesem Gesetz oder den gestützt hierauf erlassenen Vorschriften oder einer entsprechenden unter Hinweis auf die Strafandrohung dieses Artikels an ihn gerichteten Einzelverfügung zuwiderhandelt, ohne dass ein Vergehen im Sinne der Artikel 37-39 dieses Gesetzes vorliegt, wird mit Haft oder Busse bestraft.

² Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.

³ Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse.

Die Lehre ist sich darüber einig, dass "auch primitive Wassertiere bei ihrem Tod durch verunreinigtes Wasser Schmerz empfinden" ¹³⁾, und dass insbesondere "die fast täglich vorkommenden Fischsterben durch verschmutztes Wasser eine Tierquälerei bedeuten können" ¹⁴⁾: "Von den ungeheuren Qualen, die alle diese Wassertiere bei einer solchen Vergiftungskatastrophe erleiden, spricht jedoch niemand. Man muss es gesehen haben, wie die Fische von Panik gepackt herumschiessen, übers Wasser pfeilen, selbst am Land Schutz suchen, wie sie zuletzt in Krämpfe und Zuckungen verfallen, um dann gelähmt irgendwohin geschwemmt zu werden. Im Institut sehen wir die zur Untersuchung eingeschickten Kadaver. Weit

13) Kunz, S. 63

14) Aeppli, S. 152

aufgerissene Mäuler, verdrehte Augen, von ätzenden Substanzen zerfressene Kiemen und Flossen, zerstörte und aufgeschwollene Haut" ¹⁵⁾.

Verursacht die Verschmutzung eines Gewässers häufig eine Tierquälerei, so folgt daraus umgekehrt, dass der Schutz der Gewässer auch dem Schutz der Tiere dient. Das Gewässerschutzgesetz steht denn auch nach eigenem Wortlaut unter anderem im Interesse der Gesundheit der Tiere; nach Auffassung des Bundesrates kann kein Zweifel darüber bestehen, "dass gegen die Ursachen wiederholter schwerer Fischvergiftungen ... mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen werden muss" ¹⁶⁾.

C. Eidgenössische Fleischschauverordnung vom
11. Oktober 1957; SR 817.191

Art. 35

¹ Beim Transport aller zur Schlachtung bestimmten Tiere, beim Schlachten und bei den Vorbereitungen hierzu ist jede Tierquälerei zu vermeiden. Das Schlachten der Tiere ohne Betäubung vor dem Blutentzug ist gemäss Artikel 25bis der Bundesverfassung verboten.

² Den Schlachttieren dürfen keine Stoffe oder Präparate verabreicht werden, welche die Beschaffenheit oder Haltbarkeit des Fleisches in unzulässiger Weise beeinflussen können. Darunter fällt insbesondere die Anwendung von Stoffen mit östrogenen oder thyreostatischen Wirkung zur Beeinflussung des Fleisch- oder Fettansatzes oder zur sexuellen Neutralisation während der Mast.

...

15) Dr. K. Klingler in der NZZ Nr. 4015 vom
27. Oktober 1961

16) BBl. 1970 II 438

Art. 35bis

¹ Die Tiere der Rinder-, Schaf-, Ziegen-, Schweine- und Pferdegattung sind - Notfälle ausgenommen - durch Bolzen- oder Kugelschuss ins Gehirn zu betäuben. In zweckentsprechenden, einwandfrei eingerichteten und behördlich genehmigten Schlachthanlagen kann auch durch elektrischen Strom und mit besonderer Bewilligung des Eidgenössischen Veterinär-amtes mittels Kohlendioxyd betäubt werden.

² Beim Neubau oder Umbau mit erheblicher Aenderung bestehender öffentlicher oder privater Schlachthanlagen sind für alle in diesem Artikel genannten Tierarten Einrichtungen zur Betäubung im Stehen zu schaffen. Vom Zeitpunkt der Inbetriebnahme an hat in diesen Anlagen die Betäubung am stehenden Tier zu erfolgen.

Art. 117

Widerhandlungen gegen diese Verordnung fallen unter die Strafbestimmungen des Bundesgesetzes vom 8. Dezember 1905 betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen.

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Tierseuchengesetzes vom 1. Juli 1966.

Die Art. 35 und 35bis stellen Vorschriften für die Schlachtung von Tieren auf; Art. 35 Abs. 1 postuliert ausdrücklich das Vermeiden jeder Tierquälerei. Art. 35bis bestimmt, welche für das Tier relativ schonenden Schlachtmethoden anzuwenden sind ¹⁷⁾.

17) Vgl. vorne, 4. Kapitel, Die aktuelle Bedrohung der Tiere, I. C.

D. Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966;
SR 916.40

Art. 9

Zur Bekämpfung der Tierkrankheiten gemäss Artikel 1 treffen Bund und Kantone alle Massnahmen, die nach dem jeweiligen Stande der Wissenschaft und der Erfahrung zur Verhinderung einer Ausdehnung der Krankheit und zum Schutze der Gesundheit von Menschen und Tieren angezeigt erscheinen.

Art. 10

¹ Der Bundesrat stellt in Ausführung von Artikel 9 sichernde Vorschriften auf. Er regelt insbesondere:

1. die Behandlung der verseuchten oder seuchenverdächtigen oder ansteckungsgefährdeten Tiere;
2. die Abschachtung oder die unschädliche Beseitigung solcher Tiere;
3. die unschädliche Beseitigung der Kadaver und Materialien, die Träger des Ansteckungsstoffes einer Seuche sein können;
4. die Absonderung der verseuchten und seuchenverdächtigen Tiere, die Abspernung von Ställen, Gehöften, Weiden und Ortschaften für den Tierverkehr, die Desinfektion und die Einschränkung des Personen- und Warenverkehrs;
5. die Beobachtung seuchenverdächtiger Tiere;
6. das Verbot von Märkten, Ausstellungen, Tierversteigerungen und anderen ähnlichen Veranstaltungen; die Einschränkung oder das Verbot des Tierverkehrs für bestimmte Gebiete;
7. die periodische Untersuchung der Tierbestände, die Kennzeichnung der Tiere sowie die weiteren Massnahmen zur Gesunderhaltung krankheitsfreier Tierbestände;
8. die unentgeltliche Mithilfe des Tierhalters bei Bekämpfungsmassnahmen;
9. die Mitwirkung der Transportanstalten bei Bekämpfungsmassnahmen

² Droht eine Seuche ein gefährliches Ausmass anzunehmen, so kann der Bundesrat für bestimmte Regionen oder für das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft spezielle Bekämpfungsmassnahmen beschliessen.

³ Der Bundesrat erlässt besondere Vorschriften zur Verhütung und Bekämpfung von Seuchen bei der Nutztierhaltung in Grossbeständen, namentlich über:

1. die seuchenpolizeiliche Genehmigung und Kontrolle;
2. den Standort und die Betriebseinrichtung;
3. die Betriebshygiene sowie die Seuchenverhütung, einschliesslich Impfungen.

Art. 11

¹ Wer Tiere hält, betreut oder behandelt, ist verpflichtet, den Ausbruch von Seuchen und seuchenverdächtige Erscheinungen unverzüglich einem Tierarzt, bei Bienenseuchen dem Bieneninspektor, zu melden und alle Vorkehren zu treffen, um eine Uebertragung auf andere Tiere zu verhindern. Die gleiche Meldepflicht liegt dem Viehinspektor, Fleischschauer, Metzger, Wasenmeister sowie den Polizei- und Zollfunktionären ob.

² Für Tierärzte, Untersuchungsinstitute und Bieneninspektoren besteht eine Anzeigepflicht an die zuständige kantonale Stelle, die die Anzeige an die Kantons- und Gemeindebehörden weiterleitet. Tierärzte und Bieneninspektoren treffen unverzüglich alle notwendigen Massnahmen, um die Verschleppung der Seuche zu verhindern.

Art. 12

Der Verkehr mit verseuchten und seuchenverdächtigen Tieren sowie mit solchen, von denen nach den Umständen anzunehmen ist, dass sie Träger des Ansteckungsstoffes einer Seuche sind, ist verboten. Seuchenpolizeilich begründete Ausnahmen werden vom Bundesrat geregelt.

Art. 14

¹ Jedes Tier der Rinder-, Schaf-, Ziegen- oder Schweinegattung, das in einen anderen Viehinspektionskreis gebracht oder im eigenen Viehinspektionskreis auf den Markt oder eine Ausstellung geführt wird, muss von einem Verkehrsschein begleitet sein, der dem Viehinspektor am neuen Standort abzugeben ist.

...

Art. 17

¹ Tiere der Rinder-, Schaf-, Ziegen- und Schweinegattung dürfen nur dann mit Eisenbahnen oder Schiffen befördert werden, wenn sie von Verkehrsscheinen oder Passierscheinen (Art. 26) begleitet sind. Dasselbe gilt, wenn sie im Flugverkehr oder auf der Strasse mit Fahrzeugen jeder Art in einen andern Viehinspektionskreis befördert werden, soweit nicht Ausnahmen nach Artikel 14 Absatz 2 zugelassen sind.

² Der Bundesrat wird über den Transport von Tieren und tierischen Stoffen sowie über die Mittel für ihre Beförderung die erforderlichen Vorschriften aufstellen.

Art. 18

¹ Märkte oder Ausstellungen, an denen Tiere der Pferde-, Rinder-, Schaf-, Ziegen- oder Schweinegattung aufgeführt werden, sind tierärztlich und polizeilich zu überwachen.

² Tiere dürfen ausserdem auf einen Nutztiermarkt nur gebracht werden, wenn sie bei der tierärztlichen Auffuhrkontrolle weder krank noch krankheitsverdächtig befunden worden sind.

...

Art. 21

¹ Der Hausierhandel mit Tieren der Pferde-, Rinder-, Schaf-, Ziegen- und Schweinegattung sowie mit Geflügel und Kaninchen ist verboten.

² Der Bundesrat kann das Treiben von Wanderherden einschränkenden Bestimmungen unterwerfen oder verbieten.

Art. 23

Alle der Tierbeförderung dienenden Fahrzeuge, Einrichtungen und Geräte sind nach jeder Verwendung für Tiertransporte zu reinigen und auf behördliche Anordnung hin zu desinfizieren.

Art. 24

¹ Der Bundesrat bestimmt, unter welchen sanitätspolizeilichen Bedingungen die Ein-, Aus- oder Durchfuhr von Tieren, immunbiologischen Erzeugnissen, tierischen Stoffen und anderen Gegenständen, die Träger des Ansteckungsstoffes einer übertragbaren oder stark verbreiteten oder bösartigen Krankheit sein können, zugelassen wird.

² Das Eidgenössische Veterinäramt bezeichnet im Einvernehmen mit der Oberzolldirektion sowie mit den öffentlichen Transportunternehmungen die Ein- und Ausfuhrstellen. Es beschränkt oder verbietet gänzlich die Ein- oder Aus- sowie Durchfuhr von Tieren, immunbiologischen Erzeugnissen sowie tierischen Stoffen und anderen Gegenständen, wenn dies sanitätspolizeilich begründet ist. Ueberdies kann es den Grenzverkehr von Personen einschränken oder verbieten.

Art. 25

¹ Der Bundesrat bestimmt, welche Tiere bei der Einfuhr oder Durchfuhr durch einen schweizerischen Grenztierarzt zu untersuchen sind.

² Tiere, die an einer Seuche erkrankt oder der Ansteckung verdächtig sind oder von denen nach den Umständen anzunehmen ist, dass sie Träger des Ansteckungsstoffes einer Seuche sind, werden zurückgewiesen.

³ Ausnahmsweise kann das Eidgenössische Veterinäramt anstelle der Rückweisung die sofortige Abschachtung oder unschädliche Beseitigung anordnen.

Art. 26

Für die zur Einfuhr oder Durchfuhr zugelassenen, tierärztlich untersuchten Tiere stellt der Grenztierarzt eine Bescheinigung (Passierschein) aus, die am Bestimmungsort dem zuständigen Organ der Tierseuchenpolizei oder beim Ausgangszollamt unverzüglich abzugeben ist.

Art. 27

¹ Die Herstellung, die Einfuhr sowie der Vertrieb immunbiologischer Erzeugnisse für tierärztlichen Gebrauch unterliegen der Kontrolle des Eidgenössischen Veterinäramtes. Der Bundesrat setzt die Anforderungen fest, die an Personen und Firmen, die sich mit solchen Erzeugnissen befassen, zu stellen sind, und kann über Zulassung, Herstellung, Prüfung und Vertrieb der Erzeugnisse sanitätspolizeiliche Vorschriften erlassen.

² Der Bundesrat setzt die Bedingungen fest, unter denen Stoffe und Stoffgemische, einfache und zusammengesetzte Präparate feilgehalten oder verkauft werden dürfen, sofern sie zur Verhütung oder Behandlung von Tierkrankheiten dienen, zu deren Bekämpfung staatliche Massnahmen getroffen werden.

³ Ist eine Prüfung von Erzeugnissen im Sinne von Absatz 1 oder 2 vorgeschrieben, so hat der Hersteller oder Importeur deren Kosten zu tragen.

⁴ Oeffentliche und private Institute sowie Personen, die pathogene Mikroorganismen halten oder damit arbeiten, treffen alle Massnahmen, damit daraus keine Schäden bei Menschen und Tieren entstehen. Für Schadenfälle sind sie haftbar.

⁵ Die zuständigen kantonalen Stellen können Kontrollen vornehmen und Anordnungen treffen.

Art. 47

Wer vorsätzlich den Bestimmungen der Artikel 10, 11, 12, 24, 25, 27 oder den in Ausführung dieser Bestimmungen von den Behörden des Bundes oder eines Kantons erlassenen Vorschriften oder einer entsprechenden, unter Hinweis auf die Strafandrohung dieses Artikels an ihn gerichtete Einzelverfügung zuwiderhandelt, wird mit Haft oder Busse bis 20 000 Franken bestraft. In schweren Fällen kann überdies auf Gefängnis bis zu acht Monaten erkannt werden.

Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Haft bis zu zwei Monaten oder Busse bis 6000 Franken.

Art. 48

Wer vorsätzlich den Bestimmungen der Artikel 14 Abs. 1, 17, 18 Abs. 1 und 2, 21, 23, 26 oder den in Ausführung dieser oder anderer Bestimmungen des Gesetzes von den Behörden des Bundes oder eines Kantons erlassenen Vorschriften oder einer entsprechenden, unter Hinweis auf die Strafandrohung dieses Artikels an ihn gerichteten Einzelverfügung zuwiderhandelt, wird, sofern nicht eine Zuwiderhandlung nach Art. 47 vorliegt, mit Busse bis 2000 Franken bestraft.

Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis 1000 Franken.

Die vorstehenden Bestimmungen dienen dem Schutz gesunder Tiere vor Ansteckung mit einer Krankheit im Sinne des Tierseuchengesetzes sowie dem Schutz kranker Tiere vor Ausdehnung der Seuche (Grundsatzartikel 9).

- E. Verordnung über die veterinärrechtliche
Regelung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von
Tieren und Waren vom 13. Juni 1977;
SR 916.443.11

Art. 1

Diese Verordnung findet Anwendung auf
die Ein-, Durch- und Ausfuhr folgender
Tiere ... über die schweizerische Zoll-
und Landesgrenze:

1. Tiere

- a. Affen und Halbaffen (...)¹⁸⁾;
- b. Echte Vampire;
- c. Hasenartige;
- d. Landraubtiere;
- e. Unpaarzeher;
- f. Paarzeher;
- g. Schwimmvögel;
- h. Hühnervögel;
- i. Taubenvögel;
- k. Papageienvögel;
- l. Frösche, Krebstiere, Weichtiere
und Stachelhäuter, zu Speisezwecken;
- m. Fische, ausgenommen Zierfische, und
Rundmäuler, zu Speisezwecken, für
Fischfarmen, zum Aussetzen in offene
oder geschlossene Gewässer oder zur
Verwendung als Köderfische;
- n. Honigbienen.

Art. 25

Vom Grenztierarzt sind zu beschlagnahmen:

...

- b. Tiere, deren Weitertransport aus Grün-
den des Tierschutzes nicht mehr möglich
ist;

...

18) Die lateinische Bezeichnung ist bei allen
Tieren weggelassen.

Art. 28

Tiertransporte müssen bei der Ein-, Durch- und Ausfuhr in allen Teilen den Bestimmungen des Europäischen Uebereinkommens vom 13. Dezember 1968 über den Schutz von Tieren auf internationalen Transporten entsprechen.

Bei Bahn- oder Strassentransporten muss den Tieren mindestens die im (folgenden - d.V.) Anhang aufgeführte Ladefläche zur Verfügung stehen.

Mindestladefläche für die Beförderung von Nutztieren

(Art. 28 der Verordnung)

Durchschnittlicher Platzbedarf je Tier in Quadratmetern:

PFERDE

Fohlen.....	0,85	Mittlere Pferde....	1.60
Leichte Pferde	1.40	Schwere Pferde	1.90

RINDER

40- 80 kg	0.32	300-400 kg	1.00
80-140 kg	0.42	400-500 kg	1.29
140-160 kg	0.55	500-600 kg	1.50
160-200 kg	0.70	600-700 kg	1.62
200-300 kg	0.90	über 700 kg	1.75

SCHAFE

geschorene	0.23	ungeschorene	0.50
------------------	------	--------------------	------

ZIEGEN	0.30
--------------	------

SCHWEINE

15- 25 kg	0.12	100-125 kg	0.51
25- 50 kg	0.18	125-150 kg	0.56
50- 75 kg	0.30	150-200 kg	0.69
75-100 kg	0.35	über 200 kg	0.82

Art. 31

Jede Sendung von in Art. 1 genannten Tieren, ausgenommen Haushunde, Hauskatzen, Frösche, Krebstiere, Weichtiere und Stachelhäuter, muss von einem Ursprungs- und Gesundheitszeugnis begleitet sein. Dieses hat zusätzlich zu den in Art. 15 verlangten Angaben eine Bestätigung zu enthalten über:

...

d. den tierschutzgerechten Verlad und Versand.

...

Die zur Einfuhr zugelassenen Tiere sind ohne Beilad inländischer Tiere auf dem kürzesten Wege von der Grenze an ihren Bestimmungsort zu befördern.

...

Art. 60

Durchfuhr von Tieren

¹ Für die Durchfuhr der unter Artikel 1 Ziffer 1 Buchstaben a-k genannten Tierarten ist eine Bewilligung des Veterinäramtes erforderlich. Sie wird erteilt, sofern die Voraussetzungen nach Artikel 12 erfüllt sind.

² Jede dieser Durchfuhrsendungen muss von einem Zeugnis nach Artikel 15 begleitet sein, welches zusätzlich eine Bestätigung über die in Artikel 31 Abs. 1 Buchstaben a-d genannten Angaben enthält.

³ Die genannten Durchfuhrsendungen sind durch den Grenztierarzt zu untersuchen.

Art. 61

Beförderung von Tieren

¹ Die zur Durchfuhr zugelassenen Tiere sind auf dem kürzesten Wege zum betreffenden Ausgangszollamt zu befördern.

² Es dürfen keine inländischen Tiere zugeladen werden.

³ Die Durchfuhr von Tieren der Rinder-, Schaf-, Ziegen- und Schweinegattung ist auf den Bahn- und Luftverkehr beschränkt.

Art. 62

Tierschutzkontrolle

Die grenztierärztlichen Organe sind ermächtigt, Durchfuhrsendungen von Tieren, die nicht unter die Untersuchungspflicht fallen, auf die Einhaltung der Tierschutzvorschriften hin zu kontrollieren.

Art. 68

Grenztierärztliche Untersuchung

¹ Jede Ausfuhrsendung von Tieren der Pferde-, Rinder-, Schaf-, Ziegen- und Schweinegattung wird beim Ausgangszollamt durch den Grenztierarzt untersucht.

² Die grenztierärztlichen Organe sind ermächtigt, Ausfuhrsendungen von anderen Tieren auf die Einhaltung der Tierschutzvorschriften hin zu kontrollieren.

Art. 81

Widerrechtliche Einfuhr von Tieren und Waren

¹ Widerrechtlich eingeführte Tiere und Waren sind zu beschlagnahmen, sofern die Feststellung beim Grenzübertritt oder unmittelbar danach erfolgt. Die Beschlagnahme erfolgt in der Regel durch den Grenztierarzt. Das Veterinäramt verfügt über beschlagnahmte Tiere und Waren.

In allen anderen Fällen von widerrechtlicher Einfuhr treffen die Kantonstierärzte die zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier notwendigen veterinärrechtlichen Massnahmen, wie Verwertung unter bestimmten Bedingungen, Quarantänierung, Schlachtung oder unschädliche Beseitigung.

...

Art. 82

Auf Widerhandlungen gegen diese Verordnung an der Zoll- und Landesgrenze findet Art. 52 Abs. 2 des Tierseuchengesetzes Anwendung. Liegt gleichzeitig eine Zollwiderhandlung vor, so wird die Untersuchung von der Zollverwaltung, gegebenenfalls unter Mitwirkung des Veterinäramtes, durchgeführt.

...

Vorbehalten bleiben die besonderen Straftatbestände des Strafgesetzbuches, der Tierseuchen-, Lebensmittel-, Landwirtschafts- und Zollgesetzgebung.

Wie bereits erwähnt ¹⁹⁾ birgt der Transport, insbesondere der internationale, besondere Gefahren und Belastungen für das Tier. Dem tragen die vorstehenden Bestimmungen der Verordnung über die veterinärrechtliche Regelung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Waren Rechnung.

F. Bundesgesetz über Jagd und Vogelschutz
vom 10. Juni 1925; SR 922.0

Art. 43

1. Wer Selbstschüsse anlegt, explodierende Geschosse, Sprengstoffe oder Gift zu Jagdzwecken verwendet, wer widerrechtlich Betäubungsmittel auslegt, wird mit Busse von 400 bis 1000 Franken bestraft.

Ausnahmsweise können die Kantone, unter Aufstellung der nötigen Sicherheits- und Haftpflichtvorschriften, den Wildhütern und Jagdaufsehern sowie einer beschränkten Anzahl zuverlässiger Jagdberechtigter das Auslegen von Betäubungsmitteln zur Verminderung von Rabenkrähen, Elstern und Eichelhähern, falls sie in Uebersahl auftreten, gestatten. Die beauftragten Personen sind durch die Kantone vorgängig auszubilden.

2. Wer mit Schlingen, Drahtschnüren, Netzen oder widerrechtlich mit Fallen Wild fängt oder zu fangen versucht, wird mit Busse von 300 bis 800 Franken bestraft.

Wer mittels Fanggeräten oder Lockmitteln widerrechtlich Vögel fängt oder zu fangen versucht, wird mit Busse von 100 bis 400 Franken bestraft.

Der Gebrauch von Kastenfallen im Innern von Gebäuden sowie unter Vordächern ist den Hausbewohnern gestattet. Ebenso dürfen die Jagdberechtigten während der Jagdzeit solche Fallen zum Fangen von Haarraubwild verwenden.

Ausnahmsweise können die Kantone, unter Aufstellung der notwendigen Sicherheitsvor-

19) Vgl. vorne, II. A.

schriften, zum Fang des Haarraubwildes, sofern dessen Ueberhandnahme nicht durch Abschuss verhindert werden kann, die Verwendung anderer Fallen (mit Ausnahme des Tellereisens) gestatten. Mit diesem Fang dürfen nur Jagdpolizeibeamte und einzelne zuverlässige Jäger beauftragt werden.

3. Wer Marmeltiere, Füchse oder Dachse anbohrt, ausräuchert, vergast, ausschwenmt oder durch Sprengen des Baues mit Explosivstoffen vernichtet,

wer Marmeltiere ohne Bewilligung der Bundesbehörde ausgräbt,

wird mit Busse von 200 bis 600 Franken bestraft.

4. Wer zum Zwecke der Verheimlichung konstruierte Schusswaffen, mehr als zweischüssige automatische Waffen, Repetierschrotwaffen, Schrotflinten mit grösserem Kaliber als 12, Luftgewehre, Flobert- und Kleinkalibergewehre zu Jagdzwecken trägt oder verwendet,

wer Flobert-, Kleinkaliber- oder Ordonnanzmunition zu Jagdzwecken verwendet,

wer mit Schrot oder Posten auf Hirsche, Gamsen oder Marmeltiere schießt,

wird mit Busse von 100 bis 400 Franken bestraft.

Die Kantone sind berechtigt, den Jagdaufsichtsorganen und einzelnen Jagdberechtigten die Verwendung von Flobert- und Kleinkalibermunition für den Abschuss von kleinem Haarraubwild, verwilderten Hauskatzen und Vögeln zu gestatten, soweit diese Tiere auf Grund von Artikel 30 verfolgt werden können.

Die Kantone erlassen, nach den Richtlinien der Bundesbehörden, die nötigen Vorschriften über Art und Beschaffenheit der für die Jagd auf ihrem Gebiet zulässigen Waffen und Munition.

Art. 44

Wer Tellereisen oder zum Zwecke der Verheimlichung konstruierte Schusswaffen einführt, anfertigt, feilbietet, veräussert oder erwirbt, wird mit Busse von 100 bis 400 Franken bestraft.

Art. 47

Wer ein Taubenschiessen oder ein Schiessen auf andere gefangene Vögel (Sportschiessen) veranstaltet oder sich an einem solchen beteiligt, wird mit Busse von 400 bis 1000 Franken bestraft.

Das Verbot der in den Art. 43 und 44 BGJV erwähnten Jagdpraktiken dient zweifellos in erster Linie dem Schutz der Tiere, insbesondere des Wildes ²⁰⁾.

Schon 1925 vertrat der Bundesrat die Auffassung, dass "dem tierquälerischen und unweidmännischen Anbohren, Ausräuchern und Ausgraben von Fuchs und Dachs" Einhalt geboten werden müsse ²¹⁾. Als einer der "hauptsächlichen Beweggründe", die zur Revision des BG über Jagd und Vogelschutz im Jahre 1961 führten, gab der Bundesrat an: "Die Jagd soll, soweit dies überhaupt möglich ist, von Praktiken befreit werden, die dem Tier Qualen und Aengste zufügen können" ²²⁾.

Dass es sich beim Taubenschiessen um einen tierquälerischen Sport handelt, stand seit jeher ausser Zweifel ²³⁾.

G. Bundesgesetz über die Fischerei vom
14. Dezember 1973; SR 923.0

Art. 8

Geräte und Methoden für den Fischfang

¹ Fische dürfen nur mit Netzen, Garnen, Reusen und Angelgeräten gefangen werden.

20) Vgl. dazu Waeckerling, S. 132

21) Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesgesetzes über Jagd und Vogelschutz vom 20. März 1922, BBl. 1922 I 372

22) Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Gesetzes betreffend die Revision des BG über Jagd und Vogelschutz vom 12. September 1961, BBl. 1961 I 405

23) Vgl. Anm. 21

² Es ist untersagt, für den Fischfang

- a. betäubende, explodierende oder sonstwie schädliche Stoffe sowie den elektrischen Strom zu verwenden;
- b. Waffen, Harpunen, Fischgabeln, Schlingen, der Tauchfischerei dienende Geräte oder chemische und akustische Lockmittel zu gebrauchen;
- c. den Durchzug der Fische durch Anbringen von Gittern oder auf andere Weise zu erschweren oder zu verhindern;
- d. die Abflussverhältnisse von Gewässern zu verändern;
- e. Ortungsgeräte zu benützen.

³ Des weiteren ist es untersagt,

- a. den Fisch mit einem Angelgerät absichtlich an einem andern Körperteil als dem Maul zu fangen;
- b. mit der Hand zu fischen.

⁴ Die Kantone sind ermächtigt, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständige Bundesbehörde die Verwendung weiterer Fanggeräte und -methoden zu verbieten.

⁵ In den in diesem Gesetz vorgesehenen Fällen können die Kantone Geräte und Fangmethoden in Abweichung von den Absätzen 1 und 2 anwenden oder unter ihrer Aufsicht zulassen.

Art. 9

Maschenweiten und Messmethoden

Der Bundesrat bestimmt die Maschenweite der Netze, Garne und Reusen und die Art der Messung.

Art. 10

Verwendung der Fanggeräte

¹ Die Kantone bestimmen, wie die Fanggeräte zu verwenden sind.

² Diese Bestimmungen sind so festzulegen, dass

- a. die Fortpflanzung der Fische gesichert ist;
- b. Fische nicht unnötigerweise verletzt oder sonstwie geschädigt werden.

Art. 11

Geräte für den Krebsfang

¹ Die Kantone umschreiben die für den Fang von Krebsen zulässigen Geräte sowie deren Verwendungsart.

² Artikel 10 Absatz 2 ist sinngemäss anwendbar.

Art. 12

Fang von Fischnährtieren und Köderfischen

Die Kantone erlassen Vorschriften über den Fang von Fischnährtieren und Köderfischen.

Art. 39

Vergehen

- 1.¹ Wer zum Zwecke des Fischfanges
 - a. gefährliche Stoffe oder Geräte, wie Sprengstoffe, elektrischen Strom, Waffen und dergleichen, verwendet (Art. 8 Abs. 2 Bst. a und b);
 - b. den Durchzug der Fische erschwert oder die Abflussverhältnisse verändert (Art. 8 Abs. 2 Bst. c und d);
- ² wer den Fisch- und Krebsbestand schädigt oder gefährdet, indem er
 - a. durch unbefugte Eingriffe ein Gewässer oder seinen Wasserhaushalt verändert (Art. 24);
 - b. die an eine Bewilligung zur Veränderung eines Gewässers oder seines Wasserhaushaltes geknüpften Bedingungen oder Auflagen missachtet (Art. 25 Abs. 1),wird, wenn er vorsätzlich handelt, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Busse bestraft.
2. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Haft oder Busse.

Art. 40

Uebertretungen

¹ Wer in anderer Weise vorsätzlich oder fahrlässig diesem Gesetz oder den gestützt darauf erlassenen Vorschriften oder Einzelverfügungen zuwiderhandelt, wer insbesondere

- a.unrechtmässig Fische, Krebse oder Fischnährtiere fängt;
- b.sich zum Zwecke des Fischfanges verbotener Fanggeräte oder -methoden oder Ortungsgeräten bedient;
- c.ohne behördliche Bewilligung standortfremde Arten oder Rassen in schweizerische Gewässer einsetzt;
- d.meldepflichtige Fänge von Fischen und Krebsen nicht anzeigt;
- e.als Auskunftspflichtiger über die für den Vollzug dieses Gesetzes wesentlichen Tatsachen keine oder falsche Aufschlüsse erteilt,

wird mit Haft oder Busse bestraft.

² Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.

Diese Bestimmungen dienen dem Schutz der Fische und anderer Wassertiere vor tierquälerischen Fangmethoden ²⁴⁾.

III. INTERNATIONALES RECHT

Einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Tiere leistet das Europäische Uebereinkommen über den Schutz von Tieren auf internationalen Transporten vom 13. Dezember 1968, das zwar keine Strafbestimmungen enthält, der Vollständigkeit halber aber doch erwähnt werden soll ²⁵⁾. Dieses Uebereinkommen trat für die Schweiz am 20. Februar 1971 in Kraft, nachdem es am 18. März 1970 von der Bun-

24) Vgl. dazu Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Bundesgesetz über die Fischerei vom 24. Januar 1973, BBl. 1973 I 695

25) SR 0.452

desversammlung genehmigt worden war. Die Mitgliedstaaten des Europarates haben das Abkommen unterzeichnet "in der Ueberzeugung, dass die Erfordernisse des internationalen Transportes von Tieren mit deren Wohlbefinden nicht unvereinbar sind" und "in dem Wunsche, die Tiere während des Transportes soweit wie möglich vor Leiden zu bewahren" 26).

Zur Zeit noch nicht inkraft gesetzt ist das von der Schweiz am 7. Juli 1976 unterzeichnete Europäische Uebereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen. Es umschreibt die Grundsätze für den Schutz von Tieren, die für den Bedarf des Menschen (Nahrungsmittel oder andere Güter zum täglichen Gebrauch) gezüchtet oder gehalten werden und enthält die Verfahrensvorschriften, nach denen detaillierte, von einem "Ständigen Ausschuss" auszuarbeitende "Empfehlungen" zustande kommen sollen. Ziel des Uebereinkommens ist eine einheitliche Anwendung von Tierschutzvorschriften in möglichst vielen Ländern Europas.

IV. SCHLUSSBEMERKUNG

Die vorstehende Zusammenstellung des geltenden Rechts macht einerseits deutlich, wie zersplittert sich Tierschutzvorschriften auf Bundesebene finden, andererseits aber auch, wie eingehend der Bundesgesetzgeber auf verschiedenen Gebieten den strafrechtlichen Schutz der Tiere - teilweise seit Jahrzehnten - bereits verwirklicht hat. Hätte das Volk das Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 nicht angenommen, so wäre das Tier also keineswegs "auf unbestimmte Zeit ohne bundesrechtlichen Schutz" geblieben, weil es "bisher nur ein lückenhaftes Netz kantonalen Vorschriften gegeben" habe, wie die Neue Zürcher

26) Präambel

Zeitung im Vorfeld der Volksabstimmung vom 3. Dezember 1978 zu berichten wusste ²⁷⁾.

Das Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 stellt aber immerhin insbesondere auf den von fortschreitender Technisierung erfassten Gebieten der Tierhaltung ²⁸⁾ und der Tierversuche ²⁹⁾ wichtige neue Vorschriften auf.

27) NZZ Nr. 266 vom 15. November 1978, S. 29

28) Art. 3 - 7 TschG

29) Art. 12 - 19 TschG

6. Teil: Fragen zum geltenden Recht

11. KAPITEL: DIE GESETZGEBERISCHE SYSTEMATIK

Das Inkrafttreten des neuen Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 bringt die Ueberführung der Tatbestände der Tierquälerei des Haupt- ins Nebenstrafrecht mit sich; die Art. 27 ff. TschG werden Art. 264 StGB ersetzen ¹⁾.

I. HAUPT- UND NEBENSTRAFRECHT

A. Allgemeines

Der Allgemeine und der Besondere Teil des Strafgesetzbuches bilden das Hauptstrafrecht des Bundes. Dessen Nebenstrafrecht findet sich in insgesamt etwa 350 Bundesgesetzen, Bundesbeschlüssen, Verordnungen und Bundesratsbeschlüssen ²⁾. Diese ausgedehnte Nebenstrafgesetzgebung erscheint als Folge davon, dass "nach dem Abschluss eines Kodifikationswerkes (des StGB) die Entwicklung des Gesetzesrechts hauptsächlich ausserhalb der Kodifikation weiterzugehen pflegt" ³⁾.

Die Bestimmungen in der Nebenstrafgesetzgebung beschränken sich in der Regel auf die Umschreibung des Tatbestandes und die Strafdrohung und enthalten nur selten allgemeine Grundsätze über Strafbarkeit und Straforten. Diese hat der Richter gemäss Art. 333 StGB im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches zu suchen.

Nun ist aber die Zuweisung einer Strafnorm an das Haupt- oder an das Nebenstrafrecht nicht ganz bedeutungslos für

1) Art. 37 TschG

2) Vgl. dazu Schultz, Strafrecht, S. 70

3) Noll, Nebenstrafgesetze, S. 361

das Gewicht, das ihr beigemessen wird: Schultz weist nachdrücklich darauf hin, dass "die Versuchung besteht zu sagen, es handle sich 'nur' um Nebenstrafrecht" ⁴⁾. Gewiss erscheint in den Augen der Bevölkerung ein Verstoss gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuches als weit- aus gravierender als zum Beispiel ein solcher gegen die Normen der Eidgenössischen Fleischschau-Verordnung, ob- schon diese immerhin auch Vergehenstatbestände enthält ⁵⁾.

B. Kriterien für die Zuweisung eines Straf-
tatbestandes an das Haupt- oder an das
Nebenstrafrecht

Die Gesetzgebungslehre kennt offenbar keine klaren, ein-
heitlichen Kriterien für die Zuweisung eines Straftat-
bestandes an das Haupt- oder an das Nebenstrafrecht.
Nach Clerc, der seine Auffassung nicht weiter erläutert,
figurieren zahlreiche strafbare Handlungen schlicht und
einfach "aus praktischen Gründen" nicht im speziellen
Teil des Strafgesetzbuches, sondern in anderen Bundes-
erlassen ⁶⁾.

Im Uebrigen führen die wenigen juristischen Autoren,
die sich zu diesem Thema äussern, die folgenden beiden
Zuweisungskriterien an:

1. Das Rechtsbewusstsein

Als das Schweizer Volk am 13. November 1898 den Bund zur
Gesetzgebung auf dem Gebiete des Strafrechts befugte ⁷⁾,
dachte es in erster Linie an das klassische Strafrecht,

4) Schultz, 30 Jahre StGB, S. 50

5) Vgl. dazu vorne, 10. Kapitel, Das geltende Recht,
II. C.

6) Clerc/Steck, S. 6

7) Art. 64bis Abs. 1 BV, eingefügt durch die Volksab-
stimmung vom 13. November 1898

wie es in den meisten Kantonen bereits kodifiziert war. Dieses umfasste die bekannten Delikte gegen "deutlich fassbare Rechtsgüter" ⁸⁾ wie Leib und Leben, Vermögen, Freiheit, Ehre, Sittlichkeit usw. Nach Noll gehören deshalb diejenigen Tatbestände ins Strafgesetzbuch und damit ins Hauptstrafrecht, "deren Strafbarkeit im Rechtsbewusstsein seit langem verwurzelt ist, vorallem die schweren, so fast alle Verbrechen und die meisten Vergehen" ⁹⁾. Daraus folgt, dass neu unter Strafe gestellte Handlungen in der Regel zuerst einmal im Nebenstrafrecht untergebracht werden müssten, dass mit der Zeit aber zu prüfen wäre, ob einzelne Strafbestimmungen dem Hauptstrafrecht eingefügt werden sollten ¹⁰⁾.

2. Die Verknüpfung mit einer Sonderordnung

Die Delikte gegen die Ordnung des Verkehrs auf den Strassen und in der Luft werden im Strassenverkehrs- und im Luftfahrtsgesetz unter Strafe gestellt. Hingegen hat der Gesetzgeber zum Beispiel die Eigentumsdelikte nicht im Sachenrecht und die Pfändungs- und Konkursdelikte nicht im Schuldbetreibungs- und Konkursrecht untergebracht. Der Grund dafür liegt nach Noll darin, dass jene Handlungen mit einer besonderen rechtlichen Ordnung verbunden sind, währenddem diese ihre Missbilligung schon in der sittlichen Ordnung finden. Kriterium für die Zuweisung eines Straftatbestandes an das Nebenstrafrecht ist demnach dessen enge Verknüpfung mit einer Sonderordnung; je enger eine Bestimmung mit einem ganz bestimmten Gebiet menschlichen Verhaltens zusammenhängt, umso eher ist nach Noll zu vermuten, dass sie ins Sondergesetz und nicht ins Hauptstrafrecht gehört ¹¹⁾. So

8) Schultz, Strafrecht, S. 70

9) Noll, Nebenstrafgesetze, S. 362

10) Vgl. dazu Schultz, 30 Jahre StGB, S. 50

11) Noll, Nebenstrafgesetze, S. 362, vgl. dazu auch Schultz, Strafrecht, S. 70

könnten die Straftatbestände des SVG nicht losgelöst von den Einzelheiten der Ordnung bestehen, die sie mit ihren Strafdrohungen schützten; auf der anderen Seite seien die Eigentumsdelikte nicht durch eine ganz bestimmt ausgestaltete Zivilrechtsordnung bedingt und veränderten sich in ihrer Bedeutung kaum, wenn das Sachen- oder das Obligationenrecht eine Aenderung erfahren würde ¹²⁾.

C. Wohin gehören die Grundtatbestände der Tierquälerei? ¹³⁾

Nach den vorstehenden Ausführungen wollen wir prüfen, ob und allenfalls welche Gründe für die Streichung der Tierquälerei aus dem Hauptstrafrecht und deren Aufnahme ins Nebenstrafrecht vorliegen.

Ist die Strafbarkeit tierquälerischer Handlungen (noch) ungenügend im Rechtsbewusstsein der Bevölkerung verwurzelt? Hängen die Grundtatbestände der Tierquälerei eng mit einer Sonderordnung zusammen?

Zwischen 1842 und 1885 stellten sämtliche Kantone das Delikt der Tierquälerei unter Strafe ¹⁴⁾. Die entsprechenden Tatbestände gehörten deshalb bei Erlass des Eidgenössischen Strafgesetzbuches zum "klassischen", bereits in der ganzen Schweiz kodifizierten Strafrecht ¹⁵⁾. Die Strafbarkeit tierquälerischer Handlungen ist also seit langem im Rechtsbewusstsein der Bevölkerung verwurzelt.

12) Noll, Nebenstrafgesetze, S. 362

13) Hier ist natürlich nur von den Grundtatbeständen der Tierquälerei im Sinne von Art. 264 StGB bzw. Art. 27 ff. TschG die Rede und nicht von den speziellen Delikten der Jagd und Vogelschutz-, der Fischereigesetzgebung etc.

14) Vgl. dazu vorne, 6. Kapitel, Die geschichtliche Entwicklung des strafrechtlichen echten Tier-schutzes, VII.

15) Vgl. dazu vorne, I. B. 1.

Die Streichung des Art. 264 StGB ist auch nicht damit zu rechtfertigen, dass eine liberalere Haltung der Schweizer gegenüber dem Tierquäler eingetreten wäre. Im Gegenteil: "National und international hat der Tier-schutzgedanke in den letzten Jahren erheblich an Ge-wicht gewonnen", wie der Bundesrat feststellt ¹⁶⁾, und die Erkenntnis der Notwendigkeit, für ein tierwürdiges Dasein der dem Menschen anvertrauten Tiere einzutreten, ist heute verbreiteter denn je.

Auch die Frage, ob Tierquälerei mit einer besonderen Ordnung zusammenhänge, ist ganz entschieden zu verneinen. Das Verhalten des Menschen gegenüber dem Tier ist gewiss nicht von speziellerer Natur als etwa dasjenige gegenüber seinen Mitmenschen oder gegenüber Vermögenswerten. Der Mensch begegnet dem Tier nicht nur auf ganz bestimmten Gebieten. Währenddem beispielsweise nur derjenige gegen die Bestimmungen des Luftfahrtgesetzes verstossen kann, der eben am Luftverkehr teilnimmt, so kann ausnahmslos jedermann zum Tierquäler werden. Dem Tier, dessen Interessen ja geschützt werden sollen, ist dabei gleichgültig, ob der Täter als Nutztierhalter, Transporteur oder Experimentator handelt. Strafbar ist das Zufügen von Schmerzen, Leiden oder Schäden an ein Tier, und diese Tat ist sicher keiner Sonderordnung zuzuweisen.

Aber selbst wenn gewisse Uebelszufügungen an Tiere ganz bestimmten Gebieten zuzurechnen wären, so spräche dies noch lange nicht für eine Streichung des Grundtatbestandes der Tierquälerei aus dem Hauptstrafrecht. Wer im Strassenverkehr einen Menschen tötet, untersteht dafür dem Strafgesetzbuch - trotz Sonderordnung des SVG. Warum sollten also zumindest die schwerwiegendsten Verhaltensweisen des Menschen gegenüber dem Tier nicht

16) Vgl. dazu vorne, 1. Kapitel, Einleitung

durch das Hauptstrafrecht verpönt werden?

Die für den Entwurf des Tierschutzgesetzes verantwortliche Expertenkommission des EVD vermochte für die Ueberführung der Tatbestände des Art. 264 StGB ins Nebenstrafrecht nur anzuführen, dass nach der neuen Regelung nicht mehr alle Verstösse gegen den strafrechtlichen echten Tierschutz als (eintragungspflichtige) Vergehen geahndet werden müssten ¹⁷⁾.

So gelangen wir zur Feststellung, dass für eine Entfernung der Tierquälerei aus dem Hauptstrafrecht keine zwingenden Gründe vorliegen. Nach den vorstehend angeführten Kriterien für die Zuweisung eines Deliktes an das Haupt- oder an das Nebenstrafrecht wären die Grundtatbestände der Tierquälerei eindeutig im Strafgesetzbuch unter Strafe zu stellen.

D. Schlussfolgerung

Mit dem Inkrafttreten des Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 erfährt das Delikt der Tierquälerei (im Sinne von Art. 264 StGB) eine Abwertung; wer Tiere misshandelt, verstösst dann nicht mehr gegen das "klassische" Strafrecht des Strafgesetzbuches, sondern "nur" noch gegen Bestimmungen des Tierschutzgesetzes ¹⁸⁾. Diese faktische Abwertung des Deliktes steht im Widerspruch zu dem "bei vielen Menschen festzustellenden wachsenden Gefühl der Verantwortung für das Tier als Mitlebewesen" ¹⁹⁾.

II. DIE STELLUNG DER TATBESTÄNDE DER TIERQUÄLEREI IM STRAFGESETZBUCH

Nach der Feststellung, dass die (Grund-) Tatbestände der Tierquälerei ins Hauptstrafrecht gehörten, wollen

17) Schlussbericht, S. 26

18) Vgl. vorne, I. A., insbesondere Anm. 4

19) Vgl. dazu vorne, 1. Kapitel, Einleitung

wir uns fragen, wo diese im System des Strafgesetzbuches richtigerweise unterzubringen wären.

A. Die Stellung der Tierquälerei im StGB
de lege lata

Art. 264 StGB gehört heute noch - bis zum Inkrafttreten des Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 - zum Zwölften Titel des Gesetzes, zu den "Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Frieden". "Natürlich passt er da nicht hin" ²⁰⁾; darin stimmen die Lehrmeinungen überein ²¹⁾.

B. Die Stellung der Tierquälerei im StGB
de lege ferenda

Der Besondere Teil des Strafgesetzbuches teilt die Delikte nach den durch ihre Strafdrohung geschützten Rechtsgüter ein; neunzehn Titel fassen in der Regel diejenigen Tatbestände zusammen, die sich gegen das gleiche Schutzobjekt richten ²²⁾. Wie vorne angeführt ²³⁾ schützen die strafrechtlichen echten Tierschutzbestimmungen nach heutiger Lehre ein Interesse des Tieres an seiner physischen und psychischen Integrität. Die Forderung liegt daher auf der Hand, der Tierquälerei im Strafgesetzbuch einen eigenen Titel zu widmen. Schon Altwegg stellte bezüglich des Entwurfes zu einem Eidgenössischen Strafgesetzbuch fest, es sei ausgeschlossen, "den Tatbestand der Tierquälerei in einen der Abschnitte des Entwurfes aufzunehmen, ohne seinem

20) Jenny, S. 150

21) Vgl. vorne, 8. Kapitel, Schutzobjekt und Tatobjekt, II. B. I. b.

22) Vgl. dazu vorne, a.a.O., I. A. 3.

23) Vgl. vorne, a.a.O., II. A. 3. b. und II. B. 2. b.

Wesen Zwang anzutun" ²⁴⁾. Auch Jenny hätte "die Einschaltung eines besonderen Titels 'Tierquälerei' sehr begrüsst" ²⁵⁾. Wo aber wäre ein solcher einzuschieben? Die Vertreter der Tierrechtstheorie ²⁶⁾ schlagen vor, die Tatbestände der Tierquälerei im Anschluss an die strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben des Menschen zu behandeln. Dieses Begehren leuchtet auf den ersten Blick ein, da ja eine Aehnlichkeit der Rechtsgüter besteht; hier geht es um den Schutz der Integrität des Menschen, da um den Schutz derjenigen des Tieres. Richtigerweise müssen wir aber vorab die Delikte gegen die Interessen des Menschen von denjenigen gegen die Interessen des Tieres scheiden: "Denn die Einteilung nach den verletzten Rechtsgütern bleibt nur solange die oberste, als nicht auch die Träger dieser Rechtsgüter verschieden sind. Unter der Obereinteilung in Verbrechen gegen Menschen und solche gegen Tiere könnte dann erst die Einteilung nach den Schutzobjekten erfolgen" ²⁷⁾.

24) Altwegg, S. 99

25) Jenny, S. 150

26) Vgl. vorne, 8. Kapitel, Schutzobjekt und Tatobjekt, II. A. 2. b.

27) Beck, S. 30

12. KAPITEL: DIE WAHRNEHMUNG DER INTERESSEN DES VERLETZ- TEN TIERES IM STRAFVERFAHREN

Die schweizerischen Strafprozessordnungen räumen dem Verletzten (Geschädigten) "eine sehr starke Stellung ein" ¹⁾; er ist in der Lage, gewisse Mitwirkungs- und Kontrollrechte im Strafprozess selber wahrzunehmen, was das Tier natürlich nicht kann. Die Tierschutzorganisationen fordern daher seit langem, dass sie sich an Tierschutzfälle betreffenden Strafverfahren beteiligen dürfen. "Sie möchten die Vertretung des Opfers, also des Tieres, übernehmen, denn sie sagen sich mit Recht, dass der Angeschuldigte sich verteidigen lassen darf, während für das misshandelte Tier im Verfahren selbst niemand einsteht. Diese Ueberlegungen treffen auch dann zu, wenn man berücksichtigt, dass im Strafverfahren die Offizialmaxime gilt" ²⁾.

Ausgehend von der Stellung des verletzten Menschen im geltenden Recht wollen wir versuchen, Möglichkeiten zur Wahrung der Interessen des verletzten Tieres im Strafprozess aufzuzeigen. Dabei interessiert nur das Verfahren bei Offizialdelikten, da es sich bei allen Zuwiderhandlungen gegen den strafrechtlichen echten Tierschutz um solche handelt ³⁾.

I. DER VERLETZTE MENSCH

A. Der Begriff des Verletzten

Nach vorherrschender Auffassung gilt als Verletzter "der Träger des durch die Strafdrohung geschützten Rechts oder Rechtsgutes, gegen das sich die Straftat ihrem Begriffe

1) Noll, Strafprozessrecht, S. 50

2) Wegmann, S. 50/51

3) Vgl. vorne, 5. Kapitel, Das geltende Recht

nach richtet, derjenige, welcher in der dem betreffenden strafgesetzlichen Tatbestande charakteristischen Weise betroffen wurde oder kurz: der tatbeständlich Verletzte" ⁴⁾. Als solcher kann aber nur "der Träger des - durch die versuchte oder vollendete Tat - direkt angegriffenen Rechtsgutes gelten" ⁵⁾. Hauser stützt sich auf § 395 Abs. 1 Ziff. 2 der Zürcher Strafprozessordnung und umschreibt den Verletzten als "diejenige Person, welcher durch die der gerichtlichen Beurteilung unterstehenden Handlung unmittelbar ein Nachteil zugefügt wurde oder - bei der versuchten Handlung bzw. dem Gefährdungsdelikt - zu erwachsen drohte" ⁶⁾. Das Bundesgericht spricht vom Verletzten als dem "materiell-rechtlichen Träger des unmittelbar angegriffenen Rechtsgutes" ⁷⁾, hält aber auch fest: "Der Begriff des Verletzten braucht nicht notwendig bei allen Straftatbeständen gleich und einheitlich zu sein und lässt sich daher nur bestimmen, wenn man den Zweck der materiell anwendbaren Norm und das mit ihr geschützte Rechtsgut in Betracht zieht" ⁸⁾. Auch Hartmann fragt sich, "ob es richtig sei, bei allen Problemkreisen, die den Geschädigten berühren, von einem einheitlichen Begriff auszugehen" ⁹⁾, schliesst sich dann aber Pfenninger an, der darauf hinweist, dass auch beim Ausgehen von einem einheitlichen Begriff differenziert werden könne ¹⁰⁾.

4) Baumann, S. 21; SJZ 71 (1975), S. 282

5) Rehberg, Strafantrag, S. 248

6) Hauser, S. 76

7) BGE 87 IV 107; 86 IV 82

8) BGE 87 IV 105 = Pra 1962, S. 29

9) Hartmann, S. 457

10) Pfenninger, Der Verletzte, S. 182

B. Die Mitwirkung des Verletzten im Strafverfahren

1. Die Rolle des Verletzten

Das ältere germanische Recht stand unter dem Zeichen der privaten Rache; durch die Fehde musste der Verletzte oder dessen Sippe für Vergeltung und Wiedergutmachung des Schadens sorgen. Nach und nach setzte sich dann das Wergeldsystem durch: Mit der Bezahlung einer Übungsgemässen Taxe vermochte der Täter die Privatrache abzuwenden.

Seitdem die Strafverfolgung mit dem Aufkommen des Inquisitionsprozesses im Hochmittelalter dem Staat obliegt, kommt dem Verletzten nicht mehr die entscheidende Rolle wie im germanischen Privatstrafverfahren zu ¹¹⁾; er ist "mit dem Uebergang des Strafanspruches an den Staat zu einer Randfigur geworden" ¹²⁾. Heute widmen alle Organe der Strafrechtspflege ihre Aufmerksamkeit dem Beschuldigten, Angeklagten oder Verurteilten, welche Tendenz "zu einem grossen Teil auf die zunehmende Verfeinerung des Schuldstrafrechtes zurückzuführen ist" ¹³⁾. Nach Hauser darf aber die Gesetzgebung nicht übersehen, "dass es der Geschädigte ist, welcher in erster Linie ideell oder materiell von einer Straftat betroffen ist. Er ist an ihrer Abklärung und der Bestrafung des Täters interessiert" ¹⁴⁾. Zwar besitzt der Verletzte kein Recht zur Strafe, "wohl aber mehr als jeder andere Bürger ein persönliches Interesse am Ausgang des konkreten Strafverfahrens"; er will wissen, "ob die Organe der staatlichen Strafrechtspflege in seinem Einzelfalle ihre Pflicht getan haben" ¹⁵⁾.

11) Vgl. dazu Hauser, S. 77

12) Hartmann, S. 457

13) Brunner, S. 8

14) Hauser, S. 77

15) Pfenninger, Der Verletzte, S. 183

2. Für und Wider die Mitwirkung des Verletzten

Wie weit dem Verletzten die Beteiligung im Strafpunkt ¹⁶⁾ des Verfahrens zugestanden werden soll, ist umstritten, was sich nicht zuletzt aus der sehr unterschiedlichen Ausgestaltung seiner Stellung in den kantonalen Verfahrensordnungen ergibt.

Ganz allgemein gegen eine Parteistellung des Verletzten im Strafverfahren führt Baumann an, es sei Sache der zur Objektivität verpflichteten Staatsanwaltschaft und nicht Privater, den staatlichen Strafanspruch geltend zu machen. Ueberdies verbiete der Grundsatz der Waffengleichheit, dass dem Angeschuldigten zwei Ankläger gegenüberstünden ¹⁷⁾. Nach Brunner kann jedenfalls nur das Wiedergutmachungsinteresse des Verletzten, nicht aber ein Verfolgungs- oder Vergeltungsbedürfnis, als rechtlich relevantes Interesse anerkannt werden; andernfalls würde "das staatliche Strafmonopol in Frage gestellt" ¹⁸⁾. Hartmann befürchtet, dass es "vielen Geschädigten begreiflicherweise mehr um den Schadenersatz als um die Bestrafung geht" und dass es "auch Geschädigte gibt, die das Strafverfahren missbrauchen, sei es um die Verurteilung eines Nichtschuldigen zu erreichen, sei es, um ihm wenigstens in einem Strafverfahren - mit dessen Erledigung durch Einstellung oder Freispruch sie von vornherein rechnen - möglichst viel zu schaden" ¹⁹⁾.

Demgegenüber spricht sich eine überwiegende Zahl von Autoren für eine aktive Beteiligung des Verletzten am Strafverfahren aus: Vorab hält Falb zu Recht fest, die Mitwirkung des Verletzten am Verfahren verstosse weder

16) Im Gegensatz zum Zivilpunkt, in welchem dem Geschädigten das Recht zusteht, einen allfälligen Schadenersatzanspruch mit der Adhäsionsklage geltend zu machen

17) Baumann, S. 29 und 91 f.

18) Brunner, S. 6

19) Hartmann, S. 457

gegen die Offizialmaxime noch gegen das Prinzip der ausschliesslichen Strafberechtigung des Staates; der Staat bestrafe ja und nicht der Verletzte ²⁰⁾. Beim Fehlen eines Geschädigten müsste man sich sodann fragen, "ob die Staatsanwaltschaft nicht überfordert wird: Bei der grossen Zahl der Fälle und den speziellen Kenntnissen, die nicht selten erforderlich sind, besteht die erhebliche Gefahr, dass die Waage der Justitia nicht richtig funktioniert, wenn dem Angeschuldigten nicht ein Gegengewicht in Form eines ebenfalls besonders interessierten und informierten Geschädigten gegenübersteht" ²¹⁾. Im weiteren soll das ganze Strafverfahren im Zeichen der Wahrheitsfindung stehen; nach Noll ist "die Erforschung der materiellen Wahrheit" das "wichtigste Zwischenziel des Strafprozesses" und, darauf basierend, "die gerechte Bestrafung des schuldigen oder die Freisprechung des unschuldigen Täters" das "Endziel des Strafprozesses" ²²⁾. Bei dieser Erforschung der materiellen Wahrheit "vermag der Staat nicht alles allein" zu tun; "er ist zur Ermittlung des Sachverhaltes auf die Aussagen von der Tat nahestehenden Personen angewiesen. Dazu gehört der Verletzte, der auch als Partei das sagen darf, worüber er als Zeuge oder Auskunftsperson zu berichten gehalten wäre" ²³⁾. "Man sollte nicht übersehen: wenn es jemanden gibt, der besser weiss als Bezirks- und Staatsanwaltschaft, was wirklich geschehen ist, so ist es - neben dem Angeschuldigten - eben der Geschädigte. Und wenn man die Dinge unvoreingenommen betrachtet, wird man anerkennen müssen, dass der Geschädigte manchmal dem Strafanspruch des Staates oder eben der Gerechtigkeit dient, nicht nur wenn er brav als Zeuge aussagt, sondern auch wenn

20) Falb, S. 354

21) Hartmann, S. 458

22) Noll, Strafprozessrecht, S. 73

23) Falb, S. 354

er gegen eine Einstellungsverfügung rekurriert" ²⁴⁾. Somit kann die Beteiligung des Verletzten am Strafverfahren durchaus im Interesse der Wahrheitsfindung stehen, wobei "allfällige Versuche, das Verfahren auf Irrwege abzuleiten, Staatsanwalt und Richter zu parieren haben" ²⁵⁾.

Hauser stört einzig der Umstand, "dass den Geschädigten im Gegensatz zum Staatsanwalt keine Pflicht zur Objektivität trifft", wenn er gegebenenfalls in der Hauptverhandlung zum Schuldpunkt plädieren kann ²⁶⁾.

Im Uebrigen ist das Mitwirkungsrecht des Verletzten nach der Ansicht Falbs "im Denken des Volkes tief verwurzelt und auf das Vergeltungsbedürfnis des durch die strafbare Handlung unmittelbar Betroffenen zurückzuführen"; das Verlangen nach Strafe und Sühne sei ein archetypisches Phänomen ²⁷⁾ und habe elementare Gewalt ²⁸⁾. Das Mitwirkungsrecht des Verletzten bei der Sammlung des Prozess-Stoffes erzeuge zudem ein gewisses Mitverantwortungsbewusstsein für das Urteil und sei geeignet, Vergeltungsbedürfnisse zu sublimieren und zur Versöhnung von Täter und Opfer beizutragen ²⁹⁾.

3. Die Rechte des Verletzten

Neben dem Recht zum Strafantrag bei Antragsdelikten, welchen das Bundesrecht gewährt ³⁰⁾, besitzt der Verletzte im Strafpunkt des Verfahrens ³¹⁾ "eine Vielzahl von Rechten, die von Kanton zu Kanton sehr verschieden ausgestaltet sind, sich aber unter dem Stichwort 'Recht

24) Hartmann, S. 457/458

25) Falb, S. 355

26) Hauser, S. 79

27) Bader, angeführt bei Falb, S. 354

28) Stratenwerth, angeführt bei Falb, S. 354

29) Falb, S. 354

30) Art. 28 ff. StGB

31) Vgl. vorne, Anm. 16

zur Kontrolle des Strafverfahrens' zusammenfassen lassen" ³²⁾. Dazu können - je nach Kanton - im Offizialverfahren gehören ³³⁾:

- das Recht auf Orientierung über den Verlauf des Verfahrens;
- das Recht auf Akteneinsicht;
- das Recht auf Anwesenheit bei gewissen Prozesshandlungen, insbesondere das Recht auf Teilnahme an der Hauptverhandlung;
- das Recht auf Stellungnahme zum Ergebnis des Verfahrens und auf Anregung von Prozesshandlungen (z.B. die Beantragung von Beweiserhebungen);
- das Recht auf Ergreifung von Rechtsmitteln.

C. Die Vertretung des Verletzten

Im Hinblick auf die Möglichkeiten zur Wahrung der Interessen des verletzten Tieres interessiert besonders die Frage, unter welchen Voraussetzungen und durch wen sich der Verletzte allenfalls vertreten lassen darf.

1. Das Recht zur Strafanzeige

Von einem begangenen Offizialdelikt kann jedermann, d.h. jede urteilsfähige natürliche Person und auch jede juristische Person bzw. deren vertretungsberechtigte Organe ³⁴⁾ - in beabsichtigter oder unbeabsichtigter Vertretung eines allfälligen Verletzten - Anzeige erstatten und damit den Anstoss zur Einleitung eines Strafverfahrens geben ³⁵⁾.

32) Noll, Strafprozessrecht, S. 51

33) Vgl. dazu die Uebersichten bei Hauser, S. 77/78, sowie Noll, Strafprozessrecht, S. 51/52

34) Vgl. dazu Brunner, S. 42, Anm. 2

35) Vgl. dazu z.B. § 20 StPO ZH

2. Natürliche Personen als Vertreter

a. Natürliche Personen als Vertreter lebender
Verletzter

Ein urteilsfähiger Verletzter darf seine Kontrollrechte ³⁶⁾ im Officialverfahren ohne weiteres durch einen bevollmächtigten Vertreter wahrnehmen lassen, "falls nicht seine persönliche Anwesenheit gefordert wird" ³⁷⁾. Zu beachten ist, dass die Kontrollrechte "dem Geschädigten um seiner Persönlichkeit willen zukommen", d.h. der urteilsfähige Verletzte darf sie auch noch neben seinem (gesetzlichen) Vertreter ausüben ³⁸⁾. Der urteilsunfähige Verletzte hingegen kann nur durch einen Vertreter am Strafverfahren teilnehmen.

b. Natürliche Personen als Vertreter Getöteter

Ist der Träger des durch die Straftat beeinträchtigten Rechtsgutes getötet worden, so lässt die Praxis die Hinterbliebenen als Verletzte zu, und zwar nicht nur - aber in erster Linie - diejenigen Personen, die einen Versorgerschaden geltend machen können ³⁹⁾. Bei Tötungsdelikten braucht daher der Verletzte "nicht notwendig mit dem Träger des geschützten Rechtes oder Rechtsgutes identisch zu sein" ⁴⁰⁾. Dies lässt sich dadurch rechtfertigen, dass "im umgekehrten Falle ein Geschädigter gerade bei den schwersten Delikten fehlen würde" ⁴¹⁾.

Die Tatsache, dass die Praxis die Hinterbliebenen des Getöteten als Verletzte behandelt und sie im Verfahren

36) Vgl. dazu vorne, I. B. 3.

37) Vgl. dazu z.B. § 9 Abs. 1 StPO ZH

38) Hauser, S. 78/79

39) Brunner, S. 44

40) Brunner, S. 43; vgl. dazu auch Hartmann, S. 458
und ZR 33 Nr. 126

41) Vgl. Anm. 40

mitwirken lässt, steht in einem Widerspruch zur vorne angeführten vorherrschenden Auffassung vom Verletzten als "materiellrechtlichem Träger des unmittelbar angegriffenen Rechtsgutes"⁴²⁾. Offensichtlich kommt die Rechtsprechung nicht umhin, gegebenenfalls auch die Mitwirkung nur mittelbar (ideell) verletzter Personen anzuerkennen, denen keineswegs "durch die der gerichtlichen Beurteilung unterstehenden Handlung unmittelbar ein Nachteil zugefügt wurde oder zu erwachsen drohte"⁴³⁾.

3. Juristische Personen als Vertreter

Juristische Personen können nicht nur selber als Geschädigte auftreten⁴⁴⁾, sie können auch - zumindest im nachfolgenden Falle - die Interessen des Verletzten wahrnehmen: Art. 2 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 13 Abs. 2 des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb⁴⁵⁾ berechtigt "Wirtschaftsverbände, die nach den Statuten zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder befugt sind", zur Stellung eines Strafantrages, sofern ein Mitglied geschädigt und demzufolge klageberechtigt ist. Damit dürfen sich diese Verbände als Vertreter des Verletzten am Strafverfahren beteiligen, denn "wer zum Strafantrag berechtigt ist, soll auch als Geschädigter behandelt werden"⁴⁶⁾.

In anderen Fällen "wird man es privaten Vereinen nicht verwehren, ihren Standpunkt den Untersuchungsbehörden und Gerichten im Einzelfall oder generell durch Eingaben bekanntzumachen"⁴⁷⁾. Hartmann fragt sich aber, ob

42) Vgl. dazu vorne, Anm. 7

43) Vgl. dazu Hauser, S. 76

44) Vgl. dazu Brunner, S. 26, sowie dort angeführte Literatur, und Hartmann, S. 458

45) Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb vom 30. September 1943, SR 241

46) Hartmann, S. 458; vgl. dazu auch Brunner, S. 42

47) Hartmann, S. 458

nicht allgemein "neben dem nicht interessierten oder anstelle des gar nicht vorhandenen Geschädigten eine öffentliche oder private Institution zugelassen werden soll, die sich speziell mit dem in Frage stehenden Tatbestand befasst" ⁴⁸⁾. Brunner stimmt diesem Vorschlag zu ⁴⁹⁾.

II. DAS VERLETZTE TIER

A. Das Tier als Rechtsgutsträger

Wie vorne dargelegt herrscht heute die Auffassung vor, dass der strafrechtliche echte Tierschutz nicht menschlichen Interessen (wie Sicherheit, Sittlichkeit, unverletztes Gefühlsleben ⁵⁰⁾) sondern dem Tier selber zu gelten habe. Das Tier besitzt ein Interesse an seinem physischen und psychischen Wohlergehen; es ist daher auch Träger dieses Rechtsgutes ⁵¹⁾.

Greifen wir nun auf die vorstehenden Definitionen des Begriffes des Verletzten zurück ⁵²⁾, so erscheint das Tier fraglos als Träger des durch die Tierschutzdelikte unmittelbar angegriffenen Rechtsgutes und damit als "Verletzter" im rechtlichen Sinne.

Noch 1977 schreibt Falb ⁵³⁾ unter Hinweis auf einen älteren berner Entscheid ⁵⁴⁾, sicher dürfe "der Eigentümer oder Halter des Tieres als Privatkläger gegen den Quäler auftreten, weil er in naher Beziehung zum Tatopfer steht und ein schützenswertes Interesse besitzt, dass seinem Tier, für das er verantwortlich ist, kein Leid geschieht". Diesem Fall legte das Gericht jedoch

48) Hartmann, S. 458

49) Brunner, S. 42

50) Vgl. vorne, 8. Kapitel, Schutzobjekt und Tatobjekt, II, A. 1.

51) Vgl. dazu hinten, II. B. 1. a.

52) Vgl. vorne, I. A.

53) Falb, S. 346

54) ZBJV 76, 508

die Gefühlsschutztheorie zugrunde, die eine Verletzung des menschlichen Gefühls durch eine Tierquälerei annimmt ⁵⁵⁾, eine Theorie, welche die herrschende Lehre heute ablehnt. Anerkennen wir demgegenüber die Interessenschutztheorie ⁵⁶⁾, so ist richtigerweise das Tier als Träger des durch die Strafdrohungen der echten Tierschutzdelikte geschützten Rechtsgutes und damit als "tatbeständlich Verletzter" ⁵⁷⁾ anzusehen. Wir müssen uns also fragen, wie dieser Verletzte allenfalls im Prozess vertreten werden könnte; dabei stellen sich m.E. keineswegs "juristisch beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten" ⁵⁸⁾.

B. Möglichkeiten zur Wahrung der Interessen
 des verletzten Tieres im Strafverfahren

1. Allgemeines

a. Zum "Interesse des Tieres" im Strafverfahren

Um Missverständnissen vorzubeugen sei an dieser Stelle betont, dass die "Interessen des Tieres" im juristischen Sinne zu verstehen sind: Das Tier ist (ohne als ein Rechtssubjekt Träger von subjektiven Rechten zu sein) Träger eines Rechtsgutes, und dieses Rechtsgut bezeichnen wir als das Interesse des Tieres an seiner physischen und psychischen Integrität ⁵⁹⁾.

Zudem ist auf den vorne angeführten Vorbehalt hinzuweisen, wonach das tierische Interesse nur dann bestehen kann, wenn es von einem menschlichen Interesse gedeckt wird, einem menschlichen Interesse, das in diesem Zu-

55) Vgl. dazu vorne, 8. Kapitel, Schutzobjekt und Tatobjekt, II. A. 1. c.

56) Vgl. dazu vorne, a.a.O., II. A. 2. a.

57) Vgl. vorne, I. A.

58) Wegmann, S. 51

59) Vgl. vorne, 8. Kapitel, Schutzobjekt und Tatobjekt, II. A. 2. a. aa.

sammenhang etwa als Interesse an der Durchsetzbarkeit der Strafnormen bezeichnet werden kann ⁶⁰⁾.

b. Die Wahrung der Interessen des verletzten Tieres gegenüber dem Täter

Nach Art. 1 StGB ist nur strafbar, wer eine Tat begeht, die das Gesetz ausdrücklich mit Strafe bedroht. Im Hinblick auf diesen Grundsatz hat der Täter bei Antragsdelikten "lediglich Anspruch darauf, nicht gegen den Willen des Antragsberechtigten verfolgt und bestraft zu werden" ⁶¹⁾; bei Officialdelikten entfällt auch dieser Anspruch; insbesondere kann dem Täter kein Anspruch auf Nichtteilnahme des Verletzten oder dessen Vertreter zustehen.

Im geltenden Recht nimmt der den strafrechtlichen echten Tierschutzvorschriften Zuwiderhandelnde eine privilegierte Stellung ein: Währenddem zum Beispiel der Sachbeschädiger mit der Teilnahme des Geschädigten am Strafverfahren rechnen muss, weiss der Tierquäler, dass die Interessen seines Opfers niemand vertreten wird; insbesondere tut dies bei den Tierschutzdelikten auch nicht der Bezirks- oder Staatsanwalt, denn dieser hat vorab die Interessen des Staates bzw. dessen Strafanpruch und nicht diejenigen des Verletzten zu wahren. Ein Grund für diese privilegierte Stellung des Tierschutztäters ist nicht ersichtlich.

Hartmann befürchtet, dass es "Geschädigte" geben könnte, "die das Strafverfahren missbrauchen, sei es um die Verurteilung eines Nichtschuldigen zu erreichen, sei es, um ihm wenigstens in einem Strafverfahren möglichst viel zu schaden" ⁶²⁾. Hartmann fügt jedoch seinen Bedenken sogleich selber an, er möchte "die notwendige Sicherung

60) Vgl. vorne, a.a.O., II. A. 2. a. ee. ddd.

61) Rehberg, Strafantrag, S. 257

62) Hartmann, S. 457

gegen Missbräuche lieber bei der Ausgestaltung der einzelnen Rechte des Geschädigten einbauen" ⁶³⁾, als auf sie verzichten. Sodann darf der immer mögliche Missbrauch eines Rechtes sicher nicht dazu führen, "dem Volke das Recht selbst vorzuenthalten" ⁶⁴⁾.

c. Die Sonderstellung der Tierschutzdelikte

Eine besondere Behandlung der Delikte gegen den strafrechtlichen echten Tierschutz hinsichtlich der Vertretung des Tatopfers bzw. der Wahrnehmung seiner Interessen im Verfahren erscheint durchaus als gerechtfertigt: Die echten Tierschutzdelikte sind die einzigen Straftatbestände in unserer Rechtsordnung, in denen nicht ein menschliches (Individual- oder Gemeinschafts-) Interesse ⁶⁵⁾ sondern ein tierisches Interesse als geschütztes Rechtsgut auftritt. Dieser Besonderheit gilt es im Strafverfahren Rechnung zu tragen.

2. Mitwirkungsrechte für Tierschutzverbände

Wir haben vorne gesehen ⁶⁶⁾, dass in bestimmten Fällen Wirtschaftsverbände wirtschaftliche Interessen ihrer Mitglieder im Strafverfahren wahrnehmen dürfen. Nun ist aber nicht einzusehen, weshalb Rechte, die wirtschaftlich interessierten Verbänden eingeräumt werden, gleichzeitig Tierschutzvereinigungen verweigert werden sollten. Es steht m.E. nichts im Wege, analog zu Art. 2 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 13 Abs. 2 UWG Verbänden, die nach ihren Statuten Tierschutzaufgaben wahrnehmen wollen, in Tierschutzfällen die Geschädigteneigenschaft zuzugestehen. Praktischen Schwierigkeiten,

63) Hartmann, S. 458

64) Pfenninger, Popularstrafklage, S. 271

65) Vgl. vorne, 8. Kapitel, Schutzobjekt und Tatobjekt I. A. 2.

66) Vgl. vorne, I. C. 3.

wie etwa denen, dass "nur ein Jurist in der Lage ist zu übersehen, ob zum Beispiel die Einlegung eines Rechtsmittels erfolgreich zu sein scheint oder nicht" oder "dass örtliche Tierschutzvereine mehr oder weniger wahllos aus gefühlsmässigen Momenten heraus Berufungen oder Revisionen einlegen" ⁶⁷⁾, könnte ohne weiteres dadurch begegnet werden, dass diese Verbände allenfalls verpflichtet würden, einen Anwalt als Prozessvertreter zu beauftragen ⁶⁸⁾. Im Uebrigen bestehen diese "Gefahren" ja in genau gleichem Masse auch in allen anderen Straffällen, in denen ein juristischer Laie als Verletzter auftritt.

3. Mitwirkungsrecht für mittelbar (ideell)
Verletzte

Wie erwähnt lässt die Praxis die Hinterbliebenen des durch eine Straftat getöteten (menschlichen) Rechtsträgers als Verletzte im Strafverfahren zu, auch wenn sie keinen Versorgerschaden geltend machen können und somit nicht unmittelbar geschädigt sind; die Praxis vertritt diese Lösung unter anderem mit der Begründung, dass "im umgekehrten Fall ein Geschädigter gerade bei den schwersten Delikten fehlen würde" ⁶⁹⁾. Das heisst, dass die Geschädigtenrechte dann durch einen Vertreter im Prozess wahrgenommen werden dürfen, wenn dies der Verletzte bei schweren Delikten nicht (mehr) selber tun kann.

Nun handelt es sich zum Beispiel bei den Tierquälereien im Sinne von Art. 264 Ziff. 1 StGB bzw. Art. 27 Abs. 1 TschG immerhin - wie bei der Tötung eines Menschen auf Verlangen ⁷⁰⁾ oder der fahrlässigen Tötung

67) Hermann Stolting, Das Tier im (deutschen) Recht, angeführt bei Wegmann, S. 51/52

68) Vgl. dazu etwa (für den Zivilprozess) § 29 Abs. 2 ZPO ZH

69) Vgl. dazu vorne, Anm. 40

70) Art. 114 StGB

eines Menschen ⁷¹⁾ - um Vergehen (im technischen Sinne). Will man also auf die Schwere des Deliktes abstellen, so ist nicht einzusehen, warum bei Vergehen gegen den echten Tierschutz ein Geschädigter im Verfahren fehlen sollte, zumal ja in diesen Fällen der unmittelbar Verletzte, nämlich das Tier, auch nicht als solcher im Prozess mitwirken kann. Des weiteren ist auch nicht einzusehen, warum der Tierquäler oder -mörder gegenüber demjenigen, der einen Menschen tötet, im Verfahren privilegiert werden sollte; nur der letztere muss nach geltender Praxis mit der Mitwirkung eines (oder mehrerer) Geschädigter im Prozess rechnen.

Konsequenterweise müssten somit zumindest dem Eigentümer oder Halter eines misshandelten oder gegebenenfalls getöteten Tieres im gleichen Rahmen wie den nicht unmittelbar verletzten Hinterbliebenen eines durch eine Straftat getöteten Menschen Mitwirkungsrechte im Strafverfahren zugestanden werden; andernfalls bleibt das nach Falb bestehende "schützenswerte Interesse" des Eigentümers oder Halters, "dass seinem Tier kein Leid geschieht" ⁷²⁾, rechtlich unbedeutend.

4. . Tierquälerei als Sachbeschädigung

Wer ein in fremdem Eigentum stehendes Tier verletzt oder tötet, begeht eine Sachbeschädigung im Sinne von Art. 145 StGB ⁷³⁾. Träger des durch dieses Delikt unmittelbar angegriffenen Rechtsgutes und damit Verletzter ist der Tiereigentümer, und dieser darf als Sach-Geschädigter natürlich ohne weiteres am Strafverfahren teilnehmen.

71) Art. 117 StGB

72) Falb, S. 346

73) Vgl. dazu vorne, 2. Kapitel, Das Tier im schweizerischen Strafrecht im allgemeinen, II. A.

Unter dem geltenden Recht ist daher jedem Tiereigentümer, dessen Tier einem Tierschutzdelikt zum Opfer gefallen ist, zu empfehlen, neben der Anzeige wegen Tierquälerei jedenfalls auch einen Strafantrag wegen Sachbeschädigung zu stellen; auf diesem "Umweg" kann er alle Rechte des Geschädigten auf "Kontrolle des Strafverfahrens" ⁷⁴⁾, des Verfahrens gegen den Tierquäler, wahrnehmen ⁷⁵⁾.

C. Exkurs: Die Amtsklage

Zu den Rechten eines Geschädigten zur Kontrolle des Strafverfahrens gehört auch das Recht, gegen eine Nichtanhandnahme- oder Einstellungsverfügung der Untersuchungs- oder Anklagebehörden zu rekurrieren ⁷⁶⁾. Dieses Kontrollrecht kann in Tierschutzdelikten heute in der Regel niemand wahrnehmen.

Immerhin befugt nun das neue Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 das Eidgenössische Veterinäramt zur Erhebung der Amtsklage im Sinne von Art. 258 des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege ⁷⁷⁾: Falls diese Bundesbehörde "bei kantonalen Behörden eine Untersuchung anbegehrt, so sind diese unbedingt verpflichtet, das Verfahren einzuleiten und durchzuführen" ⁷⁸⁾.

D. Schlussbemerkung

Die vorstehend unter lit. B, Ziff. 3 und 4 angeführten Möglichkeiten zur Wahrung der Interessen des verletzten Tieres befriedigen nicht ganz: Sie könnten nämlich

74) Noll, Strafprozessrecht, S. 51

75) Vgl. dazu vorne, I. B. 3.

76) Vgl. dazu Noll, Strafprozessrecht, S. 52

77) Art. 32 Abs. 1 TschG

78) Art. 258 des BG über die Bundesstrafrechtspflege vom 15. Juni 1934, SR 312. 0

nur bei Tieren in fremdem Eigentum wahrgenommen werden. In Fällen aber, in denen der Eigentümer selber sein Tier misshandelt, oder in Fällen freilebender, herrenloser Tiere wäre niemand befugt, als mittelbar Verletzter oder als Sach-Geschädigter im Verfahren mitzuwirken. Eine akzeptable Lösung hingegen ergibt m.E. die Einräumung von Mitwirkungsrechten am Strafverfahren an Tierschutzverbände, wie sie vorne ⁷⁹⁾ dargelegt worden ist.

Die herrschende Lehre anerkennt heute ein Interesse des Tieres an der Wahrung seiner physischen und psychischen Integrität als das durch den strafrechtlichen echten Tierschutz geschützte Rechtsgut ⁸⁰⁾; damit anerkennt sie das Tier als unmittelbaren Rechtsgutsträger. Dieser neuen materiellrechtlichen Auffassung sollte nun auch - in der vorstehend vorgeschlagenen Richtung - im Strafprozess Rechnung getragen werden.

79) Vgl. dazu vorne, II. B. 2.

80) Vgl. dazu vorne, 8. Kapitel, Schutzobjekt und Tatobjekt, II. A. 2.

EPILOG

Heute gilt es als übertrieben, die stete Rücksichtnahme auf alles Lebendige bis zu seinen niedersten Erscheinungen hinab als Forderung einer vernunftgemässen Ethik auszugeben.

Es kommt aber die Zeit, wo man staunen wird, dass die Menschheit so lange brauchte, um gedankenlose Schädigung von Leben als mit Ethik unvereinbar einzusehen.

Albert Schweitzer

LEBENS LAUF

Am 11. September 1952 wurde ich als Bürger von Trüllikon/ZH in Zürich geboren. Nach dem Besuch der Primarschule und des Gymnasiums, Typus B, immatrikulierte ich mich im Herbst 1972 an der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Mein Studium schloss ich 1976 mit dem Lizentiat ab. 1977 arbeitete ich als Auditor und 1978 als Sekretär am Bezirksgericht Zürich. Im Frühjahr 1979 erwarb ich das zürcherische Rechtsanwaltspatent. Anschliessend entstand die vorliegende Arbeit.

